

Germ. sp. 272^{no}

Geschichte

der freien und Hansestadt

Lübeck.

—||—

Von

Dr. Max Hoffmann,

Professor am Katharineum.

—

Zweite Hälfte

mit einer Auswahl Lübeckischer Münzen,
beschrieben von Dr. Carl Curtius.



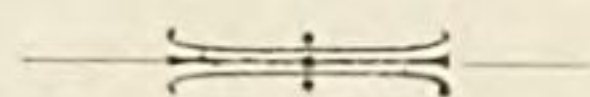
Lübeck.

Verlag von Edmund Schmerfahl.

1892.

Halbfranz-Einbanddecken für das ganze Werk zum Preise von M 1,25 sind durch jede
Buchhandlung zu beziehen.

Geschichte
der freien und Hansestadt
Lübeck.



Von

Dr. Max Hoffmann,
Professor am Katharineum.



Zweite Hälfte
mit einer Auswahl Lübeckischer Münzen,
beschrieben von Dr. Carl Curtius.



Lübeck.

Verlag von Edmund Schmerfahl.

1892.

Druck von H. G. Rahtgens in Lübeck.

Inhalt.

Drittes Buch. Lübeck's Machthöhe und Rückgang im 16. und 17. Jahrhundert.

	Seite.
1. Krieg gegen Dänemark 1509—1512.	1.
2. Krieg gegen Dänemark 1522—1523.	11.
3. Einführung der Reformation	18.
4. Der Bürgermeister Jürgen Wullenwever. Letzter Krieg gegen Dänemark 1534—1536	27.
5. Lübeck als Reichsstadt bis zum Ende des 16. Jahrhunderts. Das evan- gelische Bistum Lübeck	49.
6. Der Hansebund im 16. Jahrhundert	57.
7. Letzter Seekrieg gegen Schweden 1563—1570. Sicherung des Verkehrs nach Rußland	68.
8. Zustand der Stadt im 16. Jahrhundert	73.
9. Letzte Zeit des Hansebundes; dreißigjähriger Krieg	83.
10. Die Zeit nach 1650. Verbesserung der Stadtverfassung	95.
11. Bedrängnis am Ende des 17. Jahrhunderts.	104.
12. Zustand der Stadt im 17. Jahrhundert	107.

Viertes Buch. Friedenszeit, Fremdherrschaft, neues Emporkommen.

1. Die Zeit des 18. Jahrhunderts	113.
2. Das Eintreten der französischen Fremdherrschaft	129.
3. Lübeck unter französischer Herrschaft. Die Befreiung 1813	138.
4. Die Zeit der Herstellung 1814—1848	150.
5. Umgestaltung der Verfassung. Aufblühen der Stadt bis 1866	165.
6. Lübeck als Glied des hergestellten Deutschen Reiches	177.

Anhang. Urkunden und zeitgenössische Berichte	193.
Neuere Münzen Lübeck's beschrieben von Dr. Carl Curtius	225.
Register	235.

Drittes Buch. Lübecks Machthöhe und Rückgang im 16. und 17. Jahrhundert.

1. Krieg gegen Dänemark 1509—1512.

Für die skandinavischen Reiche war es im Anfang des 16. Jahrhunderts die wichtigste Frage, ob ihre Vereinigung unter dem dänischen Königshause aufrecht erhalten werden solle oder nicht. Die deutsche Reichsstadt Lübeck gewann dadurch, daß sie in die Entscheidung dieser Frage thatkräftig eingriff, obgleich sie nur bei einigen befreundeten Hansestädten, nicht aber beim Hansebunde, noch weniger beim deutschen Reiche wirkliche Hilfe fand, erhöhtes Ansehen im ganzen Ostseegebiet. Durch Lübecks Mitwirkung erhielt Schweden seine Selbständigkeit wieder, wurde in Dänemark, welches mit Norwegen vereinigt blieb, das Königtum neu befestigt. Diese politische Machtentfaltung hat dem Handel Lübecks auch für spätere Zeit die Grundlagen gesichert; aber ein Versuch sie noch höher zu bringen scheiterte. Die Stadt mußte sich dann mit bescheidneren Ansprüchen begnügen und ihren Anteil an dem Unheil, welches im 17. Jahrhundert ganz Deutschland traf, auf sich nehmen. Doch blieben die von Lübeck geführten Seekriege in Erinnerung, um so mehr da die deutsche Geschichte sonst wenig von Seekriegen zu erzählen hat.

Sobald die Kunde von der Niederlage König Johanns bei Hemmingstedt sich in Schweden verbreitete, begann dort eine neue Erhebung gegen die verhaßte dänische Herrschaft. Johann erschien 1501 persönlich in Stockholm und beschwichtigte die Mißstimmung, aber nach wenigen Monaten ward seine Gemahlin Christine, eine Schwester des Kurfürsten Friedrich des Weisen von Sachsen, die er als Statthalterin zurückgelassen hatte, gefangen genommen und nach dem Kloster Wadstena gebracht; die Regierung übernahm wiederum Sten Sture als Reichs-

vorsteher¹. Der dänische König rüstete zum Kriege und forderte die Hansestädte auf, sich des Verkehrs nach Schweden zu enthalten, ließ auch alsbald hanfische Schiffe wegnehmen, die seinen Ausliegern (d. h. Kaperschiffen) gelegen kamen. In Lübeck aber war man entschlossen, die Verbindung mit Schweden nicht aufzugeben und dänischer Gewaltthat entgegenzutreten²; man erneuerte das Bündnis mit den Dithmarschen und versicherte sich der Freundschaft Herzog Friedrichs und der schleswig-holsteinischen Ritterschaft. Die Feindseligkeiten wurden beigelegt durch einen Vertrag, welchen der päpstliche Legat Raimund Peraudi vermittelte, als er im April 1503 Ablaß predigend nach Lübeck kam: den Lübeckern ward Rückgabe der genommenen Schiffe und Schadenersatz, auch Zahlung der rückständigen Renten aus holsteinischen Gütern zugesichert; dafür versprachen sie sich um Ausöhnung des schwedischen Reichsrats mit dem König von Dänemark zu bemühen und bis zum Abschluß eines Vergleichs oder sonst wenigstens für dieses Jahr sich der Handelsfahrt nach Schweden zu enthalten³. Eine Lübecker Gesandtschaft ging darauf nach Stockholm und bewog den Reichsvorsteher zur Freilassung der dänischen Königin und Annahme von Vergleichsvorschlägen. Aber da Sten Sture gegen Ende des Jahres starb, kam der Friede nicht zum Abschluß. König Johann weigerte sich nun, den Schadenersatz zu leisten. Da mahnte der Lübecker Rat den Herzog Friedrich und die schleswig-holsteinischen Ritter, die sich mit ihm für den Vertrag verbürgt hatten, zum Einlager: sie sollten sich persönlich stellen, bis die Summe bezahlt sei. Um Ostern 1504 erschienen mehrere Ritter in Lübeck und leisteten die Zahlung⁴ teils bar teils durch Verpfändung des Schlosses Trittau⁵; man legte in den Herzogtümern mehr Wert auf die Fortdauer des guten Verhältnisses zu Lübeck als auf die Machtpläne des dänischen Königs.

Dieser erneuerte 1505 den Krieg gegen Schweden, wo Svante Sture die Reichsvorsteherschaft übernommen hatte, und schloß ein Bündnis mit den Herzögen von Mecklenburg, welche damals gegen Lübeck fohde

¹ S. Bd. 1, S. 190.

² H. R. III, 4, 352. 371.

³ Ebd. 399. Vergl. Waitz, Zeitschr. f. lüb. Gesch. 1, 139 f.

⁴ H. R. III, 4, 448. 450. Waitz S. 143: Lübeck quittirt dem Herzog Friedrich über den Empfang von 56 801 Mark, von denen ein Teil sich auf schuldige Renten bezieht.

⁵ Waitz, Schleswig-Holsteins Gesch. 2, 90. Becker, Gesch. Lübecks 1, 481.

begannen wegen streitiger Hoheitsrechte über den Daffower See.¹ Kurfürst Joachim von Brandenburg und Herzog Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel leisteten den Mecklenburgern Hilfe; die Stadt war aber gegen die Angriffe der feindlichen Fürsten hinlänglich gerüstet.² Nachdem befreundete Städte sich vergeblich um Vermittelung bemüht hatten, unternahmen die Lübecker im August 1506 einen Plünderungszug in das Mecklenburger Gebiet; die Gegner vergaltten dies mit gleichem und begannen am 29. September Mölln zu belagern, führten aber ihr Heer zurück, als sie hier nichts ausrichteten, und erklärten sich zu Verhandlungen bereit. Dänemark gegenüber zeigte Lübeck sich soweit nachgiebig, daß es zusammen mit den wendischen Städten im Vertrage zu Nykjöbing 1507 versprach, den Verkehr nach Schweden einzustellen, bis dieses Land sich dem König unterworfen habe; dabei wurde den dänischen Ausliegern das Recht zugestanden, die Seebriefe der hanseischen Kauffahrer darauf zu prüfen, daß sie nicht schwedisches Gut führten; Waren aus Rußland und Livland auszuführen sollte erlaubt sein.³ Mit Mecklenburg kam es erst 1508 zu einem Vergleich, der die alten Gerechtsame Lübecks „über den Daffower See und die Stepenitz bis in die Radegast“ gegen eine Geldzahlung bestätigte.⁴

Der Friede mit Dänemark hatte nicht lange Bestand. Bald erhoben sich neue Beschwerden über Bedrückung der Schifffahrt, über Will-

¹ Vgl. die Chronisten Bonnus und Reimar Kock.

² Ein historisches Lied über diese Fehde, in welchem sich das stolze städtische Selbstbewußtsein ausspricht, ist mitgeteilt in den Hanseischen Geschichtsblättern 1879, S. 87. Am Schluß desselben heißt es:

Gy hensestede, hebbet einen frischen moet,
wyl God, dat mach wol werden guet.
Wo scholden juw heren und vorsten betwingen?
Gy vormogen solt, sulver unde gold,
God geve dat uns geliinge.

Och Lubecke, du bist so schone ein plan,
so mostu lange in eren stan
tusschen den heren ryke!
Dar gaen de vrighen strome tho;
wor vynt men dyn ghelyke?

³ Die Urfunde bei Willebrandt, Hanseische Chronik S. 119. Vgl. Zeitschr. f. lüb. Gesch. 1, 153.

⁴ Die betreffende Stelle der Urfunde ist angeführt Zeitschr. f. lüb. Gesch. 6, 275. Vgl. die kaiserliche Verleihung vom Jahre 1188; Anhang 1. v. Lützow, Gesch. Mecklenburgs (1831) 2, 511.

für der dänischen Vögte in Schonen und über die Vergünstigungen, welche den Holländern für die Fahrt durch den Sund gewährt wurden.¹ Lübeck rüstete zu ernstlichem Kriege und sicherte sich vor Ausbruch desselben die Gunst Kaiser Maximilians, der früher sich den dänischen Ansprüchen günstig gezeigt hatte. Schon waren der Stadt zwei Privilegien von ihm verliehen, 1504 eine Bestätigung voller Gerichtshoheit (*privilegium de non appellando*) für Streitsachen unter 40 Gulden, 1507 eine Erneuerung des Rechts Goldmünzen zu schlagen;² jetzt forderte er die deutschen Fürsten und Seestädte auf, dem dänischen König gegen Lübeck keine Hilfe zu leisten.³ Im Frühjahr 1509 begann der Seekrieg; im September fuhren die beiden Lübecker Rats Herrn, welche 1503 Gesandte nach Schweden gewesen waren, Hermann Maßmann und Bernd Bomhower, mit einer Flotte von 18 Schiffen nach Stockholm, um Vorräte und Kriegsbedarf zu überbringen und das Bündnis mit dem schwedischen Reichsrat abzuschließen. Die Flotte landete unterwegs auf Bornholm und Gotland, ohne Widerstand zu finden. König Johann versuchte einen Angriff auf die Stadt; seine Truppen landeten bei Travemünde und verwüsteten das Stadtgebiet. Aber vergebens suchte er die Mitwirkung Herzog Friedrichs zu gewinnen. Beim Eintritt des Winters sah er sich genötigt, die bis Oldesloe vorgedrungenen Söldner zu entlassen, da die Landungsschiffe durch einen Ausfall der Travemünder Besatzung verbrannt oder genommen waren.⁴

Im Januar 1510 wurde in Lübeck die Bürgerschaft zusammenberufen und über die Fortsetzung des Krieges befragt; sie sprach sich entschieden dafür aus, obgleich die aus Schweden zurückkehrende Flotte durch Sturm Verluste erlitten hatte und die Verwüstung des Landgebiets

¹ Reimar Kock zum Jahre 1507 (angeführt bei Waitz, Wullenwever I, 252): De Konig hefft ock de Hollander, Brabander vorfördert, dat se dorch den Sundt in de Ostsee kamen scholden, hefft en ock vele privilegia und gerechticheit gelaveth; welck ock nicht lange densulvigen geholden sin. Jodoch tho vordarve der Wendesche seestede, wo de Konig vorhapede, hebben se den wech inn Prussen und Lifflant geleret. Schon seit Ende des 14. Jahrhunderts war der Hansebund mit den Holländern in Zwist, f. Bd. I, S. 124. 168.

² Becker, Gesch. Lübecks I, 498. Vgl. Bd. I, S. 102.

³ Waitz, Zeitschr. f. lüb. Gesch. I, 154. Schleswig-Holsteins Gesch. I, 93.

⁴ Über die Kriegsergebnisse berichten Bonnus und Reimar Kock, von dänischer Seite Hvitsfeld S. 1073 ff. Vgl. das gründliche Werk von C. f. Allen, De tre Nordiske Rigers historie 1497—1536, 5 Bände 1864—72, besprochen von D. Schäfer in den Hanseischen Geschichtsblättern 1876, S. 191 ff.

übel empfunden wurde. An der Kriegsrüstung beteiligten sich die befreundeten Städte Wismar Rostock Stralsund Lüneburg; den Holländern untersagte Kaiser Maximilian als Landesherr der gesamten Niederlande¹ die Fahrt durch den Sund. Sechs große Lübecker Schiffe fuhren im Frühjahr zunächst allein aus, trafen die Dänen bei Gjedstør und verfolgten sie nach dem Sund hin, landeten dann auf Langeland und verwüsteten die Hälfte der Insel. Die zweite Ausfahrt mit 14 Schiffen richtete sich gegen die Insel Møen und nach dem Sund, wo es gelang, eine holländische Handelsflotte unweit Helsingør zu zerstreuen und 11 Schiffe davon als Beute heimzuführen. Im Sommer fuhr die deutsche Kriegsflotte, durch die verbündeten Städte auf 36 Schiffe gebracht, nach Bornholm, wo die Einwohner gezwungen wurden, Schlachtvieh und Butter auf die Schiffe zu liefern; im Kalmar Sund schlossen sich schwedische Schiffe an. Die Küste von Blekingen ward heimgesucht, dann fuhr die Flotte nach dem Belt und verwüstete die Insel Laaland. Aber nun zeigten die Söldner sich unbotmäßig und bestanden darauf, nach der Trave heimzukehren, um ihren Raub sicher heimzubringen; die beabsichtigte Landung auf Fühnen mußte unterbleiben. Der Lübecker Rat hatte Mühe, die Söldner in Travemünde abzulohnen; er forderte die Bürger auf, sich mit den Waffen gegen Mutwillen und Unbill zu schützen. Die Söldner zogen endlich ab nach dem Kloster Reinfeld, wo sie als ungebetene Gäste übel hausten, und suchten dann in Dänemark Dienste. Im Herbst begleiteten 8 Lübecker Schiffe die schwedischen nach der Heimat; bei Bornholm bestanden sie ein Seetreffen mit den Dänen und hinderten diese, die feste Borgholm auf der Insel Deland, welche von schwedischen Truppen belagert war, zu entsetzen.

Während des Winters bemühte sich Kurfürst Joachim von Brandenburg, des dänischen Königs Schwiegersohn, vergeblich um Friedensvermittlung, indem er selbst nach Lübeck und Rendsburg reiste. Schon um die Fastenzeit des Jahres 1511 liefen von Lübeck Kaperschiffe aus, die der Kaufmann Cord König ausgerüstet hatte, und nahmen gegen 40 dänische Handelsschiffe weg. Um Pfingsten erschien die dänische Flotte, 20 Schiffe stark, vor Travemünde, wurde aber von dem schweren Geschütz auf der Schanze und einem besonders dazu hergerichteten Schiffe, das die

¹ S. Bd. I, S. 187 f.

Lübecker den „Isern Hinrich“ nannten, nachdrücklich abgewiesen.¹ Sie wandte sich nach Wismar, wo es ihr gelang 14 Schiffe teils wegzuführen teils zu vernichten und mehrere Dörfer zu verbrennen. Von Warnemünde wurde sie durch einen Ausfall der Rostocker Bürger vertrieben, richtete dann aber auf Rügen Schaden an durch Plünderung der den Stralsundern gehörigen Dörfer. Darauf ging die von Lübeck Wismar Rostock gerüstete Flotte mit 18 Schiffen in See, geführt von den Lübecker Ratsherren Fritz Grawert und Hermann Falcke. Um nicht wieder von der Willkür der Söldner abhängig zu sein, hatte man die Besatzung, etwa 2500 Mann, größtenteils aus Handwerksgesellen, Schiffern und Trägern gebildet; die Führung der einzelnen Schiffe übernahmen, wie es herkömmlich war, angesehene Bürger. Man hielt sich auch nicht mit Landungen und Plünderungen auf, sondern suchte die gerüstete Macht der Gegner zu treffen. Drei Stralsunder Schiffe wurden noch erwartet, aber ehe sie erschienen, kam es am 9. August 1511 zu einer bedeutenden Seeschlacht bei Bornholm. Eine an Zahl überlegene dänische Flotte wurde nach hartnäckigem Kampf, der bis zum Abend dauerte, zum Weichen gebracht.² Die Lübecker fuhren darauf der holländischen Handelsflotte entgegen, welche an 250 Schiffe stark wohlbeladen, aber nur von vier Kriegsschiffen begleitet, von Reval Riga Königsberg her unterwegs war. Bei der Halbinsel Hela wurde sie am 12. August angegriffen und zerstreut;³ 18 mit Roggen Kupfer und Wachs beladene Schiffe

¹ Ein die Kriegereignisse dieses Jahres erzählendes Lied ist nebst dem entsprechenden Bericht Reimar Kocks mitgeteilt von Mantels, Zeitschr. f. lüb. Gesch. 1, 93 ff., das Lied auch bei v. Siliencron, Die historischen Volkslieder der Deutschen 3, 45.

² S. Anhang 12.

³ Das angeführte historische Lied weist mit Stolz auf die siegreiche Lübecker Flagge hin: Strophe 47. So fro se den swarten Adeler vernhemen,

wo geswinde se wedder ume kemen,

50. De Adeler do vort her neger floch,

de besten vedderen he en udttoch,

de mank en al muchten wesen.

Dat sware gudt he midt sich droch,

darmede he tho neste floch,

dat ripeste wart udtgelesen.

55. De van Lubech foren rodt und widt,

de sulve schildt im Adeler sidt,

dat hefft em de Keiser gegeben.

De Adeler met twen hoveden van sich bidt,

sinen feinde in de ogen südt,

de met gewalt jegen em streven.

führten die Lübecker als Beute mit sich. Inzwischen war die dänische Flotte den drei Stralsunder Schiffen begegnet und hatte zwei von ihnen genommen; dann wandte sie sich auf Anrufen der Holländer aufs neue gegen die Lübecker Flotte. Am 14. August fand bei Resehöved (unweit Hela) abermals ein Seetreffen statt. Elf Lübecker Schiffe fuhren den Dänen entgegen, während sieben bei den erbeuteten holländischen blieben; es gelang, die Dänen durch heftigen Geschützkampf abzuwehren und die Beute unverfehrt nach der Trave zu führen.¹ Das erbeutete Korn wurde in kleinen Anteilen billig verkauft, „damit der gemeine Mann des Glückes auch genießen sollte,“ wie Reimar Kock sagt. Im Herbst gingen 14 mit Vorräten beladene Lübecker Schiffe nach Stockholm zur Unterstützung der schwedischen Kriegsführung.

Da in den beiden Seetreffen mit den Dänen das große dänische Admiralschiff, der „Engel“ genannt, von der Lübeckischen „Maria“ zwar zum Weichen genötigt, aber nicht erobert war, so erboten sich sechzehn Bürger vor dem Rat, in kurzer Frist ein noch größeres Schiff auf der Lastadie erbauen zu lassen. Es lief im Frühjahr 1512 vom Stapel und ward zu Ehren des schwedischen Reichsvorstehers „Gubernator“ genannt. Aber zum Kriege ward es nicht verwendet, denn Svante Sture war zu Anfang des Jahres gestorben, und nun siegte im Lübecker Rat die Meinung, daß es besser sei, den friedlichen Handelsverkehr wieder aufzunehmen als das schwankende Kriegsglück der Schweden weiter zu unterstützen. In dem Frieden, welcher am 23. April 1512 zu Malmö geschlossen wurde,² mußten die Städte sich verpflichten, nicht nur des

¹ Das Lied fährt fort:

68. De Denen kregen ock ein modt,
se wagen dar er lif und gudt,
de prise wulden se em nemen.
Men se quemen dar in groten nodt,
dat se nhemen noch schip noch bodt,
verschamet dat se wechquemen.

73. De Adeler is tho neste gekamen,
de prise hefft he met sich genhamen,
Gade si loff tho ewigen tidenn.
Se hadden di gerne gescharen den bardt,
men dat lutke radt wart umme kart;
des frouwen sich de hogen met den siden.
(des freuen sich die hohen mit den niederen.)

² Waitz, Zeitschr. f. lüb. Gesch. 1, 171. Schleswig-Holsteins Gesch. 2, 99.

Verkehrs nach Schweden sich zu enthalten, wenn dieses die Bedingungen des gleichzeitig abgeschlossenen Waffenstillstandes nicht erfülle, sondern auch 30 000 rheinische Gulden als Kriegskosten in zwölf Jahresterminen zu bezahlen: ein Zugeständnis, welches der siegreichen Kriegführung nicht entsprach, aber um des Handels willen gewährt wurde.¹ Diese Friedensbedingungen wurden geheim gehalten, Reimar Kock konnte nur erfahren, daß die alten Handelsprivilegien für Dänemark und Norwegen hergestellt seien. Im Rat aber sah man voraus, daß der Streit zwischen Schweden und Dänemark sich bald erneuern werde; zu gelegener Zeit konnte der Krieg wieder aufgenommen werden.

In Dänemark kam 1513 ein ehrgeiziger König, Christian II., zur Regierung. Er verfolgte drei Ziele: Schweden zu unterwerfen, die Handelsmacht der Hanse zu brechen und im Innern die Königsmacht zu erhöhen. Unwillig unterzeichnete er die Wahlhandfeste, welche ihm unter andern verbot, Prälaten und Edelleute im freien Handel zu beschränken.² Er wollte dem Bürgerstande aufhelfen, welcher durch diesen freien Handel der Vornehmen mit den deutschen Kaufleuten niedergehalten war; Kopenhagen sollte eine selbständige Handelsstadt werden. Zunächst dachte er durch Begünstigung anderer Nationen das Übergewicht der Deutschen im Handel einzuschränken. Die Verbindung mit den Niederlanden befestigte er durch Vermählung mit Isabella von Burgund, einer Enkelin Kaiser Maximilians; außerdem wurden Engländer Schotten und Russen zum Handelsverkehr eingeladen. Jedoch dieser entwickelte sich nicht so schnell, wie der König gehofft hatte. Reimar Kock erzählt spöttisch, im Jahre 1517 sei ein russisches Schiff nach Kopenhagen gekommen, aber da die Russen zum Eintausch nur Vieh und Hafer vorfanden, was sie im eignen Lande hatten, seien sie alsbald wieder umgekehrt. Wirksamer zur Einschränkung des hansischen Handels war eine Zollabgabe, welche 1515 für Dänen und Ausländer gleichmäßig angeordnet wurde, und bald darauf das Verbot für die Fremden, außerhalb der bestimmten Häfen und Märkte Kleinhandel im Lande zu treiben.³ In Schleswig-Holstein

¹ Die Zahlung ist neun Jahre lang, bis 1521, geleistet worden, nach Ausweis der im Lübecker Archiv befindlichen dänischen Quittungen über je 2500 Gulden; s. Wehrmann in der Zeitschr. f. Lüb. Gesch. 3, 377. Die weitere Zahlung hob der dann ausbrechende Krieg auf.

² Dahlmann, Gesch. von Dänemark 3, 324.

³ Handelsmann, Die letzten Zeiten hansischer Übermacht im skandinavischen Norden (1853) S. 33 und 42, nach Hvitsfeld und Akten des Lübecker Archivs.

regierte Christian gemeinschaftlich mit seinem Oheim Friedrich und konnte deshalb dort nicht in gleicher Weise dem Einfluß Lübeck's entgegentreten. Zunächst leistete er schuldige Zahlungen; er berichtigte seinen Anteil an der 1504 Lübeck zugestandenen Entschädigung und sorgte dafür, daß 1515 Trittau wieder eingelöst wurde.¹

Gegen Schweden, wo Sten Sture der jüngere, des letzten Reichsvorstehers Sohn, an die Spitze getreten war, erneuerte Christian II. 1517 den Krieg, wurde jedoch im folgenden Jahre bei Bränkyrka geschlagen. Er ging auf Verhandlungen ein, aber als ihm zum Unterpfand für seine Sicherheit bei persönlicher Zusammenkunft mit dem Reichsvorsteher einige vornehme Schweden als Geiseln gesandt wurden, zog er es vor, diese auf seinen Schiffen hinwegzuführen und den Krieg fortzusetzen. Unter den Geiseln war Gustav Wasa, ein Jüngling aus edlem schwedischem Geschlecht, der die schon so lange gefährdete Lage seines Vaterlandes bitter empfand. Dieser entfloh im September 1519 aus dänischer Haft und kam in Bauerkleidern, als ein Ochsentreiber, wie Reimar Kock sagt,² nach Lübeck, wo er Schutz und freundliche Aufnahme fand. Cord König nahm ihn in sein Haus auf; der Rat verweigerte die von dänischer Seite geforderte Auslieferung. Im März 1520 berieten die wendischen Städte³ zu Lübeck über Erneuerung des Krieges gegen Dänemark, doch wurde der Bruch noch verhindert durch die Bemühungen Herzog Friedrichs. Die Städte versprachen in einem zu Segeberg unterzeichneten Vertrage, sich auch für dies Jahr der Fahrt nach Schweden zu enthalten gegen Abstellung aller ungewohnten Abgaben in Dänemark.⁴

Christian II. hatte inzwischen mit großer Heeresmacht den Krieg aufs neue begonnen; er war im Januar von Schonen aus über die mit Eis bedeckten Seen gegen Stockholm vorgerückt; Sten Sture, in einem Treffen verwundet, war gestorben, ehe er die gefährdete Hauptstadt erreichte. Da unterwarf sich der seines Führers beraubte schwedische Adel; im September huldigte auch Stockholm. Gustav Wasa war unterdessen aus Lübeck entwichen und in einem Warnemünder Boot nach Schweden

¹ Waitz, Schleswig-Holsteins Gesch. 2, 103. 110.

² Der gegen diese Angabe erhobene Einwand (N. Lüb. Bl. 1839, S. 139), daß die auf hiesiger Stadtbibliothek aufbewahrte Kleidung Gustav Wasas dem ritterlichen Stande angemessen sei, würde erst zutreffen, wenn bewiesen wäre, daß er diese Kleidung bei seiner Ankunft in der Stadt getragen habe.

³ Vgl. Bd. 1, S. 79.

⁴ Waitz, S. 115.

gekommen, um noch am Kampfe teilzunehmen. Er mußte nun im Innern des Landes Schutz suchen und entging mit knapper Not den dänischen Spähern. Aber die Gewaltthat, welche Christian alsbald nach seiner Krönung in Stockholm ins Werk setzte, um seine Widersacher zu vernichten, das Stockholmer Blutbad am 8. November 1520, zerriß die soeben hergestellte Union der drei Reiche für immer. Gustav Wasa fand treue Anhänger unter den bäuerlichen Thalbewohnern, den Dalkarlar. Mit Gott und Schwedens Bauernschaft, wie sein Wahlspruch lautete, zog er gegen die dänischen Truppen zu Felde, gewann im April 1521 einen Sieg bei Westerås und begann Stockholm zu belagern.

König Christian reiste damals nach den Niederlanden, um von seinem Schwager, Kaiser Karl V., die Auszahlung der früher zugesagten Mitgift und die Belehnung mit Holstein zu erlangen. Dabei machte er auch Ansprüche auf Lübeck geltend. Reimar Kock erzählt, er habe den mit Deutschlands Verhältnissen noch wenig bekannten jungen Kaiser gebeten, ihm das Städtlein Lübeck zu überlassen, damit er einen Landungsplatz habe, wenn er nach Deutschland komme; aber ein Bürgermeister von Köln habe den Kaiser belehrt, Lübeck gehöre zu den ersten Städten des Reiches und sei das Haupt der Hanse. So erzählte man sich im Volke; daß aber die Befürchtung nicht grundlos war, zeigt die kaiserliche Urkunde vom 21. Juli 1521, welche ihm die Bestätigung aller seiner Rechte auf Holstein Pinneberg Stormarn und Dithmarschen, auf Hamburg und den Elbstrom, auf Delmenhorst, auch auf die Güter und Rechte, die seine Vorfahren in der Stadt und dem Stift Lübeck gehabt hätten, erteilte.¹ Ferner verbot der Kaiser den Lübeckern das Bündnis mit den Dithmarschen, die Handelsfahrt nach Schweden und jegliche Feindseligkeit gegen Dänemark; zum Schiedsrichter für die Streitigkeiten ernannte er den Bischof von Ratzeburg.² Der Lübecker Rat aber sandte im Oktober 1521 den Bürgermeister Nikolaus Brömse und den Ratsherrn Lambert Wittinghof nach Brüssel, um dem Kaiser darzulegen, wie vielfältig König Christian die bestehenden Verträge verletzt und den deutschen Kaufmann geschädigt habe. Infolge dessen nahm der Kaiser die erwähnten Verbote zurück, „da er damals der Sachen dermaßen kein Wissen gehabt,“ und ermahnte seinen Schwager, den Segeberger Vergleich zu

¹ Waitz, S. 117.

² Handelsmann, S. 79.

halten.¹ Dieser Erfolg ermutigte die Lübecker zu entschiedenem Vorgehen. Sie einigten sich, da der dänische König kein Entgegenkommen zeigte, während des Winters mit den wendischen Städten zu einem Kriegsbündnis und gewannen, was besonders wertvoll war, auch Danzigs Mitwirkung. In einem Vertrage vom 15. März 1522² wurden alle bisherigen Irrungen zwischen den beiden mächtigsten Ostseestädten für abgethan erklärt; beide verpflichteten sich, die Privilegien in den nordischen Reichen und die Handelsfahrt nach Schweden gemeinsam zu schützen; die Rüstung solle in dem Verhältnis stattfinden, daß, wenn Lübeck 2400 Mann stelle, Danzig 2000 aufbringe. Infolge dieses Bündnisses entfaltete sich die deutsche Seemacht nochmals so ansehnlich auf der Ostsee, wie es seit 1368 nicht geschehen war.³

2. Krieg gegen Dänemark 1522—1523.⁴

Nachdem Gustav Wasa, am 24. August 1521 von einem großen Teil des schwedischen Adels zum Reichsvorsteher gewählt, wiederholt Bitten um Hilfe nach Lübeck gesandt hatte, gingen im Mai 1522 zuerst zehn Schiffe zur Belagerung nach Stockholm ab. Die Aussendung einer zweiten Flotte, welche Dänemark angreifen sollte, verzögerte sich dadurch, daß am 23. Juni in Travemünde eine Feuersbrunst entstand, die fast den ganzen Ort in Asche legte und viele Kriegsvorräte zerstörte. Aber am 3. August segelten 13 Orlogschiffe und 4 Jachten aus, geführt von den Ratsherren Joachim Gercken und Hermann Falcke, und vereinigten sich mit den Schiffen von Rostock Wismar Stralsund. Auch schwedische Schiffe stießen zu ihnen, so daß die Flotte im ganzen 34 Segel zählte. Vom Reichsregiment zu Nürnberg, welches für die Zeit der Abwesenheit des Kaisers als höchste Behörde des Reiches eingesetzt war, erging an Lübeck eine dringende Mahnung zum Frieden mit Androhung der Reichsacht, aber der Rat blieb standhaft und erklärte:⁵ Lübeck liege an den Enden des Reiches von feindlichen Herrschaften gleichwie ein Schaf unter den Wölfen; es sollte vom Reich billig Hilfe erwarten gegen einen König,

¹ Waitz, S. 120. Handelsmann, S. 80 nach Akten des Lübecker Archivs.

² Handelsmann, S. 86. Gralath, Gesch. Danzigs (1790) I, 478.

³ S. Bd. I, S. 118.

⁴ Vgl. Handelsmann, S. 89 ff. und von dänischer Seite Allen, Bd. 3.

⁵ Waitz, S. 126. Handelsmann, S. 101.

der demselben kein Oberrecht zugestehet und sein Gemüt wie viele seiner Vorfahren auf den Verderb der Stadt gesetzt habe; würde diese statt dessen mit der Acht belegt, so möchte die Gemeinde leicht aufrührerisch werden gegen den Rat; das Regiment möge bedenken, wie Basel und andere Städte vom Reich abgekommen seien, und mit dem kaiserlichen Mandat nicht weiter fortschreiten.

Die vereinigte Flotte landete auf Bornholm und zerstörte daselbst die Feste Hammershus, zeigte sich dann vor Kopenhagen und verbrannte Helsingör. König Christian, der sich vergebens bemüht hatte, durch persönliche Unterhandlungen in Flensburg und Kloster Bordesholm die Schleswig-Holsteiner zum Kriege gegen Lübeck zu bewegen, eilte herbei, um seine Hauptstadt zu schützen; die Flotte wandte sich darauf nach Møen und versuchte eine Landung auf Schonen. Jetzt erst erschienen 11 Schiffe von Danzig; man beriet über gemeinsamen Angriff auf Kopenhagen, kehrte aber beim Eintritt des Herbstes zurück. Wenigstens soviel war erreicht, daß die Besatzung von Stockholm keine Verstärkung aus Dänemark erhielt. Im Oktober führten die Ratsherren Bernd Bomhower und Hermann Plönnies acht Lübecker Schiffe dorthin und blieben mit diesen und den früher abgesandten den Winter über bei der Belagerung. Sie halfen mit zur Abwehr eines Entsatzversuchs, welchen der dänische Admiral Sören Norby am 29. November unternahm; 31 dänische Proviantschiffe wurden dabei von den verbündeten Schweden und Lübeckern genommen.

Während des Winters zeigte es sich, daß König Christians Herrschaft auch in Dänemark schwer erschüttert sei; die Stände von Jütland sagten sich offen von ihm los und wandten sich an Herzog Friedrich. Dieser, schon lange über das herrische Auftreten seines Neffen unwillig, begab sich nach Lübeck¹ und schloß dort am 5. Februar 1523 mit dem Rat ein Kriegsbündnis.² Lübeck sagte dem Herzog eine Kriegshilfe von 2000 Bewaffneten und 200 Pferden, ferner eine Geldzahlung von 4000 Mark und eine Last Pulver zu; dieselbe Hilfe versprach er der Stadt, falls sie von König Christian angegriffen werde. Lübeck versprach dafür

¹ Vgl. die in der Zeitschr. f. lüb. Gesch. 2, 330. 3, 361 mitgeteilten Briefe aus Lübeck.

² Urkunden, betreffend den zollfreien Transitverkehr durch das holsteinische Gebiet (1838) S. 78. Waitz, S. 131. Handelsmann, S. 106.

zu wirken, daß Herzog Friedrich König von allen drei Reichen werde, doch wenn dies in Bezug auf Schweden friedlich nicht erreicht werden könne, sei es nicht verpflichtet, dazu Kriegshilfe zu leisten oder die Handelsfahrt einzustellen; zwischen Schleswig-Holstein und Lübeck solle der Bund ein ewiger sein. Haupturheber dieses Kriegsbündnisses war der Lübecker Bürgermeister Thomas v. Wickedede, welcher 1512 als Gesandter den ungünstigen Frieden zu Malmö unterzeichnet hatte. Ein Manifest des Rats vom 23. Februar¹ rechtfertigte vor Kaiser und Reich die Fortsetzung des Krieges, „damit das Reich an seinen Gliedern ungemindert bleiben möge.“

Herzog Friedrich empfing am 26. März zu Wiborg die Huldigung des jütischen Adels. Gleich darauf überschritt sein Heer, geführt von dem holsteinischen Ritter Johann Ranzau und verstärkt durch Söldner von Lübeck und Hamburg, den kleinen Belt und nahm Fühnen ein. König Christian aber verließ, wie einst Waldemar IV.,² bei der drohenden Gefahr sein Reich. Am 13. April 1523 fuhr er mit einer Flotte von 20 Schiffen von Kopenhagen ab, um in den Niederlanden Hilfe zu suchen; in drei bis vier Monaten versprach er Entsatz zu bringen. Er ließ in Kopenhagen und Malmö Besatzungen zurück, und die Bürger dieser Städte blieben ihm treu, weil er ihren Handel gefördert hatte. Während der dänische Adel bald dem neuen König Friedrich I. huldigte, mußten die beiden Städte belagert werden: hierzu leisteten die Hansestädte bereitwillig Hilfe. Lübeck sandte 8, Danzig 7, Rostock 2, Stralsund 2 Schiffe mit begleitenden kleineren Fahrzeugen.

Während dessen endete die Belagerung von Stockholm am 20. Juni 1523. Nachdem ein schwedischer Reichstag zu Strengnäs Gustav Wasa zum König erwählt hatte, wurde der dänischen Besatzung in Stockholm freier Abzug bewilligt. Ihre Anführer übergaben die Schlüssel der Stadt den beiden Lübecker Ratsherren Bomhower und Plönnies; diese boten sie dann dem neuen König dar. Zum Dank für die geleistete Hilfe hatte Gustav Wasa am 10. Juni ein Handelsprivileg unterzeichnet, welches für Lübeck Danzig „und ihre Verwandten, denen Lübeck als ein Haupt der deutschen Hanse es gestatten wolle,“ eine förmliche Handels-

¹ Abgedruckt bei Willebrandt, S. 129.

² S. Bd. I, S. 118.

herrschaft über Schweden festsetzte.¹ Sie sollten zollfreien Verkehr in den vier Haupthäfen Stockholm Kalmar Söderköping Åbo, sowie im ganzen Reiche haben, Lübeck mit dem Vorrecht, an Prälaten und Ritter die kostbaren Waren, Gold Silber Perlen Edelsteine Scharlachtuch, zu verkaufen. Kaufleute fremder Nationen sollten von Schweden ausgeschlossen sein, die Schweden selbst nur nach den Hansestädten segeln und sich der Fahrt durch den Sund und den Belt enthalten. Die Städte forderten aber außerdem auch vollen Ersatz für die aufgewandten Kriegskosten. Zuerst mußten die deutschen Söldner, die in Gustavs Heer gekämpft hatten, abgelohnt werden; die Lübecker Ratsherren übernahmen es, sie auf ihren Schiffen nach Lübeck zu führen und dort ihnen den Sold zu bezahlen. Nachdem dieser Vorschuß durch Einziehung von Geld und Silbergerät aus allen Kirchen und Klöstern des Landes wiedererstattet war,² ließ der Lübecker Rat zwei bedeutende Kostenrechnungen überreichen; die erste, im September 1523, belief sich auf 116 482 Mark lüb., die zweite, im März 1524, auf 120 817 Mark.³ König und Reichsrat erkannten diese Forderungen an und verpflichteten sich zur Zahlung, aber nur schwer konnten die Mittel dazu aufgebracht werden; das meiste wurde allmählich durch Warensendungen, namentlich Kupfer Häute und Pelzwerk, bezahlt. Allerdings bewilligten die am Kriege nicht beteiligten Hansestädte keine Beiträge zu den Kriegskosten, als sie auf dem Hansetage des Jahres 1525 von Lübeck darum ersucht wurden,⁴ aber Lübeck und seine Genossen hatten auch reichlichen Gewinn von dem Handel nach Schweden, den sie einstweilen ausschließlich beherrschten. Es war nicht zu verwundern, wenn Gustav Wasa, um seinem Lande aufzuhelfen, bald eine Änderung des Privilegs begehrte.

¹ Abgedruckt, doch ungenau, bei Willebrandt, S. 137. Vgl. Handelsmann, S. 127. Waitz, Wullenwever I, 24. Die Hauptstelle des im Lübecker Archiv verwahrten Originals lautet: Darneffen wyllen wy, dat nemant anders van frombder nationn schall koepslagen thom Stockholm, Calmaren und anderzwor im ryke, sunderen alleynenn de van Lubeck unnd Dantzick und ore vorwanten der osterschen stede, de gedachte stadt Lubeck myt sick instedenn wylle. Sodanns schall ock emande anders, he sy wol he sy, vann uns nummermer nicht vorgunt werdenn in tokamenden tydenn. Dergelykenn dat emant utlendische scholenn noch mogenn borger werden bynnen Stockholm unnd Calmaren, unnd sust uth dem gantzen ryke up und mit kopmannscup nergent segelenn, dan alleynenn to vorscrevenn steden, unde mit der zegelatie den Ortzundt unnd Beltt nicht to vorsokenn noch to bruken, szunder gans und all to vorgetenn.

² Handelsmann, S. 130 nach schwedischen Quellen.

³ Ebd. S. 165 nach Akten des Lübecker Archivs.

⁴ Ebd. S. 141.

Auch in Dänemark entschied sich der Krieg günstig nach dem Wunsch der deutschen Seestädte; sie sahen im Jahre 1523 ihre Flotte vor den beiden nordischen Hauptstädten siegreich, und beide Könige, Gustav Wasa und Friedrich I., hatten ihrer Mitwirkung den Thron zu verdanken. Christian II. hatte sich von den Niederlanden nach Deutschland begeben und mit Hilfe befreundeter Fürsten Söldnerscharen zusammengebracht, aber da das Geld zur Soldzahlung nicht reichte, zerstreuten sie sich, ehe sie bis zur Elbe kamen (Sept. 1523).¹ Dagegen gelangten fünf Schiffe aus den Niederlanden, trotz der von der hansischen Flotte geübten Hafensperre, nach Kopenhagen. Jedoch die von ihnen gebrachte Zufuhr reichte nur kurze Zeit; am 6. Januar 1524 zog König Friedrich als Sieger in die Hauptstadt ein. Bald nachher unterwarf sich ihm auch Malmö.

Noch setzte Christian II. seine Hoffnung auf den Beistand Karls V. Im April 1524 verhandelten kaiserliche niederländische englische und dänische Gesandte, auch ein päpstlicher Legat, der Bischof von Razeburg und Herzog Albrecht von Mecklenburg anfangs in Hamburg, dann in Lübeck über seine Wiedereinsetzung; aber der Bürgermeister Thomas v. Wickedede wußte, wie Reimar Kock rühmt, standhaft und beredt das Unrecht des Königs zu erweisen. Höchstens eine Geldentschädigung für die Königin, Karls V. Schwester, wollte man zugestehn, vielleicht auch das Erbrecht von Christians Sohn anerkennen.² Die Verhandlungen wurden in Kopenhagen erneuert, wohin sich im Sommer eine Gesandtschaft der verbündeten Städte, geführt von Wickedede, begab, um der Krönung Friedrichs beizuwohnen. Schließlich war für Christian II. nichts erreicht, aber den Niederländern ward ein neuer Handelsvertrag für Dänemark und Norwegen bewilligt, welchem auf Wunsch des Königs auch die wendischen und preussischen Städte beitraten.³ Dem niederländischen Handel war damit die Ostsee aufs neue gesichert; Lübeck entsagte der alten Feindschaft mit Rücksicht sowohl auf den Kaiser als Landesherrn der Niederlande als auch auf Danzigs Handelsinteresse. Vor allem aber kam es darauf an, einen Streit der beiden Könige von Schweden und Dänemark über die Insel Gotland beizulegen. Dahin hatte der dänische Admiral

¹ Handelsmann, S. 118.

² Waitz, Schleswig-Holsteins Gesch. 1, 141.

³ Handelsmann, S. 159. Waitz, Wullenwever 1, 27. 256.

Sören Norby nach dem Fall von Stockholm sich zurückgezogen; Gustav Wasa hatte ihn mit Hilfe der hanfischen Flotte bekämpft und sich des größten Teils der Insel bemächtigt. Aber noch behauptete Norby sich auf der feste Wisborg und erklärte schließlich, daß er sich König Friedrich als dem rechtmäßigen Herrn von Gotland unterwerfe.¹ Thomas v. Wickedede bewirkte eine Zusammenkunft der beiden Könige in Malmö (1. September 1524)² und Erneuerung ihres Bündnisses gegen Christian II.; über Gotland sollte im nächsten Jahre auf einem Tage zu Lübeck entschieden werden. Damals stand Lübeck auf der Höhe seines Einflusses im Norden; die skandinavische Union war gelöst, beide Könige bedurften der deutschen Hilfe. Aber indem Lübeck sich für die Freundschaft des dänischen Königs entschied, die allerdings wichtiger war, stieß es Gustav Wasa, dem die Zahlung der Kriegskosten eine demütige Stellung anzuweisen schien, von sich zurück und beraubte sich des Vorteils, den früher öfters die Freundschaft mit Schweden gegen dänische Ansprüche gewährt hatte.

König Friedrich gewann Lübecks Kriegshilfe zur Vertreibung Norbys, der neuerdings sich wieder für Christian II. erklärt hatte und in Schonen eingefallen war, durch Zusicherung des Besitzes der Insel Bornholm und später statt dessen Gotlands, wenn es erobert sei (Vertrag zu Segeberg, März 1525).³ Als darauf dänische Truppen Gotland besetzt hatten, willigte der Lübecker Rat ein, daß er von Gotland nur die Einkünfte vier Jahre lang erhalte, Bornholm aber auf 50 Jahre in Pfandbesitz.⁴ Demgemäß wurde Bornholm bis 1576 von einem lübeckischen Vogt verwaltet, und die für Dänemark aufgewandten Kriegskosten waren damit ausgeglichen. Gustav Wasa aber war unwillig, daß man ihn getäuscht habe, und seine Gesandten, die zu dem in Lübeck anberaumten Schiedstage absichtlich, wie es scheint, zu spät kamen, schlossen mit den dort zum Hansetag anwesenden niederländischen Gesandten einen Handelsvertrag,⁵ der dem hanfischen Privileg entgegen war und Schweden von der völligen Abhängigkeit von deutscher Zufuhr befreite, auch dem Könige

¹ Vgl. über die früheren Schicksale der Insel Bd. 1, S. 70. 83. 111. 114.

² Die Berichte über die damaligen Verhandlungen, von Prof. Dr. Schäfer mir freundlichst zur Einsicht mitgeteilt, werden bald in der 3. Abteilung der Hanserecesses zum Abdruck gelangen.

³ Handelsmann S. 140.

⁴ Ebd. S. 144.

⁵ S. 146. Waitz, Wullenweber 1, 50.

Zolleinkünfte verschaffte. Die Zahlungen an Lübeck gerieten ins Stocken, da über den Wert der von Schweden gelieferten Waren öfters Streit entstand; doch brach der König die Verhandlungen nicht kurzweg ab, als 1529 seinen Gesandten die begehrte Änderung des hansischen Privilegs abgeschlagen wurde; er erkannte die noch rückständigen Forderungen von 68 681 und 8 689 Mark lüb. an¹ und legte seinem Lande, um diese Schuld abzutragen, eine besondere Steuer, die Glockensteuer, auf: jede Gemeinde mußte eine Kirchenglocke abliefern oder den Geldwert dafür entrichten. Solche Steuer erregte natürlich in Schweden Unwillen. Als etwa die Hälfte bezahlt war, forderte er 1531 nochmals durch Gesandte Änderung des Privilegs, „damit das schwedische Reich von Verderb und beschwerlichem Schaden verschont, auch Treue und gute Freundschaft zwischen uns möge erhalten werden.“² Als auch dieses Gesuch erfolglos blieb, erklärte 1533 der Reichstag zu Nyköping das Privileg für aufgehoben; Lübecker Schiffe und Güter wurden mit Beschlag belegt; Lübeck hatte bei dem Unternehmen, das damals gegen Dänemark begonnen wurde, auch Schweden zum Gegner.

König Friedrich blieb, so lange er regierte, mit Lübeck in gutem Einvernehmen, aber auch ihn bewog die Rücksicht auf das Wohl seines Reiches zu Maßregeln, die als Einschränkung hansischer Freiheiten empfunden wurden.³ In Kopenhagen wurde die Kompanie deutscher Kaufleute auf Unverheiratete beschränkt, die Verheirateten mußten das Bürgerrecht erwerben; in Bergen traten die königlichen Vögte manchen Ausschreitungen deutscher Kaufleute und Handwerker streng entgegen; der Kleinhandel außerhalb der bestimmten Märkte war wie unter Christian II. den Fremden verboten. Aber die Hauptzufuhr kam den Dänen und Norwegern doch immer noch aus den deutschen Seestädten, und mit Strenge hielten diese deshalb den immer wieder sich erneuenden Seeraub nieder.⁴ Klaus Kniphof aus Malmö, der unter dem Vorgeben, für Christian II. zu kämpfen, seine Angriffe besonders gegen die Bergensfahrer richtete, wurde 1525, als er in der Emsmündung sich zu einem Seezuge rüstete, von den Hamburgern gefangen und mit 75 Genossen zu Hamburg hingerichtet. Martin Pechlin aus Fehmarn, der sich rühmte, an einem Tage 12 Schiffe genommen und 105 Mann über Bord geworfen

¹ Handelsmann S. 170 ff.

² S. 174. 277.

³ S. 176 ff.

⁴ Vgl. o. Bd. I, S. 132. 152.

zu haben, wurde 1526 von Lübecker Schiffen, die aus Bergen zurückkehrten, in einem Seegefecht an der norwegischen Küste unweit Kap Lindesnäs besiegt und mit dem größten Teil seiner Mannschaft getötet.¹

Immer noch blieb ein Versuch Christians II., mit Hilfe der Niederländer zurückzukehren, zu fürchten. Es kam darauf an, wie bei den Veränderungen, welche nun die Kirchenreformation mit sich brachte, Lübeck seine Machtstellung im Ostseegebiet behaupten oder vielleicht noch erhöhen könne.

3. Einführung der Reformation.²

Während die deutschen Seestädte, von Kaiser und Reich nicht unterstützt, mit ihrer Kriegsmacht in die Verhältnisse des Nordens eingriffen, breitete sich im deutschen Binnenlande die mächtige religiöse Bewegung aus, der unser Volk die Erneuerung seines geistigen Lebens verdankt. Weder der Kirchenbann noch die Reichsacht, welche über Martin Luther verhängt wurden, konnten die mächtige Wirkung seines Wortes hemmen; das Reichsregiment zu Nürnberg forderte 1523 die Berufung eines Konzils, wo die Beschwerden der deutschen Nation über kirchliche Mißbräuche verhandelt werden sollten. Da Papst und Kaiser darauf nicht eingingen, gewährte der Reichstag zu Speier 1526 jedem Reichsstande die Freiheit, sich in der kirchlichen Frage zu verhalten, wie er es vor Gott und dem Kaiser verantworten könne: dadurch wurde die bereits in mehreren Fürstentümern und selbständigen Städten, namentlich in Kursachsen und Hessen, Magdeburg Nürnberg Stralsund eingeführte neue Weise des Gottesdienstes gesetzlich sichergestellt. Auch Schleswig-Holstein gehörte zu den deutschen Ländern, die sich früh der Reformation zu-

¹ Bericht des Bergenfahrers Gert Korfmaier in Reckemanns Chronik, mitgeteilt von D. Schäfer in den Hanseischen Geschichtsblättern 1876, S. 74 ff.

² Kurzer Bericht in der 1539 herausgegebenen Chronik des Superintendenten Hermann Bonnus; eingehender ist der 1830 von J. Petersen unter dem Titel „Ausführliche Geschichte der Lübeckischen Kirchenreformation, aus dem Tagebuche eines Augenzugen und Beförderers der Reformation“ herausgegebene Bericht, welcher folgende Überschrift trägt: „Dat bok, do de Luttersche lere sick to Lubeke erst anfanghen, und wat vor moye de borgher mit dem rade gehadt hebben, ehe se et hebben darhen bringen konden.“ Beide Berichte sind benutzt in der Chronik Reimar Kocks, der seit 1524 Mönch im Franziskanerkloster zu St. Katharinen war, später Pastor an der Petrikirche wurde. Neuere Darstellung von Waitz, Wullenwever Bd. 1. (1855).

wandten; König Friedrich I. verordnete dort bereits 1524, niemand solle dem andern um der Religion willen Gefahr und Unheil zufügen, sondern jeder „sich in seiner Religion also verhalten, wie er es gegen Gott den Allmächtigen mit seinem Gewissen gedächte zu verantworten.“¹ Für Dänemark sprach er 1527 die Gleichberechtigung der neuen Lehre mit der römischen Kirche aus,² während in Schweden in demselben Jahre durch Reichstagsbeschluß, dem Wunsch König Gustavs entsprechend, die Reformation vollständig eingeführt wurde. In Lübeck aber hielt der Rat, im Einverständnis mit dem Bischof und dem Domkapitel, noch eifrig an der römischen Kirche fest: es entstand ein heftiger Parteikampf, der schließlich zu einer Verfassungsänderung führte, und die Erhaltung der politischen Machtstellung der Stadt wurde dadurch sehr gefährdet. Hätte der verdienstvolle Bürgermeister Thomas v. Wickedede länger gelebt, so wäre der Streit wohl nicht in solcher Schärfe entbrannt. Er starb 1528, von den Bürgern, nach Reimar Kocks Versicherung, betrauert wie ein Vater.

Die kaiserlichen Gesandten, welche 1524 nach Lübeck kamen (S. 15), überbrachten Verordnungen Karls V., die gegen die kirchliche Neuerung gerichtet waren; der Rat ließ sie verkündigen, verbot den Verkauf lutherischer Schriften und hinderte die Bürger, in dem holsteinischen Nachbarort Oldesloe die evangelische Predigt zu hören. Ein Mönch aus Stade, Namens Joh. Osenbrügge, der in Bürgerhäusern zu predigen begonnen hatte, wurde gefangen gesetzt und erst 1528 auf ernstliches Andringen einer Anzahl von Bürgern entlassen, nachdem er sich verpflichtet Stadt und Umgegend zu meiden. Doch wandten sich inzwischen auch zwei Geistliche in der Stadt, Andreas Wilmsen am Dom und Johann Wallhof an S. Marien, der neuen Lehre zu: auch sie wurden 1528 verwiesen. Gegen mehrere Bürger wurden Geld- oder Gefängnisstrafen verhängt, lutherische Schriften wurden auf dem Markt durch Henkershand verbrannt. Aber diese Strenge vermehrte die Mißstimmung gegen den Rat, und sie kam zum Ausdruck, als er sich mit der Forderung erhöhter Abgaben an die Gemeinde wandte. Die Kriegskosten der letzten Jahre hatte man nicht aus bereitliegenden Überschüssen bestreiten können; was

¹ Waitz, Schleswig-Holsteins Gesch. 2, 159.

² Ebd. S. 165.

aus Schweden und Dänemark an Zahlungen einging, reichte nicht aus um die städtischen Einkünfte wieder ins gleiche zu bringen; die Finanzverwaltung aber war in den Händen des Rats, der nicht gewohnt war, öffentlich Rechenschaft zu legen: so lag es nahe, gleichwie im Jahre 1403¹ die Umstände zu benutzen, um Forderungen der Gemeinde durchzusetzen und sie aus ihrer bisherigen Unmündigkeit zu erheben.

Für das Jahr 1528 forderte der Rat eine Erhöhung des gewöhnlichen Schosses; sie ward bewilligt unter der Bedingung, daß ein Ausschuß von 36 Bürgern die Verwendung des Geldes überwache. Als im folgenden Jahre noch größere Leistungen gefordert wurden, erwählte die Gemeinde (Sept. 1529) einen Ausschuß von 48 Mitgliedern, zur Hälfte aus den Junkern und Kaufleuten, zur andern Hälfte aus den Ämtern: dieser sollte die Rechenschaft des Rats entgegennehmen über die Einnahmen aus der erhöhten Abgabe von Bier (4 Schilling auf die Tonne), aus den Geldbeiträgen der andern Hansestädte zu den Kriegsrüstungen der letzten Jahre, aus den Einkünften von Gotland und Bornholm, aus dem zu Segeberg aufgestellten Register städtischer Renten in Holstein; ferner sollte er die Höhe der Schuldforderungen an die Stadt aus Urkunden sich nachweisen lassen und danach Vorschläge zur Tilgung der Schuld entwerfen, zugleich aber auch darauf dringen, daß der Rat gute Prediger berufe, die Gottes Wort rein und lauter lehrten. Die Kämmererherrschaft des Rats legten dem Ausschuß die Schuldbücher vor, aber auf die kirchliche Neuerung einzugehen, lehnte der Rat ab mit Hinweis auf die zu befürchtende kaiserliche Ungnade; auch sei von den Junkern und Kaufleuten dies Begehren nicht gestellt. Der Ausschuß dagegen erklärte, wenn der Rat darauf nicht eingehe, werde die Gemeinde keine Steuervorschläge annehmen; er wies auf das Beispiel von Hamburg hin, wo der Widerstand einiger Rats Herrn die Gemeinde dazu veranlaßt habe, „die Sache anzufangen.“ In Hamburg waren 1527, noch vor Abschaffung des katholischen Gottesdienstes, die im Frühjahr 1528 erfolgte, Kirchspielvorsteher gewählt worden, zunächst zur Verwaltung der kirchlichen Einkünfte; sie waren dann durch den Receß vom 16. Febr. 1529 zur Aufsicht auch über die Stadtverwaltung berufen worden. Die drei Kollegien der 12 Oberalten, der 48 Kirchspielvorsteher und der er-

¹ S. Bd. 1, S. 144.

weiteren Kirchspielvertretung von 144 Bürgern bildeten dort fortan die ständige Vertretung der Bürgerschaft gegenüber dem Rat.¹

Der Lübecker Rat beharrte zunächst darauf, daß der Ausschuß Vorschläge über die Geldfrage mache. Nach geleisteter Rechenschaft waren die 48 dazu willig; am 10. Dezember 1529 wurde nun die Gemeinde berufen, um sich darüber zu erklären. Da redete ein Mitglied des Ausschusses, der Brauer Joachim Sadow, zu den in und vor dem Rathause Versammelten, er und seine Genossen hätten zwar einige Artikel das Geld betreffend aufgesetzt, aber ihrem wichtigsten Auftrage hätten sie noch nicht nachkommen können; wenn die Bürger Gottes Wort und gute Prediger haben wollten, so sei es jetzt Zeit davon zu reden. Die Bürger riefen, sie wollten die Geldartikel nicht hören, ehe nicht der Rat ihnen gute Prediger bewillige, und als dann Sadow sie aufforderte, durch Stehenbleiben oder Beiseitetreten kundzuthun, ob sie dem Evangelium oder „des Papstes Regiment und denen am Dom“ anhängen wollten, da fand sich nur einer, der zur Seite trat. Der Ausschuß wurde nun um 8 Mitglieder verstärkt und verhandelte mit dem Rat. Am Nachmittag gab der Rat nach, daß die beiden vertriebenen Prediger Wilmsen und Wallhof zurückkehren und fortan predigen durften; in den kirchlichen Gebräuchen aber solle nichts geändert werden bis zur Entscheidung durch ein allgemeines Konzil. Darauf erklärte die Gemeinde sich bereit, auf die Geldartikel einzugehen, und zerstreute sich.

Im Januar 1530 begannen die beiden zurückgerufenen Prediger aufs neue ihre Wirksamkeit, der eine in der Petrikirche, der andre in der Marienkirche. Der Rat hatte sie ermahnt, auf Frieden und Eintracht bedacht zu sein, aber es blieb nicht aus, daß andere Geistliche ihnen entgegentraten, und sie selbst konnten nicht umhin, die noch bestehenden Gebräuche und Irrlehren zu bekämpfen. Öfters geschah es, daß ihre Anhänger die Predigt eines Priesters oder Kaplans durch das Anstimmen des Lutherliedes „Ach Gott vom Himmel, sieh darein“ unterbrachen. Dieser Zustand konnte nicht dauern. Als die Osterzeit herannahte, erhob sich die Forderung, es solle wie früher zu Hamburg eine öffentliche Disputation der Geistlichen beider Richtungen stattfinden; jedoch das Dom-

¹ Lappenberg, Programm zur dritten Säcularfeier der bürgerchaftlichen Verfassung Hamburgs am 29. Sept. 1528. Vgl. Ranke, Deutsche Gesch. 3⁴, 274. Gallois, Gesch. Hamburgs (1853) I, 295 f. 336.

kapitel ging darauf nicht ein. Da wurde am 2. April nach längerer Verhandlung zwischen Rat und Bürgern der entscheidende Beschluß gefaßt, es solle fortan nur fünf Predigern, mit denen die Gemeinde einverstanden war, gestattet sein, in den städtischen Kirchen, abgesehen vom Dom, zu predigen, und in der Ägidienkirche solle das Abendmahl unter beiderlei Gestalt gereicht werden. Darauf erwählte die Gemeinde am 7. April einen neuen Ausschuß von 64 Mitgliedern, der die Erhebung und Verwendung der inzwischen mit dem Rat vereinbarten Abgaben überwachen und sich der kirchlichen Angelegenheiten ferner annehmen sollte. Am Osterfest erfreute man sich der ungehinderten evangelischen Predigt; das Domkapitel und die Klöster wagten keinen Widerstand; der Bischof Heinrich Bockholt hatte sich nach Eutin begeben. In den nächsten Wochen fanden noch öftere Verhandlungen statt; am Fronleichnamstage wurde noch einmal öffentliche Prozession gehalten, doch mit geringer Beteiligung der Bürger; am 30. Juni willigte der Rat ein, daß alle katholischen Ceremonien aufhören und die Klöster aufgehoben werden sollten. Als in der Domkirche am 2. Juli der Gottesdienst nach alter Weise gehalten wurde, drang ein Volkshaufe hinein und nötigte die Domherren zur Flucht. Aus den Kirchen wurden nun die überflüssigen Bilder und Geräte entfernt und in die Tresorkammer der Marienkirche gebracht,¹ dann erwählten der Rat und der Ausschuß der Vierundsechzig, jeder zur Hälfte, 32 Kirchengeschworne, welche fortan die kirchlichen Einkünfte verwalten sollten. Zwei angesehene Kaufleute, Mitglieder des Ausschusses, wurden nach Wittenberg gesandt, um vom Kurfürsten von Sachsen die Absendung eines gelehrten Mannes, der die neue Kirchenordnung feststellen sollte, zu erbitten.

Der Rat hatte alle diese Maßregeln gebilligt; insgeheim aber war Dr. Brömse, ein Bruder des Bürgermeisters Nikolaus Brömse, zum Reichstag nach Augsburg gesandt worden, und nachdem hier Kaiser Karl V. die Konfession der Evangelischen verworfen und einen für sie ungünstigen Reichstagsabschied verkündet hatte, ergingen alsbald an die Reichsstadt Lübeck kaiserliche Befehle, welche Herstellung des alten Gottes-

¹ Das in der Zeitschr. f. lüb. Gesch. 2, 133 ff. aus Rehbeins Chronik mitgeteilte Verzeichnis führt außer den Kelchen Schalen und Monstranzen viele silberne Heiligenbilder auf und giebt das Gesamtgewicht von Silber und vergoldetem Silber auf 96 Centner an.

dienstes und Abschaffung des Bürgerausschusses forderten. Da erklärte am 13. Oktober die versammelte Gemeinde:¹ „sie wolle Kaiserlicher Majestät in allen Sachen, so nicht wider Gott und zum Verderb dieser Stadt dienen, gern allezeit gehorsam sein, aber wenn Kaiserliche Majestät sie mehr als andre kaiserlich freie Städte drängen wolle, so werde die Not erfordern, andre Beschützung zu suchen.“ Man wußte wohl, daß 14 freie Reichsstädte im Vorjahre den Protest der Evangelischen zu Speier unterzeichnet hatten, und daß jetzt sogar Augsburg, wo der Kaiser verweilte, sich der Annahme des Reichsabschieds widersetzte. Die Gemeinde ging aber alsbald noch einen Schritt weiter; sie stellte durch die Beschlüsse dieses Tages, die in 26 Artikel gefaßt wurden,² die bisher unbeschränkte Verwaltung des Rats dauernd unter die Aufsicht ihrer erwählten Vertreter. „Auch will diese Gemeinde, daß ein ehrbarer Rat keine Versiegelung und keine Verbündnisse mache nach diesem Tage, auch kein Geld aufnehme auf die Stadt, ohne mit Wissen und Willen der Vierundsechzig und der Vorsteher der Kirchen.“ Von allen Verwaltungsämtern (Officien) des Rats und ihren Einkünften soll den Vierundsechzig Rechenschaft gelegt werden; auch sollen diese auf das Verfahren beim Niedergericht³ Acht haben, daß niemandem Unrecht geschehe. Damit aber nicht oftmals die ganze Gemeinde zusammenkommen müsse, werden die 64 noch 100 Bürger zu sich erwählen; dieser verstärkte Ausschuß soll mit dem Rat alle Gebrechen der Stadt erwägen, wie es für das gemeine Beste von Nutzen ist; er soll Kenntnis nehmen von den kaiserlichen Privilegien der Stadt, sowie von den auswärtigen Handelsprivilegien. Die kirchlichen Einkünfte von Kalanden Bruderschaften und Seelmessen sollen in die bei jeder Kirche eingerichteten Gotteskästen fließen; Mönche und Nonnen sollen die Klöster verlassen oder wenigstens nicht in geistlicher Tracht sich sehen lassen; Dompräbenden und Vicarien sollen nicht ferner verliehen werden.

Diese Beschlüsse gaben dem Kirchenwesen und der Stadtverfassung eine neue Gestalt, aber der Rat wich nur dem Zwange, indem er sie bestätigte; die neue Art der Verwaltung kam keineswegs in allen Stücken sofort zur Ausführung. Bald beschwerten sich die Vierundsechzig darüber,

¹ Waitz, Wullenwever I, 289.

² Abgedruckt bei Waitz a. a. O.

³ S. Bd. I, S. 91. 145.

daß die Kämmerei eigenmächtig Geld aufnehme und daß die Rechenschaft von den Officien des Rats nicht gegeben werde; der Rat aber meinte genug zu thun, wenn er den Bemühungen um eine neue Kirchenordnung nicht entgegentrete. Um diese aufzustellen und durchzuführen, erschien Dr. Johannes Bugenhagen, Pfarrer zu Wittenberg und Luthers bewährter Freund. Er war aus Pommern gebürtig und der niederdeutschen Sprache vollständig mächtig; die erste Predigt, welche er am 30. Oktober 1530 in der Marienkirche hielt, gewann ihm sogleich das Vertrauen der Gemeinde. Zwei Ratsherren nebst dem ersten Ratssekretär und acht Mitglieder der Ausschüsse wurden ihm beigeordnet, um die Kirchenordnung zu entwerfen. Der Zwist zwischen Rat und Bürgerschaft wurde durch einen Vertrag am 18. Februar 1531 dahin beigelegt, daß der Rat sich verpflichte, Gottes Wort zu handhaben und zu fördern, und dann für Mängel, die bei der Rechenschaft von früher her befunden würden, nicht weiter zur Verantwortung gezogen werde.¹ Darauf reichten die Bürgermeister und die Wortführer der Bürgerschaft einander die Hände. Aber die angesehensten Männer des Rats sahen die Einschränkung, welche der Obrigkeit für die Zukunft durch das Fortbestehen der beiden Ausschüsse auferlegt war, als rechtswidrig und schädlich an und empfanden es als Kränkung, daß man die Rechenschaft als ungenügend bezeichnete.

Die von Bugenhagen aufgestellte Kirchenordnung,² vielfach übereinstimmend mit den von ihm für Braunschweig und Hamburg verfaßten Ordnungen, enthält eingehende Festsetzungen zuerst über das Schulwesen, dann über den Gottesdienst, die Stellung der Geistlichen und die Verwaltung der kirchlichen Einkünfte. Wie er in Hamburg das Johanniskloster als Gymnasium eingerichtet hatte, so geschah es in Lübeck mit dem Katharinenkloster. Die Schüler sollen in 5 Klassen von 7 Lehrern unterrichtet werden; in die oberste Klasse sollen nur die zum Studium befähigten eintreten; da sollen, neben dem durch alle Klassen gehenden Unterricht in der Religion und lateinischen Sprache, auch Dialektik und Rhetorik geübt und die Anfänge des Griechischen, Hebräischen und der Mathematik gelehrt werden.

¹ Bericht bei Petersen S. 106: so scholen doch dejennen, de nu tho rade sitten, sodane vorsumnisse an lieve effte gude nicht entgelden.

² Der feyserliken Stadt Lübeck christlike Ordeninge; neue Ausgabe des Drucks von 1531 in getreuer Nachbildung 1877 zum fünfzigjährigen Amtsjubiläum des Seniors Dr. J. C. Lindenbergh. Vgl. Tr. Vogt, Joh. Bugenhagen (Leben und ausgewählte Schriften der Väter und Begründer der lutherischen Kirche, Bd. 4, 1867) S. 333.

Durch die Verpflichtung der Lehrer und Schüler zum Kirchengesang blieb die Schule, welche Bugenhagen am 19. März 1531 in Gegenwart zweier Ratsherren und der evangelischen Prediger einweihete, in enger Verbindung mit der Kirche. Die Oberaufsicht wurde dem Superintendenten übertragen, der in einem besonderen Raum des Klosters auch theologische Vorlesungen in lateinischer Sprache für die Geistlichen und Lehrer zu halten hatte. Es war nicht ausgeschlossen, daß auch einer von diesen eine Vorlesung übernahm. Die deutschen Schreibschulen, heißt es weiter in der Kirchenordnung, sollen in bisheriger Weise bestehen bleiben, drei Mädchenschulen neu eingerichtet werden. Die beiden Jungfrauenklöster zu S. Johannis und S. Annen, letzteres erst 1502 gegründet und damals besonders zum Unterricht der Mädchen bestimmt, sollen fortbestehen, doch ohne Klosterzwang; das Burgkloster wird zu einem Armen- und Siechenhaus eingerichtet. Die Geistlichen, deren Zahl für jede Kirche bestimmt wird, stehen unter der Leitung des vom Rat und dem Ausschuß der 64 zu wählenden Superintendenten. Sie empfangen ihre Besoldung aus dem Schatzkasten, welchen 20 erwählte Kirchväter, aus jedem Kirchspiel vier, unter Aufsicht von zwei Ratsherren verwalten; aus dieser Kasse werden auch kirchliche Baukosten bestritten. Daneben besteht für die Armenpflege der Armenkasten, zu dessen Verwaltung 15 Diaconen, aus jedem Kirchspiel 3, ebenfalls unter Aufsicht von zwei Ratsherren bestellt sind. Zur Einsammlung von Gaben für die Armen und zur Verteilung dessen, was aus den besonderen Armenkasten der einzelnen Kirchen wöchentlich den Armen zu gute kommen soll, werden in jedem Kirchspiel 9 jüngere Diaconen bestellt, von denen je drei einen Monat thätig sind. Jährlich zweimal sollen alle Kirchväter und Diaconen mit den vier Ratsherren sich versammeln, einmal um Michaelis um zu beraten, was nötig sei, das andere Mal zu Mittfasten, um Rechnung zu legen. Die Wahl der Kirchväter geschieht durch die beiden Ausschüsse unter Bestätigung des Rats; die Wahl der Diaconen durch den Ausschuß der 64 unter Mitwirkung der den Armenkasten verwaltenden Ratsherren; die Wahl der Pastoren durch die Kirchväter mit Beirat des Superintendenten und der andern Pastoren; die Kapläne werden von den Pastoren angenommen.

Bugenhagen blieb nach Vollendung dieser Kirchenordnung noch bis zum April 1532 in Lübeck, um die Einführung derselben und den Druck der niederdeutschen Bibel, welche allerdings erst 1534 von dem Buchdrucker

Ludwig Dietz vollendet wurde, zu überwachen.¹ Als ersten Superintendenten setzte er vor seiner Abreise den anfänglich als Rektor der lateinischen Schule von ihm berufenen Hermann Bonnus ein. Die Mitwirkung erwählter Gemeindeglieder zur kirchlichen Verwaltung ist ebenso wie die Mitwirkung der Bürgerschaft bei der Stadtverwaltung als ein wesentlicher Fortschritt anzusehn gegenüber den mittelalterlichen Einrichtungen, die im Kirchenwesen die Gemeinde ganz ausschlossen, in der Stadtverwaltung es in das Belieben des Rats stellten, wann er über wichtige Angelegenheiten die Bürger hören wollte. Aber um solche aus dringenden Wünschen der Mehrzahl hervorgegangene Einrichtungen lebenskräftig und segensreich zu machen, bedarf es großer Einsicht und Selbstverleugnung der Regierenden; diese fehlte damals. Sie sahen in den Neuerungen nur den Abfall vom alten Glauben und von der alten Verfassung;² sie meinten den kaiserlichen Schutz anrufen zu müssen, damit das alte Recht hergestellt werde. Als im März 1531 auf Ersuchen des Herzogs Ernst von Süneburg Gesandte der Stadt, ein Rathsherr und zwei Mitglieder der 64, sich nach Schmalkalden begaben, um den Beitritt Lübecks zum evangelischen Verteidigungsbunde zu erklären, da mochten die beiden Bürgermeister Nikolaus Brömse und Hermann Plönnies nicht länger die Verantwortung tragen für eine von ihnen gemißbilligte innere und auswärtige Politik. Sie verließen am Vorabend des Osterfestes (8. April) heimlich die Stadt

¹ Diese bald sehr verbreitete Bibel führt den Titel „De Biblie uth der uthlegginge Doctoris Martini Luthers.“ Die Nachricht bei Starke, Lübeckische Kirchenhistorie (1724) S. 86, Bugenhagen sei schon im Frühjahr 1531 nach Wittenberg zurückgekehrt, bald aber noch einmal nach Lübeck gekommen, läßt sich mit der dort angeführten Stelle aus Luthers Werken, Altenburger Ausgabe 5, S. 804 nicht begründen: dies hat Tr. Vogt S. 538 nachgewiesen. Luther hat Bugenhagen im Predigtamt vertreten bis zum April 1532; s. Köstlin, M. Luther 2^e, 250 (1883). Ein Sendschreiben Bugenhagens an den Rat zu Rostock, datirt von Lübeck im Juli 1531, ist nebst einigen anderen Briefen von ihm aus Lübeck abgedruckt bei O. Vogt, Joh. Bugenhagens Briefwechsel, Stettin 1888, S. 107.

² Von anderem Standpunkt urtheilt Bonnus in seiner Chronik: Desse mannichfoldige erwelinge der bürger, wowol uth guder meninge, ock uth medebewilginge des erbaren rades gescheen, hefft doch entliken nen bestant hebben kont unde were ock nummer so wyth yngereten unde also vortgeghan, wen men by tyden de predige des Evangelii unde den rechten gebruck der sacramente hedde yngerumet. Unde hebben hyrinne Bishop unde Capittel, so de werltlicken avericheit thorügge gehalten hebben, de grötesten schuldt gehat. Men secht unde ys ock war: Ein wys man schicket sick yn de tydt, averst solckes kan dat vorblendede pawestdom nicht don, unde wil ehr unrecht vor recht beholden ock jegen Gades wordt, unangesehen scholden ock landt unde lude darawer vorderen unde underghaen.

und begaben sich nach Gadebusch zum Herzog Albrecht von Mecklenburg, von da nach Münster, wo Plönnies blieb, während Brönse sich nach Brüssel an den Hof des Kaisers begab: ein beklagenswerter Entschluß, durch welchen die mühsam hergestellte neue Ordnung in Lübeck aufs äußerste gefährdet ward.

4. Der Bürgermeister Jürgen Wullenwever. Letzter Krieg gegen Dänemark 1534—1536.¹

Als in der Stadt die Kunde von dem Entweichen der beiden Bürgermeister sich verbreitete, entstand große Aufregung. Die Bürgerschaften versammelten sich und stellten den Rat zur Rede; doch ergab sich, daß die Bürgermeister aus eigenem Entschluß ohne Auftrag gehandelt hatten. Die Gemeinde beruhigte sich, aber es wurden nun Neuwahlen für den Rat gefordert. Er sollte auf 24 Mitglieder gebracht werden;² die alte Wahlordnung Heinrichs des Löwen wurde so ausgelegt, daß die Rats Herrn fortan nur auf 2 Jahre gewählt werden und die jährlich ausscheidenden 8 im dritten Jahre noch zu einzelnen Beratungen hinzugezogen werden sollten; 16 sollten den sitzenden Rat, 24 den ganzen Rat bilden; die Wahl sollte durch die Ausschüsse geschehen.³ Der Wortführer der 64, welcher diese Anträge am 27. April 1531 bei der Gemeinde zur Annahme brachte, war Jürgen Wullenwever, ein aus Hamburg gebürtiger Kaufmann, der nicht zu den altansässigen wohlhabenden Kaufleuten gehörte,⁴ aber

¹ Ausführliche Darstellung von Georg Waitz, Lübeck unter Jürgen Wullenwever und die europäische Politik, 3 Bde. 1855—56. Von dänischer Seite Paludan Müller, Grevens Feide, Kopenhagen 1853—54, auf Grund der von demselben Gelehrten gesammelten Urkunden und Briefe: *Aktstykker til Nordens Historie i Grevefeidens Tid*, 2 Teile, Odense 1852—53. Diese Sammlung wird durch die von Waitz mitgeteilten Aktenstücke ergänzt.

² Vgl. die Ratswahl vom Jahre 1408, Bd. 1 S. 145.

³ Waitz 1, 96. Vgl. Bd. 1 S. 26. Bonnus urteilt: Unde wowol men menede, de sake dorch desse wyse gudit tho maken, so hefft ydt averst gefeilet, wente tho eines bestendigen regimentes erholdinge kan nene beter ordeninge erdacht werden, denn dat de koer unde erwelinge des rades by der avericheit stedes blive.

⁴ Die Aufzeichnungen über ihn im Niederstadtbuch (Hansische Geschichtsbl. 1885, S. 199) ergeben, daß er noch 1526 die Verpflichtung zu Zahlungen, die er 1518 in Hamburg eingegangen war, anerkennen mußte. Er besaß in Lübeck kein eigenes Haus, sondern wohnte im Hause seines Schwagers (Königsstraße 75); Waitz 1, 424. Bonnus urteilt über ihn: Idt ys Jürgen Wullenwever van natur nicht ein ungeschicket man gewesen, so he ydt thom besten hadde bruken kont; wente ydt synt de vörmest

durch sein rühriges Auftreten als Mitglied des Ausschusses zu Ansehen gekommen war. Zwölf Wahlbürger, vier von den 64, acht von den 100, traten zusammen und schrieben 9 Namen auf Zettel, von denen einer der beiden zurückgebliebenen Bürgermeister 7 zu nehmen hatte. So wurde der Rat am 28. April ergänzt; das alte Recht der Selbstergänzung war damit abgeschafft. Am folgenden Tage leisteten sämtliche Ratsherren den Eid, daß sie helfen wollten, Gottes Ehre und sein heiliges Wort zu handhaben, das gemeine Beste treulich zu fördern, auch jedem zu seinem Recht zu helfen, nach dem Recht der Stadt, nicht nach Gunst oder Ungunst. Die Mitglieder der Ausschüsse aber schwuren, einem ehrbaren Räte treu hold und gehorsam zu sein in allen Dingen, welche nicht gegen Gottes Ehre und das gemeine Beste seien.¹ Darauf wurde Bugenhagens Kirchenordnung am 27. Mai als Gesetz bestätigt; neun Mitglieder der beiden Ausschüsse übernahmen, zunächst für ein Jahr, die Aufsicht über die Verwaltung der Kämmerei.² Zur Wahl von zwei Bürgermeistern ward erst im September geschritten, als es unzweifelhaft war, daß Brömse und Plönnies unter gütlichen Bedingungen nicht zurückkehren würden. Die Wahl wurde von dem Ausschuß der 64, nicht vom Rat, vollzogen.

Gleich darauf gingen kaiserliche Schreiben ein, welche dringender als im Vorjahre die Herstellung des alten Zustandes forderten. Darüber entstand unter den Bürgern solcher Unwille, daß sie sich zu einer Gewaltthat erhoben, um die noch sichtbaren Zeichen der gestürzten Geschlechterherrschaft zu vernichten. Die Häuser der Zirkelbrüder und der Kaufleute-Kompanie wurden verwüstet und geschlossen, die Olavsburg an der Wafenitz³ gänzlich zerstört. Den Mitgliedern jener beiden Genossenschaften wurden fernere Zusammenkünfte untersagt; hatten sie früher fast ausschließlich den Rat aus ihrer Mitte besetzt, so waren sie fortan nur gleichberechtigt mit den übrigen Bürgern. Die Handwerker blieben, der alten Ratswahlordnung entsprechend, vom Rat ausgeschlossen; in den Ausschüssen waren sie ge-

unde grothesten gebreke an em gewesen, dat he gantz unbestendich was yn synen vörnemende und ydermanne synes anhanges lichtliken gelövede, dartho ock nemande des Rades vor gудt heldt, unde wolde alles na synem koppe utrichten, unde hefft den Marcus Meyer mehr gehört unde gefolget, denn wat de gantze Radt vor gудt ansach. Derhalven hefft he most thom latesten gröffliken anlopen.

¹ Bericht bei Petersen, S. 125. Waitz 1, 99.

² Waitz 1, 104. ³ S. o. Bd. 1, S. 202 und 136.

nügend vertreten. Glimpflich verfuhr man mit den Domherren und Vikaren; sie behielten auf Grund eines Vertrages vom 10. November 1531¹ ihre kirchlichen Einkünfte und die Benutzung der Domkirche auf Lebenszeit, mußten aber einen schriftlichen Nachweis der Zinsen und Renten einreichen, damit diese künftig in den Gotteskasten gezahlt würden; über den Grundbesitz des Domkapitels in und außer der Stadt wurde bestimmt, daß er nach dem Aussterben der Domherren in das Eigentum der Stadt übergehe. Der Bischof nahm an diesem Vertrage keinen Anteil; seine Güter standen unter holsteinischem Schutz, da seit 1460 die Lübecker Bischöfe zu Schleswig-Holstein in naher Beziehung standen und im Landesrat der Herzogtümer eine bevorzugte Stellung einnahmen.²

Dem Kaiser gegenüber fühlte man sich gesichert durch die Teilnahme der Stadt am Schmalkaldischen Bunde. Als Karl V. 1532 den vorläufigen Religionsfrieden zu Nürnberg gewährte, um sich der Hilfe der Evangelischen zur Abwehr der Türken zu versichern, sandte auch Lübeck bereitwillig seine Truppen, 600 Mann, zu dem Reichsheer, das sich bei Wien versammelte und den Türken Schrecken einflößte, so daß sie ohne den Kampf zu beginnen umkehrten. Unterdessen aber war im Norden eine Verwicklung eingetreten, die Lübeck näher anging. König Christian II., von den Niederländern mit Schiffen und Geld unterstützt, war an der Küste von Norwegen gelandet (Ende Oktober 1531), um von dort aus sein Reich wieder zu gewinnen. In Lübeck war man sofort bereit, dem Hilfsge such König Friedrichs zu entsprechen. Vier Schiffe gingen alsbald nach Kopenhagen ab, andere folgten im Frühjahr 1532; auch Rostock Wismar Stralsund entsprachen der Aufforderung Lübecks, Schiffe zu senden. Zugleich begaben sich Gesandte nach Kopenhagen, und mit besonderem Eifer führte hier Wullenwever das Wort, um jetzt Dänemarks Mitwirkung dafür zu gewinnen, daß den Holländern „für ihre Segelation in die Ostsee ein Maß gesetzt werde.“³ Von Alters her, sagte er, sei es üblich gewesen, die Stapelgüter, die in großen Massen in den Handel kämen, Tuch aus den westlichen Städten, Wachs Kupfer Häute Pelzwerk aus den Ländern des Ostens, nicht durch den Sund zu führen, sondern sie nach Lübeck auf den Markt zu bringen; den preußischen Städten sei allerdings

¹ Waitz 1, 106.

² Waitz, Schleswig-Holsteins Gesch. 1, 400. 412. 2, 29. 164. 204.

³ Waitz, Wullenwever 1, 138. Handelsmann, S. 190. Vgl. o. S. 4 u. 15.

direkter Verkehr nach England zugestanden, doch nur mit eigenen Gütern, ebenso in umgekehrter Richtung den Engländern Schotten Franzosen; daß aber die Holländer Stapelgüter als Fracht übernähmen, sei dem hanfischen Handel verderblich; nur die Fahrt mit Korn Teer und anderen Waren könne man ihnen in gewissem Maße verstatten. Ein vorläufiges Schifffahrtsverbot war bereits von Dänemark an die Holländer gerichtet, weil sie Christian II. unterstützt hatten; jetzt ward ein Vertrag über gegenseitige Kriegshilfe zwischen König Friedrich und der Stadt Lübeck verabredet; darin verpflichtete sich Dänemark, den Holländern auf 10 Jahre die Fahrt mit Stapelgütern durch den Sund zu wehren, doch ausgenommen die in Dänemark selbst gekauften Güter. Aber Gesandte aus den Niederlanden, wo man bereits die Störung des gewohnten Ostseeverkehrs auffällig empfand, wußten die Vollziehung dieses Vertrages zu vereiteln; dagegen erlangten sie von König Friedrich am 9. Juli 1532 eine Erneuerung ihres Handelsvertrages von 1524, gegen das Versprechen, Christian II. nicht weiter zu unterstützen.¹ Widerstrebend fügten sich die Gesandten Lübecks der Aufforderung, diesem Vertrage beizutreten.

Christian II. hatte unterdessen in Norwegen gegen die Mannschaften der vereinigten dänischen und hanfischen Flotte nichts ausrichten können; seine Schiffe wurden auf der Reede von Opslo (wo später Christiania gegründet ward) verbrannt. Es ward ihm freies Geleit nach Kopenhagen zugesichert, aber als er hier ankam, um mit seinem Oheim zu unterhandeln, hatte dieser mit dem dänischen Reichsrat, den Vertretern des schleswig-holsteinischen Adels und den Gesandten der Hansestädte sich geeinigt, daß Christian gefangen gesetzt werde, wenn er auf seinen Herrschaftsansprüchen beharre. So geschah es, daß Christian II. im August 1532 zu jahrelanger Haft nach dem Schloß Sonderburg (auf Alsen) gebracht wurde. Auf Verlangen Lübecks forderte nun König Friedrich von den Holländern eine Geldzahlung zum Ersatz der aufgewandten Kriegskosten; seine Gesandten erklärten in Brüssel, der Handels- und Friedensvertrag könne einstweilen nur für die anderen niederländischen Provinzen gelten. Aber als die Regentin Maria, eine Schwester Karls V., im Einverständniß mit den niederländischen Ständen darauf eine abweisende Antwort erteilte,² bestand er nicht weiter auf seiner Forderung; es genügte ihm, daß die Niederländer sich des gefangenen Gegenkönigs nicht fernerhin annahmen.

¹ Waitz, S. 162. 340.

² Ebd. S. 185.

In Lübeck beschloß man nun, den Kampf gegen die Holländer auf eigene Hand zu beginnen. Bei den Ratswahlen im Februar 1533 ward Wullenwever in den Rat erwählt, am 8. März erhob man ihn zum Bürgermeister. Er meinte durch kühnes Wagen erreichen zu können, was bisher vergebens erstrebt war, obgleich weder die wendischen Städte noch Danzig auf den Kriegsplan eingingen und eine Gesandtschaft nach Schweden den mit diesem Reiche bestehenden Zwist nicht beizulegen vermochte.¹ Sechs Kriegsschiffe gingen in See, um den feindlichen Kaufahrern entgegenzutreten; zu weiterer Kriegsrüstung bewilligte die Gemeinde die Verwendung des auf der Trefe aufbewahrten Kirchensilbers.² Den Befehl über die Söldner auf den Schiffen übernahm Mary Meyer, ein kühner Kriegsmann, doch ohne feldherrngaben. Er war früher Anferschmied in Hamburg gewesen, hatte dann als Söldnerführer bei der Flotte in Norwegen sich hervorgethan und zuletzt die Söldner Lübecks zum Reichsheer gegen die Türken nach Oesterreich geführt.³

Ehe der Krieg zum Ausbruch kam, starb unerwartet König Friedrich I. am 10. April 1533 auf dem Schlosse zu Gottorp. Es kam in Frage, ob der dänische Reichsrat ohne weiteres seinen ältesten Sohn Christian (III.), der in den Herzogthümern bereits als Statthalter regierte, als König anerkennen werde; eine Partei war mehr für den jüngeren Sohn Johann. Wullenwever reiste als Gesandter nach Kopenhagen und vernahm nicht ungern den Beschluß des Reichsrats, die Königswahl auf ein Jahr auszusetzen, aber sein Gesuch um gemeinsames Vorgehen gegen die Holländer ward abschläglich beschieden. Er wandte sich nun an Herzog Christian und ließ diesem die Hilfe Lübecks zur Erlangung der dänischen Krone anbieten, aber Christian hatte bereits seine Gesandten nach den Niederlanden geschickt, und am 9. September 1533 kam ein Bündnis mit der Regentin Maria zu Stande, welches ihm Unterstützung mit Geld und Mannschaften zusicherte, ohne der Ansprüche des gefangenen Christian II. zu gedenken.⁴ Die Holländer hielten ihre nach der Ostsee bestimmten Handelsschiffe einstweilen zurück; erst gegen Ende Juli wandte sich die Lübecker Kriegsflotte, nachdem sie mehrere Wochen bei Kopenhagen gelegen hatte, um den Ausgang der Verhandlungen abzuwarten, nach der Nordsee. Es gelang ihr, einige feindliche Schiffe nahe der englischen Küste

¹ Waitz, S. 221.

² S. 200.

³ S. 196.

⁴ S. 212. 226.

wegzunehmen. Als aber Marr Meyer mit einigen Begleitern ans Land ging, um Proviant zu beschaffen, ward er verhaftet und nach London geführt. Hier verwandten sich die Kaufleute des Stalhofs für ihn, und König Heinrich VIII. fand an seinem männlichen Auftreten solches Gefallen, daß er ihm den Ritterschlag erteilte. Mit günstigen Anträgen des Königs, der wegen der Trennung seiner Ehe mit Karl V. zerfallen und den deutschen Protestanten geneigt war, kehrte Meyer im Januar 1534 nach Lübeck zurück. Die Flotte hatte sich, nachdem er sie verlassen, vor den Holländern, die mit 20 Schiffen in See gingen, nach der Elbmündung zurückgezogen. Jene fuhren nun durch den Sund, fügten im Herbst 1533 den hanfischen Niederlassungen in Schonen mancherlei Schaden zu und beraubten zurückkehrende Bergensfahrer, bis eine rasch gerüstete, von Wullenwever geführte Flotte von 18 Schiffen sie vertrieb. Ohne ernstlichen Kampf wichen sie durch den Sund zurück.

Im Winter wurden Verhandlungen eröffnet; in Hamburg traten (Februar 1534) niederländische Gesandte mit Vertretern der Hansestädte und Herzog Christians zusammen. Wullenwever und M. Meyer erschienen in glänzendem Aufzuge; in voller Rüstung zu Roß mit einem Gefolge von 60 Bewaffneten zogen sie in Hamburg ein. Aber bei den Verhandlungen zeigte sich bald, daß sie für ihre Forderung, die Holländer sollten 300000 Gulden Schadenersatz zahlen oder ihre Fahrt nach der Ostsee auf eine bestimmte Zahl Schiffe ohne Stapelgüter beschränken, keine Unterstützung fanden. Die Vertreter der anderen Städte waren, ebenso wie die holsteinischen Gesandten, der neuen Regierung in Lübeck abgeneigt; sie nahmen die von Dr. Brömse, dem Bruder des vertriebenen Bürgermeisters, eingereichten Klageschriften entgegen und schrieben an den Lübecker Rat, er möge sich zu friedlichen Wegen entschließen. Wullenwever, darüber erbittert, eilte nach Lübeck, berief am Nachmittag des 13. März die Bürgerschaft in die Marienkirche und redete zu ihr von der Kanzel herab: seine Anträge zum Besten der Stadt würden in Hamburg vereitelt; man wolle den alten Rat zurückführen; vor allem sei Einigkeit nötig, aber mehrere im Rat und in der Gemeinde seien gut holländisch oder gar schwedisch gesinnt.¹ Seine Worte machten großen Eindruck; an den beiden folgenden Tagen fanden nochmals Bürgerversammlungen statt. Man for-

¹ S. 240 f.

derte die Bestrafung der Gegner Wullenwevers¹; einige entwichen alsbald, andere wurden gefangen gesetzt und nicht eher freigelassen, als bis sie Bürgen stellten und mit ihrem Vermögen sich dafür haftbar erklärten, daß sie nichts gegen die jetzige Ordnung der Stadt unternehmen würden. Nach Hamburg kehrte Wullenwever nicht wieder zurück; die Verhandlungen daselbst führten zu einem Waffenstillstand auf vier Jahre, der dem Handelsverkehr der Holländer keine Beschränkung auferlegte.

Wullenwevers Pläne richteten sich jetzt auf ein größeres Ziel. Bei der dänischen Königswahl bot sich Gelegenheit, Lübecks entscheidenden Einfluß wie in früheren Zeiten geltend zu machen, vielleicht auch die Ausschließung der Holländer noch durchzusetzen. Die im April 1534 vorgenommenen Ratswahlen ließen nur noch vier Mitglieder des alten Rats im Amte; alle andern waren durch die Ausschüsse erwählt und stimmten den Vorschlägen Wullenwevers ohne viel Bedenken zu. Hilfreich bei den Verhandlungen war ihm besonders der gewandte Syndikus Dr. Oldendorp, gleichfalls aus Hamburg gebürtig und zuletzt im Dienste der Stadt Rostock. Beide Männer glaubten mit dem Siege der kirchlichen Reformation auch einen Machtaufschwung des deutschen Bürgertums bewirken zu können; es kümmerte sie wenig, daß der auf Bugenhagens Empfehlung anfänglich als Rektor der Katharinen Schule berufene, bald aber zum Superintendenten erwählte Hermann Bonnus in einem Schreiben an den Rat² sich ernstlich gegen die willkürliche Veränderung der Obrigkeit erklärte und das Evangelium von den weltlichen Plänen getrennt halten wollte. Der Rat begnügte sich damit, ihm für einige Zeit das Predigen zu untersagen, und gewährte ihm die erbetene Entlassung aus dem Amte nicht.

Bei seiner Gesandtschaftsreise nach Kopenhagen hatte Wullenwever die Bürgermeister der beiden damals bedeutendsten Städte Dänemarks, Kopenhagen und Malmö, beide Deutsche von Geburt, kennen gelernt und von ihnen erfahren, daß bei Bürgern und Bauern große Abneigung gegen den im Reichsrat hauptsächlich vertretenen Adel herrsche. Wenn ein großer Teil des Adels geneigt war, Herzog Christian zu wählen, so war in den Städten und bei den Bauern noch das Andenken an den gefangenen

¹ Der bekannteste unter ihnen ist Lambert v. Dalen, welcher später 1537 Ratsherr wurde; vgl. seinen Bericht bei Waitz 3, 530.

² Abgedruckt bei Starke, Lübeckische Kirchenhistorie (1724) S. 87, und Willebrandt, Hanßische Chronik S. 159.

König Christian II. lebendig. Wullenwever erkannte, daß für den Plan, den rechtmäßigen König zu befreien, sich eine ansehnliche Partei in Dänemark gewinnen lasse; wenn Lübeck, seine weitreichenden Verbindungen benutzend, diesen Plan zur Ausführung brachte, so konnten bei der Wiedereinsetzung günstige Bedingungen für den Handel der Seestädte erreicht werden. Zweifelhaft erschien allerdings die kirchliche Parteistellung. Martin Luther hatte öffentlich seine Stimme gegen das dem Könige zugefügte Unrecht erhoben; Kaiser Karl V. sah die Befreiung seines Schwagers jedenfalls nicht ungern; diejenigen deutschen Fürsten aber, welche ihm besonders befreundet waren, Herzog Albrecht von Mecklenburg und die Herzöge von Braunschweig, hingen noch der katholischen Lehre an, und Christian II. selbst hatte früher zwar sich Luther zugewandt, war dann aber wieder zur katholischen Lehre zurückgetreten¹. Dagegen waren mehrere Fürsten des Schmalkaldischen Bundes, namentlich Philipp von Hessen und Ernst von Süneburg, mit Herzog Christian befreundet und wünschten dessen Erhebung auf den dänischen Thron; auch war dieser unzweifelhaft evangelisch gesinnt. Dennoch hoffte Wullenwever für sein Unternehmen die Hilfe des Bundes zu gewinnen, wenn die Absicht, das Evangelium in den Reichen des Nordens zum Siege zu bringen, entschieden festgehalten werde. Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen, der angesehenste Fürst des Bundes, hatte Christian II., als er von den Niederlanden aus sich um die Hilfe deutscher Fürsten bewarb, eine Zeit lang Aufnahme an seinem Hofe gewährt. Auch auf die benachbarten Seestädte glaubte Wullenwever rechnen zu können. Wenn auch die Ratsherren in Rostock und Stralsund dem neuen Rat in Lübeck nicht gewogen waren, so bestand doch in Stralsund seit 1524 ein Bürgerausschuß, in Rostock wurde er im Juni 1534 eingesetzt², und nach dem ersten Gelingen konnte ein Anschluß dieser Städte zu gemeinsamer Seerüstung erwartet werden.

Als Anführer des Kriegszuges, der zur Befreiung des gefangenen Königs notwendig war, bot sich ein Verwandter desselben dar, Graf Christoph von Oldenburg, der bei Kriegszügen des Landgrafen Philipp von Hessen sich thätig gezeigt und daheim als jüngerer Sohn keine glänzenden Aussichten hatte. Er erschien im Mai 1534 mit einem Heer von 3000 Landsknechten an der Elbe³, und als er mit diesen

¹ Waitz 1, 120.

² Vgl. Fock, Rügenisch-Pommersche Geschichten, 5, 165. Waitz, 2, 61.

³ Waitz 2, 24.

Truppen in Holstein einrückte und persönlich nach Lübeck kam, setzte Wullenwever den Beschluß durch, ihm Hilfstruppen und Schiffe zu stellen. Man müsse in Dänemark der Sache des Evangeliums zum Siege helfen, sagte er, und den Herzog von Holstein dafür strafen, daß er es mit den Holländern halte. Schon hatte Wullenwever auch Pläne gegen Schweden im Sinn¹; er verhandelte zuerst mit dem jungen Svante Sture, der als Flüchtling am Hofe des Herzogs von Sauenburg lebte, dann, als dieser standhaft ablehnte, mit Graf Johann von Hoya, einem Schwager König Gustavs, der öfter als dessen Gesandter in Lübeck thätig gewesen war und neuerdings sich von ihm abgewandt hatte. Zwei deutsche Grafen waren bereit, mit Unterstützung der seemächtigen Stadt eine Umgestaltung in den nordischen Reichen herbeizuführen, ähnlich wie es im Jahre 1523 geschehen war. Man hat das Unternehmen in Dänemark spöttisch die Grafenfehde genannt; es mißlang, weil es nicht mit gehörigem Nachdruck betrieben wurde, aber eine Zeit lang war es bei der in Dänemark herrschenden Zwietracht nicht aussichtslos.

Zwar das erste Eindringen in Holstein war nicht von dauerndem Erfolg. Man hoffte die bischöflichen Güter für die Stadt zu gewinnen, und Graf Christophs Heer vertrieb den Bischof aus Eutin, während Mary Meyer mit städtischen Söldnern Trittau einnahm. Aber die holsteinische Ritterschaft, treu zu Herzog Christian haltend, sammelte ihre Streitkräfte unter Führung des kriegserfahrenen Johann Ranzau; die belagerte feste Segeberg wurde entsetzt und Eutin wiedererobert. Inzwischen waren in Lübeck die Schiffe bereit gemacht, und Christoph trug kein Bedenken Holstein zu räumen, um den Hauptschlag zur See zu führen. Doch blieb in Trittau eine lübeckische Besatzung. Am 19. Juni 1534 fuhr Graf Christoph mit einer Flotte von 16 Lübecker Schiffen von Travemünde ab, nachdem er vorher eine schriftliche Zusage gegeben hatte, aus welcher hervorgeht, wie große Erwartungen an das Unternehmen geknüpft wurden². Wenn es ihm gelinge, König Christian II. zu befreien und wiedereinzusetzen, so sollen Lübecks und seiner „Verwandten“ Privilegien in Dänemark und Norwegen gehalten und vermehrt werden; der befreite König soll in die Hände der Lübecker gegeben werden; gegen Schweden, gegen Holstein und die Holländer will er Lübeck Beistand

¹ Ebd. 2, 22 f.

² 2, 37. 259.

leisten und mit dem dänischen Reichsrat kein Abkommen treffen ohne Mitwirkung Lübecks. Zum Ersatz der Kosten soll Lübeck die beiden festen Helsingör und Helsingborg erhalten samt dem Zoll daselbst; später soll Helsingborg im Umtausch gegen die Insel Gotland zurückgegeben werden, aber Helsingör mit der Hälfte des Zolles soll Lübeck „auf ewige Zeiten“ behalten, ebenso Gotland Bornholm und Segeberg. In Norwegen soll das Schloß zu Bergen niedergebrochen oder in die Hand der Lübecker gegeben werden. Endlich versprach Christoph, die Huldigung der beiden Städte Kopenhagen und Malmö nicht anzunehmen ohne Zustimmung Lübecks, und wenn nach Christians II. Tode es sich um eine neue Königswahl handele, wolle er samt den Städten darauf halten, daß es nicht ohne Zustimmung Lübecks geschehe.

Nach seiner Landung in Seeland fand Christoph geringen Widerstand. Kopenhagen öffnete ihm am 13. Juli die Thore¹; bald huldigten die Stände von Seeland und Schonen ihm als dem Statthalter des gefangenen Königs. Auch die Inseln Falster Langeland Saaland schlossen sich an; nur Jütland und Fühnen hielten zu Herzog Christian, aber Fühnen ward bald von Christophs Truppen nach einem siegreichen Gefecht gegen die Holsteiner besetzt. Lübecks Schiffe beherrschten den Sund; auf dem Lübecker Admiralschiff wurde der Sundzoll erhoben²: ein Erfolg, wie er bisher noch nicht erreicht war. Auch die Nachbarstädte leisteten nun Hilfe. Oldendorp ging als Gesandter nach Rostock Wismar und Stralsund und erreichte den Abschluß eines Bündnisses; Stralsund machte alsbald seine Schiffe bereit. Hamburg und Lüneburg gewährten eine Geldhilfe als Darlehn, ebenso die Dithmarschen³. Alles kam darauf an, daß Graf Christoph seine Machtstellung behauptete und Lübeck ihn nachhaltig unterstützte. Aber schon waren die Geldmittel der Stadt beinahe erschöpft, und Wullenwever konnte die Bürger nicht zu außergewöhnlichen Leistungen gewinnen. So setzte er seine Hoffnung immer mehr auf auswärtige Hilfe und verhandelte gleichzeitig mit Kurfürst Johann Friedrich

¹ 2, 117.

² Bericht des Danziger Gesandten Jakob von Barthen bei Waitz 2, 328: Midler tidt heft sick eyne verenderung bi dem tolle alhir im Sunde thogedregen. Dan de graff van Oldenborg hefft id also verschaffet unnd bevahlen, dat desulvige wedder up dem schlate noch in der stadt tho Helsschenor, sonder up der Lubeschen ammeral, so hir in den Sund gelecht, gefallen soll.

³ 2, 73 ff.

von Sachsen, dem er geradezu die dänische Krone anbot¹, mit Herzog Albrecht von Mecklenburg und mit König Heinrich von England. Der letztere leistete ebenfalls eine Geldhilfe von 20 000 Gulden, während der Kurfürst von Sachsen im Interesse des Schmalkaldischen Bundes sich nur um Friedensvermittlung bemühte. Dem Herzog von Mecklenburg wurde Aussicht gemacht, daß er, wie einst sein Vorfahr², König von Schweden werden könne, doch blieb dieser weitergreifende Plan³ einstweilen noch unausgeführt. Es war eine Frage von europäischer Bedeutung, wie sich die Verhältnisse in Dänemark gestalten würden. In Schweden Pommern Preußen und den braunschweigischen Herzogtümern fanden Rüstungen zu Gunsten Christians III. statt; in den Niederlanden war man Lübeck wenig geneigt, wartete aber vorläufig auf den Gang der Ereignisse. Nun zeigte Graf Christoph sich nicht thatkräftig. Er unternahm nichts zur Befreiung Christians II., weil er selbst wohl nach der Krone trachtete; aber wollte er eine ansehnliche Partei im dänischen Reichsrat für sich gewinnen, so mußte er mit seinen Truppen einen entscheidenden Schlag gegen die Holsteiner führen. Dadurch wäre auch Lübeck von der Belagerung befreit worden, die hauptsächlich Wullenwevers kühnes Unternehmen vereitelt hat.

Herzog Christian, von den Ständen Jütlands und Fühnens im Juli 1534 zum König von Dänemark erwählt und der Unterstützung des schleswig-holsteinischen Adels sicher, trat alsbald mit Gustav Wasa in nähere Verbindung. Während dieser seine Truppen nach Schonen sandte, zog Christian, des Gegners in Kopenhagen weniger achtend, gegen Lübeck. Er hatte Travemünde bald nach der Abfahrt der lübischen Flotte besetzt, jedoch am 8. August es wieder räumen müssen⁴; einen Streifzug der Lübecker bis in die Gegend von Plön konnte er nicht hindern. Am 3. September aber schlug er sein Lager bei Stockelsdorf unweit Lübeck auf; am 28. sperrte er die Trave durch eine Brücke, die er bei Tremis über den Fluß schlagen ließ. Zu einer vollständigen Belagerung der wohlbefestigten Stadt fehlte noch viel, aber die Bürger empfanden die Absperrung von der See schwer genug, und als ihre Versuche, durch Ausfälle die Brücke zu zerstören, mißlangen, auch die bei Schlutup errichtete Schanze nebst den in der Nähe liegenden Schiffen in die Hand der Belagerer fiel, da bemächtigte sich Kleinmut der Menge. Nur durch

¹ 2, 79. 292 ff.

² S. Bd. 1, S. 115. 121.

³ Waitz 2, 127 f. 336.

⁴ Ebd. S. 91. 308.

eine kühne That hätte Wullenwever sein Ansehen behaupten können, aber weder er noch Marr Meyer waren den Anforderungen der Kriegsführung gewachsen. Graf Christoph leistete keine Hilfe, obgleich gerade damals ein Bauernaufstand in Jütland Christians Machtstellung gefährdete. Die Jüten erhoben sich bei der Landung des kühnen Seefahrers Clement, eines alten Anhängers des gefangenen Königs, und wurden erst im Dezember von Joh. Rantzau besiegt¹. Aber Christoph richtete seine Pläne nicht mehr auf die Gemeinschaft mit Lübeck; er trat mit der niederländischen Regierung in Unterhandlung und erbot sich, Dänemark von Karl V. „als einem Herzog von Burgund“ zu Lehen zu nehmen, wenn er mit niederländischer Hilfe daselbst König werde².

Von diesem Abfall erfuhr Wullenwever nichts, aber die Wendung der Dinge in Lübeck konnte er nicht hindern. Die beiden Bürgerausschüsse, bisher seine beste Stütze, lösten sich auf; die alte Rats Herrschaft wurde hergestellt durch einen Vertrag zwischen Rat und Bürgerschaft³, der alle Zwietracht für abgestellt erklärte und Anfeindung auf Grund früheren Zwistes verbot, dem Rat aber ein „vollkommenes Regiment“ ohne Umwechselung der Mitglieder zusicherte. Wullenwever blieb noch Bürgermeister, aber mehrere bei der letzten Ratswahl ausgeschlossene Ratsherren traten wieder ein. Bald darauf brachte die von Gesandten aus Mecklenburg Hessen Hamburg und Lüneburg begonnene Vermittelung einen Frieden zu Stande, der am 18. November zu Stockelsdorf unter folgenden Bedingungen abgeschlossen wurde⁴: Die Feindseligkeiten zwischen Lübeck und Holstein hören auf; Lübeck verzichtet auf den Besitz von Trittau; der Bischof erhält Eutin zurück; über die bischöflichen Güter soll später durch Schiedsrichter entschieden werden; für den Krieg in Dänemark behalten beide Teile freie Hand.

Nachdem durch diesen Vertrag Lübeck von der Belagerung befreit war, that Wullenwever weitere Schritte, um sein Unternehmen doch noch durchzuführen. Noch war der Lübecker Rat nicht geneigt, Christian III. als König von Dänemark anzuerkennen. Die Unterhandlungen mit Herzog Albrecht von Mecklenburg wurden wieder aufgenommen und führten zur Aufstellung eines Vertragsentwurfs, in welchem die vier verbündeten Städte Lübeck Rostock Wismar Stralsund dem Herzog die Statthalterschaft in

¹ 2, 139. 187.

² Ebd. 172.

³ 2, 159. Willebrandt S. 168.

⁴ Waitz 2, 154. Aftstyffer 1, 226.

Dänemark und nach Christians II. Tode die Königswürde zu verschaffen versprochen; Graf Christoph solle mit einer Entschädigung abgefunden werden¹. In Wismar fanden Besprechungen statt, zu welchen auch aus Kopenhagen und Malmö Gesandte erschienen. Herzog Albrecht trug Bedenken, den Vertrag, der mancherlei einzelne Bedingungen enthielt, namentlich auch die, daß das Evangelium in Mecklenburg und Dänemark ungehindert gepredigt werden solle, schon zu unterzeichnen, aber er willigte ein, daß Graf Johann von Hoya, der bisher vergeblich in Lübeck eines Auftrages geharrt hatte, in seinem Dienste zusammen mit Marg Meyer, der im Dienste der Städte stand, eine Schar von Reitern und Landsknechten nach Dänemark hinüberführe: dies geschah im Dezember 1534. Unterdes war das holsteinische Heer unter Joh. Rantzau nach Jütland gezogen, um den Bauernaufstand zu unterdrücken; am 18. Dezember wurde Clement mit seinen Anhängern aus Aalborg vertrieben, bald darauf gefangen und hingerichtet. Herzog Christian hatte zu derselben Zeit eine Zusammenkunft mit Graf Christoph in Kolding; vergebens suchte er ihn zum Verzicht auf seine angemessene Stellung in Dänemark zu bewegen. Wullenwever begab sich nun selbst nach Kopenhagen, um den Grafen in seinem Widerstande zu ermutigen; aber unerwartet kam die Nachricht, daß Marg Meyer am 13. Januar 1535 beim Angriff auf Helsingborg mit dem größten Teil seiner Mannschaft in Gefangenschaft geraten sei: schwedische Hilfstruppen hatten dabei der dänischen Besatzung von Helsingborg geholfen. Graf Christoph war nun umsomehr bereit, sich die Hilfe des Herzogs von Mecklenburg gefallen zu lassen; Wullenwever kehrte, nachdem er einen Vertrag darüber mit ihm abgeschlossen², nach Lübeck zurück und betrieb eifrig den Hilfszug. Im April 1535 landete Herzog Albrecht auf Seeland, aber nur mit geringer Truppenmacht. Wullenwever, der ihn begleitete, wußte Mißhelligkeiten zwischen ihm und Graf Christoph zu verhüten; aber eine günstige Kriegsentscheidung konnte er nicht herbeiführen. Bei Assens auf Fühnen siegte am 11. Juni Joh. Rantzau über die Truppen des Grafen von Hoya, der selbst im Kampfe fiel³. Zur See siegte am 16. Juni der dänische Admiral Peter Skram, von schwedischen und preussischen Schiffen unterstützt, unweit Svendborg (auf Fühnen) über die nur aus 12 Schiffen bestehende Flotte der vier Städte. Nun landete Herzog Christian auf

¹ 2, 176.

² 2, 197.

³ 2, 237.

Seeland und fand bald überall Anhang. Am 24. Juli begann er Kopenhagen zu belagern; bald darauf huldigten ihm zu Ringstedt auf Seeland und zu Lund in Schonen die Stände als ihrem König. Noch hielten sich Besatzungen seiner Gegner in Malmö Landskrona Kallundborg Helsingör; auf den Inseln Falster und Laaland waren Truppen der wendischen Städte, in Warberg (an der Küste von Halland, nördlich von Halmstad) befehligte Mary Meyer. Diesem nämlich war es gelungen, jene Feste, wohin er als Gefangener gebracht war, durch Einverständnis mit einem Teil der Besatzung in seine Gewalt zu bringen (12. März).

Wullenwever, nach seiner Art unermüdlich thätig in Verhandlungen, suchte jetzt Hilfe aus den Niederlanden zu schaffen, indem er auf den von Karl V. und der Regentin Maria entworfenen Plan einging, den Pfalzgrafen Friedrich, einen Bruder des Kurfürsten von der Pfalz, mit einer Tochter Christians II. zu vermählen und auf den dänischen Thron zu setzen¹. Dadurch wurden die bereits zwischen Graf Christoph und der niederländischen Regierung bestehenden Beziehungen (S. 38) befestigt; es kam auch aus den Niederlanden eine Sendung Pulver, Spieße und anderes Kriegsgerät nach Kopenhagen. Aber im Lübecker Rat erregte diese neue Wendung des Unternehmens ernste Bedenken; man war weit mehr zum Frieden mit Christian III. geneigt². Die Entscheidung kam durch den Hansetag, welcher im Sommer 1535 zuerst in Lüneburg, dann in Lübeck gehalten ward. Hier kam die Mißbilligung des von Lübeck unternommenen Krieges und die Forderung, daß der alte Rat ganz wiederhergestellt werde, laut zum Ausdruck. Ein Mandat des Reichskammergerichts war ergangen, welches die Vollziehung des bereits 1532 auf die Klage der beiden Bürgermeister Brömse und Plönnies ergangenen Urteils einschärfte; der Hansetag drang darauf, weil nur eine geordnete Regierung in den Städten die Ausbreitung der wiedertäuferischen Sekte, welche soeben in Münster mit Mühe unterdrückt war, hemmen könne. Schon hatte man in Wismar und Rostock Regungen der Wiedertäufer bemerkt³, und daß sie auch in Lübeck begünstigt würden, konnte man daraus schließen, daß der Syndikus Oldendorp (S. 33) in längerer Rede sich gegen ihre Verfolgung erklärte⁴. Wullenwever nahm an den Verhandlungen des Hansetages nicht teil; Lübecks Vertreter war hauptsächlich der Bürger-

¹ 2, 105 ff. 3, 71.

² 3, 83.

³ 3, 9.

⁴ 3, 51.

meister Gotthard von Höveln, der früher zum alten Rat gehört hatte und 1534 wieder eingetreten war. Fruchtlos blieben die Bemühungen, einen Frieden mit Dänemark zu vermitteln; beschlossen ward ein Edikt gegen die Wiedertäufer und vor allem die Zurückführung des Bürgermeisters Brömse; Plönnies war 1533 in seiner Vaterstadt Münster gestorben. Brömse hatte 1531 bei Kaiser Karl V. in Brüssel gnädige Aufnahme gefunden und von ihm die Bestätigung des Adels seiner Familie sowie den Ritterschlag erhalten¹; er war dann mit den Räten der Hansestädte stets in Verbindung geblieben und harrte jetzt in Wismar des Ausgangs.

Am 14. August berief der Lübecker Rat die Bürgerschaft und legte ihr die Frage vor, wie sie sich gegen das kaiserliche Mandat zu verhalten gedenke. Wullenwever redete noch einmal zu den Bürgern², er sei bereit den Ratsstuhl zu verlassen, wenn es damit gethan wäre, aber man wolle auch Ceremonien und Seelmessen wiederherstellen, er gedenke bei dem aufgerichteten Frieden (S. 38) zu bleiben und frage, ob die Gemeinde das auch wolle. Aber seine Rede hatte nicht mehr die Wirkung wie in früheren Zeiten. Die Bürger erklärten schließlich, sie wollten dem Mandat gehorsam sein, jedoch sich nicht von Gottes Wort abdrängen lassen; der Friede zwischen Rat und Gemeinde müsse aufrecht erhalten werden. Aber keine Stimme erhob sich dafür, daß Wullenwever im Rat bleibe. Er unternahm in den nächsten Tagen eine Gesandtschaftsreise zu Herzog Heinrich von Mecklenburg, um diesem die Unterstützung seines in Kopenhagen ausstehenden Bruders ans Herz zu legen. Während dessen legten mehrere, die mit ihm zu Rat erwählt waren, ihr Amt nieder. Am 26. August waren die Bürger abermals versammelt. Der Bürgermeister Joachim Gercken, schon früher zum alten Rat gehörig, teilte mit, daß Wullenwever bereit sei abzudanken, und ließ die Artikel eines neuen Recesses³ verlesen: Gottes Wort soll, wie bisher, rein und lauter gepredigt werden; mit den Ceremonien soll es wie bei andern evangelischen Ständen gehalten werden bis zu einem künftigen Konzil; alle Mißhelligkeit zwischen Rat und Gemeinde soll vergessen sein, so daß aller Widerwille und Argwohn, sei es wegen Gottes Wort oder wegen des Krieges oder wegen anderer Ursachen, abgelegt sei und bleibe; der Rat verpflichtet sich zu gerechter Handhabung der Obrigkeit und übt die Regierung samt dem Wahlrecht und anderen

¹ 3, 85.

² 3, 97.

³ 3, 440.

wohlhergebrachten Gewohnheiten; die Bürger leisteten ihm aufs neue den Treueid. Nachdem die Mehrzahl durch Handaufheben zugestimmt hatte, erklärte Wullenwever in bescheidener Rede: was zu Gottes Ehre gereiche, sei in dieser Schrift gewahrt; er wolle seinen Leib und Leben darauf wagen und damit zufrieden sein, die Bürger möchten es auch sein. Darauf entfernte er sich, und der Receß ward vollzogen. Die zum Hansetag anwesenden Bürgermeister von Köln Bremen Hamburg Danzig Riga Dortmund Lüneburg Deventer Zwoll Kampen hängten als Zeugen ihre Siegel an die Urkunde. Am 28. August wurde der Bürgermeister Brömse von berittenen Ratsherren und Bürgern feierlich eingeholt; die beiden Bürgermeister von Köln geleiteten ihn. Am folgenden Tage, einem Sonntag, führte man ihn aus der Marienkirche in das Rathaus, und nachdem er seinen Sitz wieder eingenommen, gelobte er, unter der Bedingung, daß das kaiserliche Mandat gehalten werde, wolle er das seinige thun, daß die Stadt nicht weiter in Last komme¹. Zwei Mitglieder des alten Rats, die noch nicht wieder eingesetzt waren, wurden dann ebenfalls zurückgeführt. Im Oktober ergänzte sich der Rat nach altem Herkommen, ohne Mitwirkung der Gemeinde, durch fünf Neuwahlen. Dem Receß erteilte Kaiser Karl V. 1538 zu Barcelona seine Bestätigung². Lübecks Bürger hatten auf die weitaussehenden Machtpläne und auf die Teilnahme an der Stadtregierung verzichtet; aber an der kirchlichen Reformation mit ihren segensreichen Wirkungen hielten sie fest, und diese neugewonnene Grundlage des bürgerlichen Lebens ward ihnen nicht verkümmert.

Zur Herstellung des Friedens zwischen den wendischen Städten und Dänemark ward eine Tagfahrt nach Hamburg ausgeschrieben. Das lebhafteste Interesse, welches der Schmalkaldische Bund daran nahm, ist dadurch bezeugt, daß im Oktober 1535 als Abgesandte desselben die Bürgermeister von Straßburg und Ulm in Lübeck erschienen³. Vor Beginn der Verhandlung zeigten die vier verbündeten Städte noch einmal ihre Seemacht, denn nicht unrühmlich wollten sie das Unternehmen aufgeben, wenn auch im Innern die Parteien gewechselt hatten. Am 26. Oktober segelten 10 Schiffe von Lübeck aus; zu ihnen stießen 4 von

¹ 3, 122.

² Becker, Gesch. Lübecks 2, 94. Dreyer, Einleitung zur Kenntniss der lüb. Verordnungen (1769) S. 62 f.

³ Waitz 3, 127.

Rostock, 2 von Wismar, 5 von Stralsund. Sie brachten den Belagerten in Kopenhagen reichliche Zufuhr, vermieden aber einen Kampf mit der dänischen Flotte. Die erste Verhandlung in Hamburg blieb ohne Ergebnis, weil Lübeck nicht ohne die Teilnahme der Gesandten aus Kopenhagen abschließen wollte. Erst bei abermaliger Zusammenkunft einigte man sich am 14. Februar 1536 über folgende Bedingungen¹: Lübeck erkennt Christian III. als König von Dänemark an und verzichtet auf fernere Unterstützung seiner Feinde; die Handelsprivilegien werden in alter Weise bestätigt; den in Kopenhagen belagerten Fürsten wird freier Abzug gewährt, den Städten Kopenhagen und Malmö Verzeihung und Bestätigung ihrer Privilegien. Stralsund trat diesem Frieden bei; Rostock und Wismar dagegen lehnten ihn ab mit Rücksicht auf ihren Landesherrn Herzog Albrecht; auch die Gesandten aus Kopenhagen hatten keine Vollmacht zur Anerkennung Christians III. Aber der Friede wurde, da Christian III. weise Mäßigung bewies, nach den mit Lübeck verabredeten Bedingungen durchgeführt. Am 11. April unterwarf sich Malmö; am 27. Mai fiel die von Mary Meyer mutig verteidigte feste Warberg²; Meyer wurde von einem dänischen Kriegsgericht einem peinlichen Verhör unterworfen und dann hingerichtet. In Kopenhagen leisteten die beiden deutschen Fürsten Widerstand bis aufs äußerste, Entsatz hoffend aus den Niederlanden, wo Pfalzgraf Friedrich mit Rüstungen beschäftigt war, aber von den Städten keine Schiffe zur Überfahrt erhielt. Endlich zwang die Hungersnot zur Übergabe Kopenhagens am 28. Juli 1536. Christian III. verzieh den Bürgern und bestätigte die Privilegien, jedoch mit dem Vorbehalt Verbesserungen daran vorzunehmen; er behielt die Befestigungen und das Geschütz unter seiner Aufsicht und ernannte auch einen neuen Rat³. Herzog Albrecht ward ohne Kränkung entlassen; er hatte an den Kosten des mißglückten Kriegszuges ohnehin zu tragen. Graf Christoph dagegen mußte fußfällig um Gnade bitten und einen Eid leisten, nie wieder das Land zu betreten, dessen Statthalter er sich zu nennen gewagt habe. König Christian II. blieb in seiner strengen Haft zu Sonderburg, da Pfalzgraf Friedrich die Verträge, welche Christian III. 1537 mit der Regentin der Niederlande, 1544 auch mit Karl V. abschloß, noch

¹ 3, 161. Alftispyffer 1, 515.

² 3, 225.

³ 3, 305.

anfeindete¹. Erst 1549 wurde Christian II. freigelassen und verlebte dann seine letzten Jahre in stiller Zurückgezogenheit zu Kallundborg.

Für die Hansestädte bedeutete der Friede zu Hamburg einerseits eine Kräftigung der durch Lübecks eigenmächtiges Vorgehen gestörten Bundesgemeinschaft auf der alten Grundlage der Rats Herrschaft², anderseits aber auch den Verzicht auf ferneren politischen Einfluß in den nordischen Reichen. Solcher Verzicht war notwendig, da nunmehr in diesen Reichen das Königtum erstarke und seine nationale Aufgabe fester als im Mittelalter erfaßte. Ebenso wie Gustav Wasa befestigte Christian III. durch Einführung der Kirchenreformation, wozu er 1537 Bugenhagen berief, die Staatsordnung in seinem Reiche; dadurch wurde der Wiederkehr eines solchen Zwiespalts, wie ihn Lübecks Politik hatte benutzen können, vorgebeugt. Den Handelsverkehr mit den Hansestädten hielt er in herkömmlicher Weise aufrecht, doch ebenso den mit den Niederlanden. Die Städte Rostock und Wismar wurden 1537 gegen Zahlung von 10 000 Gulden zum Handelsverkehr in Dänemark und Norwegen wieder zugelassen³; ein Beweis, daß derselbe für die deutschen Städte noch immer recht wertvoll war. Aus demselben Jahre liegt ein Bericht des dänischen Zöllners zu Falsterbo an Christian III. vor, der erkennen läßt, wie bedeutend noch der Heringsfang an der schonischen Küste war⁴. Daß im folgenden Jahre der Hering dort ausblieb, was Bonnus am Schluß seiner Chronik hervorhebt, war vorübergehend; noch 1576 erwähnen die Verordnungen des Lübecker Rats über den Heringshandel⁵ an erster Stelle den schonischen Hering, daneben den Fang im Belt und bei Bergen Marsstrand Alsborg Bornholm Möen Gjedser und bei Wittow auf Rügen. Der hanseische Marktverkehr, welcher sich an den Heringsfang angeschlossen⁶, hatte allerdings gegen früher abgenommen. Zu Anfang des 15. Jahrhunderts waren mehr als zwölf Vögte aus verschiedenen Hansestädten dort thätig gewesen, um während der drei Monate lebhaften Verkehrs Streitigkeiten zu schlichten; um 1488 hatten nur noch die fünf Städte Lübeck Rostock Stralsund Stettin Danzig ihre Vögte daselbst; dieselben werden aber

¹ 3, 332 ff. 340.

² In Rostock wurde der Bürgerausschuß im März 1536, in Stralsund Juli 1537 abgeschafft. Waitz 3, 286. O. Fock, Rügensch-Pommersche Gesch. 5, 330.

³ Waitz 3, 343.

⁴ D. Schäfer, Buch des lüb. Vogts auf Schonen S. 125, vgl. S. 41 der Einleitung.

⁵ Ebd. S. 129 ff. ⁶ S. Bd. 1, S. 72.

auch noch 1625 erwähnt¹. Man darf also nicht behaupten, daß das Mißlingen der Pläne Wullenwevers dem Handel Lübecks erheblichen Schaden zugefügt habe, aber der gehoffte Aufschwung war jedenfalls nicht eingetreten; man mußte sich mit Herstellung des friedlichen Verkehrs nach Dänemark Norwegen Holstein begnügen².

Auch mit Schweden ward unter Vermittelung Christians III. der Verkehr wieder angeknüpft. Gustav Wasa bewilligte zum Ausgleich der alten Geldforderungen Lübecks 1537 auf fünf Jahre zollfreie Einfuhr von Gütern, die lübischen Bürgern zu eigen gehörten³. Nach Ablauf der fünf Jahre hörte die Zollfreiheit auf, doch erlangten 1546 die Städte Lübeck Hamburg Rostock Wismar Lüneburg einen Vertrag, der die Zollfreiheit in den vier Haupthäfen des Reiches (S. 14) herstellte⁴. Unfluger Weise kam Lübeck bei ferneren Verhandlungen auf die alten Forderungen zurück; dies veranlaßte den König 1548, seinen Unterthanen allen Verkehr mit Lübeck zu verbieten und Lübecker Schiffe und Güter mit Beschlag zu belegen. Dies Zerwürfniß wurde nicht wieder beigelegt; so lange Gustav Wasa lebte, blieb Schweden den Lübeckern verschlossen. In Lübeck warf man ihm Undankbarkeit vor; in seinem Reiche aber hinterließ er das beste Andenken. Den Streit mit Schweden hat Wullenwever nicht verschuldet, aber auch nicht beigelegt.

Wullenwevers Pläne gingen aus einem hohen Streben für Lübecks Größe hervor, aber über die Mittel zur Ausführung hatte er sich getäuscht. Verbündete, um die er sich eifrig bemühte, konnten den Mangel an heimischen Geldmitteln und heimischer Kriegstüchtigkeit nicht ersetzen. Als die Bürger die Leiden einer Belagerung ertragen sollten, wandten sie sich von ihm ab. Immerhin behielt er soviel Ansehen, daß der hergestellte Rat ihn nicht strafen konnte. Um ihn aus der Stadt zu entfernen, trug man ihm die Amtmannsstelle in Bergedorf an⁵. Aber ehe er dies Amt antrat, fiel er dem Haß der einst von ihm verdrängten Patrizier und

¹ Schäfer, S. 39 und 45 der Einleitung.

² Ein Zeugnis für diese Herstellung ist es auch, daß Johann Ranzau, der verdienstvolle Feldherr und Ratgeber des dänischen Königs, in seinen späteren Lebensjahren öfters in Lübeck wohnte. Ein Haus (Kl. Burgstraße 24) wurde vermutlich von ihm käuflich erworben und war während des 17. Jahrhunderts im Besitz seiner Familie; eine Gedenktafel in der Jakobikirche erinnert daran, daß er dort die Predigt zu hören pflegte. Er starb 1565 auf seinem Gut Breitenburg in Holstein.

³ Waitz 3, 348. Handelsmann S. 224.

⁴ Ebd. S. 232.

⁵ S. Bd. 1, S. 151 f.

feindlicher Fürstenmacht zum Opfer. Es ist wohl anzunehmen, daß der Anschlag zu seiner Gefangennahme von Lübeck ausging¹. Er wurde gewarnt, die Reise anzutreten, welche ihn im Oktober 1535 in das Gebiet des Erzbischofs von Bremen führte; aber er wollte noch etwas für die Belagerten in Kopenhagen thun. Im Lande Hadeln sammelte sich eine Söldnerschar; diese wollte er mit dem Gelde, welches er von englischen Gesandten in Hamburg zu empfangen gedachte, anwerben und nach Kopenhagen senden. Jene Gesandten hatten Mary Meyer, der damals sich noch in Warberg behauptete, auf sein Ansuchen Geldhilfe gebracht; sie waren dann nach Lübeck gekommen und hatten dem bereits des Bürgermeisteramts entsetzten Wullenwever berichtet, daß ihr König das Unternehmen gegen Dänemark noch ferner zu unterstützen geneigt sei. In Hamburg traf Wullenwever mit ihnen aufs neue zusammen, aber bei der Weiterreise wurde er ergriffen und nach der feste Rotenburg (östlich von Bremen) gebracht. Vergebens verwandte sich König Heinrich VIII. durch wiederholte Schreiben sowohl beim Erzbischof wie bei den Städten Bremen und Hamburg für seine Befreiung. Christian III., der noch um Kopenhagen zu kämpfen hatte, und die deutschen Fürsten, welche soeben die Wiedertäufer in Münster besiegt hatten, sahen in der Gefangennahme Wullenwevers einen bedeutenden Gewinn, denn sie fürchteten, daß er auf neue Pläne sinne. Der Erzbischof berief seinen Bruder Herzog Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel zu dem Verhör, welches am 31. Dezember 1535 und am folgenden Neujahrstage unter Anwendung der Folter mit dem Gefangenen angestellt wurde². Da bekannte Wullenwever in erzwungenen Antworten auf eine Reihe von Fragen, was anderweitig nicht nachzuweisen ist und was er später widerrief: er habe von dem in Lübeck verkauften Kirchengut sich 20 000 Gulden angeeignet, er habe die Söldner nach Lübeck führen wollen, Brömse und die Anhänger des alten Rats töten, dann die Stadt den Burgundischen (d. h. der niederländischen Regierung) überantworten, doch so, daß er selbst darin regiere, endlich nach Seeland hinübergehen und sich mit Graf Christoph vereinigen; wenn es ihm in Lübeck gelungen, dann sollten seine Anhänger auch in andern Städten die Wiedertaufe einführen „und mit dem Regiment gleichermis handeln wie die von Lübeck.“ Der Herzog, ein Fürst von

¹ Waitz 3, 171 f.

² 3, 193. 475.

eifrig katholischer Gesinnung, welcher 1531 sich vergebens für die Erhaltung der Rechte des Lübecker Domkapitels bemüht hatte und nun eine günstigere Wendung hoffte, teilte diese Aussagen den Lübecker Bürgermeistern Brömse und Gercken sowie dem König Christian III. bei einer Zusammenkunft in Birtshude mit; es wurde beschlossen, daraufhin gerichtlich zu verfahren. Wullenwever wurde einem zweiten peinlichen Verhör unterworfen, widerrief aber die Hauptpunkte der erzwungenen Aussage in einem beweglichen Schreiben, das er aus dem Gefängnis an Herzog Heinrich richtete¹: er sei kein Dieb, kein Verräter, kein Wiedertäufer. Jedoch die vielen Einzelheiten, über welche man ihn hatte aussagen lassen, wurden zur Grundlage des weiteren Verfahrens gemacht. In Lübeck beschloß man, acht Bürger, die er als Teilnehmer seines burgundischen Plans genannt hatte, in Haft zu nehmen; nur einer von ihnen entkam noch rechtzeitig. Darauf reiste Brömse, von einem Ratsherrn und mehreren erwählten Bürgern begleitet, nach Rotenburg, um einem abermaligen Verhör des Gefangenen beizuwohnen. Wullenwever bestätigte, was ihm vorgelesen wurde, aber mit ihm allein zu sprechen wurde den Abgesandten nicht gestattet. Daher konnten sie sich von der Verschuldung ihrer acht Mitbürger nicht überzeugen, sie verlangten nach der Rückkehr, daß jene gegen Bürgschaft aus der Haft entlassen würden, und das gerichtliche Verfahren wurde später eingestellt². Das Bedenken aber, daß auch gegen Wullenwever die rechtliche Verfolgung unzulässig sei wegen des zwischen Rat und Bürgerschaft geschlossenen Recesses, wurde damit abgewiesen, daß er den Verrat erst nach Aufrichtung des Recesses begangen habe, und daß in Betreff des Diebstahls am Kirchensilber der Recess selbst eine Klausel enthalte, betreffend die Strafbarkeit einzelner, die dabei sich vergangen hätten³.

Längere Zeit mußte Wullenwever noch im Gefängnis schmachten⁴,

¹ 3, 205. 498.

² 3, 216. Bonus urteilt: Wente ydt synt de artickel, so Jürgen Wullenwever up de börger scholde bekant hebben, altho groff gewesen, also dat yderman hefft lichtliken mercken kont, dat de börger unschuldig weren.

³ 3, 230. 513.

⁴ Im Gefängnis zu Rotenburg schrieb er, wie Reckemanns Chronik mitteilt, folgende Verse in niederdeutscher Sprache mit Kohle an die Wand:

Kein Dieb, kein Verräter, kein Wiedertäufer auf Erden

bin ich niemals geweest, wills auch nimmer befunden werden.

Herr Jesu Christ, der du bist der Weg, die Wahrheit und das Leben,

ich bitte dich durch deine Barmherzigkeit, du wollest Zeugnis von der Wahrheit geben.

ehe sein Schicksal sich erfüllte. Herzog Heinrich, dem der Erzbischof von Bremen den Gefangenen übergeben hatte, ließ ihn nach der feste Steinbrück (westlich von Braunschweig) bringen, zog aber außer Landes, indem er an dem Kriegszuge Kaiser Karls V. nach Frankreich (Juli 1536) teilnahm. Erst im folgenden Frühjahr forderte er den König von Dänemark und den Lübecker Rat auf, ihre Bevollmächtigten zu einem Gerichtstage zu senden. Beide kamen der Aufforderung nach. Am 24. September 1537 ward ein Landgericht unter freiem Himmel unweit Wolfenbüttel gehalten. Als Richter und Zeugen waren Unterthanen des Herzogs erschienen; als Ankläger traten zuerst die dänischen, dann die lübeckischen Abgesandten auf¹. Den ersteren antwortete er, gegen den Herzog von Holstein, jetzt König von Dänemark, habe er wohl genug gehandelt und damit auch wohl den Tod verschuldet; aber er habe nicht daran gedacht, den Adel in Holstein mit Galgen und Rad zu zwingen und seinen Stuhl zu Kopenhagen an des Königs Stätte zu setzen; auch sei er kein Dieb, Verräter und Wiedertäufer. Auf die Anklage der Lübecker erwiderte er, wohl habe er solches in seinem Gefängnis gesagt und bekannt, aber das sei geschehen wegen der großen Marter und Pein zur Errettung seines Leibes und Lebens; die Bürger aber, welche er damals beschuldigt habe, wolle er jetzt wieder entschuldigen, auf daß seine arme Seele nicht anderwärts sterben müsse vor dem strengen Gericht Gottes. Aber man achtete seiner Reden nicht, sondern nötigte ihn, ein Protokoll, das die Anklagepunkte enthielt, zu unterzeichnen; dann ward ihm das Todesurteil gesprochen. Seine letzten Worte, ehe man ihn hinwegführte, waren an die Lübecker Gesandten gerichtet: „Saget euren Herrn, dem Räte zu Lübeck, daß ich nie des Sinnes und Willens war, den Bund und Vertrag, so ich mit dem Rat zu Lübeck aufgerichtet, zu brechen; dazu so sei ich auch kein Dieb, denn ich habe mein Tage nicht mit meinem Wissen einen Lübschen Pfennig oder Schilling genommen, auch kein Verräter und keinem Wiedertäufer weder treu noch hold geworden. Darauf will ich sterben.“ Er ward mit dem Schwert enthauptet, der Leichnam aber gevierteilt und auf vier Räder gelegt.

Das Urteil des Geschichtschreibers Georg Waitz über das Gerichts-

¹ Die nähere Kenntnis dieser letzten Vorgänge verdankt man dem Protokoll eines Hildesheimer Notars, der als Vertreter der in Lübeck angeschuldigten Bürger zugegen war; mitgeteilt bei Waitz 3, 523 ff., vgl. 233 ff.

verfahren lautet¹: „Hatten die Lübecker Grund, mit peinlicher Anflage gegen ihren früheren Bürgermeister aufzutreten, so mußte es wenigstens in der Stadt, vor dem eigenen Gericht, es durfte am wenigsten vor dem Gericht eines fremden Fürsten geschehen. Die alten Formen eines deutschen Landgerichts sind vielleicht nie mehr mißbraucht worden, als da sie hier zur Anwendung kamen gegen einen Mann, der dem Lande völlig fremd war, und der nicht einmal angeklagt werden konnte, etwas gegen dies oder dessen Fürsten vorgenommen zu haben.“ Über den Mann selbst aber, der dem Hasse seiner Feinde erlag, urteilt Waitz: „Gerade daß er durch einen blutigen Tod sein Werk besiegelte, ließ dieses in glänzendem Lichte erscheinen. Daß die Stadt, welche ihn von sich stieß, nach seinem Tode tiefer und tiefer herabsank, führte dahin, ihn als den Staatsmann zu betrachten, der noch einmal mit starker Hand Lübeck nicht bloß auf der Höhe seiner Macht zu halten, sondern noch höher zu heben vermochte. Aber der Eifer der Rechtfertigung führte über das Maß hinaus. Wullenwever ward von den Ereignissen, welche seine Zeit bewegten, hoch emporgetragen; aber er war nicht der Mann, sie zu leiten oder sich auch nur an der Spitze zu behaupten; ein weicher Charakter, beweglich in seinen Entschlüssen Plänen und Hoffnungen, kein Verbrecher, nicht einmal ein wahrer Demagog, aber ebensowenig ein Staatsmann oder Held.“

Den Lübeckern ist er mehr im Gedächtnis geblieben, als bedeutendere Männer, die vor ihm wirkten. Was er vergeblich erstrebte, ein evangelisches, bürgerlich freies, die Ostsee beherrschendes Lübeck, war ein Ideal, für welches gekämpft zu haben ihm umsomehr zum Ruhme gereichte, da der ihm widerstrebende Hansabund fortan unaufhaltsam herabsank.

5. Lübeck als Reichsstadt bis zum Ende des 16. Jahrhunderts.

Das evangelische Bistum Lübeck.

Während der Jahre, da Lübeck mit Dänemark im Kampfe lag, hatte sich im Reiche die Stellung der Evangelischen auf Grund des 1532 vorläufig gewährten Religionsfriedens befestigt. Der Schmalkaldische Bund vereinigte nord- und süddeutsche Reichsstände zur Verteidigung des Erreichten; Kaiser Karl V. war durch auswärtige Unternehmungen in Anspruch genommen. Als Herzog Heinrich von Braunschweig-Wolfen-

¹ 3, 244 f.

büttel, noch immer eifrig katholisch gesinnt, die Städte Goslar und Braunschweig bedrängte, wurde er 1542 von den Truppen des Schmalkaldischen Bundes aus seinem Lande vertrieben; als er 1545 es wiederzuerobern versuchte, geriet er in Gefangenschaft. Dann aber erhob Karl V. die Waffen zur Unterwerfung der Evangelischen, und sein Sieg bei Mühlberg 1547 gefährdete die Zukunft des Protestantismus aufs schwerste.

Die Reichsstadt Lübeck beteiligte sich damals nicht an dem Kampf um die bedrohte Glaubensfreiheit. Sie gehörte zwar noch zum Schmalkaldischen Bunde, aber entzog sich schon 1536 „wegen des erlittenen Kriegsschadens“ den Geldbeiträgen, die von den Mitgliedern gefordert wurden¹. Die beiden Bürgermeister Brömse und Gercken, welche bis zu ihrem Tode (1543 und 44) katholisch blieben und dem Domkapitel sein Fortbestehen in der Stadt, wenn auch mit bescheidenen Rechten, sicherten, meinten durch Treue gegen den Kaiser der Stadt am sichersten den Frieden zu bewahren². Als im Frühjahr 1547 Norddeutschland Kriegsschauplatz wurde, rüsteten die Städte Magdeburg Braunschweig Hamburg ein Hilfsheer, um der bedrohten Stadt Bremen beizustehn, Lübeck aber hielt sich zurück. Unter Führung der Grafen Christoph von Oldenburg und Albrecht von Mansfeld siegte dieses Heer am 23. Mai bei Drafenborg an der Weser über kaiserliche Truppen. Da aber in Sachsen und Hessen der Widerstand gegen den Kaiser aufgehört hatte, so konnte die Entscheidung des Krieges dadurch nicht geändert werden. Hamburg suchte, ebenso wie 1546 die süddeutschen Städte, die Gnade des Kaisers, indem es eine Gesandtschaft an ihn schickte, welche die Zahlung von 60 000 Gulden versprechen mußte³. Braunschweig ließ sich die Rückkehr des Herzogs in sein Land gefallen, ohne auf seine alten Privilegien gegenüber dem Landesherrn zu verzichten. Bremen und Magdeburg dagegen verharrten im Widerstande und ließen die Reichsacht über sich ergehen. Als Karl V. 1548 auf dem Reichstag zu Augsburg das Edikt, Interim genannt, verkündete, welches dazu bestimmt war, die Evangelischen allmählich zur katholischen Kirche zurückzuführen, erklärte auch im Lübecker

¹ Waitz, Wullenwever 3, 314.

² Ein sichtbares Zeichen dafür sind die 1537 geprägten Brömseenthaler, die des Kaisers Bildnis zeigen mit der Umschrift: Imp. Carolus quintus Cesarum nulli secundus, auf der Rückseite das Bild eines knieenden geharnischten Mannes mit dem Stadtwappen, dazu die Umschrift: Moneta Cesareae civitatis Lubecae; vgl. die Münztafel.

³ Gallois, Gesch. der Stadt Hamburg 1, 283.

Rat die Mehrzahl, man könne dies Edikt nicht annehmen, aber zu offenem Widerstande hätte man sich schwerlich entschlossen. Man zahlte 1549 ebenso willig wie in früheren Jahren (1541, 42, 44) die vom Kaiser zum Kriege gegen die Türken geforderte Steuer, welche Haus bei Haus eingesammelt wurde¹, und hoffte auf ferneren Schutz des Reiches.

Karl V. sah, nachdem in mehreren süddeutschen Reichsstädten die widerstrebenden Geistlichen vertrieben waren, von weiteren Zwangsmaßnahmen einstweilen ab in Erwartung dessen, was auf dem Konzil zu Trient beschlossen würde; nur Magdeburg sollte unterworfen werden. Diesen Auftrag übernahm Kurfürst Moritz von Sachsen und benutzte ihn, um nunmehr seinen bedrängten Glaubensgenossen zu Hilfe zu kommen. Er gewährte Magdeburg milde Bedingungen und begann dann, von einigen deutschen Fürsten und von Frankreich unterstützt, den Kriegszug gegen den Kaiser, durch welchen die protestantische Sache wieder aufgerichtet wurde. Mehrere Städte leisteten willig dazu Geldbeiträge; in Lübeck aber wurde dem Grafen Volrad von Mansfeld, der im April 1552 als Gesandter des Kurfürsten erschien, die Antwort erteilt, man gedenke nichts gegen das römische Reich zu unternehmen². Der Graf hatte jedoch an der Elbe 13 Fähnlein Landsknechte gesammelt, die nun vorrückten und das Bistum Ratzeburg besetzten. Man gewährte ihnen notgedrungen von Lübeck aus Zufuhr, und als im Mai Kurfürst Moritz siegreich in Innsbruck einzog, entschlossen sich die drei Städte Lübeck Hamburg Lüneburg zu einer Geldhilfe von 50 000 Gulden, wofür ihnen der Schutz ihrer Religion und ihrer Privilegien zugesichert ward³. Bald darauf kam der Passauer Vertrag zu Stande; Karl V. verzichtete auf die Pläne

¹ Kirckring und Müller, Auszug lübischer Chroniken (1677) S. 213 ff. Im Jahre 1541 mußte von jedem Hause 1 Mark, von jeder Bude 8 Schilling, von jedem Keller 4 Sch. gegeben werden, dazu noch ein Kopfgeld von 3 Sch. für jeden Einwohner, jung und alt. 1544 und 49 betrug der Anschlag ungefähr das Doppelte; 1549: Haus 2 Mark, Bude 12 Schilling, Keller 8 Schilling, Kinder über zehn Jahre 3 Schilling, hausbesitzende Bürger je nach Vermögen 1 bis 30 Gulden.

² Chronik Gotthards v. Höveln, herausgegeben 1856 von A. Fahne als dritter Band einer Geschichte der Freiherren v. Höveln; S. 9. Der erste Teil dieser Chronik, bis 1567, ist nach Deecke, Beiträge zur Lübeckischen Geschichtsfunde 1835, S. 28 f. noch von Reimar Kock verfaßt, als Fortsetzung seiner anfänglich nur bis 1549 reichenden Chronik. Gotthard v. Höveln, der als Bürgermeister 1609 starb, Enkel des S. 41 erwähnten, führte die Darstellung weiter bis zum Jahre 1600.

³ Die Urkunden darüber bei Becker 3, 410. Vgl. Trautziger, Chron. Hamb. bei Westphalen, Monumenta ined. 2, 1407.

gewaltfamer Unterdrückung. Doch dauerte es noch drei Jahre, bis der Augsburger Religionsfriede den evangelischen Reichsständen dauernde Sicherheit verschaffte. Diese Zwischenzeit benutzte Herzog Heinrich von Braunschweig, um sich für frühere Bedrängnis zu entschädigen. Er fand geringen Widerstand, da Kurfürst Moritz schon 1553 starb, im Gefecht bei Sievershausen tödlich verwundet. Die Stadt Braunschweig, von dem Herzog belagert, huldigte ihm gegen Anerkennung ihrer Religionsfreiheit und Privilegien¹; dann wandte er sich gegen die Herzöge von Lüneburg und Mecklenburg und bedrängte die Städte Lübeck und Hamburg durch einen Einfall in das Bergedorfer Gebiet. Hamburg mußte ihm 12 000 Thaler zahlen, Lübeck 14 000, wozu die Stadt Lüneburg einen Teil beitrug². Erst der Abschluß des Religionsfriedens setzte seinen Kriegszügen ein Ziel. Er blieb katholisch; sein Sohn Herzog Julius wandte sich der Reformation zu und stand mit den Hansestädten in gutem Einvernehmen³.

Auf Grund des Religionsfriedens hielt der Rat fortan die Zugehörigkeit der Stadt zu den „Augsburgischen Konfessionsverwandten“ mit Sorgfalt aufrecht, unterstützt von den Geistlichen, welche nach dem Vorbild der Jenaer Theologen ihre Hauptaufgabe in der Erhaltung der reinen lutherischen Lehre sahen. Die Einladung zur Teilnahme am Tridentiner Konzil, welche der päpstliche Nuntius Commendone, von einem kaiserlichen Kommissar begleitet, im Juni 1561 persönlich überbrachte⁴, wurde abgelehnt. Ebenso enthielt man sich der Gemeinschaft mit den Calvinisten. Als im Februar 1554 Bekenner der reformierten Lehre Calvins aus England fliehend in Deutschland Schutz suchten, ward ihnen der Aufenthalt in Travemünde, wo sie landeten, nur etwa zehn Tage gestattet; sie mußten weiterziehen⁵ und fanden zunächst in Emden eine Zufluchtsstätte. Mit großem Eifer nahm sich Kurfürst August von Sachsen, der Nachfolger des Kurfürsten Moritz, der lutherischen Lehre an. Er berief 1576 eine Versammlung von Theologen nach Torgau und übersandte die dort aufgesetzten Artikel an die glaubensverwandten Fürsten und Städte Deutsch-

¹ Ranke, Deutsche Geschichte 5⁴, 242. Havemann, Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg 2, 286 (1855).

² Becker 2, 140. Ranke S. 247.

³ Becker 2, 189. Havemann 2, 397.

⁴ Starckens Lübb. Kirchenhistorie (1724) S. 162. Becker 2, 148.

⁵ Starcke S. 124 ff. Becker S. 132. Ihr Führer war der polnische Edelmann Joh. Lasfi; vgl. Gieseler, Kirchengeschichte 3, 2, 217 (1853) und die Biographie von Dalton (1881).

lands mit der Aufforderung, sie zu prüfen und als Grundlage der Einigung anzunehmen. In Lübeck war man umsomehr geneigt darauf einzugehen, da kurz zuvor hier kirchliche Streitigkeiten stattgefunden hatten. Zwei Geistliche waren 1568 wegen abweichender Lehre abgesetzt; der Stadtphysikus Lambert Friedland, der ihnen beistimmte und 1574 noch einmal seine Stimme erhob, war mit Mühe zu Widerruf und Abbitte vor dem versammelten Konsistorium bewogen worden¹. Die Torgauer Artikel wurden von Ratsherren und Geistlichen der Städte Lübeck Hamburg Lüneburg, die auf Lübecker Gebiet in Mölln zu einer Synode zusammentraten, gebilligt und mit weiteren Vorschlägen versehen. Darauf fand eine zweite Beratung 1577 zu Kloster Bergen bei Magdeburg statt, deren Ergebnis, die Konkordienformel, bald darauf in Sachsen Braunschweig Brandenburg Mecklenburg Württemberg und anderen Fürstentümern, sowie in mehreren Reichsstädten als Kirchengesetz eingeführt wurde, während Pommern Holstein Anhalt Hessen und von den Reichsstädten namentlich Nürnberg Straßburg Frankfurt a. M. die Einführung ablehnten². In Lübeck mußten, wie überall, wo man durch Annahme eines solchen Gesetzes den kirchlichen Sinn zu befestigen meinte, die Geistlichen und Lehrer fortan durch Unterschrift sich verpflichten, demgemäß zu lehren. Erst eine spätere Zeit erkannte, daß es dem Geist der Reformation zuwider sei, das Forschen in der Heiligen Schrift in solcher Weise zu beschränken.

Bugenhagens Kirchenordnung war in Hinsicht des Wahlrechts, welches sie den Bürgerausschüssen zugestand, schon 1535 bei Herstellung der Rats Herrschaft stillschweigend außer Kraft gesetzt worden. Kirchväter wurden nicht mehr erwählt; die Verwaltung der Kirchen wurde von Ratsmitgliedern geleitet, die nach ihrem Ermessen einige bürgerliche Vorsteher hinzu beriefen; das Amt der Diaconen ward nur für die Armenpflege beibehalten³. Als 1598 bei einer Pastoralwahl zu St. Marien die Geistlichkeit an die Zuziehung der Diaconen erinnerte, erwiderten die Kirchenvorsteher, die Kirchenordnung sei in dieser Hinsicht als veraltet anzusehen, es müsse nach dem Herkommen verfahren werden⁴, wonach nur die Vorsteher und die Geistlichen wählten. Oberste kirchliche Behörde war nun das Konsistorium, aus drei Ratsherren nebst dem ersten

¹ Starcke S. 249 ff. 276 ff. Becker S. 174 ff.

² Gieseler 3, 2, 305 f.

³ M. Junk, Zeitschr. f. lüb. Gesch. 2, 171 ff.

⁴ Starcke S. 399.

Syndikus und den fünf Hauptpastoren gebildet¹. Die regelmäßige Leitung der kirchlichen Angelegenheiten hatte das Ministerium, die Vereinigung der Geistlichen unter Vorsitz des Superintendenten oder seines Stellvertreters, des Seniors. Der Rat aber behielt sich vor, in besonderen Fällen Verordnungen zu erlassen, so im Jahre 1579, daß „in Zukunft keine Vorbitten wegen unparteiischer Administration der Justiz und wegen rechtshängiger Sachen auf die Kanzel gebracht werden sollen“, 1588, „daß das Strafen von der Kanzel in Sachen, da man auf bloßes Hörsagen Vermutungen und Argwohn fuße, überall nicht, sondern nur in öffentlichen und notorischen Sünden statthaben, die Entscheidung aber, ob die Sünde notorisch, nicht bei den Geistlichen, sondern auf Anmeldung bei den Herren Bürgermeistern, und auf deren Verweisung bei dem Consistorio oder bei einer vom Rat verordneten Commission stehen solle².“ Für die gottesdienstlichen Ordnungen blieb Bugenhagens Kirchenordnung maßgebend, soweit nicht einzelnes im Laufe der Zeit geändert ward.

Auf den Reichstagen jener Zeit wurden hauptsächlich zwei Gegenstände verhandelt, die Beihilfe der Reichsstände zu der dem Kaiser obliegenden Abwehr der Türken und die Lage der evangelischen Bistümer. Die Türken beherrschten damals den größten Teil Ungarns mit der Hauptstadt Ofen. Reichsheere wurden zunächst 1566 und 1576 gegen sie aufgeboten. Das erste Mal scheint Lübeck wegen eigenen Krieges³ sich der Zahlung der Türkensteuer entzogen zu haben; das zweite Mal war die Bewilligung auf längere Zeit ausgesprochen, 60 Römermonate, d. h. der sechzigfache Betrag des 1521 für alle Reichsstände gemachten Anschlags zur Reichsrüstung, sollten in den Jahren 1576 bis 1582 gezahlt werden⁴. Lübecks Anschlag betrug 21 Reiter und 177 Fußgänger⁵; der Reiter wurde zu 12 Gulden monatlich, der Fußgänger zu 4 Gulden gerechnet; es waren also 960 Gulden = 840 Reichsthaler für den Römermonat zu zahlen. Diese Steuer wurde wiederum als Kopfsteuer

¹ Deecke, N. lüb. Blätter 1838, S. 221.

² Dreyer, Einleitung zur Kenntnis der lüb. Verordnungen (1769) S. 13. Die letztere Verordnung hängt mit der damals vom Superintendenten Puchenius bewirkten Absetzung des Rektors der Katharinen Schule Panfratius Krüger zusammen; vgl. Starcke S. 383. N. lüb. Blätter 1850, S. 157 ff.

³ S. II. Abschnitt 7.

⁴ M. Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation (1889) I, 507.

⁵ Becker 2, 418.

erhoben¹. Als 1582 auf dem Reichstag zu Augsburg weitere Bewilligungen gefordert wurden, weigerten die Reichsstädte sich gemeinschaftlich, da sie wegen der Vorgänge in Aachen sich für beschwert hielten²; erst nach drei Jahren stimmten sie der von den Kurfürsten und Fürsten beschlossenen Türkensteuer von 40 Römermonaten zu³. Lübecks Gesandte waren nach Augsburg gereist mit dem Auftrage, Herabsetzung des Reichsanschlages auf die Hälfte zu erbitten, da der Wohlstand der Stadt gegen die Zeit von 1521 sehr herabgegangen sei⁴. Sie fanden damit kein Gehör; das Gesuch wurde 1603 erneuert, nachdem inzwischen in der Zeit von 1595 bis 1600 wiederum ansehnliche Türkensteuer gezahlt war⁵. Die 1603 aufs neue vom Reichstag bewilligte Steuer betrug 86 Römermonate, für Lübeck eine Summe von 72 240 Thaler⁶; über die Höhe der Zahlung wurde mit dem kaiserlichen Gesandten v. Münckwitz, der wegen damals ausgebrochener Verfassungsverhältnisse⁷ mit besonderem Auftrag erschien, ein glimpfliches Abkommen getroffen. An solchen Reichssteuern, die in früheren Jahrhunderten nicht in gleicher Weise gefordert waren, hatte die Stadt schwer zu tragen, zumal da öfters auch Kreissteuern hinzukamen, welche die Stände des niedersächsischen Reichskreises, zu dem Lübeck gehörte, auf Grund der Kreisordnungen von 1512 und 1555 zu beschließen berechtigt waren. Einigen Ersatz gewährte es, daß die jährliche Reichsteuer der Stadt⁸ 1543 durch Dekret Kaiser Karls V.⁹ auf 500 rheinische Gulden herabgesetzt war, mit Anerkennung des gegen frühere Zeiten gesunkenen Geldwerts¹⁰. Als kaiserliche Gunst war die Erweiterung des städtischen Gerichtsprivilegs (S. 4) anzusehen; Karl V. gewährte sie 1544 bis zu 200 Goldgulden, Rudolf II. 1588 bis zu 500 Goldgulden¹¹. Der fortdauernden Geltung des lübischen Rechts kam die 1586 beendete Revision und neue Ausgabe des Rechtsbuches¹² zu statten.

¹ Ebd. S. 196. Vgl. o. S. 51.

² Ritter S. 585. Ranke, Zur deutschen Geschichte, ges. Werke 7, S. 122.

³ Ritter S. 586 f. ⁴ Becker 2, 215.

⁵ Ebd. 3, 411. Die Lübecker Kämmerereibücher ergeben, nach Mitteilung von Dr. W. Brehmer, für 1576—89 die Summe von 63 496 Thalern, für 1595—1600 den hohen Betrag von 215 640 Mark lüb. als Ausgabe „für Türkenschuß.“

⁶ Becker 2, 279. ⁷ S. II. Abschnitt 8. ⁸ S. Bd. 1, S. 57.

⁹ Dreyer, Einl. zur Kenntnis der lüb. Verordnungen S. 65; Becker 2, 119.

¹⁰ S. Bd. 1, S. 78. Fünfhundert Gulden, zu 24 Schillingen gerechnet, sind gleich 750 Mark lüb.

¹¹ Becker 2, 118. 235. Die Urkunden bei Lünig, Reichsarchiv 4, 1, S. 1354. 1367.

¹² S. Bd. 1, S. 66.

Die Verhandlungen über die evangelischen Bistümer betrafen auch das Bistum Lübeck, dessen ansehnliche Güter man in Wullenwevers Zeit wohl für die Stadt zu erwerben gehofft hatte. Die katholischen Reichsstände meinten, der dem Augsburger Religionsfrieden eingefügte geistliche Vorbehalt sichere ihrem Bekenntnis alle geistlichen Gebiete, die damals in katholischer Hand waren. Die Evangelischen aber beriefen sich, indem sie die Anerkennung der von Domkapiteln gewählten Bischöfe oder Administratoren ihres Bekenntnisses forderten, auf den Wortlaut des Vorbehalts, der nur beim Übertritt eines geistlichen Fürsten sein Gebiet der katholischen Kirche sichere, nicht aber die Wahlfreiheit der evangelisch gewordenen Domkapitel hindere¹. So setzten norddeutsche Fürstenhäuser sich in den Besitz ansehnlicher geistlicher Gebiete. Magdeburg und Halberstadt kamen 1552 an einen brandenburgischen Prinzen, Schwerin und Ratzeburg fielen den mecklenburgischen Herzögen zu, in Bremen ward 1566 ein Prinz von Sachsen-Lauenburg erwählt. Das in Dänemark regierende Haus Oldenburg richtete sein Begehren zunächst auf das Bistum Lübeck. König Christian III. hatte, als er mit Lübeck 1534 den Stockelsdorfer Frieden schloß, Eutin und die anderen bischöflichen Güter besetzt. Das Domkapitel wählte 1555 einen holsteinischen Edelmann, den bisherigen Propst zu Reinbeck, Detlev Reventlow, zum Bischof; dieser erlangte von dem König die Rückgabe Eutins² und begünstigte die Einführung der Reformation; ebenso sein Nachfolger Balthasar Rantzau, ebenfalls dem holsteinischen Adel angehörig. Nach dessen Tode wählte das Kapitel zweimal katholisch gesinnte Männer, die aber die Regierung nicht antraten, da die Stiftsgüter unter holsteinischem Einfluß blieben³. Dann folgte 1555 Christians III. Kanzler Andreas von Barby, 1561 Eberhard von Holle, dessen Wahl Christians Nachfolger, König Friedrich II. von Dänemark, empfohlen hatte. Dieser führte im ganzen Stiftsgebiet die evangelische Lehre ein, doch blieben noch immer einige Domherren katholisch und wohnten unangefochten in der Stadt Lübeck. Im Jahre 1586 wurde

¹ Ranke, Zur deutschen Geschichte S. 42. Ritter S. 83. 154 geht darauf nicht ein. Der Wortlaut des geistlichen Vorbehalts ist bei Ranke, Deutsche Geschichte 5, 276 angeführt: „Wo der Geistlichen einer von der alten Religion abtreten würde, soll derselbig sein Erzbistum Bistum u. s. w. alsobald verlassen, auch den Capitulu eine Person der alten Religion zu wählen und zu ordnen zugelassen sein.“

² Waitz, Wullenwever 3, 319.

³ Waitz, Schleswig-Holsteins Geschichte 2, 276 f. Ritter S. 197.

Prinz Johann Adolf von Holstein-Gottorp, aus der jüngeren Linie des dänischen Königshauses, zum Bischof erwählt; mit ihm beginnt die Reihe der lübeckischen Fürstbischöfe aus dem Hause Holstein-Gottorp. Er erlangte von der königlichen Linie die Rückgabe einiger Stiftsgüter, die noch immer von holsteinischer Seite in Anspruch genommen waren. Mit dem Rat der Stadt Lübeck schloß er 1595 einen Vergleich über die dem Domkapitel noch zustehenden Rechte und Besitztümer¹. Die Domherren, meist jüngere Söhne aus adligen Familien, die nicht zu dauernder Anwesenheit verpflichtet waren, auch sich verheiraten durften, behielten ihre Wohnungen in den alten am Dom belegenen Curien, von denen eine auch dem Bischof gehörte; sie verzichteten auf frühere Einkünfte aus städtischen Grundstücken, blieben aber im Besitz der meist bei Travemünde gelegenen Kapitelsdörfer. Die Stelle des Propstes besetzte fortan der Rat abwechselnd mit dem Domkapitel; die Domkirche verblieb der Stadt.

Auf Johann Adolf folgte 1607 sein Bruder Johann Friedrich, 1634 sein Sohn Johann als Fürstbischof, während der ältere Sohn Friedrich als Herzog von Holstein-Gottorp einen bedeutenden Teil von Schleswig-Holstein beherrschte, gemäß den 1544 und 1581 mit der königlichen Linie beschlossenen Teilungen². Zum Dank dafür, daß durch die Bemühung der beiden Brüder das Bistum bei den Verhandlungen des Westfälischen Friedens vor der Umwandlung in weltliches Gebiet (Säkularisation) bewahrt blieb, verpflichtete sich das Domkapitel 1647 in einem Vertrage³, nach dem Tode des Bischofs Johann und des bereits zum Coadjutor erwählten Sohnes von Friedrich noch sechsmal Bischöfe aus dem Hause Holstein-Gottorp zu wählen. So blieb dies evangelische Bistum, Dänemark gegenüber selbständig gestellt, aber künftigen Streitigkeiten der beiden regierenden Häuser ausgesetzt, als ein selbständiges, zur Reichsstandschaft berechtigtes Glied des deutschen Reiches erhalten bis 1803.

6. Der Hansebund im 16. Jahrhundert.

Wenn die Friedenszeit, deren sich Deutschland seit 1555 erfreute, im allgemeinen als eine Blütezeit der Städte, besonders der damals zahlreichen

¹ Becker, Geschichte Lübecks 2, 225. Wehrmann, Zeitschr. f. Lübb. Gesch. 3, 34 ff.: Die Verfassung des Lübecker Domkapitels.

² Waitz, Schleswig-Holsteins Geschichte 2, 295. 391.

³ Becker 2, 431.

freien Reichsstädte zu bezeichnen ist, so war doch die Gemeinschaft des Hansebundes im Rückschreiten. Die Verluste, welche das Reich an Gebiet und Ansehen erlitt, schon ehe das große Unglück des dreißigjährigen Krieges eintrat, trafen auch den Handelsbund der Städte. Im Westen lösten die Niederlande sich vom Reiche ab, da sie gegen die spanische Gewalt Herrschaft sich aus eigener Kraft schützen mußten; im Osten ging der Staat des deutschen Ordens zu Grunde. Die Handelsbeziehungen nach beiden Richtungen, sowie nach dem skandinavischen Norden, wurden von den Städten soviel als möglich festgehalten, aber da der Schutz des Reiches fehlte, machten oft Sonderbestrebungen sich geltend, und manche Binnenstädte lösten sich ganz vom Bunde, da sie am Seehandel nach fremden Ländern nicht mehr so wie in früheren Zeiten beteiligt waren.

Man darf nicht meinen, daß die Entdeckung der Seewege nach Ostindien und Amerika den Handel der Hanse sofort in den Hintergrund gedrängt habe. Die hansischen Kaufleute waren redlich bemüht, an dem Aufschwung des Handels, dessen sich Portugal und Spanien zunächst erfreuten, Anteil zu gewinnen; sie erwarben in beiden Ländern neue Handelsprivilegien, da sie auf die Erlaubnis direkter Fahrt nach den neu entdeckten Kolonialgebieten der Portugiesen und Spanier nicht rechnen durften. König Emanuel d. Gr. von Portugal erteilte 1517 den Hansegenossen für Lissabon dieselben Freiheiten, welche die Süddeutschen, besonders die Augsburger, schon seit 1503 daselbst genossen¹; namentlich Schiffsbauholz sollten sie ohne Einfuhrzoll bringen dürfen. Wie dieser Verkehr im einzelnen sich entwickelte, ist aus den bis jetzt veröffentlichten Hanseakten noch nicht zu ersehen, doch wissen wir, daß der Hansetag des Jahres 1535 u. a. auch darüber beriet, wie man auf Grund der Privilegien den Beschwerden, welche Schiffe aus Lübeck Bremen Hamburg Danzig in Lissabon erlitten hatten, abhelfen könne². Der Verkehr nach Spanien entwickelte sich erst später zu größerem Umfang; zunächst waren die niederländischen Handelsplätze, wie in früherer Zeit, die bequem gelegenen Stätten für den Warentausch. Aber Brügge ging im 16. Jahrhundert zurück, da es keinen für größere Seeschiffe tauglichen Hafen besaß, der Verkehr zog sich nach Antwerpen. Die Hansestädte beschlossen

¹ Sartorius, Geschichte des hanseatischen Bundes (1808) 3, 446 ff. Vgl. Hansische Geschichtsblätter 1888, S. 7.

² Waitz, Wullenwever 3, 366.

deshalb, ihren Stapel von Brügge dorthin zu verlegen. Nach längeren Verhandlungen wurde 1545 ein Vertrag mit dem Rat von Antwerpen geschlossen, und da das bereits dort vorhandene hansische Kaufhaus zu klein war, erbaute man 1564 bis 1568 eine stattliche „Residenz“ für die hansischen Kaufleute, ein Haus von drei Stockwerken, welches einen ansehnlichen Hof im Viereck umschloß und zwei große Säle, sowie 150 Kammern enthielt¹. Die Ordnung des Kontors zu Antwerpen, entworfen von dem hansischen Syndikus Dr. Heinrich Sudermann, schrieb nach althansischem Brauch vor, daß nur unverheiratete Kaufleute unter Aufsicht von Altermännern in dem Hansehaus wohnen dürften; wer in der Stadt wohnen und eignen Haushalt haben wolle, dürfe an den Rechten der Hanse nur teilnehmen, wenn er eine Kammer miete und einen unverheirateten Diener dort einsetze². Aber wenige Jahre, nachdem das Haus bezogen war, störte der Krieg den Handel aufs empfindlichste. Im Jahre 1576 drangen zuerst niederländische, dann spanische Truppen in das Hansehaus ein, plünderten und richteten Brandschaden an. Später gewährten die spanischen Statthalter Schutz, aber Antwerpens Handel ging überhaupt zurück; in den freien Niederlanden kam Amsterdam empor. Die Hanse, schon früher den Niederländern abgeneigt wegen der Konkurrenz im Ostseehandel, blieb dem Handelsverkehr mit Spanien treu, aber es begann nun mehr direkte Fahrt nach Spanien, zumal da 1580 Portugal mit Spanien vereinigt wurde und König Philipp II. die früheren Privilegien für den Verkehr in Lissabon bestätigte. In der Zeit von 1580 bis 1592, sagt v. Hövelus Chronik, seien jährlich 4—500 Schiffe von Lübeck „seewärts“ gegangen, der Verkehr nach Spanien sei ebenso stark gewesen wie der nach Narva. Neben den schon lange bestehenden Genossenschaften der Schonen- Bergen- Nowgorod- Riga- Stockholm-fahrer bildete sich damals in Lübeck auch eine Genossenschaft der Spanien-fahrer³. Eine Gesandtschaft des spanischen Statthalters in den Niederlanden, Erzherzog Albrecht von Oesterreich, erschien 1597 in Lübeck⁴ und verhiess der Hanse erweiterte Privilegien in Spanien und Portugal, wenn sie jeden Verkehr mit den abtrünnigen Niederländern aufgeben wolle. Dieser Antrag wurde 1598 auf einer Hansetage verhandelt, doch kam es nicht

¹ Wehrmann, Hansische Geschichtsblätter 1873, S. 77 ff. Ennen ebd. S. 53 ff.

² Ennen, Hansische Geschichtsblätter 1876, S. 21 f.

³ N. Lüb. Blätter 1836, S. 1 ff.

⁴ Sartorius 3, 461 ff.

zum Abschluß eines Vertrages, da Spanien für Beschädigung hanfischer Schiffe in früheren Jahren keinen Ersatz leisten wollte; auch war man nicht geneigt, die Niederlande und England sich zu Feinden zu machen. Eine 1603 in Spanien angeordnete Erhöhung der Aus- und Einfuhrzölle auf 30 Procent hatte die Wirkung, daß 1606 eine hanfische Gesandtschaft, bestehend aus drei Ratsherren von Lübeck Hamburg Danzig und dem hanfischen Syndikus Dr. Domann, sich nach Madrid begab¹. Sie erlangte die Ausfertigung eines neuen Handelsvertrages, der manche Begünstigung in den spanischen Häfen gewährte, auch Herabsetzung des Zolles, und ein Kaufhaus in Sevilla anzulegen gestattete, aber jede Ausfuhr von Gütern aus den Gebieten des Königs nach den freien Niederlanden untersagte². Der Waffenstillstand, welcher 1609 zwischen Spanien und den Niederlanden geschlossen ward, erleichterte auch diese Beschränkung. Aber Spanien hatte in dem langen Kriege seine Kräfte erschöpft, und die spanische Regierung wußte die Kolonien nicht in der rechten Weise nutzbar zu machen; so hatte der hanfische Verkehr nach den spanischen Häfen nicht viel zu bedeuten im Vergleich zu dem Aufschwung, den Amsterdams Handel nach Indien und den Sunda-Inseln nahm.

Zur Deckung der Kosten jener hanfischen Gesandtschaft hatte der Hansetag beschlossen, daß in den nächsten Jahren von allen hanfischen Schiffen, die nach Spanien gingen, eine Abgabe entrichtet werde; die Verwaltung dieses Geldes wurde den Frachtherren der Spanienfahrer in Lübeck übertragen. Auch als später diese Abgabe aufhörte, blieben die Kassenverwalter unter dem Namen „Direktoren der spanischen Kollekten“ in Thätigkeit; sie behielten kaufmännisches Ansehen bis zum Ende des 17. Jahrhunderts, während die Genossenschaft der Spanienfahrer sich schon früher auflöste³.

Ungünstig gestaltete sich das Verhältniß der Hanse, die auf ihren wohl erworbenen Privilegien bestand, zu der aufstrebenden Handelsmacht Englands. Bis 1554 wurden die Zollvergünstigungen, auf welchen der

¹ Bericht des Lübecker Rats Herrn Heinrich Brokes, Zeitschr. f. lüb. Gesch. 1, 296 ff. Die Gesandten reisten über Brüssel und Paris, wo König Heinrich IV. sie freundlich empfing, überschritten die Pyrenäen auf dem westlichen Paß bei Fuentarabia (unweit Bayonne) und gelangten über Burgos nach Madrid. Sie besuchten auch Lissabon und Sevilla, wo sie sich hanfischer Seefahrer annahmen, und kehrten wiederum auf dem Landwege zurück.

² Sartorius 3, 474 ff. 484.

³ N. Lüb. Blätter 1836, S. 19 ff.

Wohlstand des hanfischen Stalhofs zu London hauptsächlich beruhete, trotz mancher Anfeindungen der englischen Kaufleute behauptet. Man berechnete, daß in diesem Jahre die Ausfuhr von 36 000 Stück teils gefärbten teils ungefärbten Tuches den deutschen Kaufleuten einen Gewinn von 8850 Pfund Sterling gebracht habe; den Gewinn der Einfuhr schätzte man auf 6750 Pfund¹. Aber nun begannen unter der Königin Maria und noch schärfer unter Elisabeth, die das Emporkommen des englischen Handels sich besonders angelegen sein ließ, Einschränkungen von mancherlei Art. Die Zölle wurden 1555 erhöht, die Ausfuhr von Tuch 1563 auf 5000 Stück jährlich beschränkt². Ein heftiger Streit entstand, als englische Kaufleute, die von der spanischen Regierung aus den Niederlanden ausgewiesen wurden, seit 1564 sich in Emden und Hamburg niederließen und unter dem Namen Merchant-Adventurers Genossenschaften bildeten, die dem hanfischen Handel nach England Konkurrenz machten. Auf dringendes Verlangen der anderen Hansestädte, die sich deshalb mit einem Gesuch an Kaiser Maximilian II. wandten, mußte der Rat von Hamburg sich verpflichten, das den Fremden 1567 auf zehn Jahre erteilte Privilegium nicht zu erneuen. Darauf erklärte 1578 die englische Regierung die hanfischen Privilegien in England für aufgehoben, falls nicht binnen kurzer Frist die englischen Kaufleute in allen Hansestädten zugelassen würden. Die Hanse antwortete mit einem Zoll von 7½ Prozent auf englische Güter, die in hanfische Häfen kämen, und wandte sich an Kaiser Rudolf II., damit der Graf von Ostfriesland zur Aufhebung des Schutzes, den er den Engländern in Emden gewähre, genötigt werde, doch ohne Erfolg. Endlich beschloß der Reichstag zu Augsburg 1582 auf Ansuchen der Hansestädte, daß niemand von des Reiches Unterthanen nach England Handel treiben und englisches Tuch fortan in Deutschland nicht verkauft werden dürfe. Die Veröffentlichung dieses Beschlusses wurde auf Betreiben eines in Augsburg erschienenen englischen Gesandten noch ausgesetzt³, und eine hanfische Gesandtschaft ging mit kaiserlichen Aufträgen nach England. Sie erhielt den Bescheid, die englischen Kaufleute müßten in deutschen Städten, namentlich in Hamburg, zugelassen werden, sonst verbleibe es bei

¹ Sartorius 3, 333 f. nach einer von dem hanfischen Syndikus Sudermann gemachten Aufstellung.

² Sartorius 3, 345 f. Emen, Hanfische Geschichtsblätter 1876, S. 29.

³ G. v. Hövelns Chronik, S. 46.

den gegen die Hanse verfügten Maßregeln. Darauf wurde von dem Reichsdeputationstag zu Worms 1586 die Veröffentlichung des Reichstagsbeschlusses erbeten¹, und Hamburg mußte die inzwischen vereinzelt wieder zugelassenen Adventurers abermals ausweisen; sie fanden aber in Stade und Elbing Aufnahme². Beide Städte kümmerten sich nicht um die hansischen Verbote; Elbing stand unter polnischer Landeshoheit, Stade hatte an Emden ein Beispiel, daß strenger Gehorsam gegen die Beschlüsse von Kaiser und Reich nicht so leicht zu erzwingen sei. Unter diesen Umständen war es ersichtlich, daß der alte hansische Grundsatz, durch eine Handelsperre die Herstellung der Privilegien im Auslande zu erzwingen³, nicht mehr anwendbar sei. Aber wenn Neigung zum Nachgeben vorhanden war, so wurde sie unterdrückt durch die Gewaltthat der Engländer, welche nun auch in den hansischen Handel nach Spanien und Portugal eingriffen: am 30. Juni 1589 wurde eine Flotte von etwa 60 hansischen Schiffen unweit der Tajomündung von der englischen Kriegsflotte unter Franz Drake genommen⁴. Alle Bemühungen, dafür Ersatz zu erhalten, waren umsonst; die Königin erklärte, es sei die Warnung ergangen, man möge die Feinde Englands nicht unterstützen. Endlich kam es zu völligem Bruch. Kaiser Rudolf II. erließ auf Ansuchen der Hansestädte 1597 den Befehl, binnen drei Monaten sollten alle englischen Kaufleute Deutschland verlassen; darauf ließ Königin Elisabeth am 4. August 1598 den Stalhof schließen.

Damit hatte die alte Weise des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und England ein Ende; der Handel selbst aber ließ sich auf die Dauer nicht unterdrücken. Hamburg gewährte 1611 den Adventurers wieder Zulassung; aus Stade waren sie überhaupt nur kurze Zeit gewichen. Hamburg erlangte 1618 von der englischen Regierung auch die Rückgabe des Stalhofs, aber die alten Privilegien waren dahin. Hamburgs Seeverkehr entfaltete sich auf neuen Bahnen, unabhängig von der hansischen Gemeinschaft; in Lübeck aber urteilten diejenigen, welche die alten Rechte standhaft verteidigt hatten, die Hanse sei durch Untreue und Eigennutz einzelner Städte ins Verderben gekommen⁵.

¹ Köhler bei Willebrandt S. 274.

² Sartorius 3, 396.

³ Vgl. Bd. 1, S. 108. 130.

⁴ Sartorius S. 400 nach Camden, *annales rerum Anglicarum* (1675). Köhler bei Willebrandt a. a. O.

⁵ G. v. Hövelns Chronik S. 74.

Noch früher aber war in dem Verhältnis zu den östlichen Ländern die Uneinigkeit in der Hanse zum Ausdruck gekommen, und Lübeck selbst war genötigt, in dieser Richtung eigene Bahnen zu verfolgen. Der 1514 wieder eröffnete Kaufhof zu Novgorod¹ konnte nicht zur Blüte kommen, weil die livländischen Städte, Riga Dorpat Reval, bemüht waren, den Handelsverkehr nach Rußland ganz an sich zu ziehen. Ihre Vertreter erklärten auf den Hansetagen, die Russen seien nicht mehr geneigt, ihre Waren nur nach Novgorod zu bringen, es habe sich ein freierer Verkehr gebildet. Bald gingen sie soweit, mit Berufung auf den alten hansischen Grundsatz, daß Gast mit Gast nicht unmittelbar Handel treiben dürfe, die Kaufleute aus den übrigen Hansestädten, wenn sie in Livland mit den Russen verkehren wollten, zurückzuweisen. Darüber wurde auf dem Hansetage, der 1540 in Lübeck stattfand, lebhaft geklagt²; man verhandelte in der folgenden Zeit öfter darüber, durch eine hansische Gesandtschaft an den Zaren die Rechte des fast verödeten Kaufhofs zu Novgorod herzustellen, aber der Vorschlag kam nicht zur Ausführung. Die livländischen Städte widersetzten sich beharrlich dem ihnen angesonnenen Pfundzoll, welcher zur Bestreitung der Gesandtschaftskosten dienen sollte; Danzig aber hatte seinen besonderen Verkehr nach Rußland durch die Niederlage zu Kowno im polnischen Littauen³.

So bestand ein gespanntes Verhältnis zwischen den Städten, als 1558 der schlimme Krieg entbrannte, welcher den in Livland noch bestehenden Rest des deutschen Ordensstaats vernichtete. Zar Iwan IV. war bemüht, das russische Reich durch näheren Verkehr mit Deutschland zu fördern, zugleich aber auch frühere Ansprüche auf Livland, die Wolter von Plettenberg einst thatkräftig zurückgewiesen hatte, durchzuführen. Er schickte 1548 einen Deutschen, der in Moskau Vertrauen gewonnen hatte, Hans Schlitte aus Goslar, an Kaiser Karl V. nach Augsburg mit dem Gesuch, es möge gestattet werden, eine Anzahl von geschickten Handwerkern, ferner Baumeister Bergleute Ärzte und Apotheker anzuwerben, die über Lübeck nach Rußland kommen sollten. Der Kaiser gab die Erlaubnis, aber in Lübeck war man besorgt, es möchte dem deutschen Handel nach Rußland Abbruch geschehen, wenn in Rußland sich eigene

¹ S. o. Bd. I, S. 192.

² Sartorius 3, 199 f. U. Winckler, Die Hanse in Rußland S. 81.

³ Hirsch, Handelsgeschichte Danzigs S. 154 ff.

Gewerbthätigkeit entfalte. Dem Wunsche des livländischen Ordensmeisters und des Rats von Reval entsprechend befahl der Lübecker Rat, die Auswanderer, die sich in Lübeck einfanden, aufzuhalten und Schlitte wegen einer Schuldforderung ins Gefängnis zu werfen¹. Die Auswanderer kehrten darauf meist in ihre Heimat zurück; nur wenige gelangten auf beschwerlichen Wegen nach Rußland. Schlitte entkam nach Jahresfrist und wirkte nun beim Zaren für feindliche Maßregeln gegen Livland und die Hanse. Kaiser Karls Unwille wurde durch eine Gesandtschaft des Ordensmeisters, die ihm die Gefährdung Livlands vorstellte, beschwichtigt; er nahm den Ordensmeister und den Bischof von Dorpat in seinen besonderen Schutz und verwandte sich 1553 durch ein Schreiben an den Zaren für die Erhaltung des Friedens. Iwan war einstweilen mit der Unterwerfung des östlichen Reiches Kasan beschäftigt. Nachdem er aber diese vollbracht, ließ er 1558 seine wilden Kriegsscharen in Livland einrücken, da man ihm die Zahlung des sogenannten Glaubenszinses, den er vom Bistum Dorpat forderte, verweigert hatte.

Auf dem Reichstag zu Augsburg 1559 wurde, besonders auf Betreiben des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg², dessen Bruder Coadjutor des Erzbischofs von Riga war, darüber verhandelt, wie man dem Vordringen der Russen wehren könne. Aber statt einer Heeresrüstung wurde nur eine Geldhilfe bis zu 100 000 Gulden bewilligt, und die Städte Lübeck Hamburg Lüneburg wurden ersucht, diese Summe einstweilen vorzustrecken. Sie waren umsoweniger dazu geneigt, da die Livländer forderten, jeder Handel mit Rußland solle für die Dauer des Krieges abgebrochen werden. Kaiser Ferdinand I. beschränkte sich wiederum auf schriftliche Verwendung; ihm hatte der Zar gemeinsame Bekämpfung der Türken und Wiedervereinigung der griechischen Kirche mit der römisch-katholischen in Aussicht gestellt³. Während so von deutscher Seite nichts wirksames geschah, um das Bestehen der „deutschen Kolonie an der Ostsee“ zu sichern, erkannten die Könige von Polen Dänemark und Schweden, daß die Gelegenheit zu eigener Machterweiterung günstig sei. Bald stellten sich der Ordensmeister Gotthard Kettler und der Erzbischof von

¹ S. Rehbeins Chronik und Becker, Geschichte Lübecks 2, 133. Winckler S. 85.

² Schirmacher, Joh. Albrecht 1, 394 ff. Schirren, Quellen zur Geschichte des Untergangs livländischer Selbständigkeit (1862) 3, 249 ff.

³ Winckler S. 88 f.

Riga unter den Schutz des Königreichs Polen, der Bischof von Desel trat 1559 sein Gebiet an Dänemark ab, die Landschaft Estland mit Reval huldigte 1561 dem König von Schweden. Inzwischen hatten die Russen Narva Dorpat Fellin erobert. Um nicht alles zu verlieren, trat Gotthard Kettler den Rest Livlands 1562 gänzlich an Polen ab und zog sich nach Kurland zurück, welches ihm und seinen Nachkommen als polnisches Lehnsherzogtum verblieb.

Lübeck erwählte nun die Stadt Narva zum Handelsplatz; hier entwickelte sich ein so lebhafter Handelsverkehr mit den Russen, daß die Auflösung des Ordensstaates für den Handel kaum als Verlust empfunden wurde. Aber durch politische Machtstellung war dieser Handel nicht mehr gesichert, und auch der Hansebund gab nur noch den Namen dazu. Begünstigte Nebenbuhler waren die Engländer, die auch in Archangel Zutritt hatten und in Moskau einen Kaufhof errichten durften¹.

Besser gewahrt blieb die hanstische Gemeinschaft in Dänemark und Norwegen. Ihre Rechte wurden, allerdings mit Einschränkungen, neu bestimmt in dem Vertrage zu Odense, welchen Christians III. Sohn, König Friedrich II., 1560 gewährte². Zu ihm hatte Lübeck gleich nach seinem Regierungsantritt 1559 eine befreundete Stellung gewonnen, indem es seinem ersten Unternehmen, die freien Dithmarschen zu unterwerfen, sich nicht widersetzte, sondern nur zu Gunsten dieser früheren Bundesgenossen³ Fürsprache einlegte. Der Vertrag, welchen Lübecks Gesandte bei Gelegenheit des ersten Reichstages, den der König hielt, zum Abschluß brachten, bestätigte für Schonen im wesentlichen die alten Zollsätze und die Gerichtsbarkeit der städtischen Vögte⁴; hinsichtlich des Sundzolls behielten die sechs Städte Lübeck Hamburg Rostock Stralsund Wismar Lüneburg die Zollfreiheit für eigene Güter in eigenen Schiffen, doch ausgenommen Wein und Kupfer; nur ein Schreib- und Tonnengeld war zu entrichten. In Bergen behielten die Kaufleute der „deutschen Brücke“⁵ das Vorrecht beständigen Verkehrs; die Kaufleute fremder Nationen durften kein Winter-

¹ Winckler S. 99.

² Die Urkunde bei Marquard, *De jure mercatorum* (1662) 2, 249 ff. Lünig, *Teutsches Reichsarchiv* (1714) p. spec. cont. 4, 2, S. 83. Vgl. Sartorius 3, 128. 141.

³ S. Bd. 1, S. 39. 209. Waitz, *Schleswig-Holsteins Geschichte* 2, 322.

⁴ Schäfer, *Buch des lüb. Vogts auf Schonen*, S. 52. 89. 133 der Einleitung.

⁵ Über die Einrichtung der Kaufhöfe daselbst s. C. Schumann, *Hanstische Geschichtsblätter* 1889, S. 55 ff.

lager haben; aber die zahlreich dort angesiedelten deutschen Handwerker standen nicht mehr unter dem Schutz des Kontors, sondern unter Stadtrecht, und den Bürgern von Bergen war freie Handelsfahrt in nördlicher Richtung mit 24 Schiffen jährlich zugesichert. Mit Schweden wurde vergeblich um Erweiterung der geringen 1546 noch zugestandenen Rechte verhandelt; hier griff Lübeck noch einmal zu den Waffen, um sein Ansehen nicht gänzlich zu verlieren.

Für die Erhaltung des inneren Zusammenhangs des Hansebundes wurden als zweckmäßige Einrichtungen weiter ausgebildet¹ die Einteilung der Städte in Quartiere und die Zahlung bestimmter Geldbeiträge. Der auf dem Hansetage von 1535 beschlossene Bündnisvertrag der Städte² nennt Lübeck Köln Danzig als Hauptstädte der „drei Quartiere“ der Hanse, Bremen Hamburg Braunschweig als ihnen beigegeben, um „in Notsachen mit zu ratschlagen.“ Bald aber erhob Braunschweig den Anspruch, an der Spitze eines besonderen, von den sächsischen Binnenstädten gebildeten Quartiers zu stehen. Diese Vierteilung wurde im Jahre 1554, als man bei Anordnung neuer Statuten für den Stalhof zu London ein Verzeichnis der Bundesstädte, 66 an Zahl, aufstellte, als berechtigt neben der für das Londoner Kontor geltenden Dreiteilung anerkannt³ und bald überwiegend gebräuchlich. Die Zahlung fester Geldbeiträge wurde auf dem Hansetag von 1540 angeordnet⁴, zunächst um die Kosten einer Gesandtschaft nach Brügge und Antwerpen zu bestreiten, und durch spätere Verhandlungen näher bestimmt, so daß jede der vier Quartierstädte eine Kasse führte⁵. Als Beispiel regelmäßiger Verteilung der Beiträge liegen die Abrechnungen der zum Kölner Quartier gehörigen westfälischen Städte aus den Jahren 1571 und 1593 vor⁶; sie zahlten das eine Mal 900, das andere Mal 632 Reichsthaler. Aber oft wurde auf den Tagfahrten geklagt, daß die Beiträge nicht rechtzeitig eingingen; manche Stadt entschuldigte sich mit anderweitigen dringenden Ausgaben. So konnten die Kosten des in Antwerpen erbauten hanseischen Hauses lange Zeit nicht gedeckt werden, und das 1556 eingerichtete Amt eines hanseischen Syndikus, welcher die Bundesangelegenheiten für die Hansetage zu bearbeiten

¹ Vgl. Bd. 1, S. 196.

² Waitz, Wullenweber 3, 399.

³ Sartorius 3, 593 Anm. Das Verzeichnis ist mitgeteilt Zeitschr. f. lüb. Gesch. 3, 387.

⁴ Wehrmann, Hanseische Geschichtsblätter 1873, S. 97. Ein früherer Anschlag wurde dabei zu Grunde gelegt.

⁵ Niehues, ebd. 1879 S. 57. 59.

⁶ Ebd. S. 64.

und Gesandtschaftsreisen auszuführen hatte, war bei dem Mangel regelmäßiger Besoldung recht dornenvoll¹. Der Hansetag von 1591 bewilligte zur Abtragung der Schuld in Antwerpen eine „zehnfache Kontribution“ im Betrage von etwa 40 000 Thalern²; es ging davon wenigstens soviel ein, daß man den Besitz behaupten konnte. Das kleinere Kaufhaus wurde 1622 an einen Bürger von Antwerpen verkauft, das größere blieb erhalten, um dem deutschen Verkehr dort eine Stätte zu sichern.

Der Lübecker Rat war redlich bemüht, die Mitglieder des Bundes trotz mancher widerstrebender Interessen zusammenzuhalten. Auf dem Hansetage von 1579 wurden noch einmal die Grundsätze der Hanse, wie sie sich im Laufe der Zeit entwickelt hatten³, nach dem Vorschlage Lübecks zusammengestellt und angenommen⁴. „Die Hansestädte sollen dem heiligen römischen Reich, dem Kaiser und ihrem Landesherrn schuldigen Gehorsam leisten und einander mit Rat und Hilfe beistehen. Der im Reich bestehende Religions- und Landfriede soll von ihnen aufrechterhalten werden. In den Kontoren und Niederlagen soll der Handel nach den Vorschriften der Reccessen betrieben werden. Die auf Hansetagen bewilligten Kontributionen sollen rechtzeitig eingezahlt werden. Lübeck soll mit Beirat der wendischen Städte die Versammlungen berufen und die Gegenstände der Beratung den drei anderen Quartierstädten mitteilen. Streitigkeiten unter den Städten sollen durch Schiedsgericht geschlichtet werden. Jede Stadt soll in ihrem Gebiet und in ihrer Nachbarschaft auf Sicherheit der Landstraßen halten. Wird eine Stadt feindlich bedrängt, so sollen die anderen um billigen Ausgleich bemüht sein und, falls dies vergeblich ist, die bedrängte Stadt mit Kriegsbedürfnissen unterstützen. Eine Stadt, in welcher Uneinigkeit und Aufruhr wider den Rat herrscht, soll zu den Hansetagen nicht zugelassen werden und, wenn sie sich der Vermittelung nicht fügt, aus dem Bunde ausgeschlossen sein. Keine Stadt soll die aus einer anderen verwiesenen aufnehmen. Diese Vereinigung soll anderen, welche der Hanse nicht entgegen sind, nicht hinderlich sein.“

¹ Ennen, ebd. 1876 S. 12. 38 ff. Zu den dort angeführten Klagen des Syndikus Dr. Sudermann ist das ungünstige Urteil des Lübecker Bürgermeisters G. v. Höveln (Chronik S. 51) in Betracht zu ziehen: er habe die Städte in alle Weitläufigkeit geführt, ihnen große Kosten verursacht, aber zeitlebens nichts ersprießliches verrichtet.

² v. Hövelns Chronik ebd.

³ Vgl. Bd. 1, S. 123. 155 f. 180 f.

⁴ Becker, Geschichte Lübecks 2, 199.

fragt man nach den inneren Ursachen, welche trotz dieser verständigen Grundsätze den Untergang des Bundes herbeiführten, so liegen dieselben hauptsächlich in dem Inhalt mancher Reccessen, da der Handel durch Vorschriften, die manchen Bundesgliedern zuwider waren, eingeschränkt wurde, und in dem Widerstreit zwischen städtischer Selbständigkeit und landesfürstlicher Herrschaft in Deutschland. Als freie Reichsstädte unter dem Schutz eines kraftvollen Kaisertums hätten die Hansestädte ihren Bund besser bewahren können. Das meiste jedoch haben widrige äußere Umstände zum Untergang des Bundes beigetragen.

7. Pechter Seekrieg gegen Schweden 1563—1570. Sicherung des Verkehrs nach Rußland.

Als das Sinken des Hansebundes bereits unabwendbar erschien, zeigte Lübeck noch einmal im Seekriege seine Leistungsfähigkeit, doch ohne von den anderen Bundesstädten unterstützt zu werden. Wenn auch keine vollen Erfolge erreicht wurden, so nützte es doch dem Ansehen Lübecks und des Bundes soweit, daß noch einige Jahrzehnte hindurch der Bund unter Lübecks Führung auch als eine politische Macht galt.

In Schweden kam 1560 Erich XIV., Gustav Wasas ältester Sohn, zur Regierung. Eine Gesandtschaft von Lübeck Hamburg Danzig Stralsund Rostock begrüßte ihn 1561 bei seiner Krönung¹ in Upsala, und bat um Herstellung der alten Handelsfreiheiten; er bewilligte nur zollfreie Einfuhr in den vier Haupthäfen des Reiches, dagegen sollte die Ausfuhr zollpflichtig sein, und die Hansestädte sollten sich des Handels nach Rußland enthalten, damit dieser gemeinschaftliche Feind nicht gestärkt würde. Die anderen Städte fügten sich diesen Bedingungen, Lübeck aber war nicht gemeint, die gewinnbringende Narvafahrt aufzugeben. Als 1563 zwischen Schweden und Dänemark Krieg entbrannte, weil Friedrich II. von Dänemark den Anspruch auf die Union der drei Reiche nicht aufgab, befragte der Rat, nachdem er sich des kaiserlichen Schutzes für die Handelsfahrt nach Rußland versichert hatte², die Bürgerschaft über ihre Willfährigkeit zu Kriegseleistungen³ und schloß dann das Bündnis mit Dänemark, indem

¹ Sartorius 3, 166.

² Die darauf bezüglichen Erlasse Kaiser Ferdinands I. wurden alsbald in einer ausführlichen Rechtfertigungsschrift des Rats veröffentlicht; Becker 2, 160.

³ v. Hövelns Chronik S. 31 f.; vgl. o. S. 4.

er gegen Schweden die aus Gustav Wasas Zeit stammenden Forderungen erneuerte. Dreizehn Lübecker Schiffe schlossen sich der dänischen Kriegsflotte an.

Zunächst entwickelte sich, neben dem Landkriege in Halland und Schonen, ein Kaperkrieg zur See, bei welchem Handelsschiffe der neutralen Städte, namentlich Stralsunds, nicht verschont wurden¹. Eine bedeutende Seeschlacht ereignete sich am 30. und 31. Mai 1564 nördlich von Gotland unweit der schwedischen Küste; sie entschied sich am zweiten Tage zum Nachteil der Schweden. Es gelang dem Lübecker Ratsherrn Friedrich Knevel, mit seinem Admiralschiff, genannt der Engel, das schwedische Admiralschiff Mageloes, welches 700 Mann Besatzung hatte und 140 größere und kleinere Geschütze führte, zu erobern. Doch ging das eroberte Schiff alsbald in Feuer auf; von der Besatzung wurden nur 100 Mann gerettet, die samt dem Admiral Jakob Bagge als Gefangene nach Lübeck geführt wurden². Für das nächste Jahr betrieben Lübecks Bürger die Kriegsrüstung so eifrig, daß sie sich nach Straßen vereinigten, um Geschütze gießen zu lassen, die sie dem Rat zur Verfügung stellten³. Als im Mai 1565 die Lübecker Flotte, 18 Schiffe stark, nach dem Sund gesegelt war, um sich dort mit der dänischen zu vereinigen, verbrannte der „Engel“ durch Unvorsichtigkeit des Geschützmeisters beim Verteilen des Pulvers. Doch wurde alsbald ein neues Admiralschiff, genannt der Morian, ausgerüstet. Dieses versuchten die Schweden hinwegzuführen, als es noch bei Travemünde lag; aber ihre Flotte wurde durch wohlgezieltes Geschützfeuer aus dem Schiff sowie aus dem Blockhause am Strande zur Umkehr

¹ Blümcke, Pommern während des nordischen siebenjährigen Krieges; Baltische Studien 40, 159 ff. 229 (1890).

² S. Anhang 13.

³ Zwei Inschriften solcher Geschütze, mitgeteilt Zeitschr. f. lüb. Gesch. 3, 380, lauten:

De swertfisch bin ick geheten,
in minen viend will ick gewaltig scheten,
darumme hebben mi de borger der Vischstraten laten geten.
Dat is geschen dem erbarn rath unde der stat ton eren,
God wil al unsere viende stören unde weren.

Lübeck, du erenrike stad,
dine börger der breden strat,
Kobarg und klene borchstraten
hebben di dit geten laten,
tho weren dines viendes overmod;
bi di set wi goed unde blot.

genötigt. Größere Seetreffen fanden statt am 4. Juni unweit der mecklenburgischen Küste zwischen Buckow und der Insel Fehmarn, am 7. Juli zwischen Rügen und Bornholm. Im ersten siegten die Schweden, im zweiten wurden sie zum Weichen gebracht, doch war der Sieg nicht vollständig, weil mehrere Lübecker Schiffe ihrem Admiralschiff nicht gehörig Hilfe leisteten. Der Rat ordnete deshalb eine Untersuchung an, und als die Flotte mit über 400 Verwundeten an Bord im Herbst zurückkehrte, wurden mehrere Schiffsführer und Bootsleute ins Gefängnis geführt.

Im Juli 1566 ward nochmals bei Gotland hitzig, doch ohne Entscheidung gekämpft. Als nach der Schlacht die Dänen ihrem durch eine Kugel getöteten Vice-Admiral in Wisby ein feierliches Begräbnis bereiteten, erhob sich ein Sturm, der die auf offener Reede liegenden Schiffe stark beschädigte. Die Dänen verloren zehn, die Lübecker drei Schiffe, darunter den Morian, auf welchem sich der Bürgermeister Bartholomäus Tinnappel als Anführer befand. Diesem um die Stadt vielfach verdienten Manne, welcher seit 1544 dem Rat angehörte und öfters Gesandter gewesen war, namentlich 1560 zu Odense und 1563 beim Ausbruch des Krieges zu Segeberg, wurde in der Marienkirche zu Wisby ebenfalls ein feierliches Begräbnis bereitet.

Trotz dieses Verlustes erlahmte der Kriegseifer nicht. König Friedrich einigte sich mit dem Lübecker Rat, daß auf der Werft zu Lübeck zwei neue große Admiralschiffe, ein dänisches und ein lübisches, jedes zu 800 Last, gebaut werden sollten. Beide Schiffe gingen im Frühjahr 1567 in See. Von dem lübischen, welches Der Adler hieß, giebt Rehbeins Chronik eine ausführliche Beschreibung¹. Es war 109 lübische Ellen lang, 26 Ellen breit; an Geschütz führte es 8 vierzigpfündige, 6 zwanzigpfündige Karthaunen, außerdem 26 Feldschlangen, 46 halbe Schlangen, 8 Viertelschlangen, 28 eiserne Mörser und noch mehrere kleinere Stücke. Die Besatzung bestand aus 120 Mann zur Bedienung der Geschütze, 500 Soldaten, 400 Bootsleuten und Matrosen. Doch fand dieses Schiff keine Gelegenheit zu größeren Kriegsthaten. Die Schweden zeigten sich in diesem und dem folgenden Jahre nicht in See; Lübecks Handelsfahrt war ungehindert. Im Jahre 1569 wurde durch Beschießung der Stadt Reval und Wegnahme zahlreicher Kauffahrer im dortigen Hafen dem schwedischen

¹ Etwas abweichend Willebrandt, Vorbereitung zur hansischen Chronik S. 29, abgedruckt bei Becker 2, 166.

Handel bedeutender Schaden zugefügt. Inzwischen war in Schweden König Erich XIV. entthront worden; sein Bruder Johann war zum Frieden geneigt, welcher im November 1570 zu Stettin unter Vermittlung des Herzogs von Pommern sowie kaiserlicher und polnischer Gesandter zu Stande kam¹. Schweden gab seine Ansprüche auf Schonen und andere seither dänische Festlandsgebiete auf, gestand Lübeck die Fahrt nach Narva und Ausfertigung eines neuen Handelsprivilegs zu und verpflichtete sich zur Zahlung von Schadenersatz, 150 000 Thaler an Dänemark, 75 000 Thaler an Lübeck. Die von Stettin zurückkehrenden Vertreter Lübecks, an ihrer Spitze der Bürgermeister Hieronymus Lüneburg, wurden festlich eingeholt und durch das Geschütz auf den Wällen der Stadt begrüßt. Im folgenden Sommer kam die Narvische Handelsflotte, an 60 Schiffe stark, von zwei Kriegsschiffen geleitet, in den Hafen von Travemünde; auf ihr kehrten „gegen dreihundert lübische Kaufgesellen“ zurück, die während des Krieges „in Rußland und zu Narva stille gelegen hatten“².

Lübeck hatte durch diesen Krieg seinen Handel nach Rußland und das gute Verhältnis zu Dänemark gesichert, aber Schweden gegenüber fehlte ihm die Macht, das Errungene zu behaupten. Als bald darauf zwischen Rußland und Schweden neuer Streit ausbrach über die Grenzen des Besitzes in Livland, forderte König Johann, daß die Narvafahrt für die Dauer dieses Krieges eingestellt werde, und ließ wiederholt Lübecker Handelsschiffe wegnehmen. Vergebens berief sich Lübeck bei Kaiser und Reich auf die Urkunde des Friedens, in welcher gesagt war, daß die Narvafahrt frei sei „mit unverdächtigen, unverbottenen, redlichen Kaufmannswaren,“ nur daß eine Einschränkung des Handels nach Rußland durch kaiserliche Verordnung vorbehalten bleibe. Den Gesandten, welche 1579 nach Stockholm gingen, wurde dort erklärt, durch Unterstützung der Russen mit Kriegsvorräten sei der Stettiner Frieden verletzt und somit die Zahlung der Kriegsentschädigung verwirkt³. Um dieselbe Zeit erhob König Friedrich II. von Dänemark erhöhten Zoll im Sunde und erklärte den Gesandten Lübecks, er brauche vermehrte Einkünfte, um eine neue

¹ Die Lübeck betreffende Urkunde bei Marquard, *De jure mercatorum* S. 262. Lünig, *Teutsches Reichsarchiv* 4, 1, 1360; ein Auszug bei Willebrandt S. 180.

² Nach Rehbeins *Chronik*.

³ Willebrandt S. 181. 263. Becker 2, 181 f.

festen bei Helsingör, Schloß Kronborg, zu bauen¹. Diese Erklärung des befreundeten Königs bewies noch deutlicher als die Feindseligkeit Schwedens, daß für Lübeck die Zeit selbständigen Auftretens gegen die nordischen Reiche vorüber sei. Aber dennoch hatte Lübeck den Krieg nicht nutzlos geführt; man wußte im Auslande, daß es im Nothfalle noch immer im Stande sei, seine Schifffahrt zu schützen und in Gemeinschaft mit Bundesgenossen etwas durchzusetzen.

Den Schweden gelang 1581 die Eroberung von Narva; um des Zolles willen gestatteten sie nun die Handelsfahrt dorthin. Bald darauf (1588) gewährte der russische Zar Feodor auf Verwendung Kaiser Rudolfs II., mit welchem er in Gesandtschaftsverkehr getreten war, für Lübeck und die ihm verwandten Städte Herabsetzung des russischen Zolls und Erlaubnis zur Wiederherstellung der alten Kaufhöfe in Novgorod und Pleskow². Auch in Dänemark wurde 1590 die Herstellung des alten Zolls erreicht. Der mit den russischen Verhältnissen wohlbekannte Lübecker Kaufmann Zacharias Meyer, welcher beim Zaren gute Aufnahme gefunden hatte, wurde 1595, als der Friede zwischen Rußland und Schweden hergestellt war, aufs neue abgeschickt, um zu sehen, wie es in Pleskow stehe, und mit dem Zaren weiter zu verhandeln. Zwar konnte er die Gewährung neuer Begünstigungen für die Engländer nicht verhindern, aber die Aussichten des hansischen Handels standen doch so günstig, daß die 1600 und 1601 gehaltenen Hansetage beschlossen, die seit langer Zeit geplante größere Gesandtschaft an den Zaren abzusenden. Rats Herrn von Lübeck und Stralsund, geführt von dem Lübecker Bürgermeister Kord Germes, geleitet von Zacharias Meyer, der als Dolmetscher gute Dienste leistete, begaben sich 1603 nach Moskau³. Sie überreichten dem Zaren Boris Godunow, dem Schwager und Nachfolger Feodors,

¹ v. Hövelns Chronik S. 44.

² Urkunde bei Willebrandt 3, 163. Vgl. Sartorius 3, 230. Winckler S. 109.

³ Vgl. die von W. Brehmer, Hansische Geschichtsblätter 1889, S. 29 ff. auf Grund der in Lübeck erhaltenen Berichte gegebene Darstellung. Der Bericht des Lübecker Ratssekretärs Joh. Brambach, zahlreiche Urkundenstücke enthaltend, ist bei Willebrandt 3, 121 ff. abgedruckt, der Bericht seines Dieners, von geographischem Interesse, in den Hansischen Geschichtsblättern 1888, S. 31 ff. Die Gesandten reisten auf dem Landwege über Stettin Danzig Königsberg Kowno Wilna Smolensk; die Rückreise ging über Novgorod und Pleskow (Pskow) nach Riga, wo sie von den Bürgern und zahlreichen Lübecker Kaufgesellen begrüßt wurden, und wiederum über Königsberg und Danzig. Am 13. Januar waren sie von Lübeck ausgezogen, am 29. August kamen sie wieder an.

ansehnliche Geschenke und baten um ein neues Handelsprivileg für die Hansestädte, deren Verzeichnis, 57 umfassend, zugleich überreicht wurde. Das Privileg ward aber schließlich nur für Lübeck ausgestellt, weil die Vergünstigung nicht zu umfassend sein sollte; die Gegenvorstellungen der Gesandten waren erfolglos. Lübecks Kaufleute durften fortan in Nowgorod Pleskow Iwangorod sich Kaufhöfe einrichten und erhielten auch in Archangel und Moskau Zutritt; von ihren Waren hatten sie nur einen Gewichts Zoll zu bezahlen. Auf dem nächsten Hansetage fehlte es nicht an Streit über das Privileg; man beschloß endlich, Lübeck solle die Kaufhöfe im Namen der übrigen Städte erwerben und einrichten und die Kosten des Ankaufs sowie der Gesandtschaft so lange allein tragen, bis der Zar die Freiheiten für alle Städte bewilligt habe¹. Zu dauerndem Genuß seines Privilegs gelangte Lübeck nicht, weil der Zar schon 1605 starb und längere Thronstreitigkeiten Rußland zerrütteten. Zar Michael aber, welcher 1613 die Regentenreihe des Hauses Romanow eröffnete, erteilte 1636 den Lübeckern einen Schutzbrief und befahl, ihnen die Kaufhöfe in Nowgorod und Pleskow wieder einzuräumen; einzelne Hamburger Kaufleute erhielten schon 1615 besondere Freibriefe².

In dem Verhältnis zu Schweden trat durch die Thronstreitigkeiten, die 1597 zwischen König Sigismund, dem Sohne Johannis, und seinem Oheim Karl von Südermanland ausbrachen, eine Besserung ein. Karl verteidigte gegen Sigismund, welcher katholisch und bereits König von Polen war, die auf die Kirchenreformation gegründeten Einrichtungen Gustav Wasas und trug den Sieg davon; er wurde 1599 als Regent, 1604 als König Karl IX. anerkannt. Während des Streits traten beide mit Lübeck in Verbindung, um Geldhilfe und Zufuhr zu erlangen. Der Rat hielt anfangs zu Sigismund, aber die Bürgerschaft setzte die Unterstützung Karls durch, sobald sich zeigte, daß dieser in Schweden mehr Anhang habe. Eine Gesandtschaft, die 1605 nach Schweden ging³, befestigte die neugewonnenen Beziehungen, doch wurde die Zollfreiheit früherer Zeiten nicht wiedergewonnen.

8. Zustand der Stadt im 16. Jahrhundert.

Wer um das Jahr 1500 sich Lübeck näherte, erblickte die Stadt mit ihren hochragenden Türmen und ansehnlichen Giebelhäusern wohl verwahrt

¹ Sartorius 2, 238.

² Winckler S. 124. 126.

³ Zeitschr. f. lüb. Gesch. 2, 467.

durch ringsum schützende Befestigungen. Noch immer waren die Zeiten kriegerisch, und das Ansehen der Stadt hätte der sicheren Grundlage entbehrt, wenn sie nicht als wohlbefestigt bekannt gewesen wäre. Zahlreiches Geschütz war auf den Wällen und Türmen aufgestellt¹; an den Thoren und am Hafen hatte man Wachmannschaften, zu Streifzügen in die Umgegend waren die reitenden Diener unter Führung des Stadthauptmanns, des früheren Vogts², bereit. Für Kriegsfälle wurden Landsknechte angeworben; zur Stadtverteidigung mußten die Bürger sich rüsten. Eine Einteilung der Bürgerschaft nach vier Stadtvierteln oder Quartieren, die später für Zwecke der Verwaltung gültig blieb, wurde um 1500 zu Kriegszwecken angeordnet³. In jedem Quartier hatten die Bürger sich um das Banner des erwählten Schutzheiligen zu versammeln unter Befehl je eines Rats Herrn, dem acht Bürger, vier aus den Kaufleuten, vier aus den Handwerksämtern, beigeordnet waren. Zu bestimmten Zeiten hielt man Schießübungen vor den Thoren; als ständiger Ort dafür wurde 1591 der Bürgerschützenhof vor dem Holstenthor erbaut⁴. Ein geräumiges Zeughaus zur Aufbewahrung des Kriegsgeräts errichtete man 1594 neben der Domkirche. Zur Verstärkung der Befestigungen diente der 1549—53 vollbrachte Neubau des äußeren Mühlenthors, welches durch zwei starke runde Türme geschützt war⁵. Gegen Ende des Jahrhunderts war man auf Erhöhung der Wälle und Erweiterung derselben durch vorspringende Bastionen bedacht. Der Wall vor dem Holstenthor wurde 1585 „nach der neuen rechten Fortifikationsart“ neu angelegt⁶; zur Weiterführung des Walls bis zum Burgthor berief man 1595 den italienischen Baumeister Pasquillini, der vorher im Dienste des Herzogs von Jülich gestanden hatte⁷; 1604 hatte der holländische Baumeister Johann von Ryswick ebenfalls mit den Festungswerken zu thun⁸.

¹ Die Bd. 1, S. 199 angeführte Übersicht vom Jahre 1526 ergiebt 447 Stück großes und kleines Geschütz in den Befestigungswerken, 139 zur Ausrüstung von Schiffen benutzt, 617 als Vorrat in den Zeughäusern.

² S. Bd. 1, S. 59.

³ Wehrmann, Zeitschr. f. lüb. Gesch. 3, 601.

⁴ N. lüb. Blätter 1836, S. 223. 1855, S. 137.

⁵ Dieses Thor ist sichtbar auf der schönen Stadtaussicht, die aus dem Jahre 1552 erhalten ist; es wurde 1662 nebst den Türmen abgebrochen; s. Kirckring und Müller, Auszug lübischer Chroniken (1677) S. 224 u. 332.

⁶ Ebd. S. 246.

⁷ Ebd. S. 254. Becker, Geschichte Lübecks 2, 237.

⁸ Zeitschr. f. lüb. Gesch. 1, 281.

Im Innern der Stadt war man nicht so sehr auf Neubauten als auf Ausschmückung der vorhandenen öffentlichen Bauwerke und schönere Einrichtung der Wohnhäuser bedacht. Das Kunstgewerbe, gefördert durch die weitreichenden Handelsbeziehungen, nahm bedeutenden Aufschwung. Wenn schon im 14. und 15. Jahrhundert eine ganze Reihe von Lübecker Malern und Bildhauern nachweisbar ist¹, so blühte die Kunst hier ganz besonders in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts, als die Kenntnis und Nachahmung der italienischen Renaissance sich in Deutschland verbreitete². Dann that die Einführung der Reformation dieser wesentlich kirchlichen Kunstübung Einhalt; die Holzschnitzer und Goldschmiede Lübecks haben aber auch in späterer Zeit noch bedeutende Werke geschaffen.

In der Marienkirche wurde 1511 bis 1518 der Sängerkhor erbaut, welcher das Mittelschiff in zwei Hälften trennt. Die geschnitzten Statuen an der Westseite desselben und die gemalten Bilder der heiligen Maria, der heiligen Anna und der 11 Apostel an der Ostseite haben unverkennbare Ähnlichkeit³ mit der Verzierung des Altars der Antoniusbrüderschaft in der Burgkirche⁴, welche nachweislich im Jahre 1522 von zwei Lübecker Künstlern, dem Bildschnitzer Benedikt Dreyer und dem Maler Hans von Collen, gefertigt ist⁵. Dagegen stammen die Gemälde und Schnitzwerke der beiden Altäre, welche 1518 in der Marienkirche aufgestellt wurden, des in der Brieffkapelle und des von den Familien von Höveln und Brömse gestifteten, wahrscheinlich von niederländischen Künstlern⁶. Von Lübecker Werken, die damals nach auswärts gingen, ist namentlich der 1512 gefertigte Altar der Marienkirche zu Prenzlau nachweisbar⁷. Eine ebenfalls noch vorhandene Zierde der Lübecker Marienkirche ist die gotische Fassade der Orgel, welche 1516 bis 1518

¹ Vgl. das Künstlerverzeichnis und die Abbildungen in dem 1889 erschienenen Werke von Ad. Goldschmidt, Lübecker Malerei und Plastik bis 1530.

² Th. Hach, Die Anfänge der Renaissance in Lübeck, 1889.

³ Goldschmidt S. 26. ⁴ S. Bd. 1, S. 200.

⁵ W. Brehmer im Jahresbericht des Vereins von Kunstfreunden zu Lübeck 1881—82.

⁶ Goldschmidt S. 25 und 26. Vgl. über frühere Kunstwerke aus den Niederlanden Bd. 1, S. 135 und 199 f.

⁷ Goldschmidt S. 22. Bergau, Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg S. 608. Aus dem 15. Jahrhundert ist eine ganze Reihe von Lübecker Altarwerken im Auslande bei Goldschmidt S. 26 f. nachgewiesen, namentlich in Ratzeburg Kiel Schwerin Aarhus Stockholm Reval.

erbaut wurde¹. Den Renaissancestil zeigt die vortrefflich gearbeitete messingene Grabplatte des Bürgers Gotthard Wigerinck († 1518), ferner das Holzschnitzwerk, welches die 1565 erneuerte astronomische Uhr umrahmt², und der 1575 geschnitzte Bürgermeisterstuhl.

Das Rathaus erhielt 1570 den südlichen Vorbau nach der Marktseite im Renaissancestil, 1594 die von der Breiten Straße zum oberen Stockwerk führende Treppe. Im Innern wurde 1572 bis 1574 der Audienzsaal ausgebaut und mit der noch vorhandenen reich geschnitzten Thür versehen; die innere Einrichtung wurde später (1760) verändert. Im oberen Stockwerk schmückte Tönnies Evers, der hervorragendste unter den Lübecker Holzschnitzern, das „neue Gemach,“ später Kriegsstube genannt, in der Zeit von 1594 bis 1608 mit kunstreicher Täfelung und Bildwerken, die neuerdings wieder hergestellt einen schönen Eindruck von der gediegenen Pracht jener Zeit geben. Auch der Sängerkhor in der Agidienkirche und die Orgelfassade in der Petrikirche sind als Werke von Tönnies Evers bezeugt³. Das schönste erhaltene Beispiel von Täfelung und Schnitzwerk in einem Privathause ist das 1572 bis 1583 gefertigte Fredenhagensche Zimmer⁴.

Über den Werken der Lübecker Goldschmiede hat ein ungünstiges Geschick gewaltet, da die älteren im Besitz der Kirchen befindlichen Werke 1533 eingeschmolzen wurden⁵ und der Silberschatz des Rates ebenso wie mancher Privatbesitz in der Zeit der französischen Fremdherrschaft (1806 bis 1813) verkauft wurde. Erhalten ist in Riga ein 1507 von einem Lübecker Meister verfertigter Tafelaufsatz, welcher den Ritter St. Georg im Kampf gegen den Drachen darstellt. Zum Silberschatz des Rats gehörten u. a. die Kannen und Pokale, welche 1538 aus dem Ertrage einer den Bewohnern der Insel Bornholm wegen versuchten Aufruhrs auferlegten Geldbuße hergestellt wurden⁶. Der Lübecker Goldschmied Hans

¹ Das Orgelwerk, wegen seiner Größe und Klangwirkung berühmt, ist 1851 bis 1854 durch ein neues ersetzt worden.

² Die ältere Uhr an dieser Stelle war, laut erhaltener Inschrift, im Jahre 1405 gefertigt.

³ W. Brehmer, Mitt. des V. f. lüb. Gesch. 2, 93.

⁴ Es befand sich bis 1859 in dem Hause Schlüsselbuden 16, welches am Ende des 17. Jahrhunderts dem Ratsherrn Thomas Fredenhagen gehörte. Dann wurde es von der Kaufleute-Kompanie erworben und in das ihr gehörige Haus Breite Str. 6 übertragen.

⁵ S. o. S. 31.

⁶ Die Inschriften dieser Silbergeräte, welche das bezeugen, sind mitgeteilt bei Becker 2, 113 und Hansische Geschichtsblätter 1873, S. 146; vgl. 1878, S. 181.

Wessel arbeitete 1553 bis 1567 für den Kurfürsten August von Sachsen¹, dessen Kunstkammer den Grundstock der Sammlungen des Grünen Gewölbes in Dresden bildet. Die Geschenke, welche 1603 dem russischen Zaren dargebracht wurden, waren nach Angabe des erhaltenen Verzeichnisses² Pokale und Tafelaufsätze meist in Form von Tierfiguren, doch werden auch eine Fortuna und eine Venus unter den Figuren genannt.

Als Baumeister ist Valentin von Syra zu nennen, der 1554 von Lübeck, wo er im Dienste des Rats stand, nach Mecklenburg berufen wurde, um den Bau des Fürstenhofes zu Wismar, dann auch des Schlosses zu Schwerin zu leiten³. Die Ornamente aus gebranntem Thon, welche bei diesen Bauten zur Verzierung verwendet wurden, stammen aus der Werkstatt des Lübecker Steinbrenners Statius von Düren; sie finden sich ganz ähnlich auch an Lübecker Häusern aus jener Zeit⁴.

Die mannigfaltige Kunstthätigkeit in der Stadt läßt auf ein behagliches bürgerliches Leben schließen. Obgleich der Handel nicht mehr den Umfang früherer Zeiten hatte und die Stadt mit gutem Grunde um Ermäßigung ihrer Leistungen an das Reich nachsuchte (S. 55), entfalteten die Bürger doch gern nach Sitte der Zeit mannigfachen Prunk in Kleidung und Hausgerät, besonders bei Gastmählern und Hochzeiten. Der Rat erließ öfters, namentlich im Jahre 1582, Verordnungen zur Einschränkung der Üppigkeit, doch waren auch in seinem Kreise Gastmähler und Ehrengeschenke bei jeder Ratswahl üblich, und erst 1619 wurde hierin größere Einfachheit vorgeschrieben⁵. Nach altem Herkommen bestand die Gliederung der Bürgerschaft in kaufmännische Genossenschaften (Nationen) und Handwerksämter⁶, und namentlich die letzteren standen unter strenger Aufsicht des Rats. Seiner Einwilligung bedurfte es, wenn die „Rollen“ der Ämter verändert werden sollten, wenn ein neues Amt sich bilden wollte; er schützte die Handwerker gegen den Wettbewerb fremder Arbeiter, behielt sich aber das Recht vor, in einzelnen Fällen Freimeister zuzulassen, die den Vorschriften des Amtes nicht unterworfen waren⁷. Als 1545

¹ Neues Archiv für sächs. Gesch. und Altertumskunde Bd. 4 (1883) S. 122 ff., citirt bei Th. Hach S. 30.

² Becker 2, 296. Hanfsche Geschichtsblätter 1889, S. 36 f.

³ Hach S. 45. Lübke, Geschichte der Renaissance in Deutschland 2, 260.

⁴ Hach S. 32. Mitt. des V. f. Lüb. Gesch. 3, 188. Eisch, Jahrb. des V. f. meckl. Gesch. Bd. 10. ⁵ Zeitschr. f. Lüb. Gesch. 1, 183. 331. 2, 432.

⁶ S. Bd. 1, S. 135. Wehrmann, Die älteren Lübeckischen Junstrollen, S. 25

⁷ Wehrmann S. 64 f.

durch Mißwachs eine Teurung eingetreten war, die sich im folgenden Jahre so steigerte, daß Hungersnot und Pest in der Stadt ausbrachen, gab der Rat dem Amte der Bäcker bestimmte Vorschriften, wie Preis und Gewicht des Brotes sich nach dem Einkaufspreis des Korns richten sollten. Da das Amt sich nicht fügte, ward es 1547 aufgelöst und eine Anzahl aufrührerischer Gesellen in die Thürme gesperrt; dann berief der Rat die Ältesten der anderen Ämter und der Kaufleute auf das Rathaus und ließ durch sie seine Verordnung bestätigen. Bei Wiederherstellung des Amts wurden ihm vier Freibäcker zur Seite gesetzt, die auch später beibehalten wurden¹. Für arme Kinder, deren Eltern an der Pest starben, wurde damals das Waisenhaus begründet, welches seitdem seine segensreiche Wirksamkeit unausgesetzt geübt hat. Als 1599 der Bildschnitzer Tönnies Evers mit dem Tischleramt in Streit geriet, weil er mehr Gesellen hielt als die Amtsrolle erlaubte, nahm der Rat ihn in Schutz für die Zeit, da er im Auftrage des Rats zu arbeiten habe, und versprach zugleich, wenn die Bauherren des Rats mehr Arbeit gebrauchten, auch die anderen Meister des Amts zu beschäftigen².

Da seit 1535 unbeschränkte Rats Herrschaft hergestellt war, beschloß man auch die alte patrizische Gesellschaft der Zirkelbrüder zu erneuern. Doch erst 1580 vereinigten sich fünf Rats Herren aus den angesehenen Familien Lüneburg Kerkring Brömse und von Stiten mit einigen ihrer Freunde und Verwandten, um das Haus der Gesellschaft herzustellen und wiederum regelmäßige Zusammenkünfte zu halten³. Sie nannten ihre Gesellschaft mit Vorliebe Junkerkompanie; ihren Anspruch, als adlig zu gelten⁴, gründeten sie nicht nur auf das alte Ansehen ihrer Familien, sondern auch auf den Besitz ererbter Landgüter in der Umgegend. Als bald wurde auch die Kaufleutenkompanie wiederhergestellt, und zwischen beiden Gesellschaften kam es bald zu politischem Streit, da die Kaufleute im Rat nur wenig Vertreter hatten und vorzogen, an der Spitze der Bürgerschaft Einfluß zu gewinnen.

Die Bürger empfanden es unwillig, daß 1598 Herzog Karl von Südermanland (S. 73) infolge der ihm feindseligen Politik des Rats

¹ Wehrmann S. 66. 167. Zeitschr. f. lüb. Gesch. 1, 386 ff. Kirckring und Müller S. 221.

² W. Brehmer, Mitteilungen d. V. f. lüb. Gesch. 2, 87 ff.

³ Wehrmann, Zeitschr. f. lüb. Gesch. 5, 331 ff.

⁴ S. Bd. 1, S. 137. 203.

Lübecker Handelsschiffe mit Beschlag belegte¹. Als nun Briefe des Herzogs an Rat und Bürgerschaft eingingen, nahmen die Ältesten der Kaufleutekompanie das an die Bürgerschaft gerichtete Schreiben in Empfang und wiesen die Forderung des Rats, es unentfiegelt einzureichen, zurück. Sie beriefen die Ältesten der anderen Genossenschaften und entwarfen mit ihnen die Antwort, welche sie dann dem Rat vorlegten; dieser gab nach und sandte dem Herzog die gemeinsame Antwort. Im folgenden Jahre kamen auch vom König von Polen und vom niedersächsischen Kreistag Briefe an Rat und Bürgerschaft. Nun gingen die Versammelten weiter; sie wählten einen Bürgerausschuß von 50 Mitgliedern, in welchem auch die vier großen Ämter² durch je zwei Mitglieder vertreten waren. Dieser Ausschuß sollte nach dem Antrage der Kaufleutekompanie³ sowohl über die auswärtigen Angelegenheiten wie über innere Gebrechen der Stadtverwaltung mit dem Rat verhandeln und auf Besserung dringen. Zum Wortführer des Ausschusses war ein gewandter Jurist, Dr. Heinrich Reiser, erwählt. Er erregte bald durch die öfters von ihm berufenen Zusammenkünfte den Unwillen des Rats, zumal da er an die Spitze der einzelnen Beschwerden eine Forderung von allgemeiner Bedeutung stellte, betreffend den Bürgereid. Nach dem Wortlaut des Recesses von 1535 und des von Kaiser Sigismund bestätigten Schiedsspruches von 1416⁴ lautete der Eid „einem ehrbaren Rat treu hold und gehorsam zu sein.“ Aber der Ausschuß behauptete, dies sei erst neuerdings eingerichtet; manche ältere Bürger wußten sich zu erinnern, daß sie „einem ehrbaren Rat und dieser Stadt“ geschworen hätten. Es kam am 26. November 1600 zu einer sehr erregten Verhandlung auf dem Rathause; der Bürgermeister Gotthard von Höveln⁵ weigerte sich, auf die dringenden Forderungen Reisers zu antworten; die Ausschußbürger aber ließen nicht zu, daß ein anderer an dessen Stelle das Wort führe. Endlich wurde die Verhandlung vertagt; am 28. November gab der Rat nach, da eine Anzahl von Zeugen im Sinne des Ausschusses aussagte.

Bei der Ratswahl im folgenden Jahre berief der Rat einige angesehenen Mitglieder des Ausschusses in seine Mitte; darauf folgte

¹ Das folgende nach v. Hövelns Chronik S. 75 ff. und Becker 2, 252. 257 ff.

² S. Bd. 1, S. 135.

³ Der Antrag, datirt vom 27. Oktober 1599, ist abgedruckt in v. Hövelns Chronik S. 85 f.

⁴ S. o. S. 41 und Bd. 1 S. 149.

⁵ S. o. S. 51, Anm. 2.

allmählich die Einigung über eine Reihe einzelner Beschwerden, z. B. die von Bürgern zu leistenden Nachtwachen und Wallarbeiten, über die Erhebung der Türkensteuer, auch über Verbesserung des Schulwesens¹. Namentlich gestand der Rat die Mitwirkung erwählter Bürger für gewisse Zweige der Stadtverwaltung zu: dieser Grundsatz ist seitdem festgehalten worden und hat sich bewährt. Die neue Ordnung, welche 1602 für die Hospitäler zum heiligen Geist und zu St. Jürgen erlassen wurde², setzte den je zwei Bürgermeistern oder Ratsherren, die bis dahin die Verwaltung geführt hatten, vier verordnete Bürger für das eine, zwei für das andere Hospital zur Seite, mit der Bestimmung, daß den Ratsmitgliedern die Rechtsprechung und Oberaufsicht verbleibe, die Bürger aber für den Haushalt und die Einkünfte zu sorgen hätten. Jährlich solle einer von den Bürgern aus der Vorsteherschaft austreten, die Neuwahl so geschehen, daß die verbleibenden Vorsteher dem Rat vier Bürger vorschlägen, dieser dann einen erwähle. Zu gleicher Zeit wurde für das Armenhaus zu St. Annen eine nur aus Bürgern, an Zahl 10, bestehende Verwaltung eingesetzt³, weil die kirchliche Armenpflege sich als nicht ausreichend erwiesen hatte. Auch die Beziehungen zu Schweden wurden dadurch gebessert, daß der Rat sich geneigt zeigte, Karl IX. anzuerkennen.

Noch waren nicht alle Verhandlungen beendet, da erging 1603 ein kaiserliches Mandat, welches Auflösung des Bürgerausschusses und Gehorsam gegen den Rat forderte; doch solle es den Bürgern freistehen, ihre Beschwerden an eine kaiserliche Kommission zu bringen. Im folgenden Jahre erschien der Freiherr von Minckwitz als kaiserlicher Gesandter in Lübeck; die Einsetzung der Kommission aber wurde unnötig, da Rat und Bürger sich durch einen am 14. Juni 1605 vollzogenen Receß⁴ verglichen. Die meisten Wünsche der Bürger wurden hierbei erfüllt, der Ausschuß löste sich auf. Doch blieb ein Streitpunkt, der später noch Unruhen erregte: die landbegüterten Bürger, meist in der Junkerkompanie vereinigt, wollten sich den Beschränkungen, welche in Betreff des Brau- und Handwerksbetriebes auf dem Lande festgesetzt waren, um das städtische Gewerbe zu

¹ Die Verordnung des Rats „wegen der 12 teutschen Schulen“ von 1595 wurde durch eine Einigung „wegen Inspektion der teutschen Schulen“ 1605 ergänzt; Dreyer, Einl. zur Kenntnis der lüb. Verordnungen S. 32.

² Abgedruckt bei G. W. Dittmer, Das h. Geist-Hospital (1858) S. 112.

³ Wehrmann, Hanßische Geschichtsblätter 1884, S. 65.

⁴ Abgedruckt bei Lünig, Reichsarchiv cont. 4, 1, S. 1379.

fördern, nicht fügen und beschwerten sich gegen den Receß beim Reichskammergericht¹. Auch der Bürgermeister von Höveln verweigerte dem Receß die Anerkennung, konnte aber gegenüber der Mehrzahl des Rats seinem Widerspruch keine Wirkung geben. Als er 1609 starb, einigten sich Rat und Bürger über die Einsetzung einer ferneren gemeinsamen Verwaltungsbehörde für die sogenannte Zulage, d. h. eine Erhöhung des von ein- und auslaufenden Schiffen zu entrichtenden Zolls, sowie der Abgabe von der städtischen Wage und den Mühlen. Zwei Ratsherren und vier vom Rat erwählte Bürger² hatten die Verwendung dieser erhöhten Abgabe teils zur Austiefung der Trave, teils zur Abzahlung städtischer Schulden zu überwachen.

Das Stadtgebiet wurde in der Zeit nach 1535 öfters beunruhigt durch Streitigkeiten mit den Herzögen von Lauenburg, zuerst über das Besitzrecht am Sachsenwalde, dann über Mölln und über den Zoll. Herzog Franz I. begann 1549 beim Reichskammergericht einen Proceß gegen Lübeck und Hamburg wegen des Sachsenwaldes, weil er sich in der Ausübung seines Jagdrechts gekränkt glaubte³. Das Urteil vom Jahre 1561 entschied, daß er die beiden Städte in dem ihnen zustehenden Besitz des halben Waldes nebst zugehöriger Nutzung lassen müsse. Doch beruhigte er sich dabei nicht; der Proceß wurde später wieder aufgenommen, und die Städte mußten stets auf den Schutz ihres Besitzes gegen Übergriffe der Beamten des Herzogs bedacht sein. Im Jahre 1571 übertrug er seinem Nachbarkürsten und Freunde Adolf von Holstein-Gottorp durch Vertrag die Befugnis, das einst von seinen Vorfahren an Lübeck verpfändete Gebiet von Mölln wieder einzulösen. Der Lübecker Rat aber erkannte eine Verpflichtung, dies Gebiet gegen Zahlung der Pfandsomme herauszugeben, nicht an, weil in der Verpfändungsurkunde⁴ gesagt war, daß, wenn Lübeck es durch Gewalt oder List verliere, den Herzögen der Besitzanspruch, der Stadt aber das Kaufgeld verloren sein solle: dieser Fall sei durch die im Jahre 1409 von Herzog Erich IV. versuchte Wiedereroberung eingetreten; seitdem besitze Lübeck das Gebiet als Eigentum⁵.

¹ Kirckring und Müller S. 289.

² Becker 2, 325. Zeitschr. f. lüb. Gesch. 1, 325.

³ Becker 2, 136. Vgl. o. Bd. 1, S. 151. ⁴ L. II. 3, 325. Vgl. Bd. 1, S. 104.

⁵ Becker 2, 184. 3, 111 nach den Proceßakten. Dieser Auslegung stand jedoch die Urkunde von 1410 (L. II. 5, 295; vgl. Bd. 1, S. 146) entgegen, weil sie den Erben der Herzöge das Recht der Wiedereinlösung wahrte.

Auch dieser Streit kam vor das Reichskammergericht, blieb aber einstweilen ohne Entscheidung. Herzog Franz II. von Lauenburg ging nun zu offener Feindschaft über, indem er 1583 den Elbzoll bei Artlenburg erhöhte und bei Crumesse eine neue Zollstätte anlegte¹. Der Lübecker Rat verordnete, daß die von Süden herkommenden Frachtgüter bei Boitzenburg über die Elbe geschafft werden sollten, ließ den Schlagbaum bei Crumesse zerstören und untersagte, als der Herzog bald auch an der Wakenitz einen Holzzoll einführte, den Bürgern allen Verkehr mit dem Lande Lauenburg; die Lauenburger durften in Lübeck keine Lebensmittel kaufen². Ein Mandat des Reichskammergerichts hob 1591 die Erhöhung des Elbzolls auf, und der gewohnte Verkehr wurde wieder hergestellt; wegen des Zolles an der Wakenitz aber kam es 1595 zu offener Fehde, so daß der Rat beim „roten Hause“, wo die Wakenitz aus dem Ratzeburger See tritt, eine Schanze anlegen ließ und durch bewaffnete Schiffe den Verkehr in Schutz nahm³. Auch wegen Bergedorfs und des Sachsenwaldes erhob sich wiederum Streit, bis 1609 Lübeck und Hamburg gemeinsam ein kaiserliches Achtsedikt gegen den Herzog erwirkten, welches ihn zum Nachgeben nötigte⁴.

Mit Mecklenburg erneute sich 1592 der Streit über das Hoheitsrecht am Dassower See⁵. Dabei kam es zur Sprache, ob die Übersendung eines Ohms Rheinwein an die Herzöge, welche nach altem Herkommen jährlich zu Martini geschah, eine Pflichtleistung des Lübecker Rats sei. Der Rat ließ die Sendung 1593 zum letzten Mal abgehen, aber nicht ausfolgen, da der Schloßhauptmann zu Schwerin sie nur als Pflichtleistung annehmen wollte⁶. Ebenso hörte damals die gleiche Sendung an den Herzog von Lauenburg auf⁷. Ein Proceß beim Reichskammergericht über den Dassower See führte nur zu Entscheidungen betreffend die Ausübung der Fischerei daselbst; der Streit über das Hoheitsrecht ist in jüngster

¹ Kirckring und Müller S. 246. Becker 2, 231 f.

² v. Höveln's Chronik S. 48.

³ Ebd. S. 60.

⁴ Becker S. 234.

⁵ S. o. S. 3. v. Höveln S. 53. 55. 67. 71.

⁶ v. Höveln S. 56, vgl. 54: Ein Erb. Rath beandtwerde den forsten, dat alles wat ere antecessores und se bes daher mit voreringe jerlikes wines eren benachbarten weddervahren laten, uth frundtlichem und nabarliken thonegen und willen gedaen . . . Kondon eren win henferner, sonderlich dewile de jegenvoreringe des stucke wildes upgehoret, lever inbeholden, also sich und gemener Stat dardorch eine gemeine und undrechlike sarvitut und denstbarkeit upladen.

⁷ Ebd. S. 84.

Zeit erneuert und 1890 durch Erkenntnis des Reichsgerichts¹ zu Gunsten Lübecks entschieden worden.

9. Letzte Zeit des Hansebundes; dreißigjähriger Krieg.

Im Anfang des 17. Jahrhunderts zeigen die Verhandlungen der Hansetage nur noch wenig von dem kräftigen Hinausstreben bürgerlicher Betriebsamkeit in die ferne, wie es frühere Jahrhunderte gesehen hatten. Die Städte, an Zahl gemindert, hüteten unter schwierigen Verhältnissen noch einen Rest von Handelsprivilegien im Auslande und verteidigten soviel als möglich ihre alte Selbstregierung gegen die Ausdehnung der fürstlichen Landeshoheit. Lübeck, in dieser Beziehung als Reichsstadt besser gesichert, hatte öfters erklärt, es müsse die Leitung des Bundes niederlegen, da die Bundesglieder in ihren Leistungen säumig und gegen Bundesbeschlüsse ungehorsam seien; aber die Erhaltung des Bundes erschien doch wertvoll, schon um den Verkehr zwischen den noch teilnehmenden Städten selbst zu sichern. So wurde auf dem Hansetag von 1609 die Bundeskasse in Ordnung gebracht², indem man die rückständigen Zahlungen feststellte und für die Zukunft regelmäßige Jahresbeiträge, wie sie von manchen Städten schon geleistet waren. Ein damals angelegtes, im Lübecker Archiv verwahrtes Rechnungsbuch enthält für die nächsten Jahre das Verzeichnis der geforderten und geleisteten Zahlungen. Als erste Einnahme ist der Erlös aus dem Verkauf des Silbergeräts, das einst dem Londoner Stalhof gehört hatte, eingetragen; die Summe beträgt 2471 Mark 12 Schillinge 9 Pfennige lübisch, nach damaliger Reichswährung gleich 1068 Thaler 28 Sch. 9 Pf. Dann folgen die einzelnen Städte mit ihren Rückständen und Jahresbeiträgen. Lübeck zahlt jährlich 100 Thaler, Hamburg und Danzig je 80, Bremen und Lüneburg je 60, Rostock Stralsund Braunschweig je 50, Magdeburg und Stettin je 40, Hildesheim 30, Wismar 25, Thorn und Birtelude je 20, Herford und Lemgo je 15, Kulm 10 Thaler. Für einige Jahre haben auch die pommerischen Städte Kolberg Anklam Stargard Gollnow Beiträge geleistet, dagegen ist von Köln und Greifswald nichts eingegangen. Der Hansetag von 1614 forderte noch weitere Städte zu Beiträgen auf, hatte aber nur bei Münster Osnabrück und Bielefeld damit Erfolg. Mit dem Jahre

¹ Abgedruckt Zeitschr. f. lüb. Gesch. 6, 243 ff.

² Sartorius, Gesch. des hanseat. Bundes 3, 605.

1616 hört das Rechnungsbuch auf, doch wissen wir anderweitig, daß die größeren Städte auch nachher noch Beiträge zahlten¹, bis die Kriegsnot mehr und mehr anwuchs.

Aus dieser Bundeskasse konnten immer noch Ausgaben für Gesandtschaften, für das Haus in Antwerpen und anderes bestritten werden. Auch bewilligten die Städte noch besondere Beiträge, wo es auf gemeinschaftliche Verteidigung ankam. Dies war namentlich in dem Streit der Stadt Braunschweig mit ihrem Landesherrn, Herzog Heinrich Julius, der Fall, denn in diesen Streit mischte sich König Christian IV. von Dänemark ein, des Herzogs Schwager, ein ehrgeiziger Fürst, der die hanseischen Privilegien für Dänemark gar nicht mehr anerkennen wollte und auf weitere Erwerbungen in Norddeutschland, wenn nicht für Dänemark, so doch für das oldenburgische Fürstenhaus, dem er angehörte, bedacht war.

Als im Herbst 1605 herzogliche und dänische Truppen Braunschweig belagerten, zog ein von Lübeck Hamburg Bremen Magdeburg Lüneburg aufgebrachtes Söldnerheer den Bürgern zu Hilfe²; die Belagerung mußte im Frühjahr 1606 aufgehoben werden. Der Herzog begab sich darauf nach Prag und erwirkte ein kaiserliches Achtsedikt gegen die ungehorsame Stadt. Die Hansestädte säumten nicht, ihrerseits durch Gesandtschaften dem entgegenzuwirken, und nahmen den Grafen Friedrich von Solms als Feldobersten in ihren Dienst, um jederzeit ein neues Hilfsheer aufstellen zu können. Der Streit ruhte einstweilen; Christian IV. aber verbot 1611, da er Krieg gegen Schweden begann, den Hansestädten die Fahrt nach Schweden und Livland und erhöhte den Sundzoll. Bald wurden Lübecker Schiffe, die sich dem Verbot nicht fügten, genommen, und im Herbst 1612 sperrten dänische Kriegsschiffe die Trave³, bis der Rat einen Vertrag einging, daß für dieses Jahr die Fahrt nach Schweden eingestellt sein solle. Doch ließen sich die Kaufleute dadurch nicht abhalten, im November zuerst 20, dann noch 9 Schiffe, von denen mehrere mit Geschütz ausgerüstet waren, nach Schweden zu senden. Ende Januar des nächsten Jahres kehrten vier von diesen Schiffen wohlbehalten zurück, die anderen wandten sich nach Danzig Kurland Riga, um den Dänen zu entgehen, und fanden erst später den Rückweg. Auf Ansuchen des Rats

¹ Sartorius, Gesch. des hanseat. Bundes S. 610. 626 f.

² Zeitschr. f. lüb. Gesch. 1, 287 (Bericht von Brokes).

³ Ebd. 2, 19 ff.

nahm Kaiser Mathias die Handelsfreiheit auf der Ostsee durch ein an den dänischen König gerichtetes Schreiben¹ in seinen Schutz, aber wirksame Hilfe konnte nur ein seemächtiger Bundesgenosse gewähren. Ein solcher fand sich in dem neuen Freistaat der Niederlande. Die sinkende Hanse konnte nicht mehr daran denken, die Niederländer von der Ostsee auszuschließen; sie machte mit ihnen gemeinsame Sache gegen Dänemarks Herrschaftsgelüste und gewann dadurch für einige Zeit Sicherung. Doch nur mit Mühe setzte der Lübecker Bürgermeister Heinrich Brokes, ein durch vielfache Reisen welterfahrener Staatsmann², diese Wendung der hanfischen Politik durch.

Er verständigte sich zunächst mit niederländischen Gesandten, die gegen die Erhöhung des Sundzolls in Kopenhagen protestirt hatten und auf dem Heimwege nach Lübeck kamen; dann reiste er im Auftrage des Rats zusammen mit dem hanfischen Syndikus Dr. Domann nach dem Haag und brachte einen Vertragsentwurf zurück, wonach beide Teile sich auf 15 Jahre verpflichteten, „zur Erhaltung der freien Schifffahrt und Handlung in der Ost- und Nordsee“ einander mit Geld Schiffen und Mannschaft beizustehen. Die Korporationen der Bürgerschaft wurden berufen, um für die nötige Rüstung erhöhte Abgaben zu bewilligen; sie gingen darauf ein, da Brokes sie überzeugte, daß Lübecks Handel ernstlich gefährdet sei, und daß eigene Rüstung mit dem auswärtigen Bündnis Hand in Hand gehen müsse³. Schon 1611 hatte er eine neue Verordnung des Rats über die Bewaffnung der Bürgerschaft durchgesetzt. Wenn bis dahin nur die Handwerksämter verpflichtet waren, auf Erfordern des Rats bewaffnete Mannschaft zu stellen, so sollten nunmehr auch Bootsleute Träger und Tagelöhner, wenn sie dauernd in oder vor der Stadt wohnen wollten, den Bürgereid leisten und sich für sechs Jahre zum

¹ Abgedruckt bei Londorp, Acta publica (1668) 1, S. 107 ff.

² Er war 1568 zu Lübeck als Sohn eines dem Kaufmannsstande angehörigen Rats Herrn und späteren Bürgermeisters geboren, studierte 1586—93 in Tübingen Marburg Padua die Rechte, besuchte von Padua aus Rom und Neapel, reiste dann nach Frankreich Spanien England Holland. Nach seiner Rückkehr in die Vaterstadt wurde er 1600 in den Bürgerausschuß, 1601 in den Rat gewählt und vertrat die Stadt 1604 als Gesandter im Haag, in London Brüssel und Paris, 1606 in Madrid, 1608 beim Kaiser in Prag. Er ward 1609 Bürgermeister und starb 1623. Eingehende Mitteilungen aus seinen von ihm selbst aufgezeichneten Lebensnachrichten hat C. W. Pauli im 1. und 2. Bande der Zeitschrift f. lüb. Gesch. gegeben.

³ Brokes' Bericht, Zeitschr. 2, 256 ff.

Kriegs- und Wachdienst zu Lande und zu Wasser verpflichten¹. Jetzt wurden einige Schiffe in Stand gesetzt und die Befestigung bei Travemünde verstärkt; eine aus vier Ratsherren und acht Bürgern gebildete Behörde sorgte für diese und andere Verteidigungsanstalten. Nachdem dies erreicht war, reiste Brokes wiederum nach dem Haag und schloß am 17. Mai 1613 das Bündnis zunächst für Lübeck allein ab²; im September trat Braunschweig bei, während die anderen Hansestädte noch zögerten. Ein Artikel des Bündnisses, welcher den Unterthanen beiderseits das Niederlassungs- und Bürgerrecht gewährte, erregte in Lübeck Bedenken, weil man bisher die Reformirten nur als Gäste aufgenommen hatte und das Eindringen der Niederländer in die städtischen Handelsbeziehungen fürchtete. Aber der Rat hielt die Sicherung gegen Dänemark für das wichtigste und beharrte auf seinen Beschluß. Ein Prediger an der Marienkirche, der auf der Kanzel gegen das Bündnis mit den Calvinisten geeifert hatte und sich der Mahnung des Superintendenten nicht fügte, wurde 1614 durch Ratsbeschluß abgesetzt³.

Die Wirkung des Bündnisses zeigte sich alsbald darin, daß Christian IV. die Erhöhung des Sundzolls aufgab und seine Drohung, die Lübecker gänzlich von den Häfen seines Reiches auszuschließen, nicht zur Ausführung brachte. Die Gesandten Lübecks, welche öfters nach Dänemark gingen, hatten zwar mühsame Verhandlungen, aber die Fürsprache der Niederlande, Englands und des Kaisers Mathias kam ihnen zu statten⁴, dazu auch die Haltung Schwedens. Der Friede zwischen Dänemark und Schweden war schon im Januar 1613 durch englische Vermittelung hergestellt worden; trotzdem schloß König Gustav Adolf 1614 mit den Niederlanden gleichfalls ein Bündnis zum Schutz der freien Schifffahrt auf der Ost- und Nordsee⁵. Als dann 1615 die Fehde um Braunschweig wieder ausbrach und Christian IV. dem Herzog Friedrich Ulrich zu Hilfe zog, begegnete er entschlossenem Widerstande. Die Bürger, von den verbündeten Städten mit Waffen und Kriegsbedarf unterstützt, unternahmen erfolgreiche Ausfälle gegen die Belagerer; der Graf von Solms führte sein Söldnerheer herbei; auch aus den Niederlanden erschienen

¹ Brokes' Bericht, Zeitschr. 1, 336. 5, 290.

² Dumont, Corps diplomatique 5, 2, 231. Lünig, Reichsarchiv 4, 1, 1394. Becker 2, 331.

³ Starcke, Lübb. Kirchenhistorie S. 587 ff. Zeitschr. 2, 277.

⁴ Ebd. S. 284. 410 f. 416.

⁵ Dumont S. 245. G. Droysen, Gustav Adolf (1869) 1, 77.

Hilfstruppen¹. Im Dezember 1615 brachten die Gesandten der Hansestädte in Gemeinschaft mit kaiserlichen Kommissaren einen Vertrag zu Stande; die Stadt leistete dem Herzog die Erbhuldigung, blieb aber im Besitz ihrer Freiheiten. Zu derselben Zeit erklärten die in Lübeck versammelten Vertreter der Hansestädte Hamburg Bremen Rostock Wismar Stralsund Anklam Greifswald Lüneburg Magdeburg ihren Beitritt zu dem niederländischen Bündnis².

Es war eine schwere Aufgabe, Jahr für Jahr durch Kriegsrüstung und Unterhandlung den Handelsverkehr zu sichern, aber die Städte nahmen sie auf sich, bis übermächtige Verhältnisse alles änderten. Lübeck berechnete die Kosten der für Braunschweig unternommenen Rüstung auf 65 000 Thaler³; das größere Übel eines Seekrieges und des völligen Bruches mit Dänemark war doch vermieden. Christian IV. aber faßte neue Pläne. Er setzte es durch, daß sein zweiter Sohn 1618 in den beiden evangelischen Bistümern Osnabrück und Verden zum Nachfolger (Coadjutor) des Bischofs erwählt wurde, und wollte dasselbe auch im Erzbistum Bremen erreichen, fand hier aber Widerstand. Zugleich war er in Streit mit Hamburg wegen der Huldigung, welche die Stadt ihm als Herzog von Holstein zu leisten habe, und wegen der Hoheitsrechte über den Elbstrom. Ein Urteil des Reichskammergerichts 1618 erkannte Hamburg als reichsfreie Stadt an; der König aber forderte und erhielt Revision des Processes, schickte Kriegsschiffe in die Elbe und begünstigte auf alle Weise den von ihm neu angelegten Hafenort Glückstadt⁴. Im Mai 1618 beschlossen auf Ansuchen Hamburgs und Bremens die in Lübeck versammelten Vertreter der Hansestädte abermals Kriegsrüstung; der Graf von Solms war zugegen⁵. Aber wiederum erwies sich das niederländische Bündnis nützlich; Christian IV. stand einstweilen von weiteren Gewaltmaßregeln ab, da die Niederländer sich seinem Plane widersetzten, „der Elbe und Weser Meister zu werden,“ wie es der 1617 bei den Hansestädten beglaubigte niederländische Gesandte von Nizema in einem seiner Berichte bezeichnet⁶. Er wartete auf fernere Gelegenheit, die ihm der dreißigjährige Krieg brachte.

¹ Zeitschr. 2, 374. 390.

² Dumont S. 274. Sartorius 3, 41 f.

³ Zeitschr. 2, 392. 397. 404.

⁴ Waitz, Schleswig-Holsteins Geschichte 2, 460.

⁵ Zeitschr. 2, 419.

⁶ Wurm, Lebensschicksale des f. v. Nizema (1854). G. Droysen 1, 76. 106.

Es war zunächst ein Kampf in Böhmen, der durch das verwegene Unternehmen des Kurfürsten Friedrich von der Pfalz, die Königskrone dieses Landes an sich zu reißen, weitere Ausdehnung gewann. Lübeck und Hamburg fühlten sich dadurch einstweilen nicht bedroht; sie hatten im Frühjahr 1620 eine Nachbarsfehde zu bestehen mit dem Herzog von Lüneburg-Celle, welcher alte Streitigkeiten wegen des Ganner Deichs bei Bergedorf und der Zollstätte bei Eßlingen erneute¹. Seine Truppen, die in das Bergedorfer Gebiet eindringen, wurden von den Söldnern Lübecks und Hamburgs vertrieben; ein Vertrag zu Boitzenburg, vermittelt durch die Stände des niedersächsischen Kreises und Gesandte aus den Niederlanden, sicherte die Herstellung des Deiches und des Zolls. Inzwischen aber war Kurfürst Friedrich aus Böhmen und aus seinem Erblande Pfalz vertrieben; als hilfeschender Flüchtling kam er im März 1621 über Lübeck, wo er einige Tage verweilte, nach Segeberg in Holstein. Dorthin hatte ihn König Christian IV. beschieden, durch Verhandlungen mit England und den Niederlanden für den Plan gewonnen, der spanisch-habsburgischen Macht entgegenzutreten. Mehrere Fürsten des niedersächsischen Kreises waren anwesend; Christian brachte sie zu dem verhängnisvollen Beschluß, eine bewaffnete Macht zum Schutz des Kreises gegen die Truppen des Kaisers und der katholischen Liga aufzustellen². Die Hansestädte waren keineswegs geneigt, sich an solchem Unternehmen unter dänischer Führung zu beteiligen. Aber des niederländischen Schutzes gingen sie damit verlustig, denn die Niederländer wünschten bei dem Wiederbeginn ihres Krieges mit Spanien, daß sich in Deutschland ein starker Widerstand gegen den Kaiser, Spaniens Verbündeten, erhebe. Hamburg mußte nun durch Vertrag vom 8. Juli 1621 die holsteinische Landeshoheit gegen Sicherung seiner Schifffahrtsrechte anerkennen; im Erzstift Bremen, welchem die Stadt Bremen damals noch zugehörte, wurde der dänische Prinz zum Coadjutor erwählt.

Die Aufstellung des Kriegsheeres gegen den Kaiser verzögerte sich noch einstweilen; die Hansestädte verhielten sich bei den weiteren Beratungen der niedersächsischen Kreisstände durchaus ablehnend³; aber im Sommer 1625 siegte der Ehrgeiz des dänischen Königs. Er überschritt mit 20 000

¹ Zeitschr. 2, 446. Becker 2, 340.

² Waitz 2, 496. J. Opel, Der niedersächsisch-dänische Krieg (1872) 1, 137.

³ Opel 2, 188 ff.

Mann die Elbe, um als Kreisoberster des niedersächsischen Kreises den von Tilly geführten Truppen der Liga entgegenzutreten. Gleichzeitig führte Graf Ernst von Mansfeld Söldner, die er in England und den Niederlanden geworben hatte, nach Deutschland. Als dieses Söldnerheer im December 1625 seine Winterquartiere in Lauenburg nahm, versagte Lübeck ihm jede Unterstützung und hielt seine Thore, deren Festungswerke neuerdings verstärkt waren¹, geschlossen; die Plünderung des Landgebiets konnte nicht gehindert werden. Im folgenden Jahre entschied sich das Kriegsglück gegen beide Heerführer; Mansfeld wurde an der Dessauer Elbbrücke, Christian IV. bei Lutter (unweit Goslar) besiegt. Da Mansfeldsche Truppen in den früheren Quartieren sich wieder zu sammeln suchten, vertrieb der Lübecker Ratsherr Thomas von Wickedede sie mit bewaffneter Mannschaft aus den Dörfern des Lübecker Gebiets². Zur Verteidigung gegen Christian IV., der sich ebenfalls nach der Elbe zurückzog, verstärkte Lübeck seine städtische Söldnerschar und sandte Besatzungen nach Mölln und Bergedorf. Zur Bestreitung der Kosten wurde eine besondere Defensionskasse gegründet, deren Verwaltung mit der Zulage (S. 81) verbunden wurde³. Auch erbaute man eine Citadelle bei Travemünde und befestigte das Städtchen mit Wall und Graben. Im Sommer 1627 drangen die siegreichen Feldherren Tilly und Wallenstein durch Holstein vor; bald breiteten sich ihre Truppen in Schleswig und Jütland, Mecklenburg und Pommern aus. Lübeck war für manche holsteinische Adlige ein sicherer Zufluchtsort⁴. Während Tilly sich dann wieder nach Süden wandte, gedachte Wallenstein den Seekrieg gegen Dänemark zu beginnen. Der Kaiser ernannte ihn zum „General des baltischen und oceanischen Meeres“, Schiffe sollten ihm die Hansestädte stellen⁵.

Im Herbst 1627 erschienen in Lübeck Graf Ludwig von Schwarzenberg als kaiserlicher Gesandter, in Danzig Gabriel de Roi als spanischer Gesandter, beide mit dem Auftrage, der Hanse kaiserlichen Schutz und einen vorteilhaften Handelsvertrag mit Spanien anzubieten. Sie wiesen

¹ Bei diesen Befestigungsarbeiten ward 1622 die vor dem Burghor gelegene St. Gertrud-Kapelle (Bd. 1, S. 126) abgebrochen und der dazu gehörige Kirchhof samt dem Pockenhaufe weiter hinaus verlegt; v. Melle, Gründl. Nachricht S. 254.

² Kirchring und Müller S. 299.

³ Becker 2, 358.

⁴ Waitz 2, 520.

⁵ K. Reichard, Die maritime Politik der Habsburger im 17. Jahrhundert (1867). G. Droysen, Gustav Adolf 1, 322 ff. Jock, Rügenisch-Pommersche Geschichten 6, 101 ff.

auf die offenkundige Bedrängnis des deutschen Handels durch die Ausländer hin; aber welche Opfer erforderte es, jetzt schnell eine deutsche Seemacht zu gründen! Und wie sollten die norddeutschen Protestanten, in unnatürlichem Bunde mit den katholischen Staaten Spanien und Polen, sich gegen die protestantischen Seemächte Dänemark Schweden England Niederlande behaupten können? Danzig, in dem zwischen Schweden und Polen ausgebrochenen Kriege von schwedischer Seite öfters bedrängt, hatte doch zu dem spanischen Anerbieten geringes Zutrauen; ebenso war die Stimmung in Lübeck. Man verwies die Entscheidung auf einen Hanse- tag, zu welchem sich im Februar 1628 die Vertreter von Hamburg Bremen Rostock Stralsund Wismar Magdeburg Braunschweig Lüneburg Danzig, etwas später auch von Köln in Lübeck versammelten. Der Beschluß lautete ablehnend: die Städte „könnten sich den Potentaten, so auf dem Meere mächtig wären und deren Pässe sie gebrauchen müßten, nicht widersetzen oder selbige sich zu Feinden machen¹.“ Doch wurde eine Gesandtschaft an den Kaiser und nochmalige Berufung eines Hansetages auf den 1. September bewilligt. Bedrohlich war allerdings für die Städte die Machtstellung des Wallensteinschen Heeres, aber Wallenstein selbst verweilte während des Winters auf seinen Gütern in Böhmen und beim Kaiser in Prag. Als hier im April die hansische Gesandtschaft erschien, fand sie beim Kaiser gnädige Aufnahme; Wallenstein aber erklärte, die Fortsetzung des Krieges gegen Dänemark sei beschlossene Sache, und namentlich Stralsund dürfe sich nicht länger weigern, kaiserliche Besatzung aufzunehmen. Schon waren Kiel Wismar Greifswald und die Insel Rügen von kaiserlichen Truppen besetzt²; Wallenstein selbst hatte durch kaiserliche Verleihung das Herzogtum Mecklenburg erhalten. Aber Dänemark und Schweden schlossen nun Bündnis zu gemeinsamer Unterstützung Stralsunds; die Hansestädte bewilligten der von Wallensteins Unterfeldherrn Arnim bedrängten Stadt 15 000 Thaler Hilfgelder aus der hansischen Kasse. Der mutige Widerstand, welchen die Bürger Stralsunds der Belagerung entgegensetzten, gab schließlich den Ausschlag. Wallenstein selbst zog heran und ließ die Stadt heftig beschießen, doch ohne Erfolg; am 15. Juli verließ er das Belagerungsheer und begab sich nach Güstrow, um sein Herzogtum gegen die Landung einer dänischen Flotte

¹ Theatr. Europ. 1, S. 1053, angeführt bei Droysen S. 328.

² Waitz, Schleswig-Holsteins Geschichte 2, 519. 529. fock S. 103. 144.

zu schützen; eine Woche später hob Arnim die Belagerung auf. Wallenstein schlug am 12. August bei Wolgast die gelandeten Dänen zurück und nötigte Rostock zur Aufnahme einer kaiserlichen Besatzung, aber der Hansetag, welcher im September in Lübeck zusammentrat, blieb doch standhaft bei seiner Ablehnung. Wallenstein gab den Plan des Seekrieges auf, mehr darauf bedacht sich den Besitz Mecklenburgs zu sichern. Im Januar 1629 traten seine Bevollmächtigten mit denen des dänischen Königs in Lübeck zu Friedensverhandlungen zusammen; am 12./22. Mai wurde der Friede zu Lübeck unterzeichnet, durch welchen Christian IV. seine früheren Gebiete zurückerhielt gegen das Versprechen, sich nicht weiter in die deutschen Angelegenheiten einzumischen, auch keine Ansprüche mehr auf deutsche Bistümer für Mitglieder seines Hauses zu erheben¹. Nun erst erhielt Wallenstein vom Kaiser die förmliche Belehnung mit dem Herzogtum Mecklenburg: eine Warnung für widerseßliche Reichsfürsten, aber zugleich ein Grund zum Widerwillen auch der dem Kaiser ergebenen Fürsten gegen die Macht des Emporkömmlings.

Das fernere Schicksal Deutschlands hing ab von der Durchführung des Restitutionsedikts, welches nunmehr die seit 1552 protestantisch gewordenen Erzbistümer und Bistümer in Norddeutschland für die katholische Kirche zurückforderte: eine strenge Maßregel, die den Evangelischen kaum noch Zweifel ließ, daß die Absicht bestehe, ihre mühsam errungene Religionsfreiheit überhaupt zu unterdrücken. Auch hierbei war das abwehrende Verhalten der Hansestädte von großer Bedeutung. Die Stadt Magdeburg weigerte sich standhaft, kaiserliche Besatzung aufzunehmen und den Sohn des Kaisers, Erzherzog Leopold Wilhelm, als Erzbischof anzuerkennen. Sie wurde im Sommer 1629 von Wallensteins Truppen belagert, doch gelang es schließlich den vermittelnden Bemühungen der Gesandten von Lübeck Hamburg Bremen Braunschweig Hildesheim, die Aufhebung der Belagerung gegen Zahlung von 10 000 Thalern zu erwirken². Um dieselbe Zeit (September 1629) schloß König Gustav Adolf Waffenstillstand mit Polen und begann seine Rüstungen zur Heerfahrt nach Deutschland. Stralsund, wo nach der Belagerung eine schwedische Besatzung zurückgeblieben war, galt ihm als Stützpunkt. Wallenstein, der Durchführung des Restitutionsedikts abgeneigt, aber mit neuen Kriegs-

¹ Dumont 5, 2, 584. Ranke, Wallenstein S. 96. Waitz 2, 531.

² f. W. Hoffmann, Geschichte der Stadt Magdeburg (2. Aufl. 1885) 2, 118.

plänen gegen die beginnende Einmischung Frankreichs beschäftigt, hätte der schwedischen Landung in Pommern, welche am 26. Juni stattfand, starken Widerstand entgegensetzen können, da noch 17 000 Mann kaiserliche Truppen in Pommern standen, andere leicht herbeigezogen werden konnten: aber auf Andringen der katholischen Kurfürsten entsetzte der Kaiser ihn seines Feldherrnamts (August 1630); er zog sich auf seine Güter in Böhmen zurück. So trat eine bedeutsame Wendung ein. Hätten die evangelischen Fürsten Deutschlands sich ungesäumt dem Schwedenkönig angeschlossen, so wären die kaiserlichen Machtpläne schnell zerronnen, da das gewaltsame Auftreten der kaiserlichen Truppen überall verhaßt war. Aber nach dem Mißlingen des dänischen Unternehmens hegte man vielfach Bedenken; auch die Hansestädte konnten sich nicht zu gemeinsamen Maßregeln entschließen. Der Hansetag im Februar 1630, auf welchem ein schwedischer Gesandter die Absicht seines Königs mitteilte¹, war der letzte, der in alter Weise gehalten wurde. Lübeck Hamburg Bremen schlossen damals unter sich ein Verteidigungsbündnis auf zehn Jahre², welches 1641 erneuert ward und den alten Namen der Hanse nicht untergehen ließ, aber die bisher gewohnte Vereinigung der See- und Binnenstädte hörte auf. Bei der nunmehr ganz unsicheren Lage des deutschen Reiches blieb es den einzelnen Städten überlassen, wie sie sich schützen könnten. Die Städte Mecklenburgs und Pommerns hatten zumeist noch kaiserliche Besatzung; Magdeburg dagegen stellte sich alsbald unter schwedischen Schutz.

Alles hing davon ab, wie König Gustav Adolf sein Unternehmen durchführte. Er konnte die Zerstörung Magdeburgs durch die kaiserlichen Truppen (10./20. Mai 1631) nicht verhindern, aber unter dem Schutz des festen Lagers, welches er dann bei Werben an der Elbe bezog, kehrten zunächst die vertriebenen Herzöge von Mecklenburg in ihr Land zurück³. Sie hatten 1629 ihren Wohnsitz in Lübeck genommen und warben daselbst einige Truppen an, die mit den schwedischen vereinigt bald die Kaiserlichen aus dem Lande trieben. Als dann Gustav Adolf nach dem Siege bei Breitenfeld schnell nach Süddeutschland vordrang, beschlossen die Stände des niedersächsischen Kreises, ihre Truppen unter schwedische Führung zu stellen. Aber auch Geldhilfe wurde von ihnen gefordert. Lübeck mußte

¹ Droysen 2, 115.

² Köhler bei Willebrandt, Hanßische Chronik 2, 293.

³ Droysen 2, 358.

im Februar 1632 dem schwedischen Gesandten Salvius die Zahlung von 6000 Thalern monatlich bewilligen, zunächst auf sechs Monate, dann nochmals 36 000 Thaler, die in drei Terminen bis Ostern 1634 entrichtet wurden¹. Die Evangelischen Deutschlands hatten zu dem hochherzigen König, dessen Truppen gute Mannszucht hielten, Vertrauen gefaßt; da gab sein früher Tod in der Schlacht bei Lützen (November 1632) Alles wieder einer ungewissen Zukunft preis. Wallenstein, durch die Bedrängnis des Kaisers wieder auf den Kriegsschauplatz gerufen, glaubte die Entscheidung an sich reißen zu können; er wurde ermordet, als er durch Vereinigung mit den Schweden seinen Verrat am Kaiser vollziehen wollte. Dann gelang den Kaiserlichen der bedeutende Sieg bei Nördlingen, und am 30. Mai 1635 kam zwischen dem Kaiser und Kursachsen der Friede zu Prag zu Stande, welcher die Aussicht auf den ersehnten allgemeinen Frieden eröffnete. Viele Reichsstände traten ihm bei, auch die drei Hansestädte, aber andererseits mußten Schweden und Frankreich sich ihre Partei im Reiche zu erhalten. Noch dreizehn Unglücksjahre gingen über Deutschland hin, ehe der verwüstende Krieg sein Ende erreichte.

Die Hansestädte wurden auch von dieser letzten Kriegszeit nicht so schwer getroffen wie andere Gegenden Deutschlands. Doch mußten sie nach Reichstagsbeschluß Zahlungen leisten für das kaiserliche Heer. Lübeck erlangte 1642 mit Mühe die Herabsetzung der anfänglich geforderten Summe von 120 Römermonaten (S. 54) auf 28 800 Gulden, die nun in kurzen Terminen aufgebracht werden mußten². König Christian IV. von Dänemark war um Friedensvermittlung bemüht; er hatte, trotz des 1629 ausgesprochenen Verzichts, die Wahl seines Sohnes zum Erzbischof von Bremen 1635 erreicht und dachte auch Hamburg gegenüber seine Ansprüche durchzusetzen. Schon hatte diese Stadt 1643 ihm eine Zahlung von 280 000 Thalern zusagen müssen, um nur einstweilen die Elbschiffahrt zu sichern³; da trat eine plötzliche Wendung ein durch die schwedische Übermacht. Torstensons Kriegszug von Mähren nach Jütland und das Nachrücken der kaiserlichen Armee unter Gallas 1644 brachten über die nordelbischen Landschaften noch einmal die Leiden des Krieges; aber diese Bedrängnis ging bald vorüber, und der Friede zu Brömsebro, zu welchem sich Christian IV. 1645 verstehen mußte, brach Dänemarks

¹ Becker 2, 403 f. nach den Kammereibüchern.

² Becker 2, 419.

³ Waitz, Schleswig-Holsteins Geschichte 2, 556.

bisherige Macht, freilich zu Gunsten Schwedens, aber doch auch zum Vorteil der Hansestädte, denen das Reich nicht helfen konnte. Schweden erzwang die Abtretung norwegischer Grenzgebiete und der Insel Gotland, sowie Befreiung schwedischer Schiffe vom Sundzoll; über das Erzbistum Bremen, das inzwischen von schwedischen Truppen besetzt war, wurde weitere Verhandlung vorbehalten, es blieb aber in Schwedens Besitz¹. Die Hansestädte wurden durch die vermittelnden Mächte, Niederlande und Frankreich, in den Frieden eingeschlossen. Sie erhielten damit eine neue Rechtsgrundlage für ihren Handel nach Schweden und Dänemark, an Stelle der nicht mehr anerkannten älteren Privilegien; hinsichtlich des Sundzolls wurden sie den Niederländern gleichgestellt². Auch schlossen die Niederländer mit ihnen einen Vertrag zur Sicherung der Elbe und Weser³; dieses Bündnis kam später namentlich der Stadt Bremen zu gute, da sie ihre Reichsfreiheit gegen die schwedischen Ansprüche bis 1666 zu behaupten hatte⁴.

Der allgemeine Friede wurde nach langen Verhandlungen 1648 zu Münster und Osnabrück abgeschlossen. Die Hansestädte erhielten Bestätigung ihrer Reichsfreiheit; der Bischof von Lübeck (S. 57) wurde ebenfalls als Reichsstand anerkannt. In dem Frieden zwischen Spanien und den Niederlanden wurden die Handelsrechte der Hansestädte in Spanien denen der Niederländer gleichgestellt⁵.

Lübeck war bei den Verhandlungen des Jahres 1645 zu Kopenhagen Brömsebro und Stockholm durch den Ratsherrn Joh. Marquard vertreten⁶, der später durch sein gelehrtes Werk über Handelsrecht sich einen Namen machte und 1668 als Bürgermeister starb, in Münster und Osnabrück durch den Syndikus Dr. David Glogin, dessen spätere Verdienste als Bürgermeister noch besonders zu erwähnen sind. Die Stadt war schwerem Unheil glücklich entgangen und im Schutze ihrer Wallbefestigung unversehrt geblieben; die Möglichkeit eines neuen Aufschwungs war noch vorhanden. Wirkliche Erlösung von dem Druck des Krieges

¹ Waitz S. 589. ² Zeitschr. f. lüb. Gesch. 3, 391. 468.

³ Dumont 6, 1, 300 ff. Eünig, Reichsarchiv 4, 2, 150 f.

⁴ Köcher, Hanstische Geschichtsblätter 1882, S. 90 ff.

⁵ Dumont 6, 1, 402. Eünig S. 153. Marquard, de jure mercatorum, Beilagen S. 56.

⁶ Seine ausführlichen Berichte sind mitgeteilt von Wehrmann, Zeitschr. f. lüb. Gesch. 3, 417 ff. Brömsebro liegt landeinwärts von Kalmar, an der damaligen Grenze Schwedens gegen die dänische Landschaft Blekingen.

brachte erst das Jahr 1650 mit dem Abzuge der schwedischen Truppen. Auch Lübeck's Landgebiet hatte noch unter schwedischer Einquartierung zu leiden, bis die Stadt ihren Anteil an den 5 Millionen Thalern Kriegskosten, die Schweden außer seinem Ländernerwerb zugesprochen waren, bezahlt hatte. Der niedersächsische Kreis hatte 789 608 Thaler = 1 184 412 Gulden zu zahlen; davon kamen auf Lübeck 42 720 Thaler = 64 080 Gulden; Hamburg zahlte mehr, Bremen weniger¹. In Lübeck wurde von allen Bürgern der fünffache Schoß erhoben; mit den Quartiergeldern an schwedische Offiziere belief sich diese letzte Leistung auf 139 271 Mark lüb. = 46 423 Reichsthaler 32 Schilling².

10. Die Zeit nach 1650. Verbesserung der Stadtverfassung.

Nach dem Ende des großen Krieges war Deutschland im traurigsten Zustande; weite Länderstrecken waren verödet und wurden erst allmählich wieder angebaut. Zum Glück waren die meisten Städte erhalten; an das städtische Leben konnte die Herstellung anknüpfen. Besser als zuvor wurde nun der Landfriede gewahrt, die Landstraßen wurden gesichert, und als ein Zeichen des langsam wieder emporkommenden Verkehrs entfalteten sich die Postverbindungen. Die Grafen von Thurn und Taris hatten schon 1516 die Post zwischen Wien und Brüssel eingerichtet; Graf Leonhard von Taris war 1595 zum Reichs-Generalpostmeister ernannt, aber der Ausbreitung des Reichspostwesens leisteten die Fürsten vielfach Widerstand, indem sie zum Teil eigene Postverbindungen in ihren Gebieten herstellten. Zwischen Lübeck und Hamburg bestand schon lange ein geregelter Botenverkehr; für die Wagen, die zwischen beiden Städten hin und her gingen, erließ der Lübecker Rat 1651 eine Verordnung³. Die kaiserliche Post war für den Verkehr in weitere Ferne willkommen, aber die eigene Verbindung wollten Lübeck und Hamburg daneben behalten. Ein kaiserlicher Gesandter erschien 1665, um eine regelmäßige tägliche Wagenfahrt einzurichten; man trat ihm mit der Forderung entgegen, daß die Reichspost „sich mit zwei Fuhren wöchentlich, so wie in andern Reichsstädten gebräuchlich, begnüge⁴.“ Ein kaiserliches Mandat erzwang damals

¹ Theatrum Europaeum (1663) 6, S. 1069. Pufendorf, De rebus Suecicis (1680) lib. 22, S. 978. Hamburg zahlte 96 120 Gulden, Bremen 42 720 Gulden.

² Becker 2, 440.

³ Dreyer, lüb. Verordnungen S. 471.

⁴ Becker 3, 16.

die tägliche Fahrt, doch wurde sie nicht dauernd behauptet, und die Stadtpost blieb in beiden Städten, indem sie sich allmählich mit der Reichspost auseinandersetzte. Die Verwaltung der Stadtpost war in Lübeck lange Zeit dem Kollegium der Schonenfahrer übertragen. Auch eine dänische, eine Wismarsche, eine hannöversche Post wurden allmählich in Lübeck eingerichtet. Zur Einheit des Verkehrs gelangte man in dieser Beziehung noch ebenso wenig, wie beim Münzwesen; aber ein Fortschritt zu größerer Gleichmäßigkeit war unverkennbar.

Für den Seeverkehr auf der Ost- und Nordsee war das alte Übergewicht der deutschen Schifffahrt verloren; man mußte sich begnügen, mit Dänemark Schweden England wieder in ein leidliches Verhältnis des Warenaustausches zu kommen. Mit welchen Schwierigkeiten man aber bei weiteren Seefahrten zu kämpfen hatte, ergiebt sich aus den Umständen, die schon 1629 zur Gründung der Sklavenkasse in Lübeck führten¹. Die Seeräuber von Algier und Tunis dehnten, seit Spaniens Seemacht verfiel, ihre Raubzüge über die Grenzen des Mittelmeeres aus und bedrohten den westeuropäischen Seeverkehr. Seit 1615 hatten sie 22 Lübecker Schiffe genommen; von der Besatzung derselben schmachteten 84 Personen in Gefangenschaft. Mit Gewalt war dagegen nichts auszurichten; man beschloß, die für den Loskauf erforderlichen Gelder allmählich aufzubringen durch eine neue Zollabgabe² der von Lübeck ausgehenden Schiffe und durch eine Abgabe der Schiffer von ihrem Heuergehalte. Die Verwaltung der Kasse wurde den spanischen Frachtherren (S. 60) und den Älterleuten der Schiffer übertragen. Auch wurde verordnet, daß keine unbewaffneten Schiffe die Fahrt nach Portugal Spanien Italien unternehmen sollten; sie sollten mit Geschütz versehen sein und sich zu Flotten vereinigen. Die Auslösung der Gefangenen wurde durch befreundete Handelshäuser vermittelt; 1650 wurde ein besonderer Agent nach Algier geschickt mit dem Auftrage, die Zahlung anzuweisen, wenn die Gefangenen in Livorno angekommen wären. Die Kasse hat, obgleich nach 1750 Seeraub nur noch sehr selten vorkam, bis 1861 bestanden.

Ein günstiges Handelsprivileg gewährte 1655 Frankreich den drei Hansestädten³, denn die französische Politik war damals darauf gerichtet, möglichst viele deutsche Reichsstände durch Freundschafts- und Schutzbündnisse

¹ Wehrmann, Zeitschr. f. lüb. Gesch. 4, 158 ff.

² Vgl. o. S. 81.

³ Lünig 4, 2, S. 202. Marquard 2, S. 24 ff.

in Abhängigkeit zu bringen. An dem rheinischen Bunde, welchen Frankreich 1658 mit einer Anzahl deutscher Fürsten schloß, haben die Hansestädte sich nicht beteiligt, aber ohne die Einfuhr französischer Waren nach Deutschland hätte ihr Handel nicht leicht emporkommen können; sie dienten damit der siegreichen Ausbreitung französischer Kultur in jener Zeit.

Für den spanisch-niederländischen Verkehr war noch das hanfische Haus in Antwerpen vorhanden¹. Es war während der Kriegszeit als Kaserne benutzt und wurde nun mit ansehnlichen Kosten wieder hergestellt, doch nur zum Teil benutzt, da der Verkehr mit Spanien überhaupt abnahm. Ein Lübecker Reisender, welcher 1683 nach Antwerpen kam, der später als Pastor an St. Marien segensreich wirkende Jakob von Melle, berichtet, daß er nur einige Gemächer im unteren Stockwerk möbliert gefunden habe². Auch der Stalhof in London wurde nach dem großen Brande, welcher diese Stadt 1666 heimsuchte, auf Kosten der drei Städte wieder hergestellt und fernerhin als Niederlage benutzt. Doch zeigte es sich immer mehr, daß sich der Handel an bestimmte Niederlagen und Vorschriften nicht mehr binden ließ; man knüpfte freiere Beziehungen an, indem man den Wünschen der ausländischen Kaufleute mehr als in hanfischer Zeit entgegenkam. Der Handel nach England war seit 1651 durch die vom englischen Parlament erlassene Navigationsakte in mancher Beziehung eingeschränkt. Eine Lübecker Gesandtschaft erlangte 1661 von König Karl II. ein Privileg, welches den Lübeckern die Einfuhr nicht nur deutscher, sondern auch norwegischer schwedischer livländischer Waren gestattete³, aber es wurde im nächsten Jahre widerrufen⁴.

Für das Kontor zu Bergen erteilte König Christian V. von Dänemark 1673 den drei Städten ein neues Privileg⁵, welches ihnen den Besitz der dortigen Kaufhöfe bestätigte, hinsichtlich des Zolls aber ihre Kaufleute den einheimischen gleichstellte. Auf Grund dieser Zusicherung betrieben die Bergenfahrer noch längere Zeit den Handel in gewohnter Weise, aber in geringerem Umfang als früher. Allmählich kamen die Kaufhöfe in den Besitz der Einheimischen; 1775 ging das deutsche

¹ Vgl. o. S. 59.

² Sein Reisebericht ist veröffentlicht von C. Curtius im Programm des Katharineums 1891.

³ Abgedruckt bei Lünig 13 (cont. 4, 1), S. 1400. Marquard S. 744.

⁴ Becker, Geschichte Lübecks 3, 15 nach Anderson, Geschichte des Handels 5, 478.

⁵ Willebrandt, Abt. 3, S. 180. Becker 3, 97.

Kontor in Bergen gänzlich ein¹. Der Stalhof wurde erst 1852 an englische Kaufleute verkauft, das Haus in Antwerpen erst 1863 an die belgische Regierung².

Ein Versuch, den Hansebund noch einmal wieder zu beleben, wurde 1669 unternommen. Ratsherren von Hamburg Bremen Braunschweig Danzig Köln fanden sich nach alter Sitte zum Hansetag in Lübeck ein³, konnten sich aber über die Herstellung gemeinsamer Bundeseinrichtungen, namentlich der Bundeskasse, nicht vereinigen. Auch war für die meisten früheren Bundesglieder die Zeit städtischer Selbständigkeit vorüber. Stralsund Stettin Greifswald Rostock Wismar standen seit dem Westfälischen Frieden unter schwedischer Herrschaft; Magdeburg mußte 1666 brandenburgische Besatzung aufnehmen, Braunschweig 1671 sich der Herrschaft seines Herzogs unterwerfen. Mit Mühe behauptete Bremen seine 1646 von Kaiser Ferdinand III. anerkannte Reichsfreiheit gegen die Ansprüche Schwedens, welches das Erzbistum Bremen ebenfalls seit 1648 besaß. Auch Hamburg hatte noch öfters Anfeindungen von den dänischen Königen zu erfahren, die als Herzöge von Holstein auf frühere Hoheitsrechte nicht verzichten wollten; im Jahre 1686 hatte es die Befreiung von dänischer Belagerung hauptsächlich der entschlossenen Hilfe des großen Kurfürsten von Brandenburg zu danken. Lübeck wurde in seiner altverbrieften Reichsfreiheit nicht angefochten, aber erneute Kriegsunruhen legten der Stadt wiederum Lasten auf und hemmten die Herstellung ihres Wohlstandes.

Der kriegerische König Karl X. von Schweden zog 1657 von Polen her durch Pommern und Mecklenburg nach Holstein, um Dänemark für die Einmischung in seinen Krieg mit Polen zu strafen. Im nächsten Jahre kamen kaiserliche brandenburgische und polnische Truppen den Dänen zu Hilfe; Lübeck mußte auf Erfordern der kaiserlichen Kriegskommissare Lebensmittel und Kriegsbedarf liefern, ohne selbständig wie in früheren Jahren in solchen Krieg eingreifen zu können. Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der seine Truppen selbst führte, empfing in seinem Hauptquartier zu Rüsse die Abgesandten Lübecks, welche

¹ Zeitschr. f. Lüb. Gesch. 3, 378.

² Hanfische Geschichtsblätter 1873, S. 105 f.

³ Außerdem hatten Rostock Minden Osnabrück Lübecker Ratsherren zur Vertretung bevollmächtigt. Vgl. Sartorius 5, 638. Lüb. Blätter 1837, S. 298.

um Ermäßigung der Lieferungen baten, zumal da der Seehandel durch den Krieg gestört sei¹. Er hoffte, daß bei diesem Kriege die auf Deutschland lastende Übermacht Schwedens eingeschränkt werden könne², aber dazu war die Zeit noch nicht gekommen; vielmehr gewann Schweden neuen Machtzuwachs auf Kosten Dänemarks. Dieses wurde durch das Eingreifen der Bundesgenossen und durch die wackere Verteidigung von Kopenhagen vor völligem Erliegen bewahrt, aber beim Friedensschluß 1660 mußte es auf seine Festlandsprovinzen jenseit des Sundes, Schonen Halland Blekingen, die es bereits im vorläufigen Frieden zu Roeskild (Februar 1658) abgetreten hatte, endgiltig verzichten. Lübeck erlangte 1664 von König Karl XI. von Schweden ein neues Privileg für den Verkehr in Schonen³; aber der Verfall, in welchem sich die hansischen Niederlassungen daselbst befanden, war unaufhaltsam. Bald hörte die Schonenfahrt ganz auf; direkter Verkehr mit schwedischen Häfen trat an ihre Stelle.

Kaiser Leopold I., um die unsichere Lage Norddeutschlands wenig bekümmert, richtete damals sein Augenmerk hauptsächlich auf die von Ungarn her wieder drohende Türkengefahr; es gelang ihm, von dem Reichstage, den er 1663 nach Regensburg berief, eine ansehnliche Reichshilfe zu erhalten, doch nicht in Geld, wie in früheren Zeiten, sondern in Truppen⁴. Damit das Reichsheer wirklich zu Stande komme, wurde jedem Reichskreise sein Anteil bestimmt, den er selbst zu unterhalten habe. Lübeck sandte zu den Truppen des niedersächsischen Kreises, die sich bei Magdeburg sammelten, 365 Mann Fußvolk und 33 Reiter. Unter dem Oberbefehl des Markgrafen Leopold von Baden als Reichsfeldherrn erkämpfte das Reichsheer, vereinigt mit den kaiserlichen Truppen unter Montecuculi und einem französischen Hilfsheer, am 1. August 1664 den glänzenden Sieg bei St. Gotthard an der Raab, welcher für längere Zeit die Türken zurückschreckte. Die niedersächsischen Truppen hatten ziemlich starken Verlust⁵;

¹ Becker 3, 9 nach den Memoiren des Chevalier de Terlon; vgl. im allgemeinen J. G. Droysen, Geschichte der preussischen Politik 3, 2, 401 ff. (1863).

² Das Manifest, welches er damals veröffentlichte, enthielt die denkwürdigen Worte (Droysen S. 405): „Was sind Rhein Weser Elbe und Oderstrom nunmehr anders, als fremder Nationen Gefangene? Was ist die Freiheit und Religion mehr, denn daß andere damit spielen? So gedenke ein jeder, wer nur fein schwedisch Brot essen will, was er für die Ehre des deutschen Namens zu thun habe. Gedenke, daß du ein Deutscher bist!“ ³ Schäfer, Buch des lüb. Vogts, S. 46 der Einleitung.

⁴ v. Zwiédineck-Südenhorst, Deutsche Geschichte im Zeitraum der Gründung des preussischen Königtums (1890), 1, 240. ⁵ Ebd. S. 251.

von Lübecks Mannschaften kehrten etwa zwei Drittel im Dezember mit einigen eroberten Geschützen zurück¹.

In Lübeck waren nach dem Ende des dänisch-schwedischen Krieges Verhandlungen zwischen Rat und Bürgerschaft begonnen worden, wie die Stadt von der wachsenden Schuldenlast erleichtert und allmählich wieder emporgebracht werden könne. (Mancherlei Beschwerden wurden erhoben über die willkürliche Verwaltung des Rats².) Die Ältesten der bürgerlichen Kollegien, im Dezember 1661 vor den Rat berufen, um ihr Gutachten über Erhöhung der Abgaben zu geben, stellten die Forderung, daß die gesamte Geldverwaltung der Stadt unter die Mitaufsicht der Bürgerschaft komme und zu dem Zweck eine allgemeine Stadtkasse eingerichtet werde. Der Rat wollte darauf nicht eingehen und erwirkte 1664 ein kaiserliches Mandat, welches den Bürgern befahl, von unerlaubten Zusammenkünften abzustehen und der Obrigkeit zu gehorchen. Dadurch wuchs aber der Unwille; besonders zürnten die Handwerker, daß die landbegüterten Ratsherren und Junker, mit ihren sonstigen Vorrechten nicht zufrieden, auch dem bürgerlichen Gewerbe schaden, indem sie trotz des früher schon ergangenen Verbots (S. 80) auf ihren Gütern von abhängigen Leuten Handwerk treiben ließen. Deshalb zogen im Frühjahr 1665 die Brauer, die Schmiede und andere Handwerksgenossen auf die benachbarten Dörfer und zerstörten dort Braupfannen Webstühle und Handwerksgeräte. Dieser Aufruhr wirkte dazu mit, den Rat nachgiebig zu machen; er bewilligte am 26. Juli 1665 den sogenannten Kassenrecess³. In dieser Urkunde verspricht der Rat, unter Wahrung seiner obrigkeitlichen Stellung und der herkömmlichen Stadtverfassung, bei Angelegenheiten, die den Handel, auswärtige Verträge und das Schuldenwesen betreffen, nur gemeinsam mit dem „größesten Teil der votirenden Bürgerschaft“ zu beschließen; ferner sollen die Einkünfte der Stadt fortan in eine gemeinsame Kasse fließen, die von zwei Ratsherren und 24 Bürgern verwaltet wird; letztere sollen aus sämtlichen Kollegien dem Rat präsentiert und von ihm erwählt werden; sie sollen abwechseln, so daß immer nur je 4 von ihnen eine bestimmte Zeit thätig sind. Dem Rat werden jährlich 10 000 Thaler zur Besoldung seiner Mitglieder, 5000 zur Besoldung seiner Beamten bewilligt; auch sollen ihm zu unvermuteten Ausgaben 1—200 Thaler ohne

¹ Becker 3, 19.

² Ebd. S. 27.

³ Lünig, Reichsarchiv 13, S. 1400. Becker Bd. 3, Beilagen S. 15.

Rücksprache aus der Kasse gezahlt werden. Endlich sollen gegen die bisherige Verkürzung der Einkünfte aus Schoß Zoll Accise und Zulage geeignete Beschlüsse vom Rat und den votirenden Kollegien gefaßt werden.

Der letzte Artikel erregte alsbald neuen Streit. Die Landbegüterten wollten ihre Handwerkserzeugnisse den städtischen Abgaben nicht unterwerfen; im Herbst erneuten sich daher die Unruhen in den Dörfern. Da wandten sich der Bürgermeister Gotthard von Höveln, Besitzer des Dorfes Moisling, und einige andere Landbegüterte mit einer Klage gegen den Rat und die Handwerksämter an den Reichshofrat zu Wien, und als dieser die Entscheidung gab, sie dürften die Braugerechtigkeit und den Handwerksbetrieb nur soweit es zum eignen Bedarf nötig sei üben und sollten im übrigen sich den Statuten und Recessen der Stadt fügen¹, da scheuten sie sich nicht, den Schutz des Königs von Dänemark anzurufen, indem sie behaupteten, ihre Güter lägen außerhalb der das Stadtgebiet umgebenden Landwehr auf holsteinischem Gebiet. Obgleich der Rat geltend machte, daß die Besitzer dieser Güter von jeher der Stadt Schoß und Steuer geleistet hätten, nahm König Friedrich III. die schutzsuchenden bereitwillig unter die holsteinischen Landsassen auf, und sein Nachfolger Christian V. ließ 1670 in den Dörfern Steinrade Stockelsdorf Eckhorst Mori Trenthorst Westerau Moisling Niendorf Reeke die holsteinische Landeshoheit verkündigen. Dagegen protestierte der Rat, aber es blieb dabei, daß diese Dörfer dem Lübecker Gebiet verloren gingen; nur die drei letztgenannten sind später wiedergewonnen worden.

Lebhafter Unwille richtete sich gegen die eigennützigen Patrizier; man forderte ihre Entfernung aus dem Rat, soweit sie Mitglieder desselben waren, und erhob neue Beschwerden. Zur Schlichtung der fortdauernden Streitigkeiten erschienen 1668 in Lübeck zwei kaiserliche Kommissare, ein kurfürstlich brandenburgischer und ein herzoglich braunschweigischer Rat. Unter ihrer Mitwirkung kam am 9. Januar 1669 der Bürgerrecess zu Stande, welcher der Stadtverfassung eine neue Grundlage gab². Die Hauptbestimmungen sind folgende: Die Ratswahl bleibt wie bisher dem Rat allein; er soll darauf halten, daß er vollzählig sei, 4 Bürgermeister und 16 Ratsherren; von den Bürgermeistern sollen drei „der praxeos wohlerfahrene oder sonst berühmte Gelehrte“, einer Kaufmann sein, von den Ratsherren sollen 2 Rechtsgelehrte sein, die keiner Kompanie ange-

¹ Becker 3, 65.

² Lünig S. 1404. Becker, Bd. 3, Beilagen.

hören, 3 aus der Zirkelkompanie, 3 aus der Kaufleutekompanie, 8 aus den anderen „commercirenden Zünften“; nahe Verwandte sollen nicht zusammen im Räte sein. Die Kompetenz des Rats wird auf 12000 Thaler erhöht. Dem Rat allein steht die Regierung der Stadt zu hinsichtlich der Gerichtsbarkeit Polizei und des Kriegswesens; er stellt die Beamten an. Dagegen verpflichtet er sich, nicht ohne Zustimmung der bürgerlichen Kollegien zu beschließen, wo es sich handelt um Erlaubnis fremder Religionsübung, um Armen- und Klostersachen, um außerordentliche Steuern, Krieg und Frieden, auswärtige Bündnisse, Veränderung der Festungswerke, Annahme und Abdanfung der Garnison und Anstellung der höchsten Offiziere, Verkauf von Gütern und Grundstücken. Über Handelsachen und Münzwesen sollen die commercirenden Zünfte mitbeschließen. Die Kollegien nehmen ihre Abstimmung gesondert vor und verpflichten sich, von Verbindungen abzustehen. Der Kassenrecess wird aufs neue bestätigt mit einigen Zusätzen.

Die Zahl und Reihenfolge der zwölf bürgerchaftlichen Kollegien ist in der Urkunde nicht ausdrücklich angegeben, weil die Einteilung damals nicht neu gemacht wurde; es galt nur das Verhältnis der bestehenden Genossenschaften zu ordnen. In den beigefügten Unterschriften treten sie einzeln auf: an die beiden vornehmsten, die Junker- und Kaufleutekompanie, schließen sich als „commercirende Zünfte“ die Schonenfahrer Novgorodfahrer Bergenfaher Rigafaher Stockholmfaher; dazu kommen die am Großhandel nicht beteiligten Genossenschaften der Gewandschneider (d. h. Tuchhändler) Krämer Brauer und Schiffer; endlich die Handwerker, vertreten durch die vier „großen Ämter“ der Bäcker Schmiede Schneider und Schuster: aber diese zahlreichste Klasse hat nur eine, und zwar die letzte Stimme unter den zwölf Kollegien. Dies ist bezeichnend für den trotz Einschränkung der Ratsgewalt noch immer aristokratischen Charakter der Verfassung.

Das Hauptverdienst um das Zustandekommen dieser Verfassung, welche bis 1848 gültig blieb, hatte David Glogin, der seit 1666 Bürgermeister war. Gotthard von Höveln nahm damals Urlaub zu einer Reise und leitete nach seiner Rückkehr nicht mehr die Ratsgeschäfte; der Ratsherr Dietrich Brömse verließ die Stadt und kaufte sich ein Rittergut in Franken. Als von Höveln 1669 seinen Austritt aus dem Rat erklärte, um in dänischen Staatsdienst zu treten, richtete er einen Absage-

brief an den Rat¹, welchem er erklärte, man habe „die Grundfeste, dabei die Stadt dritthalbhundert Jahr (seit 1416) floriret, ohne einige Noth über den Haufen geworfen, die Obrigkeit und Kaiserliche Majestät selbst verachtet, ein Condominat und zwiespaltige Regierung eingeführt, und die das Regiment im alten wohlgefaßten Stand beibehalten wollten, verleumdet und verfolgt.“ Der Rat erwiderte darauf mit strengem Tadel, daß er, ehe er seines Bürger- und Ratsherrneides „sich legitime entlediget,“ in fremden Dienst getreten sei und dem Rat „Dinge imputire, die demselben verkleinerlich irrig und unerweislich,“ sich auch nicht gescheut habe, „seines Privatinteresses halber“ sich klagend an die Kaiserliche Majestät zu wenden. Der Rat hielt also die neue Verfassung aufrecht, aber die unzufriedenen Mitglieder der Junker- und der Kaufleute-Kompanie gaben sich nicht zur Ruhe. Sie beschuldigten den Bürgermeister, daß er, eines Bauern Sohn von Fehmarn, den Recess so günstig für die Bürger eingerichtet habe, „damit er die hiesigen Patrizier desto besser exterminiren könne,“ und daß er nach Advokatenart das Regiment verwirre². Sie erlangten 1670 beim Reichshofrat zu Wien eine kaiserliche Entscheidung, welche den Rat anwies, daß er „bei Ratswahlen sich ohne Beschränkung auf die Dreizahl bei diesen beiden Kollegien und ohne Rücksicht auf Verwandtschaftsgrade der von Alters herkommenen freien Wahl bedienen möge“; ihre andern Beschwerden aber wurden zu gütlicher Ausgleichung gewiesen. Erst am 5. Juli 1672 unterschrieben ihre Ältesten die Verfassungsurkunde; diesen Ausgang erlebte Glogin nicht mehr. Er blieb in ehrenvollem Andenken als „ein edelmütiger fühner Mann, der mit ebensoviel Kraft sich gegen die überspannten Forderungen der Bürger aufwarf, als er mit Weisheit und Ruhe den Rat zur Mäßigung aufforderte³.“

¹ Abgedruckt nebst der Antwort des Rats im Anhang zu der Chronik seines Vorfahren G. v. Höveln, S. 135.

² Becker 3, 89 Anm. Über D. Glogins Leben vgl. Heller, N. Lüb. Blätter 1837, S. 81 ff. Er war 1597 zu Burg auf Fehmarn geboren, studierte die Rechte in Wittenberg und Rostock, wurde 1624 in Rostock Advokat, begleitete dann einige junge Edelleute auf Reisen nach Holland England Frankreich Spanien, wurde 1652 Rat des Herzogs Friedrich von Holstein-Gottorp, 1642 Syndikus in Lübeck, starb 1671 als Bürgermeister. Sein Enkel war Aug. Hermann Francke, der Gründer des Waisenhauses in Halle, geb. 1663 zu Lübeck als Sohn des Syndikus beim Domkapitel Dr. Joh. Francke und einer Tochter Glogins; Lüb. Blätter 1863, S. 94.

³ Worte Grantoffs, Historische Schriften 2, 389 (1826).

11. Bedrängnis am Ende des 17. Jahrhunderts.

Die durchgeführte Verbesserung der Stadtverfassung hat der Stadt auch über fernere schwere Zeiten hinweggeholfen, da Rat und Bürgerschaft sich über die Lasten, welche getragen werden mußten, leichter als in früheren Zeiten einigten. Die neuerrichtete Stadtkasse begann 1665 ihre Verwaltung damit, daß sie eine Schuldenlast von 5251 416 Mark Lüb. feststellte¹. Aber die Verzinsung ward regelmäßig geleistet, so daß die Stadtkasse bei den auswärtigen Kapitalisten, die ihr Geld in Lübeck anzulegen gewohnt waren, ihren Kredit behielt. Allerdings mußten die Steuern erhöht werden. Dies geschah zuerst bei der Bier-Accise, dann bei der 1672 überhaupt erst eingeführten Accise von Schlachtvieh, nicht ohne Widerstreben der Handwerksämter². Auch die sogenannten Verlehnungen, d. h. das vom Rat gewährte Recht zu gewissen Dienstleistungen, z. B. des Marktvogts, der Fährleute, Weinschröter und Holzträger am Hafen, wurden zu Abgaben herangezogen; den Weinkeller verpachtete der Rat für jährlich 5600 Mark³. Dazu kamen die Schiffsabgaben, die sich auf einer gewissen Höhe hielten, da der Seeverkehr sich wiederum hob. Nähere Angaben über den Umfang desselben in jener Zeit liegen nicht vor, doch giebt ein 1657 auf Erfordern der englischen Regierung aufgestelltes Verzeichniß der außerhalb des Sundes fahrenden Schiffe die Zahl von 53 Schiffen an, das größte zu 250, das kleinste zu 40 Last⁴, und weit mehr Schiffe verkehrten natürlich auf der Ostsee. Um den Kaufleuten für ihre Geschäftsverhandlungen eine feste Stätte zu geben, wurde 1673 das früher den Tuchhändlern dienende Gewandhaus neben dem Rathause⁵ zur Börse eingerichtet.

Bald aber kam neue Bedrängnis durch Kriegskosten. Das deutsche Reich sah sich 1674 genötigt, Frankreich den Krieg zu erklären, weil das Reichsgebiet durch die gegen Holland kämpfenden französischen Truppen wiederholt verletzt war. Mit Frankreich war Schweden im Bunde; dagegen erklärte sich König Christian V. von Dänemark bereit, gegen Zahlung von Hilfgeldern dem deutschen Reiche beizustehen. Das Wirk-

¹ Wehrmann, Hansische Geschichtsblätter 1888, S. 71.

² Wehrmann, S. 82 und Junstrollen, S. 66.

³ Zeitschr. f. Lüb. Gesch. 2, 103.

⁴ N. Lüb. Blätter 1827, S. 232.

⁵ S. o. Bd. 1, S. 89.

samste zur Abwehr der Schweden vollbrachte der Kurfürst von Brandenburg durch seinen glänzenden Sieg bei Fehrbellin (1675) und die Eroberung Schwedisch-Pommerns. Der dänische König aber machte sich für die Hilfe, die er durch Eroberung Wismars (Dezember 1675) und der Insel Gotland sowie durch einen Einfall in Schweden leistete, unter andern dadurch bezahlt, daß er 1677 von Kaiser Leopold I. eine Anweisung auf die Reichsstadt Lübeck erlangte, 30 000 Thaler Quartiergelder zu zahlen, wenn sie von dänischer Einquartierung frei bleiben wolle¹. Schon waren Lübecker Schiffe genommen, die auf der Fahrt nach Schweden und Pommern begriffen waren; vergebens bemühte sich eine Gesandtschaft darum, gleich den Engländern und Holländern während des Krieges freie Fahrt zu behalten². König Christian willigte endlich ein, die Schiffe herauszugeben und die mit Beschlagnahme belegten Waren zum Werte von 6000 Thalern auf die Quartiergelder anzurechnen, auch 5000 Thaler von seiner Forderung nachzulassen; das übrige aber mußte in bestimmten Terminen bezahlt werden. Man fügte sich der Forderung, um den Handelsverkehr nach Dänemark und Norwegen nicht gänzlich zu verlieren. Ebenso mußten dem Kurfürsten von Brandenburg 10 000 Thaler gezahlt werden, damit er genommene Schiffe freigebe und die Fahrt nach Pommern unter gewissen Beschränkungen gestatte³. Außerdem mußte die Stadt ihren Anteil an der Rüstung des Reichsheeres gegen Frankreich aufbringen; sie zahlte dem Herzog Georg Wilhelm von Lüneburg-Celle nach und nach 40 000 Thaler für Anwerbung und Unterhalt der Truppen, mit welchen er am Rhein kämpfte⁴.

Der Friede zu Nymwegen (Februar 1679) machte diesen außergewöhnlichen Leistungen ein Ende, aber es war kein Wunder, wenn nun die Zinszahlung der Stadtkasse ins Stocken geriet und mehrere auswärtige Gläubiger ihre Kapitalien kündigten. Man half sich mit Teilzahlungen, bis 1683 eine ansehnliche Summe einging durch Rückzahlung der Pfandsomme für Mölln von Seiten des Herzogs von Lauenburg. Der Proceß beim Reichskammergericht wegen dieses verpfändeten Gebiets (S. 81) war 1659 wieder aufgenommen; ein Urteil vom Jahre 1667 legte der Stadt die Rückgabe gegen Zahlung der Pfandsomme auf⁵. Die Ausführung

¹ Wehrmann S. 88.

² Becker 3, 105.

³ Wehrmann S. 89.

⁴ Ebd. Über den Krieg am Rhein vgl. Havemann, Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg 3, 268 ff. (1857).

⁵ Becker 3, 112.

aber verzögerte sich, da bei dem inzwischen veränderten Münzfuß die Höhe der Summe streitig war und der Umfang des herauszugebenden Gebiets nicht feststand. Lauenburg wollte die Pfandsumme von 9737¹/₂ Mark lüb. mit 4868³/₄ Speciesthalern bezahlen, die Mark gleich einem halben Speciesthaler gerechnet. Lübeck dagegen bestand auf dem alten höheren Münzfuß, indem es sich auf die Bestimmung der Urkunde berief, daß 10 Mark gleich 16 Goldgulden gerechnet werden sollten. Die zur Entscheidung des Streits wiederum auf kaiserliche Anordnung ernannten Kommissare von Brandenburg und Braunschweig-Lüneburg¹ entschieden im Sinne Lübecks; die Zahlung wurde mit 15 580 holländischen Dukaten geleistet, was einem Betrage von beinahe 95 000 Mark lüb. damaliger Währung gleichkam². Dafür wurde 1683 die Stadt Mölln samt dem unstreitigen Gebiet herausgegeben; wegen der „Pertinenzen“ ging der Proceß noch weiter. Die Stadtkasse aber mußte binnen Jahresfrist die ganze Summe wieder ausgeben, um auswärtige Gläubiger zu befriedigen.

Herzog Julius Franz von Lauenburg bewies während des Streits seine feindliche Gesinnung dadurch, daß er den Ratzeburger See durch einen Kanal mit der Stecknitz zu verbinden und den natürlichen Abfluß desselben durch die Wakenitz in die Trave zu hemmen beschloß. Der Lübecker Rat berief sich dagegen auf ältere Verträge, die zur Sicherung der städtischen Wassermühlen und der Stecknitzfahrt geschlossen waren³. Als trotzdem der Kanal gegraben wurde und bereits die Gefahr sich zeigte, daß die Stecknitz durch Schlamm unfahrbar werde, zogen am 19. Februar 1682 300 Bürger nebst einer gleichen Zahl von Arbeitern und einer Bedeckungsmannschaft von 200 Soldaten und 40 Reitern aus, warfen den Graben zu und hinderten die Lauenburger das Werk fortzusetzen⁴. Der Herzog mußte auch hier nachgeben. Ebenso wurde der Proceß wegen des Sachsenwaldes (S. 81) 1684 zu Ungunsten der herzoglichen Ansprüche entschieden⁵.

Nach wenigen Jahren brach wiederum ein Reichskrieg gegen Frankreich aus, der die Rheinlande, besonders die Pfalz 1689 mit schlimmer Verwüstung durch französische Heerscharen heimsuchte. Wiederum führte Herzog Georg Wilhelm von Celle die Truppen des niedersächsischen Kreises dem Reichsheer zu; Lübeck hatte ihm nach Anweisung des Kaisers

¹ Vgl. o. S. 101.

² Wehrmann S. 80 f. Zeitschr. f. lüb. Gesch. 1, 49.

³ S. o. Bd. 1, S. 59. 142.

⁴ Becker 3, 123.

⁵ Ebd. 2, 139.

in sechs Jahren 16 000 Thaler als Beisteuer zur Kriegsrüstung zu zahlen¹. Mit äußerster Anstrengung wurden etwa 12 000 Thaler aufgebracht. Man hatte besonderen Grund, die Zahlung zu leisten, weil gerade damals mit dem Tode des Herzogs Julius Franz 1689 das Herzogshaus von Lauenburg ausstarb und Georg Wilhelms Erbansprüche auf das Herzogtum vom Kaiser bestätigt wurden². Er war auch bereit, den Streit wegen der Möllner Gebietsgrenzen einstweilen ruhen zu lassen; erst sein Nachfolger in der Herrschaft über Lauenburg, Kurfürst Georg I. von Hannover, nahm den Streit wieder auf. Die Stadtkasse aber konnte sich nur dadurch halten, daß wohlhabende Bürger ihr zu Hilfe kamen. Die bürgerlichen Kollegien vereinigten sich 1693, ihr 100 000 Mark vorzuschießen; dieselbe Summe gab 1695 der Ratsherr Thomas Fredenhagen für sich allein mit der Bedingung, daß sie vom nächsten Jahre an in vier Terminen zurückgezahlt werde³. So gelang es allmählich, Schuldverschreibungen einzulösen und die Summe der Stadtschuld zu vermindern; sie betrug 1692 noch beinahe 4 1/2 Millionen Mark, 1729 war sie auf 3 Millionen gebracht⁴. Der Schiffsverkehr auf der Nord- und Ostsee blieb während des Krieges mit Frankreich ungestört; der Friede zu Ryswik 1697 gab dem deutschen Reiche wenigstens auf kurze Zeit wiederum Ruhe. Aber auf gesicherten Frieden war immer noch nicht zu hoffen, da Deutschlands Ohnmacht den Nachbarstaaten nur zu wohl bekannt war, und Lübeck blieb auch ferner in sehr schwieriger Lage, da es für seine reichsstädtische Selbständigkeit so große Opfer zu bringen hatte.

12. Zustand der Stadt im 17. Jahrhundert.

Schon zu Anfang des Jahrhunderts war es unverkennbar, daß Lübeck seine alte Größe und Blüte verloren habe. Man mußte bemüht sein, in schwerer Zeit nur das Vorhandene zu erhalten. So hat die Bau- und Kunstthätigkeit nichts bedeutendes aufzuweisen; erst nach 1650 kam sie wieder empor. Doch zeigt sich in andern Dingen, daß das Streben, Nützliches zu schaffen, nicht erloschen war. Der Rat erließ 1605 und 1606 Verordnungen für Ärzte und Apotheker, 1607 eine verbesserte Kaufmannsordnung, 1631 und 1642 neue Ordnungen für das Ober- und

¹ Wehrmann S. 90.

² Havemann 3, 319.

³ Wehrmann S. 80.

⁴ Ebd. S. 83 und 93.

Niedergericht¹. Durch die vereinten Bemühungen des Bürgermeisters Alexander Lüneburg, des Superintendenten Stampelius und des Rectors Kirchmann wurde 1616—20 in den Räumen des ehemaligen Katharinenklosters eine öffentliche Bibliothek begründet². Für die lateinische Schule daselbst, welche schon vor 1579 zu 7 Klassen mit 8 Lehrern erweitert war³, ergingen 1630 und 1662 neue Ordnungen und Lehrpläne⁴, die dem griechischen und mathematischen Unterricht mehr Ausdehnung gaben. Die Aufsicht über die Schule führten der älteste Syndikus des Rats und der Superintendent⁵.

Den meisten Einfluß auf das geistige Leben wie auf die bürgerliche Sitte übte noch immer, wie im Mittelalter, die Kirche, aber in anderer Weise. Die Geistlichen, nicht mehr auf Ceremoniendienst und Ansammeln von Reichtümern für die Kirche bedacht, sondern in schlichter Einfachheit lebend und wirkend, hielten auf Schulunterricht, christliche Zucht in den Familien und Ehrbarkeit im öffentlichen Leben. Sie waren gelehrt und beteiligten sich, mit den Juristen wetteifernd, in zahlreichen lateinischen Abhandlungen an der Förderung der Wissenschaft⁶. Aber noch bestand eine Scheidewand zwischen den Gelehrten und dem Volke, die dem Aufblühen der Wissenschaft nachteilig war, und die Gelehrten selbst waren vielfach in Vorurteilen befangen, die nur langsam einer besseren Einsicht wichten. Dies zeigt sich besonders in zwei Dingen, die im 17. Jahrhundert noch in ganz Deutschland verbreitet waren, dem grausamen Gerichtsverfahren bei Hexenprocessen und der Unduldsamkeit gegen Andersgläubige. In Lübeck wurden 1637 fünf Hexen verbrannt und zwei aus dem Stadtgebiet

¹ Dreyer, Lüb. Verordnungen S. 546. 460. 370.

² Deecke, Lüb. Blätter 1851, 163. Der Bürgermeister Al. Lüneburg vermachte auch durch Testament seine nachgelassenen Bücher der Bibliothek; v. Melle, Gründl. Nachr. S. 375.

³ v. Seelen, Athenae Lubecenses (1722) 4, S. 111 ff. Vgl. o. S. 24.

⁴ v. Seelen S. 347 und 348. Deecke, Das Katharineum zu Lübeck vor 1801 (1843).

⁵ Über die Absetzung des gelehrten aber eigenmächtigen Rectors Pancratius Krüger, welche 1588 der Superintendent Pouchenius bewirkte, s. v. Seelen S. 144 ff. Lüb. Blätter 1850, 157 ff. Der berühmteste Schüler jener Zeit war Joachim Jungius, geb. zu Lübeck 1587; er verließ die Schule 1606, wurde Professor der Mathematik in Gießen, später in Rostock, 1627 Rector des Johanneums in Hamburg, † 1657. Vgl. R. Ave-Lallement, Lüb. Blätter 1861, 181 ff. und in besonderer Schrift 1882, nach der ausführlichen Biographie von Guhrner (1850).

⁶ Eine Übersicht dieser Litteratur giebt v. Seelen, Teil 1. Vgl. Möller, Cimbria litterata (1744) 3 Bde.

verwiesen; bei späteren Fällen wurde meist nur auf Verweisung erkannt¹, aber der Herenglaube wich erst am Ende des Jahrhunderts, als Thomasius in Halle kräftig dagegen auftrat. Ein Schmiedegeselle aus Ostpreußen, Peter Günther, der in Herbergsgesprächen die Lehre von der Dreieinigkeit angefochten und dadurch Ärgernis erregt hatte, wurde nach eingeholtem Gutachten der theologischen Fakultät zu Wittenberg und der juristischen zu Kiel 1687 als Gotteslästerer in Lübeck verurteilt und enthauptet².

Die Befenner der reformirten Lehre, welche seit 1613 sich in Lübeck niederlassen durften, beriefen 1666 mit Erlaubnis des Rats einen Prediger und begannen in einem Hause der St. Lorenz-Vorstadt ihren Gottesdienst zu halten³. Sie hatten noch öfters unter hemmenden Verboten zu leiden, da die Ansichten im Rate geteilt waren und das Volk Unruhen gegen sie erregte, aber durch kräftige Verwendung des Kurfürsten von Brandenburg und seiner Schwester, der Landgräfin von Hessen-Kassel (1669), wurden sie geschützt. Ihre Zahl mehrte sich 1688 durch Zuwanderung französischer Flüchtlinge, und der Rat gestattete ihnen nun deutschen und französischen Gottesdienst. Doch blieben ihre Geistlichen hinsichtlich der Taufen und Trauungen manchen Beschränkungen unterworfen, und als 1736 ein Neubau ihres Gotteshauses in der Vorstadt nötig wurde, durfte es wiederum nur die Gestalt eines bürgerlichen Wohnhauses haben. Katholischen Gottesdienst durften einige Domherrn nach alter Berechtigung in ihren Wohnungen halten; wenn Unberechtigte daran teilnehmen wollten, ließ der Rat sie bisweilen durch aufgestellte Wachen daran verhindern⁴. Der kaiserliche Resident Adrian Müller, einer der Landbegüterten, welche 1665 dem Kassenrecess widerstrebten (S. 101), hielt es seinem in Wien erlangten Amte, die kaiserliche Politik beim Rate zu vertreten, entsprechend für seine Aufgabe, den katholischen Gottesdienst zu schützen und allmählich eine Gemeinde zu bilden. Wiederholt erwirkte er kaiserliche Mandate zu diesem Zweck⁵, doch wollte der Rat den katholischen Geistlichen das Recht zu Taufen und Trauungen nicht zuge-

¹ Becker 3, 109. W. Brehmer, Mitt. d. V. f. Lüb. Gesch. 4, 101. Noch 1676 ließ ein Lübecker Bürger als Besitzer und Gerichtsherr des Dorfes Trenthorst (S. 101) mehrere Hegen verbrennen; ebd. S. 80.

² Arnold, Kirchen- und Ketzehistorie 4, 3, 761. Becker 3, 125.

³ Becker 3, 66 ff. 129. K. Klug in den N. Lüb. Blättern 1837, S. 377 ff. W. Deiß, Geschichte der evangelisch-reformirten Kirche in Lübeck, 1866.

⁴ Becker 3, 353 f. ⁵ Ebd. S. 356.

stehen; nur thatsächlich trat allmählich Duldung ein. Den Juden war die Niederlassung in der Stadt überhaupt verboten. Als 1698 bekannt wurde, daß der Rat einige Juden dulde, erhob sich ein Volksauflauf, und sie wurden vertrieben¹. Bald darauf (1701) gestattete man einem Schutzjuden den Aufenthalt in der Stadt gegen ein Schutzgeld; die andern mußten in dem nahen Dorfe Moisling wohnen und durften nur auf Stunden die Stadt betreten, um Kleinhandel zu treiben.

Der Strenge in religiösen Dingen entsprach das strenge Festhalten an der hergebrachten Gliederung der Bürgerschaft in kaufmännische und gewerbliche Genossenschaften, die nun auch in der Stadtverfassung anerkannt war. Die Satzungen dieser „Korporationen“ waren allerdings nicht unveränderlich; öfters genehmigte der Rat Änderungen in den Rollen der Handwerker² und Umbildung der bestehenden Ämter, z. B. 1666 die Trennung der Glaser und Maler, die Vereinigung der Rot- und Weißbrauer; aber jede Genossenschaft mußte sich auf die ihr zugewiesene Thätigkeit beschränken. Dies führte oft zu Streitigkeiten und zu Verfolgungen nicht zünftiger Arbeiter³, die nur in seltenen Fällen vom Rat geschützt wurden. Mit Mühe behaupteten sich die Berechtigten unter den drückenden Zeitverhältnissen; Zuzug von außen wurde nicht gefördert. Nur der Seehandel hielt einige Lebhaftigkeit des Verkehrs aufrecht. Unter den Großkaufleuten, die Lübecks Ansehen im Auslande auch nach dem Aufhören des Hansebundes vertraten, ist Thomas Friedenhausen zu nennen, dessen Schiffe namentlich nach Lissabon gingen. Ein im Jahre 1692, als er zum Rats Herrn erwählt war, ihm gewidmetes Glückwunschgedicht⁴ sagt rühmend:

So sieht man seiner Schiff' und Lübecks Flagge wehen
bald in der Mittelfee, bald an Guineens Strand.
Daß nach Westindien gar Lübecks Güter gehen,
geschiehet meistens durch Friedenhausens Hand.

Von seinem Reichtum machte er würdigen Gebrauch nach Weise der Vorfahren, indem er nicht nur, wie erwähnt, der Stadtkasse zu Hilfe kam, sondern auch 1697 die Marienkirche mit einem neuen Hochaltar ausstattete, den der Bildhauer Thomas Quellinus von Antwerpen kunstvoll aus schwarzem und weißem Marmor herstellte.

¹ Lüb. Blätter 1861, S. 203.

² Vgl. o. S. 77.

³ Wehrmann, Kunstrollen S. 96 ff.

⁴ N. Lüb. Blätter 1835, S. 316.

Überhaupt beweist die gegen Ende des Jahrhunderts in Lübeck wieder hervortretende Kunstthätigkeit, daß die Stadt doch wieder emporkam. Jener Altar entspricht der Kanzel, welche 1691 aus einem Legat des Seidenkrämers Heinrich Eckhof errichtet war, ebenfalls mit weißen Marmorfiguren auf schwarzem Grunde geziert. Auch die Epitaphien an den Pfeilern der Kirche stammen größtenteils aus dieser Zeit. Unter den Malern, welche die Bildnisse dazu lieferten, ist der berühmteste Gottfried Kniller, Sohn eines gleichfalls als Maler thätigen Werkmeisters an der Katharinenkirche; er ging, nachdem er in den Niederlanden und Italien seine Studien gemacht, 1676 nach London und gelangte dort als Porträtmaler zu hohem Ruhm¹. Auch zur Ausschmückung der andern Kirchen geschah manches; die Jakobikirche erhielt 1658 ihre schlanke Turmspitze, 1698 die noch vorhandene Kanzel. Aber der Neubau der St. Lorenzkirche in der westlichen Vorstadt wurde 1667—69 nur in dürftiger Weise ausgeführt. Der 1597 eingerichtete Pesthof, neben welchem diese Kirche erbaut ward, diente, als die Zeit schlimmer Pestjahre (1603, 1625, 1639) vorüber war, als Krankenhaus.

Eine Stätte besonderer Kunstfertigkeit war das Gießhaus, wo schon im Mittelalter Glocken und Geschütze gegossen wurden². Wie in den süddeutschen Reichsstädten die Kunst des Erzgusses besonders im 16. Jahrhundert in hoher Blüte stand, so ward sie auch in Lübeck mit Eifer geübt. Die größte der Domglocken, 1581 gegossen, dann 1686, 1699 und 1745 umgegossen, gilt sowohl wegen ihres starken tiefen Tones als wegen ihrer kunstreichen Verzierungen als ein Meisterwerk³. Das harmonische Geläut der Marienkirche, deren Pulsglocke 1546 entstand und später ebenfalls umgegossen wurde, ist öfters aus Dichters Munde gepriesen worden. Von den in Lübeck gegossenen Geschützen sind nur zwei von besonderer Größe und Schönheit erhalten. Der Lübecker Gießer Albert Benningß erhielt 1665 zusammen mit seinem Verwandten E. Benningß in Hamburg von den Generalstaaten der Niederlande den Auftrag, 157

¹ W. A. Ackermann, Der Porträtmaler Sir Godfrey Kniller im Verhältnis zur Kunstbildung seiner Zeit, Lübeck 1845. Kugler, Handbuch der Geschichte der Malerei 3³, 133 (1867).

² Es lag auf der Lastadie unweit der Bastion Fiddel, gegenüber dem Ausgang der Engelsgrube, und wurde 1885 abgebrochen; vgl. den 5. Jahresbericht des Vereins von Kunstfreunden in Lübeck.

³ Th. Hach, Mitteilungen des V. f. lüb. Gesch. 1, 86. H. Sey, ebd. 3, 86.

Geschütze zu liefern. Die beiden letzten, welche er 1669 herstellte und mit seiner Inschrift versah, waren Prachtstücke von besonderer Größe und reich verziert, Achtundvierzigpfünder von 3,42 Meter Länge. Lange Zeit standen sie vor dem Zeughaus zu Delft; 1811 ließ Napoleon I. sie nach Paris bringen; von dort kam 1814 das eine nach Wien, das andere nach Berlin als Zierde der dortigen großen Waffensammlungen¹.

Am Ende des 17. Jahrhunderts konnte man in Lübeck, gleichwie in anderen deutschen Reichsstädten, nur mit wehmütiger Erinnerung auf die Zeiten früherer Blüte zurückblicken. Man hatte noch Geschütz und Stadtbefestigung, Schiffe Söldner und Bürgerbewaffnung, aber diese Mittel selbständiger Politik konnten nicht mehr, wie in hanfsicher Zeit, zu bedeutenden Unternehmungen verwandt werden, denn die politische Lage war völlig geändert. Handel und Kriegsmacht der Staaten des Auslandes waren mächtig emporgekommen, während das vielgeteilte deutsche Reich seinen Städten geringen Schutz gewährte und zugleich durch große Geldforderungen ihre Kräfte fast erschöpfte. Es war ganz ungewiß, wie lange noch das Reich sich gegen fremde Angriffe überhaupt werde behaupten können. Die Bürger richteten notgedrungen ihren Sinn auf das Zunächstliegende und bemühten sich, die Stadtverfassung und die Handelsbeziehungen so gut als möglich zu erhalten. Zu neuem Aufschwung bedurfte es der Erneuerung des geistigen Lebens, die unter günstigeren politischen Verhältnissen in der Folgezeit eintrat.

¹ E. W. Moes, Archivar in Rotterdam, in den Mitteilungen des D. f. Lüb. Gesch. 3, 211. W. Böheim, Die Sammlung alter Geschütze im k. k. Artillerie-Arsenal zu Wien, 1884. Führer durch das kgl. Zeughaus in Berlin, 4. Aufl. 1890, S. 160. Die Inschrift des Wiener Geschützes lautet: *Vigilate Deo confidentes.* Albert Benningk me fecit Lubecae anno 1669.

Viertes Buch. Friedenszeit, Fremdherrschaft, neues Emporkommen.

1. Die Zeit des 18. Jahrhunderts.

Das neue Jahrhundert, für Deutschland eine Zeit allmählicher Herstellung, begann für Lübeck mit Kriegsbedrängnis, wie das vorige geendet hatte, gestaltete sich aber bald günstiger, da Dänemark und Schweden sich zu friedlichem Verhalten entschlossen und andere Verwickelungen den Nordwesten Deutschlands weniger berührten. Zur Rüstung der Reichsarmee im spanischen Erbfolgekriege mußte Lübeck von 1703 an jährlich 20 000 Gulden = 36 000 Mark lüb. zehn Jahre lang bezahlen¹. So schwer dies empfunden wurde, so waren doch die Wechselfälle des gleichzeitigen nordischen Krieges noch bedrohlicher. Nicht nur der Ostseehandel war gestört, auch zu Lande wurden die damals zu Dänemark und zu Schweden gehörigen deutschen Gebiete Gegenstand des Kampfes.

Gleich zu Anfang, im Jahre 1700, besetzten dänische Truppen das Gebiet des mit Schweden verbündeten Herzogs Friedrich von Holstein-Gottorp; schwedische und hannöversche Truppen traten ihnen in einigen Gefechten bei Reinbeck und Segeberg entgegen. Karls XII. Landung auf Seeland führte rasch zum Frieden von Travendal (unweit Segeberg); dabei erlangte Lübeck den Verzicht Dänemarks auf das Dorf Moisling und das Versprechen, daß wegen der andern streitigen Dörfer (S. 101) ein kaiserlicher Schiedsspruch von Dänemark anerkannt werden solle; doch ist derselbe später nicht erfolgt². Als 1705 der Fürstbischof von Lübeck, Oheim des Herzogs von Gottorp, starb, versuchte Dänemark die Wahl

¹ Wehrmann, Hanfsche Geschichtsblätter 1888, S. 90.

² Becker, Geschichte Lübecks 3, 159. Zeitschr. f. lüb. Gesch. 3, 392.

eines dänischen Prinzen, für den ein Teil des Domkapitels sich erklärte, durchzusetzen und sandte Truppen nach Eutin¹, doch mußte auf Verlangen des damals siegreichen Königs von Schweden dieser Anspruch den verbrieften Rechten des Hauses Holstein-Gottorp (S. 57) weichen. Christian August, Bruder des 1702 bei Clissow gefallenen Herzogs Friedrich und vormundschaftlicher Regent in Holstein für dessen Sohn Karl Friedrich, wurde Fürstbischof von Lübeck.

Aber Karls XII. Niederlage bei Pultawa 1709 gab dem Kriege eine ganz andere Wendung. Dänische Truppen besetzten ganz Holstein und rückten 1711 von dort durch Mecklenburg und Pommern vor, wurden jedoch 1712 von den Schweden zurückgedrängt. Von den Durchzügen hatte das Lübecker Gebiet zu leiden; vergebens rief man den Schutz des Kaisers und des niedersächsischen Kreises an. Der kaiserliche Schutzbrief, welcher auf Reichstagsbeschluß am 16. Januar 1713 für Mecklenburg Lübeck und Hamburg ausgefertigt wurde², hemmte den Fortgang des Krieges nicht. Bald erschienen russische Truppen den Dänen zum Beistand; der schwedische General Stenbock wurde bis zur Eidermündung gedrängt und mußte sich dort in Tönning mit 11 000 Mann ergeben. Beim Rückmarsch der Russen forderte deren Befehlshaber, Fürst Menzikow, von Hamburg und Lübeck bedeutende Zahlungen für Befreiung von Einquartierung und als Entschädigung für Verluste an Geld und Waffen, die seine Truppen beim Durchzug durch die Vierlande erlitten hätten. Lübeck mußte 100 000 Mark zahlen und außerdem 5000 Dukaten als persönliches Geschenk für Menzikow. Dafür wurde der Stadt durch ein Schreiben des Zaren die fortdauernde Gunst desselben für ihren Handel nach Rußland bezeugt³.

Der Krieg zog sich nun wieder nach Pommern, wo Karl XII. 1714 unerwartet erschien, um Stralsund zu verteidigen. Er mußte jedoch im folgenden Jahre als Besiegter nach Schweden zurückkehren. Als er 1716 den Krieg gegen Dänemark durch einen Einfall in Norwegen erneute, einigten sich Dänemark und Rußland zu einem gemeinschaftlichen Unternehmen gegen die schwedische Landschaft Schonen. Zar Peter führte seine Truppen nach Mecklenburg; ein Teil derselben wurde in Rostock eingeschifft, ein anderer in Travemünde; Lübeck mußte dazu 47 Schiffe stellen⁴. Sie fuhren nach Seeland hinüber, aber die Landung in Schonen

¹ Becker S. 176.

² Theatrum Europaeum 20, S. 568. Becker 3, 186.

³ Wehrmann S. 91 f.

⁴ Becker 3, 192.

unterblieb, da König Friedrich IV. gegen die herrische Freundschaft des Zaren Mißtrauen faßte. Peter der Große verweilte nach der Rückkehr von Kopenhagen einige Tage (10. bis 14. November 1716) in Lübeck¹ und zeigte sich dem Rat gnädig, aber die für die Transportschiffe ausbedungenen Frachtgelder wurden nicht bezahlt, und in Travemünde blieb bis zum nächsten Frühjahr eine russische Besatzung, um die dort untergebrachten Ausrüstungsgegenstände zu schützen. Nach dem Abzuge der Russen bewachte eine dänische Fregatte bis zum Friedensschluß 1720 den Hafen, damit kein Lübecker Schiff nach Schweden segele. Der Herzog Karl Friedrich erhielt beim Friedensschluß den Gottorper Anteil an Schleswig-Holstein nicht zurück; er fand in Rußland Entschädigung, da Peter der Große ihm seine Tochter zur Gemahlin gab. Der Fürstbischof Christian August, während des Krieges öfters gefährdet und vertrieben, wurde im Besitz des Bistums Lübeck anerkannt. Sein Sohn Adolf Friedrich, der ihm 1727 als Fürstbischof folgte, wurde 1751 König von Schweden und überließ das Bistum seinem jüngeren Bruder. Karl Friedrichs Sohn Peter wurde 1762 Kaiser von Rußland. Dieses Emporkommen des Hauses Holstein-Gottorp war für Lübecks Handelsbeziehungen vorteilhaft, allerdings unter Voraussetzung der Fügsamkeit gegen die Wünsche der ausländischen Regierungen. Schwedens Übermacht, die seit 1630 auf Deutschland gelastet hatte, war gebrochen; dafür kam Rußlands Einfluß empor.

Als Dänemark nach dem Ende des Krieges leichtere Münze prägen ließ, um die Kosten des Krieges eher zu ersetzen, erlitten Lübeck und Hamburg Handelsverluste, da ihre vollwichtigen Münzen nicht höheren Wert behaupten konnten und zumeist aus dem Verkehr verschwanden. Es kam in Lübeck 1727 zu einem Aufruhr, als man erfuhr, daß der frühere Advokat Dr. Joachim Röder sich durch Einlieferung guten Geldes an die Münzstätten zu Rendsburg und Eutin bereichert habe². Sein Haus wurde geplündert, obgleich der Rat eine Schutzwache hineingelegt hatte; er entwich aus der Stadt. Der Rat schritt gegen die Aufwührer ein, ließ das geraubte Gut möglichst wieder herbeischaffen und gestattete ihm die Rückkehr auf drei Monate, um seine Angelegenheiten zu ordnen; wegen des Münzvergehens aber sollte er sich vor dem Nieder-

¹ Er wohnte im Hause des dänischen Residenten, Königstr. 34. Mitt. d. V. f. Lüb. Gesch. 3, 163. ² Becker 3, 213.

gericht verantworten. Er erhob dagegen eine Klage beim Reichshofrat zu Wien wegen der Plünderung seines Hauses. Schließlich wurde der Münzproceß aufgegeben, da es an schriftlichen Beweisen, daß er gerade Lübecker Geld umgewechselt habe, mangelte; aber der Bericht des Rats an die Behörde in Wien rechtfertigte auch die Weigerung, ihm Ersatz für das Verlorene zu leisten. Inzwischen war durch Verordnung der dänischen Regierung die leichtere Münze im Wert etwas herabgesetzt; der Lübecker Rat schloß sich dem an durch entsprechende Münzedikte¹, denn die Gleichheit der Münze für Lübeck Hamburg und Schleswig-Holstein war eine althergebrachte und notwendige Grundlage des Verkehrs.

Über die seitdem bestehenden Münzverhältnisse sagt ein 1759 auf Erfordern des Kaisers vom Rat erstatteter Bericht², daß die Mark fein Silber zu 34 Mark lübisch = $11\frac{1}{3}$ Reichsthaler ausgeprägt werde, und zwar in Stücken zu 48, 32, 16, 8, 4, 2 Schillingen als Courantgeld, mit dem Doppeladler vorn und dem Stadtwappen auf der Rückseite bezeichnet, ferner als Scheidemünzen mit etwas geringerem Silbergehalt Schillinge, Sechslinge und Dreilinge. Nach alter Rechnungsweise betrugen 16 Schillinge, jeder zu 12 Pfennig, eine lübische Mark; der Wert dieser Mark war gegen frühere Zeit herabgegangen, aber doch stets bestimmt durch das Verhältnis zu dem unwandelbaren Wert der Mark fein Silber³. Silberne Pfennige wurden seit 1582 nicht mehr geprägt; die kleinste Münze war seitdem der Dreiling = 3 Pfennig. Das 48-Schillingsstück wurde nur im Jahre 1752 geprägt und als Courantthaler bezeichnet. Neben diesen Stadtmünzen prägte man Reichsmünzen; die silbernen (Viertel- halbe und ganze Speciesthaler) zeigen vorn den Doppeladler und meist den Namen des Kaisers, auf der Rückseite das Bild des Schutzheiligen der Stadt, Johannes des Täufers, und das Zeichen des regierenden Bürgermeisters; die Goldmünzen (Viertel- halbe und Doppeldufaten) zeigen die stehende Figur des geharnischten Kaisers, auf der Rückseite den Reichsadler mit dem Stadtwappen auf der Brust. Zu Ehrengeschenken dienten die Portugaleser, halbe und ganze, 5 und 10 Dufaten an Wert. Die Lübecker Münzstätte,

¹ Dreyer, lüb. Verordnungen S. 194 f.

² Mitgeteilt in Schnobels Übersicht des lüb. Münzwesens, in der dritten Ausgabe des Buches v. Melle, Gründliche Nachricht von der kaiserlich freien und Reichsstadt Lübeck, S. 468 (1787).

³ Um 1300 wurde die Mark Silber zu etwa $2\frac{1}{2}$ Mark lüb. ausgeprägt, 1450 zu 9 Mark, f. Bd. 1, S. 78.

aus welcher auch Medaillen und Gedenkmünzen zahlreich hervorgingen¹, ist bis 1801 in Thätigkeit gewesen; in Umlauf blieben die daselbst geprägten Münzen bis zur Einführung der Münzeinheit für das deutsche Reich 1873. Man rechnete nach lübischer Mark, im kaufmännischen Verkehr auch nach Hamburger Mark Banco².

Die Zeit von 1720 bis zum Ende des Jahrhunderts war für Lübeck eine Friedenszeit, in welcher Handel und Wohlstand wieder emporkam. Während Mittel- und Süddeutschland durch erneutes Eindringen der Franzosen im polnischen und österreichischen Thronfolgekrieg und im siebenjährigen Krieg zu leiden hatten, befestigte sich in den Hansestädten die Meinung, daß sie zu friedlichem Handelsverkehr mit dem Auslande besonders berufen seien und deshalb im Kriegsfall auf Neutralität Anspruch hätten. Eine 1734 an den Reichstag gerichtete Eingabe der drei Städte setzte auseinander, daß ein bei Erklärung des Reichskrieges ausgesprochenes Verbot des Handels mit Frankreich nur die Wirkung haben werde, „daß die Handlung von Deutschland abgeleitet und solches von Geldmitteln entblößt werde“³. Sie leisteten ihre Geldbeiträge zur Ausrüstung des Reichsheeres, aber bei weitem nicht in der Höhe früherer Zeit, da die kaiserliche Politik auf dieses bunt zusammengesetzte Heer keinen großen Wert mehr legte. Über Lübecks damaligen Seeverkehr läßt sich eine Vorstellung gewinnen aus einem Verzeichnis der 1752 in Lübeck angekommenen Schiffe⁴. Die Gesamtzahl betrug 729, die meisten kamen aus den Ostseehäfen Kopenhagen Petersburg Riga Danzig Stettin, einige aus den entfernteren Häfen Newcastle Liverpool Amsterdam Nantes Bordeaux Genua Livorno Neapel. Hinderlich waren dem Handel bisweilen die Streitigkeiten der „commercirenden Zünfte“ um ihre besonderen Rechte; namentlich wollten die Schonenfahrer, auf die Kaufmannsordnung gestützt, den andern nicht volle Handelsfreiheit zugestehen⁵. Ebenso stritten die Handwerksämter unter einander und bisweilen gegen den Rat, da dieser öfters Freimeister zuließ und zu Gunsten der Krämer das Einbringen fertiger Handwerksarbeiten von außerhalb gestattete⁶. Aber

¹ Schnobel, Lübeckisches Münz- und Medaillencabinet, 1790.

² Die Wertgleichung vom Jahre 1853 ist nach den damaligen Hamburger Kursen mitgeteilt Zeitschr. f. lüb. Gesch. 1, 76: 1 Kölnische Mark fein Silber = 14 preuß. Thaler = 27 Mark 12 Schillinge Banco = 34 Mark lüb. Courant.

³ Becker 3, 237.

⁴ N. Lüb. Blätter 1835, S. 19.

⁵ Becker 3, 283 f.

⁶ Wehrmann, Zunftrollen S. 65. 102.

obgleich es fühlbar war, wie die bestehenden Schranken Handel und Gewerbe hemmten, blieb man doch bei den alten Ordnungen, wie sie in Deutschland noch überall gebräuchlich waren; Gewerbefreiheit war noch unbekannt. Als der Rat 1763 einem fremden Töpfer, Peter Graff aus Prag, welcher Öfen nach Dresdner Muster zu setzen verstand, eine Ofenfabrik anzulegen erlaubte, erhob das Amt der Töpfer, von den vier großen Ämtern unterstützt, dagegen Einspruch, und die Töpfergesellen begannen sogar Aufruhr¹. Da der Rat fünfzehn von ihnen ins Gefängnis führen ließ, legten viele Gesellen anderer Ämter die Arbeit nieder. Der Rat wies sie aus der Stadt und verstärkte die Wachen an den Thoren durch Aufgebot der Bürgerkompanieen, gab dann aber den Vorstellungen der Amtsmeister nach. Die Gefangenen wurden entlassen unter der Bedingung, die Arbeit wieder aufzunehmen, die Ausgewiesenen kehrten allmählich zurück. Peter Graff aber, der inzwischen seine Fabrik in Stockelsdorf eingerichtet hatte, erhielt den Bescheid, daß die von ihm gefertigten Öfen nicht ferner in der Stadt zugelassen würden. Die Stadt „verlor dadurch einen geschickten Fabrikanten, den man sehr gern behalten hätte²“; die ansässigen Töpfer behaupteten ihr Recht, die Öfen auf ihre Weise zu setzen.

Bei solcher Denkweise der Bürger kamen Verbesserungen der städtischen Einrichtungen, die man als notwendig erkannte, nur langsam zur Durchführung. Die Straßenbeleuchtung³, welche ein Bürger 1704 mit Erlaubnis des Rats einrichtete, hörte schon nach zwei Wintern wieder auf, da viele Hausbesitzer sich weigerten, die dafür festgesetzte Abgabe zu zahlen. Erst 1728 wurde von den Bürgerkapitänen, die als Befehlshaber der Bürgerkompanieen die Nachtwache zu beaufsichtigen hatten, die Aufstellung öffentlicher Laternen wieder angeregt und 1732 wurde sie durchgeführt. Die Reinigung der Straßen wurde 1741 besser geordnet; die Pflasterung, von Alters her unregelmäßig, da sie den einzelnen Hausbesitzern oblag, kam 1788, da die Einwohner mehrerer Straßen sich vereinigten, in besseren Zustand⁴. Auch waren um diese Zeit die Baumgänge vor den Thoren und auf den Wällen für Spaziergänger hergerichtet; die mit Figuren und Vasen gezierte Brücke über den Stadtgraben vor dem Holstenthor war 1770—73 erbaut⁵.

¹ Becker 3, 322 ff.

² Ebd. S. 329.

³ W. Brehmer, Zeitschr. f. lüb. Gesch. 5, 255 ff.

⁴ Ebd. S. 252. 238.

⁵ Becker S. 403. 340.

Dem Rat gegenüber hielten die bürgerchaftlichen Kollegien sowohl auf die im Jahre 1669 ihnen zugestandenen Rechte als auch darauf, daß der Rat vollzählig sei und sich rechtzeitig aus der Bürgerschaft ergänze. Als mehrere Jahre hindurch die erforderlichen Neuwahlen nicht in ausreichender Zahl stattgefunden hatten, begaben sich am 20. Februar 1739 die Mitglieder der Kollegien in geordnetem Zuge, mit schwarzen Mänteln angethan, auf das Rathaus und verließen es nicht eher, als bis vier Ratsherren hinzugewählt waren¹. Seitdem wurde die volle Zahl festgehalten. Von den vier Bürgermeistern wechselten die drei ältesten unter einander ab im Vorsitz des Rates; der vierte hatte die Leitung der Kämmerei und der dazu gehörigen Landgüter. Beamte des Rats waren die zwei rechtsgelehrten Syndici, denen ihr Rang gleich nach den Bürgermeistern angewiesen war, der Protonotar, der das Oberstadtbuch zu führen hatte, und drei Sekretäre; unter den andern Beamten, die der Rat gleichfalls erwählte, waren der Superintendent, der Oberst der Garnison und der Physikus die vornehmsten.

Die Thätigkeit des Rats vereinigte, wie in früherer Zeit, Gerichtsbarkeit und Verwaltung. Mit auswärtiger Politik, die in früheren Jahrhunderten nach vielen Seiten ihn in Anspruch nahm, hatte er wenig mehr zu schaffen. Nach altem Herkommen² verwalteten je zwei Ratsherren die Kämmerei, den seit 1704 nicht mehr verpachteten Weinkeller, den Marstall, den Bauhof, das Kriegswesen, die Accise, indem sie für diese Gebiete auch Gerichtsbarkeit übten. Unter dem Landgericht der Herren des Marstalls standen die Landbewohner, soweit sie innerhalb der das Stadtgebiet von Alters her umgebenden Landwehr wohnten, unter dem Kämmerergericht die Einwohner der weiter hinaus gelegenen städtischen Güter. In der Stadt übten die Herren der Wette die Polizeigerichtsbarkeit über den Marktverkehr und über Streitigkeiten der Handwerker. Für bürgerliche Klagen und Kriminalfälle war das Niedergericht bestimmt, gebildet aus zwei Ratsherren und sechs Procuratoren, die zugleich als Fürsprecher der vor dem Gericht nicht persönlich erschienenen Parteien thätig waren. Für Berufungsflagen Vormundschaftssachen Testamente und Entscheidung über fragliches Bürgerrecht bildete der gesamte Rat das Obergericht³. Dieses tagte im Rathause,

¹ Becker 3, 249.

² Bd. 1, S. 90 f.

³ Über die damalige Gerichtsverfassung s. Dreyer, lüb. Verordnungen S. 334 ff.

während das Niedergericht früher unter freiem Himmel, damals in einem an das Rathaus angefügten, nach dem Markt zu geöffneten Raume gehalten wurde¹. Einmal im Jahre versammelte sich der Rat noch unter freiem Himmel auf dem Markte, um das Vogtgericht zu halten², doch wurden dabei nur altherkömmliche Formeln gesprochen, welche die Gerichtshoheit des Rats zum Ausdruck brachten. Ebenso wurde auch die Bursprache noch viermal im Jahre von der oberen Galerie des Rathauses den Bürgern verkündet³. Auf dem Markte war der Pranger (Kaaf), auf welchem Verbrecher zur Schau gestellt und gezüchtigt wurden, als besonderes freistehendes Gebäude sichtbar. Dem Kanzleigebäude gegenüber hinter den Schranken der Fleischer (an der breiten Straße) lag das Haus des Frohn, welches als Gefängnis diente. Galgen und Richtstätte lagen draußen vor dem Burgtbor; noch 1794 hielt man es für nötig, den Galgen neu zu bauen; er wurde aber samt dem sogenannten Köpfelberg weiter abseits von der nach Travemünde führenden Allee hinter die Galgenbrookswiesen verlegt, wo jetzt der Weg zur Arnimstraße hinauf führt⁴. War jemand durch Mord oder Unglücksfall ums Leben gekommen, so hielten nach altem Brauch die Gerichtsherren an der Stätte, wo der Leichnam gefunden war, das Fahrrecht; darauf wurde eifrig gehalten, um das Hoheitsrecht über das Stadtgebiet und die Trave zu behaupten⁵.

Während so im Gerichtswesen altertümliche Strenge gewahrt wurde, nahm die Verwaltung allmählich andere Formen an durch vermehrte Mitwirkung bürgerlicher Deputirter. Schon der Receß von 1669 nennt außer den 1665 eingesetzten „Cassa-Bürgern“ die Bürger „beim Wall“ und „beim Bauhose“, welche bei der Erwählung eines Ingenieurs oder Baumeisters zugezogen werden sollen. Der Lübecker Kalender von 1751, welcher zum ersten Mal die seitdem üblich gebliebene Übersicht der Staatsbehörden enthält, führt eine ganze Reihe von Verwaltungszweigen an, bei welchen damals erwählte Bürger thätig waren. Es sind in alphabetischer Ordnung folgende: Apotheke Bauhof Bierprobe (zur Aufsicht über die

¹ v. Melle, Gründl. Nachricht S. 28.

² Ebd. S. 105. Vgl. Bd. 1, S. 64 f. 51.

³ v. Melle S. 110.

⁴ Ad. Hach, Mitt. d. V. f. lüb. Gesch. 4, 80, wo auch eine 1761 geschehene Hinrichtung erwähnt ist.

⁵ Ein Streitfall vom Jahre 1592, als in der Nähe von Oldesloe ein Mann ertrunken war, den die Einwohner dieses Ortes „unbefahrrechtet hinwegnahmen“ und bestatteten, ist in v. Hövelns Chronik S. 53 erwähnt. Über spätere Ausübung des Fahrrechts s. Zeitschr. f. lüb. Gesch. 6, 279 und v. Melle S. 441.

Brauerzunft) Bretling (Aufsicht über das Fahrwasser der Trave) Dröge und spanische Kollekten¹, Münze Postkontor Quartiere (Aufsicht über die Steuerzahlung) Sklavenkasse Stadtkasse Waldungen Wasserkunst Weinfeller Zehntenpfennig Zoll Zulage; außerdem bei der Fortifikation (die Wallbürger) und bei den Vorsteherchaften der Kirchen und milden Stiftungen. Offenbar waren die bürgerchaftlichen Kollegien geneigter, Forderungen des Rats zu bewilligen, wenn manche ihrer Mitglieder die Bedürfnisse der Verwaltung aus eigener Thätigkeit kannten. Dem bürgerlichen Gemeinfinn war somit ein weites Feld eröffnet; die Leitung aber hatten überall die dazu in der Ratssetzung, welche jährlich auf Petri Stuhlfeier (22. Februar) stattfand, bestimmten Rats Herrn. Diese Einrichtung der aus Rats Herrn und Bürgern gemischten Verwaltungsbehörden hat sich bewährt und ist noch heute eine Grundlage des Staatswesens.

Mitwirkung der Bürger war nach alter Vorschrift auch nötig zur Stadtverteidigung. Das Aufgebot der vier Stadtquartiere (S. 74) war jetzt in 26 Kompanieen eingeteilt² und wurde Bürgergarde genannt. Diese Mannschaft verstärkte in Zeiten der Gefahr die von den geworbenen Soldaten der Garnison regelmäßig zu leistenden Wachen und wurde besonders aufgeboden, wenn unter den Soldaten eine Meuterei ausbrach, was wegen mangelhafter Soldzahlung in Zeiten, wo die Stadtkasse bedrängt war, 1678 und 1691, später noch einmal 1796 wegen Abschaffung der Teurungszulage vorkam³. Die Garnison bestand, ähnlich wie in anderen Reichsstädten, aus Infanterie und Artillerie. Es waren vier Kompanieen Musketiere und eine Kompanie Grenadiere, in rote Uniform mit weißen Aufschlägen gekleidet, etwa 500 Mann, dazu eine Abteilung Artilleristen in grüner Uniform. Letztere hatte das Geschütz auf den Wällen zu bewachen und zu bedienen; die Infanterie stellte die Wachen vor den Thoren, in Travemünde und an den Pässen der Landwehr, nämlich bei Schlutup Schwarzmühlen Brandenbaum Rotenhusen Grönauerbaum Crumesserbaum Hohenstiege Steinrade Krempelsdorf Tremms⁴. Auch das weiter hinaus liegende Stadtgebiet erforderte bisweilen militärische Fürsorge. Die südwärts im Herzogtum Lauenburg liegenden Besitzungen wurden in dem Umfange, den sie noch jetzt haben, festgestellt durch den

¹ S. o. S. 60. Die Dröge am Hafen diente zum Trocknen gewisser Waren.

² v. Melle S. 128.

³ Becker 3, 106. 151. 391. W. Brehmer, Zeitschr.

f. lüb. Gesch. 4, 98 ff.

⁴ Zeitschr. 4, 100.

1747 zu Hannover geschlossenen Vergleich. Damit endete der langwierige Möllner Proceß (S. 106), der 1722 von der hannöverschen Regierung wieder aufgenommen war, aber durch die Urteile des Reichskammergerichts nicht entschieden wurde, da beide Teile Rechtseinwände dagegen erhoben. Lübeck verzichtete auf 10 unweit Mölln gelegene Dörfer und einige weitere Ansprüche, behielt dagegen 20 Dörfer, namentlich Ritzerau Behlendorf Nüsse Schretstaken Cronsforde Blankensee Utecht Schattin¹.

Oberst der städtischen Garnison war seit 1759 der Marquis von Chasot, ein Freund Friedrichs des Großen, der bereits in Rheinsberg dem Kronprinzlichen Hof angehört und nachher in den schlesischen Kriegen, namentlich bei Hohenfriedberg, als preussischer Offizier sich ausgezeichnet hatte². Er erwarb 1754, nachdem er als Oberstlieutenant den Abschied erhalten, einen Gutshof an der Wakenitz, den er mit Gartenanlagen schmückte und nach einem der Lustschlösser Ludwigs XIV. Marly nannte. Seiner französischen Heimat blieb er eingedenk, ohne in Lübeck die Annehmlichkeiten des geselligen Lebens, an die er gewöhnt war, zu vermissen. Im Verkehr mit angesehenen Familien der Stadt, mit Domherren und holsteinischen Edelleuten begegnete er überall jener Wertschätzung französischer Bildung, die damals in Deutschland verbreitet war. Dem König von Preußen erwies er sich im siebenjährigen Kriege hilfsbereit, indem er die Truppenwerbungen desselben unterstützte. Dafür blieb Lübeck während des Krieges unbelästigt, während das Nachbarland Mecklenburg öfters von preussischen Truppen durchzogen und zu bedeutenden Lieferungen genötigt wurde. Herzog Friedrich von Mecklenburg-Schwerin fand damals in Lübeck einen sicheren Zufluchtsort³.

Zu Kriegsbesorgnissen gab das Jahr 1762 Anlaß. Zar Peter III. von Rußland, der Sohn Karl Friedrichs von Holstein-Gottorp, beschloß die Ansprüche seines Hauses gegen die königliche Linie von Dänemark mit den Waffen geltend zu machen. Er verbündete sich mit Friedrich dem Großen und ließ einen Teil seines Heeres in Schlesien gegen die

¹ Becker 3, 222 ff. 260 ff.

² K. v. Schlözer, Chasot (1856). Koser, Friedrich d. Gr. als Kronprinz (1886). Chasot, geb. 1716 zu Caen in der Normandie, lernte den Kronprinzen von Preußen 1734 bei dem damaligen Rheinfeldzuge im Lager bei Philippsburg kennen.

³ Becker 3, 298. Die guten Beziehungen zu den Herzögen von Mecklenburg waren schon zu Anfang des 17. Jahrhunderts durch Wiederaufnahme der Weinsendungen (S. 82) hergestellt. Sie wurden bis 1803 geleistet und erst 1817 durch einen Vertrag, in welchem Lübeck auf seinen Anteil an der Wismarschen Post verzichtete, aufgehoben. Lüb. Archiv.

Österreicher kämpfen, einen andern durch Mecklenburg gegen Holstein vorrücken. Ein dänisches Heer sammelte sich zur Abwehr im Frühjahr 1762 bei Segeberg. Der Anführer, Graf St. Germain, nahm sein Hauptquartier im Dorfe Mori unweit Lübeck. Er erklärte, daß er die Neutralität Lübecks anerkenne, auch das Gebiet der Stadt möglichst verschonen wolle, aber die Einfuhr von Korn auf Schiffen, die in die Trave einliefen, durfte ihm nicht versagt werden. Der Rat ordnete verstärkten Wachdienst an den Thoren und auf den Wällen an, wozu auch die Bürgerkompanieen herangezogen wurden, und gestattete dänischen Soldaten den Eintritt in die Stadt nur in kleinen Abteilungen. Der Kommandant Chasot verständigte sich leicht mit dem dänischen General, seinem Landsmann, konnte aber nicht hindern, daß im Juni zuerst Bergedorf, dann Travemünde von dänischen Truppen besetzt wurde. Bald darauf schlugen die Dänen bei Tremis eine Brücke über die Trave, legten Besatzung nach Schlutup und rückten in Mecklenburg ein. Zum Glück unterblieb der wirkliche Ausbruch des Krieges. Peter III. wurde, als er sich zur Reise nach dem Kriegsschauplatz anschickte, am 9. Juli entthront und bald darauf ermordet; die russischen Truppen wurden aus Mecklenburg zurückgerufen. Darauf kehrten auch die Dänen zurück; Chasot erhielt vom König Friedrich V. von Dänemark den Titel General-Lieutenant.

Die russischen Ansprüche aber waren damit nicht aufgegeben. Die Kaiserin Katharina erneute sie für ihren Sohn Paul, sobald sie sich auf dem russischen Throne sicher fühlte. Der dänische Minister Graf Bernstorff brachte 1767 einen Vertrag zu Stande, durch welchen Schleswig-Holsteins Besitz der königlichen Linie von Dänemark verblieb; dafür trat sie das Stammland Oldenburg mit Delmenhorst, welches ihr 1667 durch Aussterben der dortigen Linie zugefallen war, an die Verwandten von Holstein-Gottorp ab. Der Vertrag wurde erst 1773 vollzogen, und der Großfürst Paul übertrug mit Zustimmung des deutschen Kaisers Joseph II. das Land Oldenburg dem jüngeren Zweige des Hauses Holstein-Gottorp. So wurde der damalige Fürstbischof von Lübeck, Friedrich August, Herzog von Oldenburg, doch behielt das Bistum mit dem Hauptort Eutin seine besondere Verwaltung. Auch das Domkapitel behielt seine Selbständigkeit wie bisher; öfters geriet es noch wegen seiner Rechte und Besitzungen in der Stadt in Streit mit dem Rat. Die guten Beziehungen zu Preußen erhielt Chasot durch öftere Reisen nach Berlin aufrecht.

König Friedrich II., der seit 1778 als Beschützer der kleineren deutschen Staaten gegen Österreichs Willkür angesehen wurde, erneuerte gern mit ihm die Erinnerung an seine Jugendzeit. Als Chasot 1797 hochbetagt zu Lübeck starb, hatte eine neue Zeit begonnen.

Der zunehmende Wohlstand, dessen sich Lübeck seit der Mitte des Jahrhunderts erfreute, wird bezeugt durch die in einigen Häusern noch jetzt vorhandenen künstlerisch ausgeschmückten Säle und Gesellschaftsräume, welche in Wandgemälden und Stuckverzierungen den Rococostil zeigen. Auch der Audienzsaal des Rathauses zeigt diesen Schmuck; die Wandgemälde daselbst malte der Italiener Stefano Torelli, der von Dresden, wo er für den prachtliebenden Kurfürsten August III. thätig war, 1759 nach Lübeck berufen wurde, 1762 von hier nach Petersburg ging¹. Das Wohlgefallen an feinerer Ausstattung der Räume hing zusammen mit der Ausbreitung französischer Bildung unter den höheren Ständen; ebenso der Geschmack an französischem Schauspiel und italienischer Oper, wie man sie damals in Berlin Dresden Hamburg bewunderte. Die erste italienische Oper wurde in Lübeck 1746 aufgeführt von der Gesellschaft des Pietro Mingotti, die vorher in Hamburg gespielt hatte². Ein neues Schauspiel- und Opernhaus wurde 1752 erbaut auf einem der drei Grundstücke, die jetzt zusammen das Kasino bilden³. Es konnte nicht fehlen, daß die Freude an diesen Dingen zu der bisher herrschenden streng kirchlichen Richtung in Gegensatz trat. Aber das 18. Jahrhundert hat diesen Gegensatz im wesentlichen ausgeglichen und dadurch überwunden, daß der ausländischen Kultur die eigene Entwicklung des deutschen Geistes kräftig zur Seite trat. Auch daran nahm man in Lübeck teil, zumal da von dem benachbarten Hamburg manche Anregung ausging. Musik und Dichtkunst begannen auf weitere Kreise veredelnd zu wirken, litterarische Bildung wurde wertgeschätzt; dadurch entging die aufstrebende Zeit der Gefahr des Erstarrens in den alten Formen des kirchlichen und politischen Lebens.

Die Musik galt von Alters her als dienendes Glied beim Gottesdienst wie bei weltlichen Festlichkeiten⁴. Selbständige Musikaufführungen

¹ Seine Tochter wurde Chasots Gattin; v. Schlözer S. 145.

² C. Stiehl, Musikgeschichte der Stadt Lübeck (1891) S. 39.

³ Mitt. d. V. f. lüb. Gesch. 3, 29. 31.

⁴ Vgl. den Schluß des Statuts der Zirkelgesellschaft 1429; L. II. 7, 322.

veranstaltete in Lübeck zuerst der berühmte Organist Dietrich Burchhude seit 1673: es waren die alljährlich zur Adventszeit an fünf Sonntagen in der Marienkirche stattfindenden Abendmusiken¹. Daneben entfaltete sich nun auch die weltliche Konzertmusik. Die beiden Amtsnachfolger Burchhudes waren vor ihrem Eintritt in Lübeck an der Hamburger deutschen Oper thätig, die seit 1678 dort festen Bestand gewonnen hatte; sie brachten in Lübeck auch außerhalb der Kirche Musikaufführungen zu Stande; seit 1733 gab es regelmäßige Winterkonzerte. Damit war die Pflege der Musik auch den Familienkreisen nahe gelegt, und im Anschluß an die Dichtkunst kam bald auch das deutsche Lied zu Ehren.

Als deutsche Dichter standen zu Anfang des Jahrhunderts in Hamburg Brockes und Hagedorn in Ansehen; 1751 kam Klopstock dorthin und nahm 1771, aus Kopenhagen zurückgekehrt, dauernd dort seinen Wohnsitz. Mit ihm zugleich verließ sein Jugendfreund Joh. Andreas Cramer Kopenhagen und nahm die Berufung als Superintendent nach Lübeck an. Seine religiösen Gedichte, von denen er eine Sammlung in Druck gab, ehe er 1774 als Konsistorialrat nach Kiel ging, haben neben Klopstocks Gesängen ihre Stelle in der deutschen Litteratur². Ein anderer Freund Klopstocks, der ihm in Kopenhagen nahe trat, war H. W. Gerstenberg, aus Tondern in Schleswig gebürtig³. Dieser lebte 1775 bis 1784 als dänischer Resident in Lübeck, vielfach mit Dichtung und Schriftstellerei beschäftigt, auch mit Lessing in Beziehung, der 1767—70 in Hamburg das deutsche Schauspiel zu Ehren gebracht hatte. Öfters erschien in Lübeck Joh. Heinrich Voß, 1782—1802 Rektor des Gymnasiums in dem Nachbarort Eutin. Dort verweilte Herzog Peter von Oldenburg, Nachfolger Friedrich Augusts (S. 123), als Fürstbischof jährlich einige Monate und wußte seinem Hof durch Pflege der Künste Bedeutung zu geben⁴; namentlich waren die beiden Grafen Stolberg, mit Voß schon 1772 als Mitglieder des Hainbundes in Göttingen eng verbunden, an diesem Hofe angesehen. Wenn Voß nach Lübeck kam, so verkehrte er meist in dem Hause des Domisyndicus G. fr. Buchholz; dort

¹ C. Stiehl S. 14 f. und Zeitschr. f. lüb. Gesch. 5, 172 f. Um Burchhude zu hören, kam 1703 Händel, 1705 Bach nach Lübeck; Spitta Leben Bachs S. 252.

² Gervinus, Geschichte der deutschen Dichtung (1853) 4, 162.

³ Ebd. S. 208. 376.

⁴ W. v. Bippen, Eutiner Skizzen (1859). W. Herbst, Joh. Heinr. Voß, Bd. 2 (1872).

rat ihm dessen jüngerer Amtsgenosse Christian Adolf Overbeck nahe, der ebenfalls schon in Göttingen mit ihm verkehrt hatte. Die Freundschaft mit diesem Manne, dessen gemüthvolle lyrische Gedichte in dauerndem Andenken geblieben sind, gewann für Voß solchen Wert, daß er, auch nachdem er Eutin verlassen hatte, mit ihm in stetem Briefwechsel blieb. Overbeck wurde 1800 zum Rathsherrn, 1814 zum Bürgermeister gewählt und hat vielfach anregend und segensstiftend gewirkt¹. Unter den jüngeren Männern, die von ihm gefördert wurden, sind besonders zu nennen Georg Philipp Schmidt, der als Dichter nicht unbekannt ist², A. D. Gütschow und C. G. Curtius, welche beide als Syndici ihrer Vaterstadt wertvolle Dienste leisteten³, und Asmus Carstens aus Schleswig, welcher in Lübeck zu höherem Streben ermutigt 1788 nach Berlin ging, um dann in Rom als Begründer der neuen deutschen Malerei zu wirken⁴. Seinem Vorbilde folgte Friedrich Overbeck, der Sohn des Bürgermeisters, der 1806 nach Wien, 1810 nach Rom ging, wo er bald in Gemeinschaft mit Cornelius die deutsche Malerei zu hohem Ruhm brachte⁵.

So entwickelte sich seit etwa 1770 in Lübeck ein reges geistiges Leben, welches die Herrschaft des ausländischen Geschmacks verdrängte. Im Schauspielhause sah man zuerst am 4. Februar 1788 Schillers Don Carlos⁶; am 11. November 1793 wurde Mozarts Don Juan zum ersten Mal gegeben⁷. Der feinsinnige Franzose Charles de Villers, welcher vor den Schrecken der Revolution aus seinem Vaterlande entflohen war und 1797 nach Lübeck kam, fand hier besonders im Hause des Rathsherrn Rodde, dessen Gattin die gelehrte und zugleich lebensfluge Tochter des Göttinger Professors A. E. Schlözer war, die Anregung zu seinem Bemühen, die Franzosen mit den Vorzügen der deutschen Litteratur bekannt zu machen⁸.

¹ Overbeck war 1755 zu Lübeck geboren, starb 1821. Lebensbeschreibung von seinem Sohn C. G. Overbeck 1830.

² Schmidt von Lübeck, geb. 1765, später Bankdirektor in Altona, starb 1849. J. f. Hach, Lüb. Blätter 1850, S. 320 ff.

³ P. W. Curtius, Anton Dietrich Gütschow, 1838. W. Plesching, Carl Georg Curtius, 1860.

⁴ Fernow, Carstens Leben und Werke, herausg. von H. Riegel, 1867.

⁵ Kugler, Geschichte der Malerei 3³, 229. Fr. Pecht, Deutsche Künstler des 19. Jahrhunderts, erste Reihe, 1877.

⁶ M. Junck, Lüb. Blätter 1868, S. 15.

⁷ Stiehl, Musikgesch. S. 41.

⁸ W. v. Bippen, Preuß. Jahrbücher 1871, S. 268 ff.

Eine bleibende Frucht jener Zeit ist die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit¹, welche sich am 27. Januar 1789 auf Betreiben des Predigers Ludwig Suhl zunächst als litterarische Gesellschaft bildete und 1793 sich den noch jetzt gültigen Namen beilegte, indem sie von der gegenseitigen Anregung der Mitglieder weiter schritt zu praktischer Wirksamkeit. Ihre ersten Direktoren waren Suhl und Overbeck. Die Mitgliederzahl stieg bis zum Jahre 1800 auf 188, 1806 auf 251, sank dann in ungünstiger Zeit herab, doch nie unter 100, und war von 1814 bis zur Gegenwart in stetigem Fortschreiten. In wöchentlichen Zusammenkünften, seit 1806 nur während des Winters, werden belehrende Vorträge gehalten oder Beschlüsse gefaßt über gemeinnützige Unternehmungen, deren weitere Förderung den besonderen Ausschüssen und Instituten der Gesellschaft obliegt. Dem Bürgersinn bietet sich hier ein weites Feld zu nützlicher Thätigkeit. Durch Beiträge der Mitglieder, Schenkungen und Vermächtnisse, seit 1827 auch durch die von ihr gegründete Spar- und Anleihekasse, gewann die Gesellschaft allmählich ansehnliche Mittel. Auch in anderen deutschen Städten rief der humane Geist der Zeit solche Vereinigungen ins Leben; mit der schon 1765 in Hamburg gegründeten Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe tauschte die Lübecker Gesellschaft frühzeitig Mittheilungen aus, später auch mit denen in Nürnberg Frankfurt a. M. Riga Basel und anderen. Eine Bibliothek und eine naturgeschichtliche Sammlung wurden gleich nach der Stiftung begründet; die ersten praktischen Unternehmungen richteten sich auf Vorkehrungen zur Rettung der im Wasser Verunglückten, öffentliche Badeanstalten, Ausbildung von Wundärzten, Speiseanstalten für Bedürftige, Einrichtung einer Sonntagsschule für die in Werkstätten beschäftigten Knaben, einer Industrieschule für dürftige Mädchen. Auch die Gründung der Seebadeanstalt in Travemünde, welche 1801 ins Leben trat, ist durch Verhandlungen der Gesellschaft angeregt und durch Übernahme einiger Aktien von ihr gefördert worden².

Ein Vorbild gemeinnütziger Fürsorge hatte die städtische Verwaltung schon 1783 gegeben durch Gründung der Armenanstalt, welche zu den bereits bestehenden Stiftungen und zu der kirchlichen Armenpflege ergänzend

¹ Ad. Hach, Die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit während der ersten hundert Jahre ihres Bestehens, 1889.

² Hach S. 67.

und ausgleichend hinzutrat. Die Stadt wurde in Bezirke geteilt, in welchen erwählte Armenpfleger unter Aufsicht einer leitenden Behörde die Gaben sammelten und verteilten; das Betteln wurde verboten. Für irrsinnige Arme, die früher in engem Gewahrsam, Dorenkiste genannt¹, vor dem Mühlenthor gehalten wurden, sorgte man 1786 durch Erbauung eines Irrenhauses. Um Geldbedürftige gegen Wucherer zu schützen, wurde 1789 ein Leihhaus gegründet und unter Aufsicht einer besonderen Behörde gestellt.

Auch das Schulwesen sollte verbessert werden, doch kam dies zunächst nur bei der Hauptschule, dem Katharineum, zur Ausführung. Nachdem schon 1741 der Rektor v. Seelen in seinem Bericht an die Schulbehörde² über viele Übelstände sowohl des Gebäudes als der Schuleinrichtungen geklagt hatte, wurde einiges durch die Schulordnung von 1755 verbessert; aber die Schülerzahl nahm stetig ab; sie betrug 1783: 61, 1793: 49, 1798 nur 27 Schüler. Wohlhabende Eltern schickten ihre Söhne lieber in Privat-Institute, wo sie die neueren Sprachen lernen und die für den Kaufmannsstand nützlichen Kenntnisse erwerben konnten, auch von der Verpflichtung zu Kirchengesang und Leichenbegleitung frei waren. Im Jahre 1801 wurde am Katharineum ein neuer Lehrplan eingeführt, der besondere Abteilungen für die zu bürgerlichen Berufsarten bestimmten Schüler anordnete und zugleich den Unterricht in den Gymnasialklassen mannigfaltiger gestaltete; der kirchliche Dienst hörte auf, da die seit der Stiftung bestehende Stelle des Kantors beim Tode ihres Inhabers 1802 nicht wieder besetzt wurde. Die Zahl der Lehrer wuchs auf 13, die Schülerzahl betrug bald wieder über 200.

Die Volksschulen blieben einstweilen noch bei der alten Ordnung, wonach in jedem der fünf Kirchspiele einige „Schreib- und Rechenmeister“ und für die jüngeren Kinder „Lesemeister“ unter Aufsicht des ältesten Ratsyndikus als Vorsitzenden des Konsistoriums angestellt waren³, angewiesen auf dürftige Einnahmen an Schulgeld und unzureichende Räumlichkeiten. Einer späteren Zeit blieb es vorbehalten, durch Ausbildung tüchtiger Lehrer und reichliche Aufwendung aus städtischen Mitteln der heranwachsenden Jugend die größte Wohlthat zu erweisen.

¹ v. Melle S. 335.

² Lüb. Blätter 1841, 193 ff.

³ v. Melle S. 367. Vgl. Lüb. Blätter 1835, S. 271 ff.

2. Das Eintreten der französischen Fremdherrschaft.

Auf die Friedenszeit, deren sich seit 1763 ganz Deutschland erfreut hatte, folgte von 1792 an eine gewaltige Kriegszeit, die dem altersschwachen deutschen Reich den Untergang bereitete und über alle Glieder desselben schweres Unheil brachte. Lübeck erlitt dabei so harte Schicksale, wie niemals in früherer Zeit.

Der mißlungene Angriff, welchen Oesterreich und Preußen 1792 gegen Frankreich richteten, hatte zur Folge, daß die Franzosen in raschem Vordringen den größten Teil der deutschen Rheinlande besetzten. Sie behaupteten ihre Eroberung in den Kämpfen der folgenden Jahre. Preußen erkannte 1795 im Frieden zu Basel die Abtrennung des linksrheinischen Gebietes an und vereinbarte zum Schutz Norddeutschlands mit dem siegreichen Gegner eine Grenzlinie, welche die französischen Truppen bei dem weiteren Kriege gegen Oesterreich nicht überschreiten sollten. Die drei Hansestädte hatten, da der Krieg seit Anfang des Jahres 1793 auch als Reichskrieg gegen Frankreich geführt war, wiederum nach Reichstagsbeschluß Zahlung zur Kriegsrüstung geleistet und mußten auch zum Unterhalt der preussischen hannöverschen und braunschweigischen Truppen, die 1796 die Grenzlinie beschützten, das ihrige beitragen¹. Andererseits waren sie bemüht, ihre von Frankreich früher anerkannte Neutralität zu erhalten, konnten aber die Aufhebung der über ihre Schiffe in französischen Häfen verhängten Beschlagnahme nur durch eine ansehnliche Zahlung, die namentlich Hamburg zu leisten hatte, erreichen². Nachdem 1797 auch Oesterreich Frieden geschlossen hatte, wurde auf dem Kongreß zu Rastatt über die Friedensbedingungen für das deutsche Reich verhandelt. Man kam zu dem Ergebnis, daß die Reichsfürsten, welche auf dem linken Rheinufer Gebiet verloren hätten, durch Einziehung geistlicher Gebiete entschädigt werden sollten; auch die Selbständigkeit der Reichsstädte schien bereits bedroht³. Die drei Hansestädte erkaufen die weitere Gunst Frankreichs 1798 durch Bewilligung einer Anleihe. Frankreich forderte 18 Millionen francs, doch wurde nur etwa die Hälfte

¹ Becker 3, 395.

² A. Wohlwill, Hanische Geschichtsblätter 1875, S. 66 ff. 99.

³ Hänßler, Deutsche Geschichte 2³, 184 f. (1862).

aufgebracht. Lübeck sollte 4 Millionen zahlen; es blieb bei $1\frac{1}{2}$ ¹, immerhin eine schwere Last für den Kaufmannsstand, der den Seehandel aufrecht zu halten bemüht war.

Der Kongreß zu Rastatt löste sich 1799 auf, ehe er mit seinen Beratungen zu Ende war; es begann ein noch bedeutenderer Krieg, da England Rußland Österreich sich gegen Frankreich vereinigt hatten. Der Ausgang aber entschied zu Gunsten Frankreichs, und noch während des Krieges hatte das neutrale Norddeutschland die wachsende Gefahr zu empfinden. Kaiser Paul von Rußland, unwillig über die Politik seiner Verbündeten, schloß 1800 mit Schweden Dänemark und Preußen ein Bündnis zum Schutz der neutralen Staaten gegen Übergriffe der englischen Seemacht: die Folge davon war, daß preußische Truppen das Kurfürstentum Hannover, dänische Truppen die Städte Hamburg und Lübeck besetzten². An Widerstand war nicht zu denken; 12 000 Dänen rückten am 20. März 1801 in Hamburg, 2500 am 5. April in Lübeck ein. Schon hieß es, die beiden Städte würden unter dänischer Hoheit wieder mit Holstein vereinigt werden, aber die Ermordung des russischen Kaisers brachte einen Wechsel der Politik hervor. Sein Nachfolger Alexander I. söhnte sich alsbald mit England aus, Preußen und Dänemark zogen ihre Truppen zurück. Am 23. Mai war Lübeck wiederum frei, aber mit banger Besorgnis sah man in die Zukunft. Inzwischen war der Friede zu Cünevillle geschlossen, und auf dem Reichstag zu Regensburg wurde nun die früher in Rastatt geplante Gebietsverteilung zum Abschluß gebracht. Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 überwies die meisten geistlichen Staaten und Reichsstädte denjenigen Fürsten, welche ihre Ansprüche auf Entschädigung mit Erfolg geltend gemacht hatten. Zu den 6 Reichsstädten, die verschont blieben, gehörten auch die 3 Hansestädte. Dies Ergebnis war nur durch eifrige Unterhandlungen und Zahlungen an die Mächthaber in Paris erreicht. Wenn fürstliche Gesandte dort um die Gunst des Konsuls Bonaparte buhlten, um Vergrößerungen zu erlangen³, so hatten die Gesandten der Hansestädte wenigstens eine edlere Aufgabe, nur das bestehende zu erhalten, aber die Erniedrigung Deutschlands empfanden sie nicht minder. Lübecks Vertreter war der Ratsherr Matthäus Rodde, ein begüterter Kaufmann, der auch in Rastatt schon

¹ Wehrmann, Zeitschr. f. lüb. Gesch. 3, 67.

² Häußer 2, 346.

³ Ebd. S. 369.

zugegen gewesen war und seinen kaufmännischen Kredit einsetzte, um die nötigen Zahlungen zu beschaffen. Der Minister Talleyrand erhielt von den 3 Hansestädten zusammen 200 000 francs, außerdem mußten seine Sekretäre und der Bevollmächtigte in Regensburg, Laforest, mit Geschenken bedacht werden¹.

Das Bistum Lübeck wurde nun ganz mit dem Herzogtum Oldenburg vereinigt. Schwierigkeiten aber entstanden wegen der davon getrennten Besitzungen des Domkapitels und wegen der in Holstein und Mecklenburg gelegenen Besitzungen von Lübecker geistlichen Stiftungen. Das St. Johannisfloster besaß etwa 24 Dörfer teils in der Nähe der Stadt teils weiterhin in Holstein, das Heilige Geist-Hospital etwa 18, zum Teil in Mecklenburg, der St. Clemens-Kaland 4 in Holstein. Ein Vergleich mit Dänemark über die in Holstein gelegenen Dörfer wurde schon 1802 abgeschlossen, aber erst 1806 zur Ausführung gebracht²; danach ging das Hoheitsrecht über die Mehrzahl der Dörfer auf die dänische Regierung über, während die üblichen Abgaben den Lübecker Stiftungen verblieben. Unter Lübecks Hoheit aber kamen von den Dörfern des Johannisflosters die nach Travemünde zu belegenen: Dummersdorf Kükniß Herrenwif Siems Pöppendorf Rönnau, halb Teutendorf, von den Dörfern des h. Geist-Hospitals: Diffau Krumbeck und halb Curau. An Mecklenburg mußten nach dem Wortlaut des Regensburger Beschlusses die dort belegenen Dörfer des Heiligen Geist-Hospitals abgetreten werden, dafür wurde die Halbinsel Priwall als zu Lübeck gehörig anerkannt und eine Entschädigung aus dem Gebiet des Bistums und des Domkapitels verheißen. Aber die Festsetzung derselben in dem Vertrage mit Oldenburg, welcher 1804 zum Abschluß kam, fiel für Lübeck ungünstig aus. Der Herzog von Oldenburg, nicht geneigt, irgend einen Teil des bischöflichen Gebiets abzutreten, erwarb vielmehr auch noch einen Teil der sogenannten Kapitelsdörfer, da er bei den Verhandlungen sich auf den Schutz seines mächtigen Verwandten, des Kaisers von Rußland, berufen konnte; man drohte in Petersburg mit einem Handelsverbot³. Lübeck erhielt schließlich die Domherrenwohnungen nebst Zubehör in der Stadt, die Dörfer Brodten,

¹ K. Klug, Lüb. Blätter 1856, S. 8.

² G. W. Dittmer, Gesch. des Johannisflosters (1825), S. 183. Desselben Gesch. des h. Geist-Hospitals u. S. Clemens-Kalands (1838) S. 35 ff. 150.

³ Wehrmann, Zeitschr. f. Lüb. Gesch. 3, 79.

Teutendorf andere Hälfte, Jvendorf Genin Vorrade Ober- und Nieder-Büßau Dänischburg¹. Die Domherren blieben für ihre Lebenszeit im Besitz ihrer Wohnungen und gewisser Einkünfte; erst 1871 starb der letzte von ihnen.

Während durch diese Verträge das Stadtgebiet, abgesehen von den in Lauenburg gelegenen Dörfern (S. 122), in dem Umfang, den es noch heute hat, festgesetzt wurde, beschloß man die Stadt selbst gegen die Folgen schlimmer Kriegsgefahr dadurch so gut als möglich zu sichern, daß man sie entfestigte. Das gleiche geschah in Hamburg. Die hohen Wälle, die lange Zeit als unentbehrlicher Schutz betrachtet waren, aber gegen eine anrückende Armee doch nicht ernstlich verteidigt werden konnten, wurden an mehreren Stellen abgetragen und der Zugang zu den Thoren frei gemacht. Leider war diese Arbeit noch nicht weit genug gefördert, als das gefürchtete Unheil eintrat.

Nach kurzer Friedenszeit brachen 1803 neue Zwistigkeiten zwischen Frankreich und England aus. Französische Truppen besetzten alsbald das Kurfürstentum Hannover, ohne den mit Deutschland bestehenden Frieden zu achten. Dadurch wurden die Mündungen der Weser und Elbe den englischen Schiffen verschlossen, wenngleich die Städte Bremen und Hamburg noch mit Besatzung verschont blieben. Lübeck hatte zunächst Vorteil davon, denn so zahlreich kamen nun englische Schiffe in die Trave, daß man die Ladeplätze des Hafens weit vor die Stadt hinaus verlängern mußte und ein lebhafter Wagenverkehr nach dem Binnenlande sich entwickelte. Aber bald verlangte der französische Kommandant von Hannover, da dieses Land die geforderten Zahlungen nicht aufbringen konnte, eine abermalige Anleihe von den Hansestädten. Lübeck mußte in den Jahren 1804 und 1805 455 000 Mark Banco und außerdem auf besonderes Verlangen des Generals Berthier 300 000 francs hergeben², Hamburg 3 Millionen francs. Der lebhaftere Handelsverkehr Lübecks dauerte noch fort bis zum Jahre 1806, dann aber brach im Zusammenhang mit dem Sturz Preußens das Unheil herein.

Nach der unglücklichen Schlacht bei Jena und Auerstädt zog das besiegte preußische Heer sich in nördlicher Richtung zurück. Fürst Hohen-

¹ Der Vertrag, von Wehrmann a. a. O. besprochen, ist abgedruckt S. 99 ff.

² K. Klug, Geschichte Lübecks während der Vereinigung mit dem französischen Kaiserreiche (1856) I, S. 2.

lohe ergab sich mit dem von ihm geführten Heeresteil am 28. October bei Prenzlau den nachsetzenden Franzosen; General von Blücher aber wandte sich mit etwa 11 000 Mann westwärts nach Mecklenburg, zog die bisher vom Herzog Karl August von Weimar befehligte Heeresabteilung, ebenfalls 11 000 Mann, an sich und beschloß, mit diesen Truppen die Gegner zu beschäftigen, bis die in Ostpreußen noch bereit stehenden Truppen mit den verbündeten Russen vereint die Oder erreicht hätten¹. Aber er wurde von stärkeren französischen Streitkräften, 53 000 Mann unter Bernadotte Soult und Murat, heftig bedrängt, und da er den Elbübergang bei Boizenburg nicht erreichen konnte, wandte er sich nach Lübeck: hier sollten die von Märschen und Gefechten ermüdeten Truppen, deren Zahl bereits um 4000 vermindert war, einige Rast finden. Im Herzogtum Lauenburg standen damals 1500 Mann Schweden, die als Verbündete Englands dort eingerückt waren, als Preußen vor Ausbruch des Krieges, noch im Bunde mit Frankreich, das Kurfürstentum Hannover besetzt hatte (April 1806). Diese waren beim Herannahen der französischen Übermacht auf schleunigen Rückzug bedacht. Sie drangen am 3. November in Lübeck ein, indem sie das geschlossene Mühlenthor gewaltsam öffneten, und nahmen im Hafen eine Anzahl Schiffe in Beschlag, mit denen sie an den beiden folgenden Tagen die Stadt verließen, um über Travemünde in die Heimat zurückzukehren. Am 5. November Vormittags kamen die ersten preussischen Abteilungen an, am Nachmittag rückte die Hauptmacht ein. Blücher begab sich alsbald in das Rathaus und erklärte dem versammelten Rat², er bedaure den Drang der Umstände, diese Stadt berühren zu müssen, er verspreche strengste Mannszucht und möglichste Schonung der Stadt, brauche aber Geld Brot und Schuhe für seine Truppen; alles solle gegen Quittung später bezahlt werden. Der Bürgermeister v. Brömbßen erwiderte, die Stadt sei im Kriege neutral, müsse aber der Gewalt weichen. Blücher wiederholte seine beruhigenden Zusicherungen; darauf wurden die Truppen einquartiert und die Lieferungen angeordnet.

Blücher hoffte sich einige Tage in Lübeck behaupten zu können, aber schon am nächsten Morgen griffen die Franzosen mit Übermacht an; es

¹ Häußer 3, 38. M. Lehmann, Scharnhorst (1886) I, 458.

² Das Ratsprotokoll ist mitgeteilt von W. Brehmer, Mitt. d. V. f. Lüb. Gesch. I, 167.

war der 6. November, ein Schreckenstag für Lübeck¹. Soult und Murat rückten von der Lauenburger Seite heran gegen das Mühlen- und Hürterthor; Bernadotte von Mecklenburg her gegen das Burgthor. An allen drei Thoren waren Truppen und Geschütz zur Verteidigung aufgestellt; am besten schien das Burgthor gesichert, da auch auf der seitwärts liegenden Bastion Bellevue Geschütze standen. Aber gerade hier entschied sich der Kampf zum Nachteil der Preußen. Draußen am Lauerholz entspann sich das erste Gefecht mit der dort lagernden Vorhut; sie mußte weichen, und die Franzosen brachten nun ihr Geschütz auf die Höhe des Heiligen Geist-feldes und drangen dann gegen den schmalen Zugang vor, der zwischen Trave und Wakenitz nach dem äußeren Thorgitter führte. Einige Zeit stand das Gefecht unentschieden; dann aber wurden die vordersten preussischen Geschütze in den Thorzingel, zwischen dem Gitter und dem inneren Thor, zurückgezogen, und auf der minder verteidigten Wakenitzseite drang eine französische Abteilung, indem sie das Geländer der Brauer-Wasserkunst überstieg, in den Thorzingel ein und brachte die Verteidiger in Verwirrung. Um 1 Uhr Mittags war das Thor erstürmt, und nun begann ein erbitterter Straßenkampf. Zweimal drängte Blücher die Franzosen bis zum Koberg (jetzt Geibelplatz) zurück, aber sie stürmten mit Übermacht wieder vor. In der Nähe des Rathauses tobte der Kampf noch längere Zeit, dann mußte sich Blücher zum Rückzug durch das noch frei gebliebene Holstenthor entschließen. Die Feinde hatten inzwischen die Verteidiger der beiden andern Thore im Rücken angegriffen; trotz tapferer Gegenwehr drangen nun auch die Truppen Murats und Soult's ein. Nachmittags 3¹/₂ Uhr war die ganze Stadt in den Händen der Franzosen. Gegen 5000 Preußen, unter den Offizieren die Obersten Scharnhorst und York, gerieten in Gefangenschaft, der Rest des Heeres sammelte sich bei Schwartzau.

¹ Eine Schilderung auf Grund eigener Erlebnisse und mehrerer bald danach erschienenen Schriften, namentlich des Briefes von Ch. de Villers an die Gräfin Fanny Beauharnais, gab der Syndicus Curtius in den Neuen Lüb. Blättern 1835, S. 330 ff. Über die Einzelheiten des Kampfes vgl. W. Brehmer ebd. 1857, S. 21 ff. Th. Holm 1876, S. 301 ff. Droysen, Leben Yorks. M. Lehmann, Scharnhorst 1, 463 ff. Fr. Wigger, Geschichte der Familie v. Blücher 2, 327 ff. (1878). Die neuerdings (1890) von P. Foucart, Campagne de Prusse Prenzlow-Lubeck, aus den Pariser Archiven veröffentlichten Berichte der französischen Heerführer sind in deutscher Übersetzung in den Mitt. d. V. f. Lüb. Gesch. Heft 5, S. 49 ff. mitgeteilt.

In der Stadt aber begannen nun die durch den Kampf erbitterten französischen Soldaten eine schonungslose Plünderung, indem sie in die meist verschlossenen Häuser eindringen und die Einwohner mißhandelten oder zur Flucht nötigten. Hier sah der sechsjährige Knabe Helmut von Moltke, dessen elterliche Wohnung am alten Schranken nicht verschont blieb, zuerst in seinem Leben Schreckensscenen des Krieges, die sich ihm tief einprägten. Scharnhorst schrieb drei Tage darauf in einem Briefe¹, er habe Dinge gesehen, „die selbst dem größten Teil der erfahrenen Krieger zum Glück für die Menschheit unbekannt bleiben.“ Vergebens bemühten sich an mehreren Stellen französische Offiziere, dem wüsten Treiben Einhalt zu thun; endlich schaffte die Ermüdung Ruhe. Schon Nachmittags war ein Teil des feindlichen Heeres zum Holstenthor hinausgezogen, um die Preußen zu verfolgen; am 7. Vormittags sah sich Blücher genötigt, mit 9400 Mann bei Ratkau die Waffen zu strecken. Hätte er sich nach Holstein gewandt, so hätten die bei Stockelsdorf stehenden dänischen Truppen sich mit der französischen Übermacht gegen ihn vereinigt; Travemünde konnte er vielleicht noch erreichen, aber dort waren keine Schiffe bereit. Er erhielt Erlaubnis, sich nach Hamburg zu begeben, dort wurde er nach vier Monaten ausgewechselt gegen einen bei Kolberg gefangenen französischen Marschall. Scharnhorst wurde schon nach einigen Tagen gegen einen französischen Oberst ausgewechselt; Dörfler erhielt die Freiheit, nachdem er zwei Monate als Verwundeter in Lübeck zugebracht hatte. Die Unterbringung der bei Ratkau gefangenen Preußen vermehrte in Lübeck die Not und Verwirrung; erst am 8. November wurde die Ordnung hergestellt. Bernadotte, der im Roddeschen Hause Wohnung genommen hatte, erließ auf dringende Vorstellungen des Rats und des Herrn de Villers, der unermüdlich um Vermittelung bemüht war², ein strenges Verbot gegen weitere Plünderung.

Von den Schweden hatte nur ein Teil, da widriger Wind die Schiffe hemmte, Travemünde erreicht und entkam zur See; viele gerieten bei Schlutup in französische Gefangenschaft, wurden aber von Bernadotte mild behandelt und bald entlassen. Damit legte dieser fluge General, der unter den französischen Befehlshabern die meiste Menschlichkeit bewies, den Grund zu seinem Ansehen in Schweden; vier Jahre später berief ihn der kinderlose König Karl XIII. zum Thronfolger.

¹ Lehmann S. 468.

² K. Klug, Lübb. Blätter 1856, S. 6 ff.

Blüchers mutige Gegenwehr hatte die preußische Waffenehre aufrecht erhalten in einer Zeit, wo es not that gegenüber den vielen Beweisen des Kleinmuts und der Feigheit. Aber durch die Zuchtlosigkeit der Feinde war über eine friedliche Stadt schweres Unheil gekommen. Der französischen Besetzung wäre Lübeck auf keinen Fall entgangen, da die Niederlage Preußens ganz Norddeutschland in feindliche Hand brachte, aber sie hätte sich ohne Blüchers Dazwischenkunft in milderer Weise vollzogen, sowie Hamburg am 19. November von Hannover aus besetzt wurde. Die Not der nächsten Tage nach der Eroberung war unbeschreiblich. Mit größter Mühe wurde die Verpflegung der Tausende von einquartierten Soldaten Verwundeten und Gefangenen ermöglicht. Der Hamburger Rat leistete dazu einen Vorschuß an Lebensmitteln, der 1808 mit 16 836 Mark lüb. zurückgezahlt wurde¹. Auch aus Holstein kam reichliche Zufuhr infolge eines Gesuchs, das der Lübecker Rat an den in Kiel weilenden Kronprinzen von Dänemark richtete. Schwer zu leiden hatten die Dörfer der Umgegend, die liefern mußten, was nur möglich war.

In der Stadt wurden am 9. die schlimmsten Spuren des Kampfes beseitigt; zahlreiche Wagen schafften die in den Straßen liegenden Leichen hinaus. Aber nun begannen die dauernden Leiden der Fremdherrschaft. Zunächst mußten den höheren französischen Offizieren ansehnliche Geschenke gemacht und tägliche Tafelgelder gezahlt werden. Marschall Bernadotte empfing 100 000 francs, seine Adjutanten je 300 Louisd'or, die Generale Berthier und Maison je 50 000 francs, der Kriegskommissar Dolfus 46 000 francs u. s. w.; die Tafelgelder betrugen täglich 4152 francs². Gleichzeitig sammelte die am 16. November eingesetzte Unterstützungskommission freiwillige Gaben an Geld und Lebensmitteln, um den vom Unglück besonders betroffenen Einwohnern aufzuhelfen. Sie nahm bis zum September 1807 an Geld 29 059 Mark lüb. ein, wovon aber 23 791 Mark von auswärts, namentlich von Hamburg kamen. Selten sind die Gegensätze des Hochmuts feindlicher Sieger und des Elends der Besiegten in einer Stadt so hervorgetreten, wie in jenen Tagen zu Lübeck.

Vier Gesandte des Rats und der Bürgerschaft, geführt von dem zum Bürgermeister erwählten Matthäus Rodde, der im Dezember 1804 den Kaiser Napoleon bei der Krönung in Paris als Mitglied einer

¹ Klug S. 12.

² Ebd. S. 5.

hanfischen Gesandtschaft begrüßt hatte, reisten nach Berlin, um dort von dem Kaiser Erleichterung der Kriegslasten und Bestätigung neutraler Handelsfreiheit für die Stadt zu erbitten. Sie wurden am 18. November gnädig empfangen¹; der Kaiser bedauerte die Plünderung und versprach Verminderung der Besatzung und der Lazarete, aber von seiner Politik könne er nicht weichen: die Häfen des europäischen Festlands müßten den Engländern verschlossen sein, auch Frankreichs Seestädte hätten darunter zu leiden. Am 21. November erschien die kaiserliche Verordnung über die „Kontinentalsperre“, welche nicht nur den Schiffsverkehr mit England untersagte, sondern auch alle in den Festlandshäfen lagernden englischen Waren mit Beschlagnahme belegte. Doch wurde den Kaufleuten gestattet, diese Waren zurückzukaufen und dann in den Verkehr zu bringen. Der Wert der in Lübeck lagernden englischen Waren wurde auf 2 070 000 francs angeschlagen; ein Teil dieser Summe wurde aufgebracht, viele Waren aber später auf französischen Befehl vor dem Burgtor verbrannt².

Der Handelsverkehr geriet nun völlig ins Stocken, da Englands Flotte die Meere beherrschte und die Festlandshäfen für blockiert erklärte. Im Jahre 1806 waren noch 1508 Schiffe in Lübeck angekommen, in den folgenden Jahren sank die Zahl herab auf 389, 51, 86, 78, meist kleine Schiffe aus Dänemark³. Unter solchem Druck mußte die Stadt verarmen; sie hielt sich nur dadurch, daß von den in früherer Zeit gesammelten Kapitalien der Kaufleute und ihrem Kredit in umfassender Weise Gebrauch gemacht wurde, um den sich stets erneuenden französischen Forderungen zu genügen. Die Stadtkasse nahm zunächst freiwillige Darlehen an, die meist durch Wechsel auf Paris und Hamburg aufgebracht wurden; sie betrugen Ende 1809 über 6 Millionen Mark lüb.⁴ Außerdem aber mußte man sich auch zu gezwungenen Anleihen entschließen. Die bürger-schaftlichen Kollegien willigten ein, daß jeder Bürger nach seinem Vermögen zu einem Vorschuß herangezogen werde, der verzinslich sein und nach fünf Jahren allmählich zurückgezahlt werden sollte; wer 80 000 Mark besaß, mußte 2000 Mark geben. Auch das Vermögen der wohlthätigen

¹ Der Bericht Roddes über die Audienz ist veröffentlicht von W. Brehmer, Mitt. d. V. f. lüb. Gesch. 1, S. 5 ff.

² Klug S. 7. ³ S. 8.

⁴ Klug 2, 158. Vgl. W. Brehmer, Der Staatshaushalt der freien und Hansestadt Lübeck in den Jahren 1872—81, S. 94, wo über die allmähliche Abtragung der in der französischen Zeit gemachten Anleihen Nachricht gegeben ist.

Stiftungen wurde dabei in Anspruch genommen. So brachte man bis zum April 1807 die Summe von 836 225 Mark auf; es wurden aber noch drei weitere Anleihen nötig bis zum Januar 1809; der Gesamtbetrag war 2 664 718 Mark (= 3 197 661 Reichsmark jetziger Währung).

Die sichtbarste Not wurde einigermaßen gemildert durch den Abzug der meisten feindlichen Truppen. Murat und Soult räumten die Stadt schon in den nächsten Tagen, Bernadotte zog im Dezember ab, um in Ostpreußen gegen die Russen zu kämpfen, aber eine Besatzung von etwa 3000 Mann blieb zurück zum Schutz der Magazine und Lazarete, und die Bürger empfanden täglich, was es bedeute, daß die Stadt ihre Freiheit verloren habe. Zu denen, welche in der Unglückszeit verarmten, gehörte auch der Bürgermeister Rodde, der oft der Stadt mit seinem Kredit geholfen hatte. Er geriet 1810 in Konkurs, da seine Schulden 2½ Millionen Mark betrugen, und zog sich ins Privatleben zurück.

3. Lübeck unter französischer Herrschaft. Die Befreiung 1813.

Nach dem Frieden zu Tilsit (Juli 1807) wurde Marschall Bernadotte vom französischen Kaiser zum General-Gouverneur der drei Hansestädte und Befehlshaber der im nordwestlichen Deutschland zurückgebliebenen Truppen ernannt. Er nahm seinen Wohnsitz in Hamburg und zeigte sich leutselig im Verkehr, doch mußten die Kosten seines glänzenden Haushalts unweigerlich aufgebracht werden. Im Frühjahr 1809 wurde er mit dem größten Teil seiner Truppen zur Teilnahme am Kriege gegen Österreich berufen. Dadurch wurde die strenge Bewachung der Seehäfen gelockert; es entwickelte sich besonders in Hamburg ein lebhafter Schleichhandel mit England. Napoleon aber, bisher noch überall siegreich, beschloß dem ein Ende zu machen durch völlige Vereinigung des nordwestlichen Deutschlands mit dem französischen Kaiserreich. Man hatte sich in den Hansestädten mit dem Gedanken des Anschlusses an den Rheinbund schon vertraut gemacht und dem habgierigen Gesandten Napoleons in Hamburg, Bourienne, manche Geschenke zukommen lassen, um seine Fürsprache für Erhaltung möglicher Selbständigkeit zu gewinnen. Aber Napoleons Machtspruch, der im Dezember 1810 verkündet wurde, duldete keinen Widerspruch. Mit dem Jahreschluß wurden in Lübeck wie in Hamburg die öffentlichen Kassen versiegelt und der Beginn einer

neuen Verwaltung verkündet; die Einführung französischer Einrichtungen an Stelle der altgewohnten Stadtverfassung ließ nicht lange auf sich warten.

Der letzte Beschluß von größerer Bedeutung, der noch unter der alten Verfassung vom Rat verkündet wurde, betraf die Verbesserung der Volksschulen. Am 26. Januar 1810 wurde ein aus Ratsherren Geistlichen und Bürgern bestehendes Schulkollegium eingesetzt, welches die Schulen unter seine Obhut nehmen sollte, nachdem seit Ostern 1807 durch die Bemühungen der gemeinnützigen Gesellschaft ein Lehrerseminar ins Leben getreten war. Man erkannte, daß in dieser schweren Zeit die Pflege der geistigen Güter besonders wichtig und nötig sei. Was in Preußen geschah nach dem in Memel gesprochenen Königswort¹: „Der Staat muß durch geistige Kräfte ersetzen, was er an physischen verloren hat,“ das blieb den in Lübeck um das Gemeinwohl besorgten Männern nicht unbekannt. Aus kleinen Anfängen ging eine dauernd segensreiche Einrichtung hervor.

Am 16. Februar 1811 war der Rat zum letzten Mal versammelt, um von dem französischen Präfecten des Departements der Elbmündungen, einem der deutschen Sprache kundigen, auch wohlwollend gesinnten Holländer, Baron de Konink, die Anordnungen der neuen Regierung zu vernehmen². Der Rat wurde aufgelöst, die meisten Ratsherren aber in die neu gebildeten Behörden aufgenommen. Gerichtsbarkeit und Verwaltung wurden nach französischem Grundsatz getrennt; ein Obertribunal wurde als Gericht eingesetzt, an die Spitze der Verwaltung trat der bisherige Bürgermeister Tesdorpf als Maire, ihm beigeordnet als Maire-adjoint der bisherige Syndikus Gütschow und ein Municipalrat von 21 Mitgliedern. Mit schwerem Herzen leisteten diese Männer dem französischen Kaiser den Treueid, aber wenn die Stadt nicht der Willkür fremder Beamten oder gar niedrig denkender Anhänger der Fremdherrschaft preisgegeben werden sollte, so mußten wohl die Sachverständigen im Amte bleiben, so schwer ihnen auch die veränderten Vorschriften und die Abhängigkeit von fremdem Befehl erscheinen mochten. Als General-Gouverneur der drei im nordwestlichen Deutschland neugebildeten Departements regierte in Hamburg der strenge, jedoch auf Gerechtigkeit bedachte Marschall Davout.

¹ Häußler 3, 174.

² Klug 1, 29 ff.

Nach einigen Tagen wurden auch die anderen Beamten, die Geistlichen und Lehrer vereidigt. Die altgewohnten und hochgehaltenen Zeichen der Selbständigkeit, die an den öffentlichen Gebäuden angeschlagenen Stadtwappen und die weißrote Schiffsflagge, mußten verschwinden; doch behielt das neue Wappen die alten Farben unter dem Schutz eines kaiserlichen Adlers bei. Die Truppen der Stadt, damals 475 Mann zählend, wurden am 25. Februar auf der Parade versammelt und aufgelöst; etwa 200 von ihnen traten, gleich denen von Hamburg und Bremen, in ein französisches Regiment. Die Bürgerkompanieen wurden aufgelöst, ohne sich noch einmal zu versammeln; die Waffen wurden abgeliefert. Die Polizeiverwaltung übernahm ein französischer Kommissar, welcher angewiesen war, den Wohnungswechsel, den Aufenthalt Fremder in der Stadt, Zeitungen Buchhandel und Theater zu überwachen; seine Berichte gingen nach Hamburg und bereiteten der Verwaltung des Maire manchmal Schwierigkeiten. Der Maire Tesdorpf, welcher sein mit Ehren geführtes Bürgermeisteramt nicht vergessen konnte, erbat schon im Juli seine Entlassung; sein bisheriger Stellvertreter Gütschow nahm das undankbare Amt auf sich, das ihn öfters in Gegensatz zu den Wünschen der Bürger brachte, und führte es mit solcher Geschicklichkeit, daß er auch später, als die Zeiten sich geändert hatten, hohes Vertrauen genoß. Für die Rechtspflege wurden im August die französischen Gesetzbücher, mit beigelegter Übersetzung, eingeführt; der oberste Gerichtshof der drei Departements war zu Hamburg. Dem Lübecker Gerichtshof, an dessen Spitze im Januar 1812 ein französischer Präsident Namens Verquin trat, waren ein Handelsgericht und drei Friedensgerichte untergeordnet. Die schreckenden Zeichen der älteren Rechtspflege, Halseisen Pranger und Galgen, mußten verschwinden. Manches war einfacher und besser geregelt in dem neuen Gerichtswesen; ebenso brachte auch die Verwaltung zweckmäßige Neuerungen, namentlich die Numerirung der Häuser nach den Straßen, die Einrichtung der Civilstandsregister und das Verbot, Leichen innerhalb der Stadt zu begraben. Schwerer gewöhnte man sich an die Vorschrift der bürgerlichen Eheschließung vor dem Maire. Tief eingreifend in das gewerbliche Leben war die Aufhebung der alten Zunftrechte. Jeder, der eine Patentsteuer bezahlte, konnte nun Handel und Gewerbe betreiben. Das kam besonders den Juden zu gute, die bis dahin von der Stadt ausgeschlossen in Moisling hatten wohnen müssen und nur Kleinhandel betreiben durften. Auch für manche

andere konnte die Wegräumung veralteter Einschränkungen ersprießlich sein; einstweilen aber lagen Handel und Gewerbe sehr darnieder, und schwer lastete der Steuerdruck¹. Außer der Grundsteuer von städtischem und ländlichem Besitz mußte eine Personal- und Mobiliensteuer, ferner eine Thür- und Fenstersteuer gezahlt werden; indirekte Abgaben waren auf Wein Bier Brantwein Spielkarten und Fuhrwerk gelegt; dazu kam die Stempelsteuer und die Garantiegebühr für Gold- und Silbersachen. Von vielen Waren wurden hohe Eingangszölle erhoben durch Zollwächter, die in den Dörfern rings um die Stadt postiert waren. Auch in Travemünde war eine Zollwache, aber der Schiffsverkehr hatte fast gänzlich aufgehört; nur die Fischer fuhren mit besonderer Erlaubnis hinaus, um ihr Gewerbe zu treiben. Im März 1812 begann man mit dem Bau einer Citadelle an der Einfahrt des Hafens, wozu 2—300 Arbeiter herangezogen wurden; einige Kaperschiffe wurden ausgerüstet, die auf schwedische Handelsschiffe Jagd machen sollten; bedeutende Erfolge haben sie nicht gehabt.

Endlich wurde auch die Aushebung (Conscription) für die französische Flotte und Landarmee eingeführt, mit besonderer Strenge für die Flotte. Die im Jahre 1811 dazu tauglich befundenen, 125 an Zahl, wurden unter militärischer Bedeckung nach Hamburg geführt, 50 von ihnen weiter nach Antwerpen und von da auf verschiedene französische Kriegsschiffe verteilt². Für die Aushebung zur Landarmee war Stellvertretung zulässig; die noch wohlhabenden konnten für 2—3000 Mark, 1812 beim Ausbruch des Krieges mit Rußland für 4—6000 Mark sich Stellvertreter verschaffen. Die ausgehobenen, jährlich etwa 100, wurden teils als Küstenwache verwendet, teils in französische Linienregimenter eingereiht, die bei dem Feldzug gegen Rußland zu Grunde gingen. Die Bevölkerung der Stadt war gegen früher zurückgegangen; manche Häuser standen leer. Die am 1. Januar 1812 vorgenommene Volkszählung³ ergab 25 771 Einwohner in der Stadt und vor den Thoren, wovon 203 im französischen Militärdienst: bei den großen Rüstungen zum russischen Feldzug war damals die Besatzung nur gering; im August 1812 aber wurde sie plötzlich auf 6000 Mann verstärkt, da eine englische Flotte sich in der Ostsee zeigte.

Bei diesen betäubenden Zuständen mußten noch mancherlei Ausgaben für Festlichkeiten, welche die französische Regierung anordnete, geleistet

¹ Klug 1, 62 ff.

² Ebd. S. 75.

³ S. 107.

werden; am 31. März 1811 zur Feier der Geburt eines kaiserlichen Prinzen, am 9. Juni zur Feier der Taufe, am 15. August zur Geburtstagsfeier des Kaisers, am ersten Sonntag des Dezember zur Feier seines Krönungstages. Zur Feier der Taufe mußte auch eine Deputation von drei Vertretern der Stadt nach Paris reisen, denn die 49 „guten Städte“ des Kaiserreichs, zu denen die drei Hansestädte gehörten, mußten vollzählig vertreten sein. Als die Deputationen, nach den Städten alphabetisch geordnet, dem Kaiser vorgestellt wurden, richtete er an den Maire-adjoint Gütschow zwei kurze Fragen, wie er heiße und was er früher gewesen sei, und wandte sich dann zu dem Maire von Lyon mit den Worten: „Siehe da, Lyon dicht bei Lübeck¹.“ Die Kosten dieser Reise mit dem bei den Festlichkeiten nötigen Aufwande betrugen 24 000 francs. Zu derselben Zeit forderte der Präsekt von der Stadt die Zahlung von 512 000 francs für noch rückständige Kriegssteuern von 1807. Zwei Drittel dieser Summe mußten sofort von den noch wohlhabenden Einwohnern aufgebracht werden; was diese für den Anteil der ärmeren vorgeschossen hatten, wurde durch Verteilung der Beträge auf die nächsten zwanzig Wochen allmählich von den ärmeren eingezogen². Die Stadtkasse sah sich im August 1811 genötigt, das Silberzeug des Rats, welches an die Tage alter Größe erinnerte, verkaufen zu lassen. Die schönen Pokale, Schalen und Leuchter wurden abgewogen zu 6409 Lot und für 10 778 Mark lüb. verkauft³. Im Mai 1812 wurden die Vorräte des Ratsweinfellers unter den Hammer gebracht; die edlen Weine ergaben nach Abzug der Auktionskosten, worunter 9953 Mark für Einschreibgebühren an die französische Steuerkasse, den ansehnlichen Betrag von 296 385 Mark⁴.

Unerträglich lastete der Druck der Gewaltherrschaft auf Lübeck wie auf ganz Deutschland. Als im Frühjahr 1812 die großen Truppenzüge nach Rußland begannen und neue Lieferungen zu diesem Kriege ausgeschrieben wurden, fragte man in banger Erwartung, wie das enden solle. Im Oktober kamen die ersten Hoffnung erweckenden Nachrichten von dem Brand in Moskau, von dem Rückzug der großen Armee; die Blicke der Deutschen richteten sich auf Rußland als die befreiende Macht. Zu Anfang des Jahres 1813 sah man auch in Lübeck franke französische

¹ S. 42.

² S. 46.

³ S. 83.

⁴ S. 85.

Offiziere, die mit Not ihre Heimat erreichten. Bald kamen die Nachrichten von dem Vorrücken der russischen Armee, von der Erhebung in Preußen. Dem russischen Hauptheer voran eilten die Kosaken unter einem deutschen Führer, dem General von Tettenborn. Die Kunde von ihrem Eindringen in Berlin erregte am 24. Februar in Hamburg, am 26. in Lübeck einen Aufstand; das Volk riß die französischen Amtsschilder herunter und verjagte die verhaßten Steuerbeamten. Die aus 600 Mann bestehende französische Besatzung in Lübeck zerstreute durch eine über die Köpfe hin abgefeuerte Gewehrsalve die Volkshaufen auf dem Klingenberge, verließ aber am folgenden Morgen in aller Frühe die Stadt. Sie kehrte am 28. noch einmal zurück, aber geringer an Zahl; eine Bürgerwehr wurde von der Stadtbehörde gebildet, um weitere Unruhen zu verhüten. Am 9. März entwichen die Franzosen zum zweiten Mal; am 12. räumten sie auch Hamburg und gingen über die Elbe zurück.

Auf die Nachricht, daß am 18. März Tettenborn mit 1400 Kosaken in Hamburg unter dem Jubel der Bevölkerung eingezogen sei, legten am 19. März in Lübeck der Maire und die Municipalräte ihre Ämter nieder, der frühere Rat trat wieder zusammen. Auf dem Markt¹ versammelten sich die Bürgerwehr, die Älterleute der bürgerchaftlichen Kollegien und eine große Volksmenge. Ein Musikcorps stimmte das Lied „Nun danket alle Gott“ an, das Volk sang in freudiger Rührung mit, und als der fromme Gesang verklungen war, trat Johannes Geibel, der Pastor der reformirten Gemeinde, in die Mitte und rief mit lauter Stimme: „Es lebe Kaiser Alexander, Rußlands Beherrscher, unser Erretter! Es erblühe deutsche Freiheit, deutscher Sinn, deutsche Kraft! Es erhebe sich im Segen Gottes unsere Stadt! Es lebe unsere Obrigkeit!“ Diesen Worten folgte ein brausendes Hoch; freudige Begeisterung durchdrang die Versammelten. Als um 4 Uhr die Ratsitzung zu Ende war, wurden die Wagen der beiden Bürgermeister Linderberg und Tesdorpf von Menschenhänden durch die dicht gefüllten Straßen gezogen; am Abend waren die Häuser erleuchtet. Das war der Tag der Befreiung. Aber man fühlte dabei, daß man von ausländischem Schutze abhängig sei, und daß die Befreiung Deutschlands erst noch in schweren Kämpfen gesichert werden müsse.

¹ S. 134.

Am 21. März, einem Sonntag, Mittags 1 Uhr hielt der russische Oberstlieutenant von Benkendorf, mit 250 Kosaken von Hamburg her kommend, unter Glockengeläut seinen Einzug durch das Mühlenhor. Eine berittene Bürgerschar von 150 Mann hatte ihn an der Grenze des Stadtgebiets begrüßt; vor dem Thore war die Bürgerwehr zu Fuß und die bürgerchaftlichen Korporationen aufgestellt; eine fröhliche Volksmenge begleitete den Zug. In den nächsten Tagen meldeten sich, der von Tettensborn erlassenen Aufforderung entsprechend, 272 Freiwillige zum Eintritt in die hanseatische Legion, die unter russischer Führung kämpfen sollte. Zur Ausrüstung der ärmeren brachte man, trotzdem die Mittel sehr erschöpft waren, bald 90 000 Mark zusammen. Am 31. März zogen 120 von ihnen nach Hamburg, wo die Legion gebildet wurde; am 2. April weihte Pastor Geibel auf dem Markte die Fahne und die Reiter-Standarte für die Lübecker Abteilung der Legion; beide Feldzeichen hatten ein rotes Kreuz auf weißem Grunde mit der Inschrift: „Gott mit uns.“ Bald wuchs die Zahl der aus Lübeck in den Kampf ziehenden auf mehr als 800. So nahm Lübeck vollen Anteil an der nationalen Erhebung, die leider nicht ganz Deutschland in gleicher Weise durchdrang.

Am 2. April fand bereits das erste Treffen des deutschen Befreiungskrieges bei Lüneburg statt; Russen und Preußen vereinigt nahmen den französischen General Morand mit seinem Corps von 2500 Mann gefangen. Aber die Hauptmacht rückte nur langsam von Schlesien nach Sachsen vor und kam nicht weit über Dresden hinaus; für den nordwestlichen Kriegsschauplatz waren nur schwache Streitkräfte bereit, die sich unter Führung des aus England gesandten Grafen Wallmoden erst ordnen sollten. Die hanseatische Legion, zu welcher Hamburg zwei Bataillone Fußvolk, vier Schwadronen Reiter und zwei Batterien, Lübeck ein Bataillon und zwei Schwadronen stellte, zählte nicht viel über 3000 Mann; dazu kamen 3 Bataillone Mecklenburger, 5 hannöversche Bataillone, die erst neu gebildet waren, ein preussisches, ein russisches, ein Dessauer Bataillon und die russische Reiterei; im ganzen etwa 12 000 Mann¹. Dagegen rückten 30 000 Franzosen unter Davout und Vandamme heran, um namentlich Hamburg wiederzuerobern. Wallmoden versuchte die Elbübergänge zu schützen; das Lübecker Bataillon hatte den Zollen-

¹ Häufiger 4, 175. Klug 2, 26.

spießer unweit Bergedorf zu verteidigen und half hier am 9. und 13. Mai die Feinde zurückdrängen¹, aber von Harburg her setzten die Franzosen sich auf der Insel Wilhelmsburg fest, und da die Aussicht auf dänische und schwedische Hilfe vereitelt ward, gab Tettenborn, der in Hamburg befehligte, die Verteidigung bald auf. Am 30. Mai zog Davout als Sieger in Hamburg ein, Tettenborn und Wallmoden führten ihre Truppen nach Mecklenburg zurück.

Hamburg und Lübeck waren damit aufs neue der französischen Herrschaft verfallen und wurden für ihren Abfall bestraft. Am schwersten hatte jetzt Hamburg zu leiden; es mußte eine Kriegsteuer von 48 Millionen francs bezahlen, und die Einwohner wurden rücksichtslos zur Schanzarbeit herangezogen, denn es sollte eine französische Festung werden, in der sich 25 000 Mann verteidigen könnten. Lübeck hatte kurze Zeit sich des wieder eröffneten Schiffsverkehrs gefreut; man zählte 104 ankommende, 162 abgehende Schiffe; nun aber trat die alte Sperre wieder ein, da am 3. Juni dänische, am 7. französische Truppen einrückten. Die Bürger wurden entwaffnet, Magazine und Wohnungen in leerstehenden Häusern für eine Besatzung von 5000 Mann eingerichtet, die rückständigen Steuern eingetrieben, außerdem eine Kriegsteuer von 6 Millionen francs aufgelegt. Am 26. Juni wurden 32 Bürger verhaftet und nach Hamburg geführt², wo man sie auf einem Schiff unterbrachte und streng bewachte; ihnen folgten in den nächsten Tagen noch 36, doch wurden auf Fürsprache des dänischen Konsuls in Hamburg und der dänischen Regierung die meisten bald wieder entlassen, die letzten am 19. Juli. Solche, die bei der Erhebung im März hervorragend beteiligt waren, hatten rechtzeitig Zuflucht in Mecklenburg gesucht, so der Pastor Geibel und der Syndikus Curtius. Letzterer trat mit angesehenen Männern aus Hamburg, die ebenfalls geflüchtet waren, in Verbindung, um bei dem russisch-preussischen Hauptquartier und bei dem Kronprinzen Bernadotte von Schweden, der mit seinen Truppen unthätig bei Stralsund stand, für die Befreiung der Hansestädte zu wirken. Doch der am 4. Juni abgeschlossene Waffenstillstand gab dazu wenig Hoffnung.

Unter der wiedergekehrten französischen Herrschaft wurde das Amt

¹ Zander, Gesch. des Krieges an der Niederelbe (1839). C. f. Gädchens, Die hanseatische Region, Zeitschr. f. hamb. Gesch. N. F. 5, 601 ff. (1889).

² Klug 2, 45.

des Maire in Lübeck dem dänischen Justizrat von Heinze, Gutsbesitzer zu Niendorf, übertragen. Es wird ihm nachgerühmt, daß er sich mit den französischen Behörden gut zu stellen wußte und manche strenge Maßregel milderte; auch vermied der französische Kommandant General Thiebault unnötige Grausamkeit. Aber in der Volksstimmung kam der Unwille über die Fremdherrschaft mehr als früher zum Ausdruck; die Zeit der stummen Unterwerfung war vorüber; man vertraute darauf, daß nach dem Waffenstillstand der Kampf um so kräftiger beginnen werde. Die Truppen der Besatzung hatten oft spöttische Bemerkungen zu hören und wurden bisweilen von Volkshaufen bedrängt. Als am 6. Juli auf dem Markt Truppen gemustert wurden¹, ließ der befehlführende Offizier mehrere Leute, die zu nahe heran drängten, verhaften. Sie wurden wegen der Äußerungen, die sie dabei gethan, und wegen des geleisteten Widerstandes vor ein Kriegsgericht gestellt und einer von ihnen, der Schlachter Prahl, weil er dem Offizier den Degen zu entreißen versucht und weil er schon Tags vorher einer zur Wache ziehenden Abteilung Schimpfworte nachgerufen hatte, zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde am 7. Juli früh auf dem Wall beim Mühlenthor vollstreckt. Marschall Davout aber verhängte als weitere Strafe über die Stadt, daß alsbald 560 Arbeiter zu den Befestigungsarbeiten bei Hamburg geschickt werden sollten. Diese wurden ohne Vermittelung des Maires durch französische Polizeibeamte aufgegriffen und unter militärischer Begleitung abgeführt. Auf der Insel Wilhelmsburg hatten sie schlechte Quartiere und schwere Arbeit; am 22. August wurden die Kranken und bejahrten unter ihnen entlassen, am 30. die übrigen. Die Strafe wurde hart genug empfunden, da zu derselben Zeit auch in Lübeck 500—500 Mann täglich an den Schanzen zu arbeiten hatten. Die Wälle wurden wieder mit Brustwehren und Pallisaden versehen, Außenwerke errichtet, die Bäume vor den Thoren eine Strecke weit abgehauen. Zu den Schanzarbeiten bei Travemünde hatten die Dörfer der Umgegend 400 Mann zu stellen, welche alle fünf Tage durch andere ersetzt wurden. Daneben ging die Beitreibung der Kriegsteuer vor sich, zu welcher 33 Wohlhabendere ganz besonders herangezogen wurden; doch kam schließlich nur eine Summe von 955 567 francs zusammen², dafür wurde vieles an Lieferungen erpreßt. Damit der Gegensatz nicht fehle,

¹ 2, 62.

² S. 53. 72 ff. 78.

wurde der Napoleonstag glänzend gefeiert, und zwar wegen der bevorstehenden Aufhebung des Waffenstillstandes schon am 10. August. In der Marienkirche ward bei feierlichem Gottesdienst ein Tedeum gesungen, am Nachmittag war Parade und Speisung der französischen und dänischen Truppen auf dem Burgfelde; die höheren Offiziere und Civilbehörden speisten besonders unter zwei großen Zelten; in der Stadt wurden die Armen gespeist. Am Abend war die Stadt erleuchtet; im Theater fand ein Ball statt, zu welchem über 300 Personen geladen waren. Manche, die mit ihrer Zusage gezögert hatten, erschienen auf abermalige drohende Einladung.

Wenige Tage darauf begann der Krieg von neuem; in ganz Deutschland fühlte man, daß nun der Entscheidungskampf beginne. Der hanseatischen Legion, welche während des Waffenstillstandes in Mecklenburg Quartiere bezogen hatte, war es nicht vergönnt, an den Hauptschlachten teilzunehmen. Das Wallmodensche Corps, auf 28 000 Mann verstärkt, war zur Beobachtung und Abwehr der Truppen Davouts bestimmt. Dieser rückte zur Unterstützung des von Dudinot gegen Berlin gerichteten Angriffs nach Schwerin vor, kehrte aber auf die Nachricht von der Schlacht bei Groß-Beeren um, ohne daß es zu mehr als Vorpostengefechten gekommen wäre. Beim Rückzug wurde die französische Division Loison von der hanseatischen Reiterei verfolgt; es kam am 1. September bei Hohenvicheln, am 5. bei Schönberg zu größeren Gefechten. Nach dem letzteren machten die beiden Lübecker Schwadronen von den auf Ratzeburg abziehenden Franzosen 400 Mann zu Gefangenen¹ und drangen am Nachmittag, mit den fünf andern Schwadronen vereint, bis in die Nähe von Lübeck vor. Dänische Truppen mit einigen Kanonen zogen ihnen aus der Stadt entgegen. Der hanseatische Anführer, Major von Arnim, erkannte, daß es unmöglich sei, die Stadt einzunehmen, und befahl das Gefecht abubrechen, welches sich vor dem Burgthor bis Wesloe hin entsponnen hatte. Die letzte Kanonenkugel, welche aus einem vor Lauerhof aufgestellten dänischen Geschütz abgefeuert wurde, traf den tapferen Anführer an der Stelle, wo ihm im folgenden Jahre ein Denkmal gesetzt wurde.

Das Lübecker Infanteriebataillon machte am 2. September von Dömitz aus einen glücklichen Streifzug über die Elbe bis Dannenberg,

¹ S. 87.

wobei 150 Franzosen in Gefangenschaft gerieten. Die begleitende Reiterei streifte weiter nach Uelzen und Salzwedel und erbeutete eine französische Kriegskasse. Bei dem größeren Gefecht an der Göhrde, einem Walde westlich von Dannenberg, wo Wallmoden am 16. September eine französische Division von 4500 Mann fast vernichtete, war von den hanseatischen Truppen nur die reitende Artillerie beteiligt; ebenso bei dem kühnen Zug des Generals von Tettenborn nach Bremen. Davout behauptete unterdessen eine gesicherte Stellung längs der Stecknitz; aus Lübeck mußte seinen Truppen viel geliefert werden, ebenso zur Verstärkung der Vorräte in Hamburg. Am 18. September griff Davout die Lützower Freischar bei Jarrentin an der Schal mit überlegener Macht an; das Eingreifen der hanseatischen Reiterei sicherte den Rückzug. Die Legion lagerte darauf zuerst bei Roggendorf, dann bei Gadebusch und rückte erst im November weiter vor, als Davout auf die Kunde von der Schlacht bei Leipzig seine Truppen näher nach Hamburg heranzog. Am 14. November fand ein hitziges Gefecht bei Mölln statt, in welchem die beiden Bataillone der hanseatischen Infanterie 81 Tote und Verwundete hatten, ohne die französischen Verschanzungen nehmen zu können.

Da Napoleon mit dem französischen Hauptheer bereits über den Rhein zurückgegangen war, so war die baldige Befreiung der noch von den Franzosen besetzten deutschen Städte zu erwarten, aber Lübeck und Hamburg hatten gerade in der letzten Zeit noch schwer zu leiden. Lübeck mußte die Verpflegung des dänischen Hilfscorps von 10 000 Mann, welches Davouts Rückzug zu decken hatte, vollständig übernehmen. Als die Lieferungen ins Stocken gerieten, wurden am 29. November 23 Bürger, meist Mitglieder des Municipalrats, verhaftet; 12 von ihnen wurden am 4. Dezember nach Hamburg geführt. Aber nun kam der Tag der endgiltigen Befreiung. Der Kronprinz von Schweden, der einst als französischer General Lübeck erobert hatte, nötigte am 5. Dezember die dänische Besatzung zum Abzug. Er begann damals zum Vorteil Schwedens einen Krieg gegen Dänemark, den er ernstlicher führte als bisher den Krieg gegen seine Landsleute, in welchem ihm unverdienter Weise ein Oberbefehl anvertraut worden war. Die Besatzung Lübecks traf zum Schrecken der Bürger mancherlei Anstalten zur Verteidigung; unter die Holstenbrücke wurden Pulvertonnen gebracht, an den Thoren Kanonen aufgestellt. Aber am Nachmittag entschloß sich der französische General Lallemand, welcher

den Oberbefehl führte, zur Übergabe der Stadt. Abends 9 Uhr rückte die Besatzung ab, gegen 11 Uhr zog der Kronprinz von Schweden ein. Von den hanseatischen Truppen nahm nur eine Reiterschwadron, die in Crummesse lag, an diesem Einzug teil, der durch schwach beleuchtete Straßen ging. Überall waren die Spuren von Mangel und Not zu entdecken, aber man war doch von dem schwersten erlöst. Am andern Morgen versammelte Bernadotte die Mitglieder des früheren Rats und erklärte, daß die alte Verfassung wiederherzustellen sei¹. Die Straßen wurden gereinigt, was während des in letzter Zeit herrschenden Belagerungszustandes sehr unvollkommen geschehen war. Am nächsten Sonntag waren dankerfüllte Gemeinden in den Kirchen versammelt.

Die hanseatische Legion hatte das weitere Vorrücken der Schweden in Holstein zu unterstützen; sie lagerte bald unweit Rendsburg, wo die Dänen sich behaupteten, bis am 14. Januar 1814 der Friede zu Kiel abgeschlossen wurde. In der Zwischenzeit aber vertrieb Davout aus Hamburg Tausende von armen Einwohnern, die sich nicht mit Lebensmitteln für die bevorstehende Belagerung versehen hatten. Die Zeit des Leidens und der Mühen war noch nicht zu Ende, aber opferfreudig harrete man aus. In Lübeck fanden sich vom 31. Dezember an allmählich 5495 Vertriebene ein²; sie wurden mit Aufbietung aller noch vorhandenen Mittel verpflegt. Erst am 31. Mai 1814 zogen die Franzosen aus Hamburg ab; im Juli kehrten die letzten Vertriebenen zurück, doch waren 1002 in Lübeck gestorben. Auch für die hanseatische Legion wurde soviel als möglich gesorgt; zur Beschaffung notwendiger Kleidungsstücke für die Zeit des Winterfeldzugs war ein Frauenverein unermüdet thätig³. Die Truppen verließen vom 17. Januar an Holstein und nahmen dann an der Belagerung Hamburgs teil; manche Ausfallgefechte bei Harburg waren zu bestehen. Im April zogen sie nach Bremen und lagerten dann im Herzogtum Oldenburg; hier konnten sie sich erholen. Am 30. Juni 1814 hielt die Legion, 3227 Mann stark, ihren festlichen Einzug in Hamburg, am 6. Juli zog die Lübecker Abteilung, 602 Mann Fußvolk und 264 Reiter, durch das Mühlenthor in Lübeck ein, freudig empfangen von der ganzen

¹ Klug (2, 127) hebt hervor, daß derselbe Mann, welcher 1806 im Namen Napoleons das Joch der Knechtschaft über Lübeck gebracht hatte, seine Erklärung vom 6. Dezember 1813 mit den Worten schloß: „So wird immer die Gerechtigkeit das von der Gewalt aufgeführte Gebäude zerstören.“

² Klug 2, 136.

³ Ebd. S. 147.

Bevölkerung. Der Dankgottesdienst am nächsten Sonntage versammelte die heimischen Krieger in der Marienkirche, die so manchen Wechsel der Zeiten und Ereignisse gesehen hat. Bald darauf wurden Fahne und Standarte in dieser Kirche aufgehängt und eine Gedächtnistafel angebracht mit den Namen von 38 für das Vaterland gefallenen Söhnen der Stadt. Die meisten von der zurückgekehrten Mannschaft wandten sich zu einem bürgerlichen Beruf; als Garnison blieben nur 150 Mann im Dienst der Stadt. Im Jahre 1815 rückte diese Truppe, verstärkt durch Freiwillige, nochmals ins Feld, kam aber nicht zum Kampfe. Die Kunde von dem herrlichen Siege bei Belle-Alliance, der das französische Kaiserreich zerschmetterte, ward auch in Lübeck mit heller Freude begrüßt. Von der mäßigen Kriegssteuer, welche dem besiegten Frankreich durch den zweiten Pariser Frieden auferlegt wurde, erhielt Lübeck 2 Millionen francs¹; gleich allen Beteiligten viel weniger, als es hatte leisten müssen; wurde doch allein die Summe dessen, was während der zweiten französischen Besitznahme vom 3. Juni bis 5. Dezember 1813 hatte geleistet werden müssen, auf 5 718 958 francs berechnet. Aber der Friede war wieder gesichert; die verloren gegangene Freiheit war durch Ausdauer im Leiden und ruhmvolle Anstrengungen wieder gewonnen, und zwar durch Anstrengungen in großer Gemeinschaft, die das Sonderleben der deutschen Kleinstaaten des 18. Jahrhunderts in Vergessenheit gebracht hatte. Nur als Glied eines deutschen Staatswesens, nicht als neutrale, auf das Ausland schauende Handelsstadt konnte man sich Lübeck für die Zukunft denken.

4. Die Zeit der Herstellung 1814—1848.

Durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses, zu welchem auch die Hansestädte ihre Vertreter entsandten, wurde Lübeck als eine der vier freien Städte des Deutschen Bundes anerkannt. Es erhielt damit die Möglichkeit zurück, sich auf eigne Weise zu entwickeln. Die Furcht, es möchte unter dänische Herrschaft kommen, erwies sich als unbegründet; zu sehr war auch in den letzten Zeiten der nationale Gegensatz hervorgetreten, da Dänemark Frankreichs treuer Verbündeter gewesen war. Aber Holstein blieb als deutsches Bundesland unter dänischer Herrschaft, mit Schleswig

¹ Klug 2, 161.

durch alte gemeinsame Rechte, nicht aber durch den neu gestifteten deutschen Bund vereinigt. Neu hinzugefügt wurde der dänischen Herrschaft das Herzogtum Lauenburg, Lübecks Nachbarland. Zwar gehörten Holstein und Lauenburg zum deutschen Bunde, aber wenn dänische Bestrebungen in diesen Gebieten das Übergewicht erlangten, so war Lübecks Unabhängigkeit und Wohlstand jedenfalls gefährdet.

Einstweilen richteten sich die Blicke der Bürger mehr auf die inneren Verhältnisse. Es war die Frage, ob man bei Aufhebung der in französischer Zeit aufgezwungenen Einrichtungen einfach zur alten Stadtverfassung zurückkehren oder gewisse Verbesserungen einführen solle. Nach der ersten Befreiung der Stadt im März 1813 war zur rascheren Erledigung derjenigen Geschäfte, die der Rat nicht allein verantworten mochte, ein Bürgerausschuß von 36 Mitgliedern gebildet worden, und zwar in der Weise, daß acht vom Rat aufgeforderte Bürger sich aus jedem Stadtviertel sieben andere beigesellten¹. Dieser Ausschuß trat auch nach der zweiten Befreiung im Dezember wieder hervor, aber bald regte sich der Widerspruch einiger Älterleute der früheren bürgerchaftlichen Kollegien, und es mußte anerkannt werden, daß diese nicht gesetzlich aufgehoben seien. Der Rat richtete nun am 2. März 1814 an die Kollegien einen Antrag auf Revision der Verfassung; zur Beratung darüber wurde eine aus Ratsmitgliedern und bürgerlichen Deputirten gebildete Kommission eingesetzt. Es kam ein Verfassungs-Entwurf zu Stande², welcher an die Stelle der früher gesondert beschließenden Kollegien eine einzige Bürgerschafts-Versammlung von 75 Mitgliedern und einen engeren Ausschuß von 15 Älterleuten setzte und die Gegenstände, über welche der Rat mit diesen beiden Vertretungen zu verhandeln habe, aufzählte. Den Älterleuten war die Vorberatung der an die Bürgerschaft zu bringenden Anträge und selbständige Geldbewilligung bis zur Höhe von 1000 Thalern vorbehalten; die Bürgerschaft sollte regelmäßig sechsmal im Jahre zusammentreten und außerdem, so oft Rat oder Älterleute es für nötig finden würden. Die Zusammensetzung der beiden Vertretungen sollte auf den bisher berechtigten Kollegien beruhen; jedes sollte aus seiner Mitte eine

¹ Klug, Geschichte Lübecks 2, 22.

² Abgedruckt N. Lübb. Blätter 1842, zu S. 8. In diesem Aktenstück findet sich öfters der Ausdruck Senat, der schon in früheren Aktenstücken, z. B. in dem Schreiben des Rats an den Bürgermeister von Hóveln 1669 (S. 105) öfters gebraucht wird; die amtliche Benennung der obersten Behörde war aber bis 1848 „Ein hochedler Rath.“

Anzahl Mitglieder erwählen, jedoch die auf die Zirkelkompanie folgenden 7 Kollegien vereinigt als Kaufmannschaft die Wahl vornehmen. Die Zirkelkompanie, damals thatsächlich auf zwei Mitglieder zusammengeschmolzen¹, sollte durch den Eintritt von Rentnern Gelehrten und Gutsbesitzern wiederhergestellt werden. Diese Zusammensetzung hatte das Bedenkliche, daß das Wahlrecht unter die Bürger ungleich verteilt war², die Landleute ganz ausgeschlossen blieben, und vor allem daß die Vertretung auf Sonderung der Stände, nicht auf bürgerlichen Gemeingeist gegründet war. Der Rat trat jedoch am 28. September 1816 dem Entwurf bei und forderte nur geringe Änderungen, namentlich Aufnahme von drei Vertretern der Landleute. Er beantragte zugleich, daß künftig die Bürgerschaft der 75 durch Wahlbürger aus ihrer Mitte an der Ratswahl teilnehmen solle, indem sie acht Wahlbürger erwähle, von denen drei, durch das Los bestimmt, mit drei Ratsherren zusammenträten, um drei Männer zu bezeichnen, von denen dann der Rat einen zu wählen habe.

Mit diesen Anträgen glaubte man berechtigten Wünschen entgegenzukommen, aber das Ergebnis war Ablehnung. Die einen wollten die alten Rechte der bürgerchaftlichen Kollegien ungeschmälert erhalten, die andern forderten freiere Wahlen zur Bürgerschaft. So blieb man für die nächsten Jahrzehnte bei der alten, allerdings umständlichen Verfassung, so daß die Kollegien auch fernerhin einzeln befragt wurden. Nur die Stimme der Zirkelkompanie wurde für einstweilen ruhend erklärt und hörte bald von selbst auf, denn niemand begehrte mehr die Aufnahme in die einst auf ihre Adelsrechte so stolze Gesellschaft, die zuletzt noch 1778 von Kaiser Joseph II. die Bestätigung ihrer Privilegien erbeten und erhalten hatte³.

In gleicher Weise beharrte man auch hinsichtlich der Zulassung neuer Einwohner bei der alten Bestimmung, daß jeder, der Grundstücke

¹ Zeitschr. f. lüb. Gesch. 5, 372.

² Der Vorschlag war: Zirkelkompanie 6 Mitglieder, Kaufmannsstand 39, Krämer 9, Brauer 6, Schiffer 6, Ämter 9, zusammen 75.

³ Das bei Becker I, 448 mitgeteilte Privilegium von 1778 besagt ebenso wie das von 1641, daß die Mitglieder „in Turnieren und Ritterspielen, hohen geistlichen Stiftungen und ritterlichen Orden, wie alle andern des h. römischen Reichs rittermäßige Personen, sollen fähig tauglich und geschickt sein.“ Vgl. Wehrmann, Zeitschr. f. lüb. Gesch. 5, 348. 368. Durch solches Streben nach Adelsrechten hatte die Gesellschaft ihren Boden im Bürgertum verloren; schon 1737 zählte sie nur drei Mitglieder, 1778 sechs.

kaufen und selbständig Handel oder Gewerbe treiben wolle, das Bürgerrecht erwerben müsse, und zwar die Fremden mit doppelter Abgabe¹. Die Handwerker, welche in der französischen Zeit nur auf Gewerbeschein gearbeitet hatten, wurden angewiesen, sich in die Ämter aufnehmen zu lassen. Bei den hinsichtlich der Mitgliederzahl geschlossenen Ämtern wurde gestattet, daß sie einstweilen als Freimeister ohne Gesellen arbeiteten². Gewerbefreiheit galt noch als schädliches Hindernis für den bürgerlichen Wohlstand der berechtigten. Die Juden, damals 260 Köpfe zählend, wurden wieder nach dem Dorfe Moisling verwiesen³, obwohl sie sich mit einem Schutzgesuch an den deutschen Bundestag zu Frankfurt gewandt hatten, weil im 16. Artikel der deutschen Bundesakte zugesichert war, daß die Bundesversammlung in Beratung ziehen werde, wie „auf eine möglichst übereinstimmende Weise ihnen der Genuß der bürgerlichen Rechte in den Bundesstaaten verschafft und gesichert werden könne.“ Aber die Beratung kam zu keinem Abschluß und so blieb es bei der weiteren Bestimmung jenes Artikels, daß „den Bekennern dieses Glaubens bis dahin die denselben von den einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten“ werden sollten. Bis 1848 bestand demnach die bürgerliche Zurücksetzung der Juden in Lübeck; die christlichen Bekenntnisse dagegen waren nach der Bestimmung der Bundesakte gleichberechtigt. Aufgehoben wurde die nach französischem Recht gültige bürgerliche Eheschließung; doch blieb die Einrichtung der Civilstandsregister insoweit erhalten, daß die Geburten Heiraten und Sterbefälle nach Verordnung vom 12. Mai 1813 bei der Senatskanzlei angemeldet werden mußten⁴.

In manchen äußeren Einrichtungen kehrte man ebenfalls zu dem früheren Brauch zurück, obwohl während der Fremdherrschaft zweckmäßigeres bestanden hatte. Die Häuser waren auf Befehl der französischen Behörde nach Straßen numerirt; nun aber wurde die 1796 angeordnete Zählung nach den vier Stadtquartieren hergestellt, die im Oberstadtbuch⁵ beibehalten war. Erst 1884 ist die Zählung nach Straßen wieder eingeführt worden. Ebenso kehrte man zu der Thorsperre zurück, einer Einrichtung vom Jahre 1802, die damals als Erleichterung des Verkehrs

¹ Verordnung von 1810, abgedruckt im Anhang zum ersten Bande der „Sammlung Lübeckischer Verordnungen und Bekanntmachungen“, welche mit 1813 beginnt.

² Klug 2, 139.

³ S. o. S. 110. Lüb. Bl. 1835, S. 205 ff.

⁴ Klug 2, 23. 136.

⁵ S. Bd. 1, S. 91.

gegolten hatte, in der französischen Zeit aber beseitigt war¹. Wenn früher mit eintretender Dunkelheit die Thore geschlossen wurden, so daß Reisende und Einheimische sich erst umständlich bei der Wache ausweisen mußten, um Abends noch Einlaß zu finden, so war 1802 angeordnet, daß in den ersten Abendstunden Wagen und Fußgänger gegen eine Abgabe eingelassen werden sollten, der Thorschluß erst um Mitternacht eintrete. Die daraus der Stadtkasse zufließende Einnahme wollte man nicht entbehren, obgleich über Erschwerung des Verkehrs geklagt wurde und eine größere Entwicklung der Vorstädte nicht zu hoffen war, so lange die Thorsperre blieb. Sie hat sich, durch veränderte Bestimmungen im Laufe der Zeit etwas erleichtert, bis 1864 erhalten.

Die Rückkehr zum alten war übrigens auch in der größeren Nachbarstadt Hamburg überwiegend. Auch dort hielt sich der Zunftzwang bis 1848, die Juden wurden erst 1842 zum Erwerb von Grundeigentum, 1849 zum Bürgerrecht zugelassen; die Thorsperre bestand bis 1860².

Das Gerichtswesen und die Verwaltung wurden im wesentlichen nach der früheren Weise hergestellt. Als Gerichte bestanden das Niedergericht, das Landgericht, die Wette, das Obergericht, letzteres nicht mehr vom ganzen Rat gebildet, sondern von vier Rats Herrn und den beiden Syndici unter Vorsitz eines Bürgermeisters. Als oberste Instanz trat 1820 das Ober-Appellationsgericht der vier freien Städte Deutschlands in Thätigkeit. Dieses erhielt seinen Sitz in Lübeck³; es hat durch seine Entscheidungen namentlich in Handelsachen sich eine bleibende Bedeutung in der Entwicklung des deutschen Gerichtswesens gesichert. Bedeutende Juristen waren an diesem Gericht thätig, namentlich der Präsident Heise und die Räte J. F. Hach und C. W. Pauli, beide bekannt als Forscher auf dem Gebiet des lübischen Rechts, welches noch in manchen Stücken als Grundlage der Rechtsprechung galt. Zu einer neuen deutschen Gesetzgebung war die Zeit noch nicht gekommen; für Lübeck wurden 1820 eine neue Hypothekenordnung und eine Vormundschaftsordnung, 1838 eine Notariatsordnung erlassen. Verwaltungsbehörden, an denen wiederum bürgerliche Deputirte teilnahmen, waren nach 1815

¹ Lüb. Blätter 1862, S. 375. 1864, S. 92 und eine besondere Schrift von Deecke, 1864.

² Mönckeberg, Gesch. Hamburgs S. 485 f. Lüb. Blätter 1860, S. 427.

³ Als Amtshaus wurde ihm das geräumige Haus der Zirkelkompanie, Königstraße 21, angewiesen, wohin 1881 das Staatsarchiv verlegt worden ist.

folgende¹: Baudeputation, Bierprobe, Brandversicherung, Central-Armen-Deputation, Commerzdeputation, Consumtions-Accise und Mahlgeld, Dröge, Finanzdepartement, Forstdepartement, Leihhaus, Rechnungs-Revisions-Deputation, Sklavenkasse, Stadtpost, Stempeltaxe und Verkaufsabgabe, Steuerdeputation, Wasserkunst, Zehntenpfennig und Erbschaftssteuer, Zoll und Zulage. Dazu kamen die Vorsteherchaften der Kirchen und wohlthätigen Stiftungen, das Schulkollegium, die Bewaffnungs-Deputation und die Garnisonbehörde. Die Einheit der Verwaltung war dadurch gewahrt, daß überall Ratsmitglieder an der Spitze standen, aber einfach und übersichtlich war die Einrichtung nicht. Die schwierigste Aufgabe hatte das aus 6 Ratsherren und 12 bürgerlichen Deputirten gebildete Finanzdepartement, denn die Staatsschuld, welche zu verzinsen und allmählich abzutragen war, betrug 9 768 412 Mark lüb. (über 11 700 000 Mark jetziger Währung).² Bei großer Sparsamkeit in den Ausgaben war es doch erst 1837 möglich, durch Auslösung städtischer Schuldverschreibungen mit dem Abtragen zu beginnen.

Geringere Ausgaben als in früheren Zeiten erforderte das Kriegswesen, da die Gesetzgebung des deutschen Bundes an die kleineren Staaten in dieser Beziehung geringe Anforderungen stellte und kein Bundeskrieg zu führen war. Neben der kleinen Garnison bestand wie früher die Bürgergarde. Sie sollte nach der Verordnung von 1814 sechzehn Kompanieen zu 120 Mann zählen, in vier Bataillone geordnet, die Bürger und Einwohner vom 18. bis zum 50. Lebensjahre umfassend. Doch beschränkte man sie, da Vollzähligkeit der Kompanieen nicht zu erreichen war, 1829 auf ein aktives Bataillon und ein aus den über 38 Jahre alten gebildetes Reservebataillon. Für das aktive Bataillon wurden im Frühjahr achttägige, im Herbst viertägige Übungen angeordnet, für das Reservebataillon nur zweimalige Musterung³. Die Offiziere ernannte der Senat aus angesehenen Bürgern. Doch fehlte es dieser Bürgergarde an militärischer Haltung, da nur wenige ihrer Mitglieder vorher in der stehenden Truppe gedient hatten; im Jahre 1867 wurde sie aufgelöst. Für die Dienstpflicht im Bundeskontingent, wie die stehende Garnisonstruppe genannt wurde, erging 1831 eine Verordnung, welche die jungen Männer vom 23. bis 25. Jahre für dienstpflichtig

¹ Lübeckischer Staatskalender von 1818; vgl. o. S. 120.

² Klug 2, 159.

³ N. Lüb. Blätter 1835, S. 167.

erklärte; doch waren Lösung und Stellvertretung zulässig. Erst 1834 wurde durch einen Vertrag zwischen dem Großherzogtum Oldenburg und den drei Hansestädten die Vereinigung ihrer Truppen zu einem größeren Ganzen festgesetzt. Lübeck und Bremen hatten danach zusammen ein Bataillon Fußvolf und eine Reiterschwadron zu stellen; die beiden Lübecker Kompanieen sollten 330 Mann zählen; die 61 Dragoner, denen Israelsdorf als Standort angewiesen war, hatten auch Polizeidienst im Landgebiet zu leisten. Die ersten Übungen der oldenburgisch-hanseatischen Brigade fanden im Herbst 1837 im Übungslager bei Falkenberg unweit Oldenburg statt¹. Infolge eines Bundesbeschlusses von 1841 wurde die Truppenzahl verstärkt; Lübeck fügte eine dritte Kompanie hinzu und erhöhte die Zahl der Reiter auf 88. Diese Truppen nahmen 1848 am Bundeskrieg gegen Dänemark teil², ohne besondere Gelegenheit zu Thaten zu finden. Im folgenden Jahre wurde die Bildung eines vollständigen Bataillons Fußvolf für Lübeck beschlossen, die Reiterei ging ein; der Brigadeverband mit Oldenburg wurde durch einen 1855 geschlossenen Vertrag hergestellt.

Gering war in der ersten Zeit nach 1815 die Bauthätigkeit in der Stadt; man beschränkte sich auf das für den Gebrauch notwendige, da überall die Mittel knapp waren. Kostspielig war die Erhaltung der altehrwürdigen Kirchen, die man nicht unterlassen durfte; doch wurde die Kirche des Burgflosters, da sie haufällig war, 1818 abgebrochen, wie es schon früher mit der des Johannisklosters geschehen war. Im Rathause wurde der große Hansesaal, der über dem Sitzungssaal des Senats lag, 1819 in eine Reihe von Amtsstuben umgewandelt³; das Zeughaus am Dom, einst wohlgefüllt mit Kriegsgerät, richtete man 1826 zum Wollmagazin ein, um die jährlichen Wollmärkte zu fördern. An den Thoren beseitigte man die Reste von Festungswerken, die Wälle wurden wieder zu Spaziergängen eingerichtet. Infolge des Schreckens, welchen 1831 und 1832 die ganz Europa durchziehende Cholera erregte, wurde vor dem Burgthor der allgemeine Gottesacker angelegt und damit die alte Sitte des Begrabens in der Stadt⁴, in oder bei den Kirchen, gänzlich aufgehoben. Am Straßenpflaster wurde hie und da gebessert, aber gegen andere Städte blieb man in dieser Hinsicht zurück; erst als 1842 die Unterhaltungspflicht

¹ Lübb. Blätter 1837, S. 325.

² 1849, S. 386.

³ 1880, S. 238.

⁴ Das 1811 erlassene Verbot (S. 140) war nicht zur Ausführung gekommen.

den Hauseigentümern abgenommen und einer städtischen Wegebaudeputation übertragen war¹, konnte den Anforderungen des Verkehrs besser genügt werden. Mit Herstellung ebener Bahnen für Fußgänger wurde 1839 in einigen Straßen begonnen.

Im ganzen bot die Stadt, wie sie um 1830 beschaffen war, das Bild eines friedlich stillen, für gewohnte bürgerliche Thätigkeit und geistige Bestrebungen wohl geeigneten Ortes, der aber seine frühere weitreichende Bedeutung verloren zu haben schien. Da kam in den Handelsverkehr neues Leben durch die Eröffnung regelmäßiger Dampfschiffverbindungen mit Petersburg und Riga 1831. Nach Kopenhagen ging schon seit 1824 wöchentlich zweimal ein Dampfschiff, aber der russische Verkehr gewann weit größere Bedeutung, da die Lübeck-Petersburger Dampfschiff-fahrts-Gesellschaft für eine Reihe von Jahren ein russisches Privilegium hatte; andere Ostseehäfen konnten erst später in diesen Verkehr eintreten. Bald trat auch die Dampfschiffverbindung mit den schwedischen Städten Stockholm und Nstad hinzu. Da war es für Lübeck von der größten Wichtigkeit, auch bessere Landwege zu erhalten. Aber hier trat Dänemarks Mißgunst hemmend ein². Es half wenig, daß Lübeck auf seinem eigenen Gebiet, namentlich nach Travemünde, alsbald Chaussees baute: die Straße zwischen Lübeck und Hamburg blieb in schlechtem Zustande. Erst 1838 wurde nach längeren Verhandlungen die Chaussee zwischen Lübeck und Hamburg vollendet. Aber Dänemark führte nun einen von allen Frachtgütern, die durch Holstein und Lauenburg befördert wurden, zu entrichtenden Durchgangszoll ein. Vergebens beriefen sich die beiden Hansestädte, indem sie sich hilfesuchend an den deutschen Bundestag wandten³, auf die uralte, von den holsteinischen Grafen und dänischen Königen oft bestätigte Zollfreiheit ihres Landverkehrs. Sie mußten 1840 in einem Vertrage mit Dänemark den Zoll auf 28 Jahre zugestehen, Lübeck noch außerdem auf das Hoheitsrecht über die Trave, soweit sie durch holsteinisches Gebiet fließt, verzichten⁴. Mit Mühe wurde die Flußschiffahrt auf der Stecknitz von dem Zoll frei gehalten und dadurch gefördert, daß der bei Lauenburg bestehende Umladezwang durch Beschluß der deutschen Elbschiffahrtskommission 1844 aufhörte⁵.

¹ Zeitschr. f. lüb. Gesch. 5, 239.

² Wehrmann, Die Entstehung und Entwicklung der Eisenbahnverbindungen Lübeck's, Zeitschr. f. lüb. Gesch. 5, 26 ff.

³ Ebd. 5, 498.

⁴ 5, 74. 76.

⁵ 3, 508 ff. 5, 74.

Frühzeitig war auch der Plan, Hamburg und Lübeck durch eine Eisenbahn zu verbinden, aufgestellt; eine englische Gesellschaft erbot sich 1834 dazu. Aber da Dänemark nur die Eisenbahn zwischen Altona und Kiel gestattete, so löste die Gesellschaft, an der Hamburger und Lübecker Kaufleute beteiligt waren, sich 1839 auf. Hamburg, 1842 von dem Unheil des großen Brandes betroffen, erhob sich trotz dänischer Mißgunst bald wieder zu neuer Blüte und sah 1846 die Eisenbahn nach Berlin vollendet. Lübeck, welches der Schwesterstadt treulich Hilfe geleistet hatte¹, hoffte nun wenigstens einen Anschluß an diese Bahn bei Büchen zu erhalten, aber auch dazu verweigerte Dänemark die Erlaubnis, während die Regierungen von Oldenburg und Hannover sich dem 1844 entworfenen Plane, die Bahn von Kiel über Eutin und Lübeck nach Büchen zu führen und bis Lüneburg zu verlängern, geneigt zeigten. Lübecks Handel war aufs schwerste bedroht, wenn es von Eisenbahnverbindungen ausgeschlossen blieb, während die preussischen Ostseestädte Stettin Danzig Königsberg aufstrebten. Eine Bahn in östlicher Richtung nach Mecklenburg, über welche auch verhandelt wurde, konnte doch den Mangel auf den Hauptverkehrsstraßen nicht ersetzen. Lebhaft äußerte sich in Deutschland damals der nationale Unwille gegen Dänemark, als der „offene Brief“ König Christians VIII. die Absicht kundgab, Schleswig-Holstein untrennbar mit dem dänischen Gesamtstaat zu vereinigen. Der Lübecker Senat wurde aufgefordert, beim Bundestage Beschwerde gegen Dänemark zu erheben. Er zog jedoch den Weg gütlicher Verhandlung vor. Eine Gesandtschaftsreise, welche der Senator Dr. Th. Curtius im August 1846 nach Berlin und nach Königswart in Böhmen, dem Schloß des Fürsten Metternich, unternahm, hatte den Erfolg, daß die beiden deutschen Großmächte sich der Sache Lübecks annahmen. Eine von ihm vorgelegte Karte, auf welcher die in Deutschland vorhandenen Eisenbahnen mit roten, die für Lübeck bisher vergebens erstrebten mit schwarzen Strichen bezeichnet waren, bewies deutlich, wie unbillig man gegen die alte deutsche Reichsstadt verfuhr. Die Sache wurde nun auch am Bundestage verhandelt, während zugleich die Gesandten Schwedens und Rußlands sich in Kopenhagen für Lübeck verwandten, weil es als Ostseehafen für ihre

¹ Während des Brandes erschienen Spritzen und Hilfsmannschaften aus Lübeck; ein Hilfsverein brachte Lebensmittel Kleider und eine Geldsumme von 48 000 Mark lüb. zusammen; Lüb. Bl. 1842, S. 158. 175. 230.

Länder besondere Bedeutung habe¹. So gab im Mai 1847 die dänische Regierung nach, vielleicht in der Meinung, desto eher in der schleswig-holsteinischen Sache ihren Willen durchzusetzen. Lübeck erhielt die gewünschte Erlaubnis zum Bau der Bahn nach Büchen; als Gegenleistung mußte es die Einrichtung eines dänischen Posthauses in der Stadt bewilligen und auf die Hoheitsrechte über die Stecknitz im Lauenburger Gebiet verzichten, jedoch mit Wahrung der alten Schiffsfahrtsrechte. Die Ausführung des Baues verzögerte sich durch die Ereignisse des Jahres 1848, aber am 15. Oktober 1851 wurde der Bahnverkehr nach Büchen eröffnet. Damit war die erste der für Lübeck nötigen Bahnverbindungen hergestellt; das weitere blieb fernerem Bemühungen überlassen.

Während dieses Ringens um die Sicherung des Handelsverkehrs war auch die Verfassungsfrage von neuem angeregt worden. Einsichtige Männer wiesen darauf hin, wie ungleich die Vertretung der Bürger durch die alten Kollegien sei², und wie sehr die besonderen Rechte dieser Kollegien, namentlich der Handwerksämter, die Entfaltung des Handels und der Gewerbe hemmten. So wurde 1842 von Rat und Bürgerschaft eine Kommission zur Beratung „über die Mängel der bestehenden Verfassung“ eingesetzt und eine Verordnung erlassen, welche den fabrikmäßigen Betrieb eines Gewerbes von den geltenden Zunftvorschriften befreite. Die Kommission erstattete 1844 ihren Bericht, doch gab es noch manche Meinungsverschiedenheiten. Immerhin war soviel erreicht, daß, als 1848 in ganz Deutschland die große politische Bewegung eintrat, für Lübecks Verfassung reiflich erwogene Vorschläge da waren, die sofort benutzt werden konnten.

Leichter verständigte man sich über eine wichtige Frage der Verwaltung, betreffend das Armenwesen. Hier kam es darauf an, die Wirksamkeit der von Alters her bestehenden öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten und der zahlreichen Privat-Stiftungen und Testamente so zu ordnen, daß der wirklichen Armut kräftiger geholfen werde und eine Beschränkung der bisher zu reichlich gewährten Geldspenden eintrete, um die Einkünfte der Anstalten sicher zu stellen. Die Central-Armen-

¹ Wehrmann S. 63.

² Im Jahrgang 1838 der Neuen Lübeckischen Blätter, S. 226, ist folgende Übersicht mitgeteilt: Kaufleutenkompanie 23 Mitglieder, Schonenfahrer 78, Norgorodfahrer 14, Bergenfaher 37, Rigafaher 16, Stockholmfaher 11, Gewandschneider 10, Krämer 218, Brauer 123, Schiffer 90, die vier großen Ämter 1195.

Deputation, seit 1815 beauftragt, die Jahresrechnungen aller Stiftungen zu prüfen und über das Armenwesen Bericht zu erstatten, wies in dem Bericht von 1844 darauf hin, daß die Verteilung der sogenannten Präbenden (Pröven) fast planlos geschehe, daß die Zersplitterung der für die Armenversorgung bestimmten Kräfte höchst nachteilig sei, daß die 1785 begründete Armenanstalt ungenügende Mittel habe und nur Almosen gewähre, statt durch Anweisung von Arbeit, was in vielen Fällen besser sei, zu helfen. Es wurde daher 1846 eine neue Einrichtung dieser Anstalt beschlossen. Man teilte die Stadt in 38 Bezirke (später 42), deren Pfleger zusammen mit drei Rats Herrn fortan das Armen-Kollegium bildeten, um die Unterstützungsgesuche zu prüfen und die Art der Hilfe festzustellen. Das Vermögen mehrerer alter geistlicher Stiftungen (St. Clemens-Kaland, Bruderschaften, Convente)¹ wurde der Armenanstalt überwiesen, die Einrichtung eines Krankenhauses und einer Kinderpflege-Anstalt beschlossen, das St. Annenfloster, wo auch Kranke und Kinder untergebracht waren, ausschließlich zum Zwangsarbeitshaus bestimmt, während die Armenanstalt ein freiwilliges Arbeitshaus einrichtete. Unter selbständiger Verwaltung blieben das St. Johanniskloster und die Brigittenstiftung, beide für Frauen und Jungfrauen aus den mittleren Ständen, die ein höheres Eintrittsgeld zahlen können, bestimmt, das Heilige Geist-Hospital für Altersschwache, das Waisenhaus, das Irrenhaus, das Burgfloster, dessen Wohnungen an Bedürftige vermietet werden. Aufgehoben wurde das St. Jürgen-Hospital (bisher Siechenhaus) und die St. Gertrud-Stiftung (bisher Armen- und Pockenhaus); ihr Besitz ging teils an die Armenanstalt teils an das Krankenhaus über. Die Kinderpflege-Anstalt bedurfte keines Hauses, da sie die Pfleglinge in Familien unterbrachte; als neue Privatstiftungen entstanden 1844 das Rettungs Haus für verwahrloste Knaben, 1852 das Kinderhospital.

Eine rege Thätigkeit sowohl für praktische Zwecke wie zur Förderung des geistigen Lebens entfaltete die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit. Was für praktische Zwecke geschah, erhielt meist auch die Form des geistig belebenden Unterrichts². Der

¹ Bd. 1, S. 200 f. Die dort nicht genannten Convente waren Stiftungen für bejahrte Frauen; s. Zeitschr. f. Lüb. Gesch. 4, 83. Es bestanden damals noch zwei von den früheren fünf.

² Das folgende nach J. Schubring, Die Verdienste der Lübeckischen Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit um Erziehung und Unterricht, 1889.

Fortführung des bereits erwähnten Lehrerseminars trat 1817 die Turnanstalt zur Seite; sie bestand trotz der ungünstigen Verhältnisse, welche im deutschen Bunde dem Turnbetrieb entgegenwirkten, bis 1839 und wurde 1845 aufs neue ins Leben gerufen. Die Schule für Seefahrer (Navigationschule), schon 1808 von der Gesellschaft begründet, wurde 1825 vom Staat übernommen, da man sie als unentbehrlich für eine Seehandelsstadt erkannte. Die Gewerbeschule, welche 1829—35 neben der Sonntagschule (S. 127) und der freien Zeichenschule bestand, wurde 1841 aufs neue eingerichtet, um die Ausbildung der Handwerkslehrlinge zu fördern, und nahm jene beiden in sich auf; sie entfaltete sich in mehreren Klassen und wurde 1875 vom Staat übernommen. Die Taubstummen-Anstalt, 1828 begründet, wurde 1888 zur Staatsschule. Für Kinder in noch nicht schulpflichtigem Alter, die der häuslichen Aufsicht entbehren, wurden 1835 und 1839 zwei Kleinkinderschulen errichtet; ihre Zahl hat sich später auf fünf vermehrt.

Der wissenschaftlichen Thätigkeit widmete sich seit 1821 ein Ausschuß der Gesellschaft „für das Sammeln und Erhalten der Quellen und Denkmale der Geschichte Lübecks“, der sich später zu dem Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde erweiterte, ferner seit 1838 ein statistischer Verein, dessen Bemühungen seit 1870 von dem statistischen Bureau des Stadt- und Landamts weitergeführt wurden, endlich seit 1841 ein Ausschuß für die Sammlung Lübeckischer Kunst- altertümer, der eine ansehnliche Sammlung auf dem Chor der Katharinenkirche zu Stande brachte.

Außerhalb der Gesellschaft bildete sich 1809 ein ärztlicher, 1820 ein juristischer, 1829 ein theologischer Verein; dazu kam, verschiedene Stände vereinigend, ein Verein für historische Litteratur, durch dessen Erwerbungen, ebenso wie durch die von dem juristischen und dem theologischen Verein abgelieferten Bücher, die Stadtbibliothek bereichert wurde. Der 1838 gestiftete Lübecker Kunstverein ließ es sich besonders angelegen sein, in Gemeinschaft mit gleichen Vereinen benachbarter Städte öffentliche Gemälde-Ausstellungen zu veranstalten; seit 1839 haben diese Ausstellungen in der Regel alle zwei Jahre in der Katharinenkirche stattgefunden. Zur Wiederbelebung des Kunstsinnes hat die Fürsorge, welche man der Erhaltung der Marienkirche widmete, viel beigetragen. Unter den Männern, die hierfür thätig waren, ist der Kunstforscher K. f. v. Rumohr

zu nennen¹, der schon 1813, nach seiner Rückkehr aus Italien, in Fr. Schlegels Zeitschrift „Deutsches Museum“ auf den Kunstwert der „Altentümer des nordalbingischen Sachsens“ hingewiesen hatte. Seine Bemühungen, unterstützt durch Geldbeiträge aus der Bürgerschaft, erwarben der Kirche 1825 eine neue Zierde, das große Gemälde von Fr. Overbeck, welches in der Beichtkapelle hinter dem Hauptaltar aufgestellt ist. Die Herstellung mancher Bauteile der Kirche wurde eifrig betrieben, seitdem 1839 der Kaufmann C. F. Nölting in die Vorsteherchaft eingetreten war, unter kunsthertiger Hilfe des von Rumohr geförderten Malers C. J. Milde². Dieser erwarb sich noch ein besonderes Verdienst durch die Wiederbelebung der einst in Lübeck geübten Glasmalerei, in Gemeinschaft mit dem geschickten Glasermeister Achelius. Beide sorgten dafür, daß die aus der früheren Burgkirche geretteten Glasgemälde in die hohen Fenster des Chors der Marienkirche eingefügt wurden; sie malten auch einige Fenster neu und erwarben sich solchen Ruf, daß sie später (1865) vom Kronprinzen von Preußen den Auftrag erhielten, Glasgemälde für den Kölner Dom zu liefern, die 1870 dorthin gesandt wurden³. Ein zweites Gemälde von Overbeck, dem Meister kirchlicher Kunst, wurde 1846 für die Marienkirche erworben und in einer der nördlichen Seitenkapellen aufgestellt.

Der Pflege der Musik widmete sich, nachdem bereits 1817 zum Gedächtnis Luthers (am 11. November) eine größere öffentliche Aufführung von Händels Messias unter Leitung des Senators R. Ganslandt in der Marienkirche stattgefunden hatte, der 1832 gegründete Gesangverein, welcher am 9. Dezember 1837 zum ersten Mal Mendelssohns Dratorium Paulus unter Leitung des Musikdirektors Gottfried Hermann in der Börse zu Gehör brachte⁴. Für weitere Entwicklung des Konzertwesens sorgte der 1844 gegründete Musikverein, der bis 1885 bestanden hat.

Da in solcher Weise neben dem Handelsverkehr sich das geistige Leben in der Stadt neu entfaltete, erhob sich auch die Gelehrtenschule,

¹ K. F. v. Rumohr, aus einer holsteinischen Adelsfamilie stammend, geb. 1785, machte 1805—11 in Italien seine Kunststudien und lebte später teils auf seinem Gut Rotenhausen unweit Lübeck (bei Crummesse), teils in Hamburg Kopenhagen Berlin; er starb 1843 in Dresden. Biographie von H. W. Schulz, 1844.

² Zeitschr. f. lüb. Gesch. 1, 411. 3, 626. C. J. Milde, 1803 in Hamburg geboren, ging 1826 nach Italien und hatte von 1838 bis zu seinem Tode 1875 seinen Wohnsitz in Lübeck; 1841—64 war er Zeichenlehrer am Katharineum.

³ Lüb. Blätter 1871, S. 205.

⁴ Stiehl, Musikgesch. S. 74. 53.

das Katharineum, zu schöner Blüte unter dem hochbegabten Director Jacob, dem anregende Lehrer, namentlich Professor Classen, zur Seite standen¹. Es zählte 1835: 262 Schüler in 9 Klassen, 1844: 321 Schüler in 11 Klassen mit 16 Lehrern. Unter den Schülern jener Zeit sind drei hervorzuheben, welche die im Gymnasium empfangene klassische Bildung zur Grundlage bedeutenden Wirkens im späteren Leben gemacht haben, die beiden Professoren Ernst und Georg Curtius und der Dichter Emanuel Geibel: vielen jüngeren sind sie Vorbilder gewesen, da sie mit ihrer Vaterstadt stets in lebhafter Beziehung blieben².

Daß Lübeck in Deutschland wieder zu Ansehen gekommen war, zeigte sich 1847 in den beiden Versammlungen, welche trotz der noch fehlenden Eisenbahn Männer aus den verschiedensten Gegenden zu nationalem Streben hier zusammenführten. Im Juni fand ein deutsches Sängerefest statt, das in weiten Volkskreisen das Gefühl der Zusammengehörigkeit neu belebte; im September vereinigten sich in engerem Kreise die deutschen Sprach- Rechts- und Geschichtsforscher zur zweiten Germanisten-Versammlung in Lübeck, nachdem die erste 1846 in Frankfurt a. M. getagt hatte. Die Gelehrten, auf welche Deutschland damals mit besonderem Vertrauen blickte, unter ihnen die Brüder Grimm, Haupt Sachmann Müllenhoff Mittermaier v. Wächter Beseler Ihering Dahlmann Lappenberg Waitz, verständigten sich hier mit praktischen Juristen und anderen

¹ Friedrich Jacob, geb. 1792 zu Halle, 1812 Oberlehrer in Magdeburg, später in Königsberg und Posen, leitete das Katharineum von 1831 bis zu seinem Tode 1854. Von seinen Schriften ist namentlich „Horaz und seine Freunde“ viel gelesen worden. — Johannes Classen, geb. 1805 zu Hamburg, als Student in Bonn Niebuhr nahe stehend, war 1832—53 Professor in Lübeck, dann Direktor des Gymnasiums zu Frankfurt a. M., 1864—74 Direktor des Johanneums zu Hamburg, starb dort 1891. Hohen Wert hat seine erklärende Ausgabe des Thukydides.

² Ernst Curtius, geb. 1814 zu Lübeck als Sohn des Syndikus C. G. Curtius (S. 126), jüngerer Bruder des S. 158 erwähnten, verweilte 1836—42 in Griechenland, wurde 1844 Professor an der Universität Berlin und Erzieher des Kronprinzen von Preußen, 1856 Professor in Göttingen, 1868 wieder in Berlin. Er leitete 1875 bis 1881 die Ausgrabungen in Olympia. Seine Griechische Geschichte ist ein weitverbreitetes Werk von bleibender Bedeutung. — Georg Curtius, geb. 1820 zu Lübeck als dritter Sohn des Syndikus Curtius, wurde 1849 Professor an der Universität Prag, 1854 in Kiel, 1862 in Leipzig, wo er 1884 starb. Seine sprachwissenschaftlichen Forschungen, namentlich über die griechische Sprache, haben vielfach neues Licht verbreitet. — Emanuel Geibel, geb. 1815 zu Lübeck als Sohn des Pastors Joh. Geibel (S. 143), war 1838—40 zusammen mit E. Curtius in Griechenland, lebte dann abwechselnd in Lübeck und auf Reisen, war 1852—68 Professor der Ästhetik an der Universität München, starb in seiner Vaterstadt 1884.

vaterlandsliebenden Männern über wichtige Fragen, namentlich über Erhaltung des Deutschtums im Auslande, Einführung der Geschworenengerichte und über die Möglichkeit einer neuen deutschen Gesetzgebung¹. Die Erörterung der ersten hochwichtigen Sache wurde durch ein scharfes Wort Dahlmanns abgeschnitten, es sei nicht zu wünschen, daß der deutsche Auswanderer „die traurige Mitgabe der Pflege halber Zustände“ mit sich nehme über den Ocean. Aber was in dem von Lappenberg verfaßten und verlesenen Bericht gesagt war, daß der Mangel nicht nur deutscher Kolonien, sondern selbst einer deutschen Seemacht die Hauptursache sei, wenn in Deutschland bisher die Auswanderung nur als eine Abhilfe für die überströmende erwerblose Bevölkerung betrachtet wurde und daher Maßregeln zu deren Schutze und engerer Verbindung mit der Heimat nicht ergriffen waren: dies Wort bezeichnete eine große Aufgabe für die Zukunft. Die Geschworenengerichte wurden als der Schlußstein des vielfach noch fehlenden öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens bezeichnet. Über die Gesetzgebung waren die Ansichten der Vertreter des römischen Rechts und des gemeinen deutschen Rechts verschieden; der württembergische Kanzler Dr. von Wächter sagte am Ende seiner Rede, die wahre Einheit Deutschlands erfordere Einheit von Maß und Gewicht, Einheit in Handels- und Zollverhältnissen, Einheit im Recht. „Wenn wir das große Ziel erreicht haben, daß ein Gesetzbuch im Straf- und Privatrecht herrscht, dann Friede zwischen Germanisten und Romanisten, dann wird der Gegensatz durchaus wegfallen, und dazu wollen wir die Hand bieten, daß wir nach diesem Ziele streben, um den Frieden nicht bloß zwischen Germanisten und Romanisten herzustellen, sondern um die heißesten Wünsche unseres Vaterlandes zu befriedigen und den Tag seines wahren Wohles kommen zu sehen.“ Der Vorsitzende, Jacob Grimm, schloß nach diesen Worten die Verhandlungen; man trennte sich mit dem Bewußtsein, daß die Erfüllung großer Aufgaben für Deutschland notwendig sei und nicht versäumt werden dürfe. In das Album, in welches viele Teilnehmer der Versammlung sich mit einem Spruch einzeichneten, schrieb Jakob Grimm: „Hansa ist das älteste deutsche Wort für Schar und Gesellschaft. Es muß noch einmal eine stärkere deutsche Hansa, als die alte war, sich auf dem Meere scharen.“

¹ Springer, Leben Dahlmanns (1872) 2, 181 ff. Die „Verhandlungen der Germanisten zu Lübeck“ sind 1848 hier im Druck erschienen.

In Lübeck hinterließ die Versammlung nachhaltigen Eindruck; man fühlte das Herannahen einer neuen, größeren Zeit. Als im nächsten Frühjahr von Frankreich her der Anstoß zu einer gewaltigen, dem deutschen Wesen eigentlich fremdartigen Bewegung kam, stand man den Wünschen und Forderungen nicht ratlos gegenüber; man schuf daheim eine neue Ordnung und sandte mit freudiger Hoffnung einen Vertreter des kleinen Freistaats in das deutsche Parlament zu Frankfurt¹, das eine Reichsverfassung als Grundlage neuer Zustände in Deutschland zu Stande bringen sollte.

5. Umgestaltung der Verfassung, Aufblühen der Stadt bis 1866.

Die Unruhen, welche im Frühjahr 1848 an vielen Orten Deutschlands stattfanden, äußerten sich in Lübeck nur in einem bald unterdrückten Volksauflauf am 11. März. Bald darauf legte der Rat den bürgerlichen Kollegien den Verfassungsentwurf vor, dessen Hauptbestimmungen folgende waren²: Der Senat besteht, wie bisher, aus 20 Mitgliedern, die auf Lebenszeit erwählt werden, aber nicht durch Selbstergänzung, sondern von drei Wahlkammern, die aus Senatoren und bürgerlichen Vertretern in gleicher Zahl zu bilden sind. Wählbar ist jeder unbescholtene, dreißig Jahre alte Bürger; nahe Verwandte und Handelsgesellschafter dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder des Senats sein. Den Vorsitz führen zwei Bürgermeister, nicht mehr lebenslänglich, sondern auf zwei Jahre von den Senatoren aus ihrer Mitte erwählt; der eine leitet die Senatssverhandlungen, der andere das Obergericht. Der Senat hat die Leitung des gesamten Staatswesens, ist aber für bestimmte Angelegenheiten, namentlich für Änderung der Gesetze, Feststellung der Staats-Einnahmen und Ausgaben, Genehmigung auswärtiger Verträge an die Zustimmung der Bürgerschaft gebunden. Diese besteht aus 120 Mitgliedern, die nach Ständen gewählt werden; der Stand der Gelehrten wählt aus seiner Mitte 12, der Stand der Kaufleute 48, die Krämer 12, die Gewerbetreibenden 32, die Landleute 16 Mitglieder, und zwar auf acht Jahre; alle zwei Jahre wird ein Viertel der Mitglieder neu gewählt. Über alle

¹ Es war zuerst der Oberappellationsgerichtsrat Dr. Wiedehold, dann nach dessen Erkrankung Professor Deecke, zu dessen Vertretung Dr. Em. Geibel im Winter 1848/49 und im folgenden Sommer einige Lehrstunden am Katharineum (Horaz und Deutsch) übernahm.

² N. Lüb. Blätter 1848, S. 105 ff.

an die Bürgerschaft zu richtenden Anträge verhandelt der Senat vorher mit dem Bürgerausschuß, einer auf zwei Jahre von der Bürgerschaft aus ihren Mitgliedern erwählten kleineren Körperschaft von 30 Mitgliedern, die über Gegenstände von geringerer Bedeutung auch selbständig beschließen kann und dem Senat die bei der Verwaltung notwendigen bürgerlichen Deputirten vorschlägt. Bürgerschaft und Bürgerausschuß haben das Recht, Anträge an den Senat zu stellen. Für den Fall beharrlicher Meinungsverschiedenheit zwischen Senat und Bürgerschaft wird eine Entscheidungskommission von je 7 Mitgliedern aus beiden Körperschaften eingesetzt. Ein Anhang zu diesem Entwurf enthielt Einführungsbestimmungen und die Zusicherung, daß auch eine Umgestaltung des Gerichtswesens eintreten solle, mit Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung und Einführung eines öffentlichen und mündlichen Verfahrens.

Dieser Verfassungsentwurf wurde von den elf bürgerlichen Kollegien am 8. April 1848 angenommen mit der einen Abänderung, daß der Stand der Kaufleute nur 40 Vertreter zur Bürgerschaft zu wählen habe, der Stand der Gewerbtreibenden ebenfalls 40. Aber inzwischen war in weiteren Kreisen die Forderung des allgemeinen Wahlrechts erhoben, wie es soeben für die Wahl eines Abgeordneten zum deutschen Parlament in Frankfurt angeordnet war. Anträge auf Erweiterung des bürgerlichen Wahlrechts wurden alsbald an die neue Bürgerschaft gebracht, die am 2. Juni nach einem feierlichen Gottesdienst in der Marienkirche zum ersten Mal zusammentrat¹. Der Senat schlug darauf vor, die Einteilung nach Ständen aufzugeben und Bürgern wie Einwohnern gleiches Wahlrecht zu gewähren mit der Maßgabe, daß 72 städtische, 48 ländliche Vertreter zu wählen seien. Aber ebenso wie 1816 fand die Verbesserung Widerstand bei den bisher berechtigten. Die zur Beratung dieses Vorschlags von der Bürgerschaft erwählte Kommission schloß sich demselben nicht an, sondern wollte die Wahl nach Ständen beibehalten; dagegen empfahl ein von Dr. Theodor Behn (jetzt Bürgermeister) verfaßtes Gutachten² den Senatsvorschlag mit Hinweis darauf, „daß durch die Annahme der ständischen Gliederung das Staatsleben auf den Korporationsgeist statt auf den Gemeingeist gegründet werde, daß eine aus gewerblichen Ständen hervorgehende Bürgerschaft schon ihrer

¹ Die Gegenwart, Darstellung der neuesten Zeitgeschichte (1853) Bd. 8, S. 620.

² Lübb. Bl. 1848, S. 362.

Entstehung nach den Kampfplatz für die Sonderinteressen der verschiedenen Stände bilden müsse, daß somit das ständische Prinzip notwendig zu einem fortwährenden und nie befriedigend zu lösenden Streit über das Stimmverhältnis der einzelnen Stände zu einander führe.“

Am 9. Oktober verhandelte die Bürgerschaft in der reformirten Kirche¹ über die Anträge auf Abänderung der Verfassung; die Mehrzahl war dem Senatsvorschlag geneigt. Als die Abstimmung beginnen sollte, erhob sich draußen drohender Lärm; eine Deputation von Einwohnern beehrte Annahme des ersten Vorschlags der Kommission, wonach zu den bisherigen fünf Ständen, deren Vertreterzahl zu verringern sei, als sechster Stand die Einwohner ohne Bürgerrecht mit 20 Vertretern hinzukommen sollten. Die Bürgerschaft schritt zur Abstimmung; der Antrag von Dr. Behn, den Senatsvorschlag mit einigen Änderungen hinsichtlich der Anzahl und Mitwirkung der ländlichen Vertreter anzunehmen, wurde zum Beschluß erhoben. Da drang der lärmende Haufe in den Sitzungsraum und verlangte nochmalige Abstimmung; nicht eher sollte die Bürgerschaft auseinandergehen, als bis den Einwohnern „ihr Recht“ geworden sei. Aber die bedrohten blieben standhaft und nahmen die Sitzung nicht wieder auf, obgleich der Aufruhr länger als fünf Stunden tobte. Die Bürgergarde erschien, aber sehr unvollzählig; auch die Garnison ward aufgeboten, aber der Befehl zum Angriff blieb aus. Gegen Abend flüchteten die Bürgerschaftsvertreter, so gut sie konnten, manche über die Dächer der Nachbarhäuser, und die Garnison stellte endlich die Ruhe her. Der Vorgang war beklagenswert, aber Blutvergießen war doch vermieden. Den Aufrührern fehlte entschlossene Führung; man hatte nicht auf solche Standhaftigkeit der Bürgerschaftsvertreter gerechnet.

Am andern Tage erließ der Senat eine Bekanntmachung, die alle Freunde der Ordnung aufforderte, die Wiederkehr solches Aufruhrs zu verhüten; dann zogen auf Veranlassung des Senats mecklenburgische Truppen ein, die bis zum 5. Februar 1849 bei den Bürgern einquartiert blieben², auch bildete sich eine freiwillige Bürgerwehr. Mehrere Aufrührer wurden verhaftet; es waren meist Gesellen der Handwerksämter, die von dem gleichen bürgerlichen Wahlrecht Einführung der Gewerbe-freiheit fürchteten³. Die gerichtliche Untersuchung wurde durch Senats-

¹ Lüb. Blätter 1848, S. 369 f. Gegenwart, S. 624 f.

² Lüb. Blätter 1850, S. 396. ³ Ebd. 1848, S. 385.

beschluß vom 12. Mai 1849 niedergeschlagen; man verzichtete auf Bestrafung der Urheber, weil inzwischen die bürgerliche Ordnung ungestört geblieben war. Schon am 30. Dezember 1848 konnte die nach dem Senatsvorschlag abgeänderte Verfassung des Lübeckischen Freistaats als Gesetz verkündet werden. Zugleich wurde der bisherige Unterschied von Bürgern und Einwohnern aufgehoben; alle Einwohner, „die selbständig eine Nahrung treiben,“ sollten fortan das Bürgerrecht erwerben; außerdem waren „Schutzverwandte“ und zu vorübergehendem Aufenthalt „Fremde“ zugelassen¹. Für die Ausübung des Wahlrechts wurden elf Ortsbezirke für Stadt und Land festgesetzt. Der erste Bürgermeister, welcher auf zwei Jahre erwählt wurde, war Dr. Heinrich Brehmer, der bisher die Stadt bei der deutschen Centralgewalt in Frankfurt a. M. vertreten und früher bei den Verhandlungen mit Dänemark sowie bei der Reform der Armenanstalt sich bewährt hatte².

Mit Einführung der neuen Verfassung war der entscheidende Schritt gethan, um dem politischen Leben die mit der Öffentlichkeit verbundene Anregung und Aufsicht zu geben. Die in dem Gemeinwesen vorhandenen Kräfte konnten vermöge des Wahlrechts in gesetzmäßiger Weise sich geltend machen; auch die Zurücksetzung der Juden hörte auf. Die Sitzungen der Bürgerschaft waren öffentlich, mit Ausnahme besonderer Fälle; regelmäßige Kunde von den Verhandlungen und Beschlüssen wurde durch die Zeitungen gegeben. Das leitende Ansehen des Senats, dem fortan die besten Kräfte ebenfalls durch Wahl zugeführt werden konnten, blieb dadurch gewahrt, daß die Verfassung bestimmte: „Dem Senat allein ist die Leitung sämtlicher Staatsangelegenheiten anvertraut, soweit nicht die nachfolgenden Bestimmungen eine Mitwirkung oder Zustimmung der Bürgerschaft und des Bürgerausschusses ausdrücklich vorschreiben.“ Es konnte nun, wie in anderen deutschen Staaten, eine rege Thätigkeit der Gesetzgebung beginnen, um das Staatswesen in seinen einzelnen Teilen auszubauen. Allerdings reiften die Früchte nicht so schnell, wie man erwartete, weil auf dem Boden der neuen Verfassung alsbald die Parteien sich gegenübertraten und oft auf die beschränkten Mittel des kleinen Staatswesens Rücksicht genommen werden mußte. Lähmend wirkte auch

¹ Lübb. Verordnungen 1848, S. 186 ff.

² Vgl. seine Lebensbeschreibung von Wehrmann, Zeitschr. f. Lübb. Gesch. 3, 489 ff.

das Mißlingen des großen deutschen Verfassungswerkes; doch erkannte man im Laufe der Zeit um so sicherer, was nötig sei. Der dänische Krieg, welcher damals Deutschlands Ansehen im Auslande schwer schädigte, wirkte auf Lübeck nicht ungünstig, weil Dänemark, während es die anderen deutschen Häfen blockirte, den Travemünder Hafen für seinen eigenen Verkehr und den russischen Handel offen ließ¹. In Schleswig-Holstein war man unwillig darüber, daß einem schleswig-holsteinischen Kriegsschiffe, welches von den Dänen verfolgt am 20. Juli 1850 im Travemünder Hafen Zuflucht suchte, die Aufnahme versagt wurde, weil die Besatzung sich weigerte, das Schiff zu verlassen und der Lübecker Behörde zu übergeben; aber Verletzung der Neutralität² hätte der Stadt, die damals den Bau der Eisenbahn durch Lauenburgisches Gebiet mit Eifer begonnen hatte, den schwersten Schaden bringen können. Jenes Kriegsschiff wurde von der Besatzung, die sich an die holsteinische Küste rettete, in die Luft gesprengt; Schleswig-Holsteins Geschick war aber auch ohne diesen Unfall entschieden. Österreichische Truppen, die im Verein mit preussischen das Land zur Unterwerfung nötigten, waren zu Anfang des Jahres 1851 fünf Wochen lang auch in Lübeck einquartiert.

Schon war inzwischen der deutsche Bundestag zu Frankfurt a. M. wiederhergestellt, und an manchen Orten in Deutschland begann die Reaktion, d. h. die Herstellung der alten Zustände. In Lübeck wurde kein Versuch in dieser Richtung gemacht. Zum Zeichen, daß die neue Grundlage des Staatswesens festgehalten werden solle, wiederholte man fortan alljährlich im Juli das Volksfest, welches zuerst im Juli 1848 zur Feier der Erwählung eines deutschen Reichsverwesers gefeiert worden war. Damals hatte man auf dem Bürgerschützenhof ein allgemeines Scheibenschießen veranstaltet; andere Lustbarkeiten schlossen sich daran bei der Wiederholung in den nächsten Jahren. Seit 1852 wird das Fest als „Volks- und Erinnerungsfest“ auf dem Burgfelde gefeiert; eröffnet wird es stets mit einer Rede, die auf Lübecks Verfassung und Deutschlands Einigung hinweist.

Als wohlthätige öffentliche Einrichtung trat zuerst das Krankenhaus hervor, welches 1850 in den an die Domkirche anstoßenden, ehemals

¹ Gegenwart, S. 630. ² Mit dem Waffenstillstand vom 10. Juli 1849 hatte die Beteiligung der kleineren deutschen Staaten an dem Kriege aufgehört.

kirchlichen Zwecken dienenden Gebäuden eingerichtet wurde. Dann folgte 1851 in Verbindung mit der Anlage des Bahnhofs die Austiefung des Hafens nebst Anlage einer Hafenbahn und die Verbesserung des Laufs der Trave, wozu ein Durchstich bei der Herrenfähre nötig war, um die scharfe Wendung des flusses zu vermindern. Auch wurde durch fortgesetzte Baggerarbeiten bis 1854 die Tiefe des Fahrwassers vermehrt, so daß größere Dampfschiffe, die bis dahin einen Teil ihrer Ladung in Travemünde hatten löschen müssen, nunmehr bis zur Stadt gelangen konnten. Ferner wurde das Postwesen 1851 verbessert durch Anschluß der Stadtpost an den deutsch-österreichischen Postverein; doch blieben noch bis 1867 neben der Stadtpost die Thurn- und Tarische und die dänische Post in Betrieb. Dann folgte die Einrichtung der Gasanstalt; am 20. Dezember 1854 waren die Hauptstraßen zum ersten Mal mit Gas erleuchtet¹. Um die Gesundheitsverhältnisse in der Stadt zu verbessern, begann man 1856 die bisher teils offenen teils aus unterirdischen hölzernen Röhren bestehenden Wasserabflüsse durch eine Sielleitung zu ersetzen und entwarf 1857—61 den Plan, an Stelle der älteren Wasserleitungen eine neue durch Dampfkraft getriebene Wasserkunst zu erbauen; dieser Bau wurde 1865—67 vollendet².

Die gesetzgebende Thätigkeit richtete sich zuerst auf die Neuordnung des Gerichtswesens; doch zeigten sich hier manche Schwierigkeiten. Im Jahre 1851 legten die bisher beim Stadt- und beim Landgericht thätigen Senatsmitglieder ihre richterliche Thätigkeit nieder; der Senat erwählte drei Richter, welche in der Leitung beider Gerichte mit einander abwechseln sollten; als Beisitzer blieben die Procuratoren (S. 119). Das Obergericht behielt einstweilen noch der Senat. Längere Zeit wurde dann über eine neue Gerichtsordnung verhandelt; im Dezember 1860 kam man zum Beschluß; 1864 trat sie in Kraft, nachdem inzwischen als neue Grundlagen der Rechtsprechung eine Civilproceßordnung, eine Konkursordnung, eine Strafproceßordnung, ein Strafgesetzbuch beschlossen waren³ und 1863 das deutsche Handelsgesetzbuch, hervorgegangen aus den Beratungen einer vom Bundestage zu Frankfurt eingesetzten Kommission, eingeführt war.

¹ W. Brehmer, Zeitschr. f. lüb. Gesch. 5, 259.

² Ebd. 5, 245. 278 f. Zu dem Bau konnten aus den bereits erzielten Überschüssen der Gasanstalt 240 000 Reichsmark bewilligt werden.

³ Diese Gesetze, welche nur bis 1879 in Kraft blieben, sind abgedruckt in der Sammlung Lübeckischer Verordnungen 1862 und 1863.

fortan bestand ein Untergericht für Stadt und Land und ein Obergericht, jedes mit einem Direktor und drei Richtern; ein Staatsanwalt war für beide Gerichte gemeinsam. Zur Vertretung der Parteien waren fortan nicht mehr die Prokuratoren, sondern alle Advokaten berechtigt; vier von ihnen waren zugleich stellvertretende Richter. Für Handelsachen wurde ein Handelsgericht eingesetzt, bestehend aus einem Richter des Untergerichts und zwei Beisitzern aus dem Kaufmannsstande.

Als Verwaltungsbehörden, von Mitgliedern des Senats geleitet, wurden 1851 eingesetzt das Stadtamt (an Stelle der Wette), das Landamt, das Polizeiamt und das Amt Travemünde. Daneben bestanden in alter Weise, jedoch an Zahl etwas verringert, die aus Senatoren und bürgerlichen Deputirten gebildeten Behörden für einzelne Verwaltungszweige.

Für den Senat ergab sich bei dieser Neuordnung eine Verminderung seiner Mitgliederzahl von 20 auf 14; an der Spitze stand fortan nur ein Bürgermeister. Diese Änderung der Verfassung von 1848, verbunden mit einigen neuen Bestimmungen über das Wahlverfahren, machte es nötig, eine abgeänderte Verfassung am 29. Dezember 1851 zu verkündigen.

Um den Gemeingeist des Handelsstandes zu stärken, vereinigten sich 1853 die ihrer politischen Bedeutung entkleideten kaufmännischen Korporationen, jedoch ohne Zwang und ohne diejenigen auszuschließen, welche bisher den Gewandschneidern und Krämern angehört hatten, zu einer Lübecker Kaufmannschaft, welche das Vermögen der früheren Korporationen übernahm und aus ihrer Mitte, an Stelle des früheren Kommerzkollegiums, eine Handelskammer erwählte. Diese hat seitdem die Aufgabe, das Vermögen der Kaufmannschaft und die von ihr genehmigten Einrichtungen am Hafen zu verwalten, den Verkehr in der Börse zu beaufsichtigen, Gutachten und Anträge über Angelegenheiten des Handels und der Schifffahrt zu entwerfen, Jahresberichte über den Umfang und die Art des Verkehrs zu erstatten. Eine wichtige Erleichterung der Schifffahrt brachte 1857 die Aufhebung des Sundzolls¹, welchen einst die Hansestädte widerstrebend hatten auf sich nehmen müssen. Sie fanden jetzt Bundesgenossen an den Großstaaten, welche Dänemark nicht länger die Beherrschung des Ostseehandels zugestehen wollten. Die Vereinigten

¹ Wehrmann, Zeitschr. f. lüb. Gesch. 6, 405 ff.

Staaten von Nordamerika gingen voran, indem sie 1855 den mit Dänemark bestehenden Handelsvertrag kündigten; England Frankreich Rußland und die anderen beteiligten europäischen Staaten schlossen sich an, indem sie sich einer Geldentschädigung für die Aufhebung des Zolles geneigt zeigten. Für Lübeck war es von großer Wichtigkeit, daß zugleich der holsteinische Durchgangszoll beseitigt oder wenigstens ermäßigt wurde. Es gelang seinen Vertretern, dem Senator Dr. Th. Curtius und dem in Kopenhagen beglaubigten Gesandten der Hansestädte Dr. Fr. Krüger, die Regierungen und die beteiligten Handelskreise, namentlich in England und Rußland, zu überzeugen, daß jener Zoll den Güterverkehr zwischen Nord- und Ostsee übermäßig belaste. In dem Vertrage, der am 14. März 1857 zu Kopenhagen unterzeichnet wurde, erklärte sich Dänemark bereit, den Sundzoll ganz aufzuheben, den Durchgangszoll auf weniger als ein fünftel des bisherigen Satzes herabzusetzen¹; dafür wurde ihm eine Entschädigung von 30 476 325 dänischen Thalern (zu 2¹/₄ Mark jetziger Reichswährung) zugesprochen, die von den beteiligten Staaten nach Verhältnis ihres Schiffsverkehrs aufzubringen war. Lübecks Anteil an dieser Summe betrug 102 996 dänische Thaler = 193 117 Mark 8 Schilling lüb. (231 741 Reichsmark); man zahlte dies aus den Beständen der Sklavenskasse, die bald nachher aufgehoben wurde².

Nunmehr war die dänische Regierung mehr als früher geneigt, den Landverkehr durch Holstein zum Vorteil der noch gewährten Zolleinkünfte zu fördern. Sie erteilte daher der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft die Erlaubnis zum Bau der schon lange gewünschten Eisenbahn zwischen Lübeck und Hamburg; doch mußte vorher Lübeck einwilligen, daß der Zoll auf der Stefnitz bis zu dem nun geltenden Satz des Landzolls erhöht werde. Schwierigkeiten machte noch die dänische Zollaufsicht über die neue Bahn; nach Abschluß eines Vertrages über ein auf dem Lübecker Bahnhof einzurichtendes dänisches Zollamt³ konnte 1862 der Bau beginnen und war 1865 vollendet. Zur Deckung der Kosten war es notwendig, eine Anleihe von Seiten des Lübecker Staats aufzunehmen, wie es schon 1850 für den Bau der Bahn nach Büchen und die Travenforrektion geschehen war. Zwar betrug die alte Staatsschuld im Jahre 1863 noch etwas über 5 Millionen Reichsmark jetziger Währung, aber

¹ Wehrmann, Zeitschr. 5, 75. 88. 6, 423. ² Ebd. 4, 192. Vgl. o. S. 96.

³ Zeitschr. 5, 104 ff.

ihre jährliche Verminderung war gesichert, und die neuen Anleihen (1850: 9600000 Reichsmark, 1863: 10500000 Reichsmark) wurden größtenteils zum Ankauf von Aktien der Lübeck-Büchener Bahn verwandt, indem man darauf rechnete, daß ihr Betrieb steigende Einnahmen bringen werde. Dies hat sich bewährt, denn die Dividenden der Eisenbahn ergaben 1872: 28,2 Prozent der Gesamteinnahme des Staates, die in jenem Jahre 2396503 Reichsmark betrug, 1881: 32,7 Prozent der Gesamteinnahme von 2926390 Reichsmark¹.

Auch die Weiterführung der Bahn von Büchen nach Lüneburg wurde nach längeren Verhandlungen mit Dänemark, Hannover und der Berlin-Hamburger Eisenbahngesellschaft 1861 beschlossen und bis 1864 ausgeführt²; damit war der Anschluß an die große Verkehrsstraße nach Süden erreicht. Der Elbübergang bei Lauenburg geschah einstweilen noch mittels einer Fähre; erst 1878 wurde die stattliche Eisenbahnbrücke daselbst vollendet.

Die Zunahme des Güterverkehrs in dieser Zeit ist aus folgenden Angaben über die Zahl der im Lübecker Hafen angekommenen Seeschiffe zu erkennen³:

Im Jahre 1847 kamen an	817 Segelschiffe	mit zus. 38686 Kommerz-
	86 Dampfschiffe	lasten (zu 6000 Pfund);
" " 1853 " " 834	Segelschiffe mit 39984 ¹ / ₂	Kommerzlasten,
	184 Dampfschiffe = 20778	"
" " 1856 " " 866	Segelschiffe = 41969	"
	212 Dampfschiffe = 22693	"
" " 1860 " " 856	Segelschiffe = 44932	"
	278 Dampfschiffe = 38525	"
" " 1863 " " 929	Segelschiffe = 50735	"
	373 Dampfschiffe = 40921	"

Der Personenverkehr auf den Dampfschiffen ergab im Jahre 1863 folgendes: Von Stockholm Kalmar Nstad kamen an 2142 Personen, von Göteborg Kopenhagen Malmö 1794, von Petersburg 1132, von Riga 620, von Helsingfors und Reval 378, im ganzen 6066.

¹ W. Brehmer, Der Staatshaushalt der freien und Hansestadt Lübeck in den Jahren 1872—1881, S. 1 und 25.

² Wehrmann, Zeitschr. f. lüb. Gesch. 5, 83—103.

³ Lüb. Blätter 1848, S. 23, 398. 1857, S. 251. 1862, S. 230. 1864, S. 232.

Die beste Grundlage für Steigerung des Handelsverkehrs erkannte man in einer zu reichlicher Ausfuhr fähigen und am Orte selbst ungehemmten Gewerbtätigkeit. Nicht leicht ward der Widerstand der bisher bevorrechteten Zunftgenossen überwunden; schließlich bewilligte man denen, welche sich auf besondere Rechte beriefen, ansehnliche Entschädigungen aus der Staatskasse. Eine Verordnung vom 24. September 1861 erleichterte zunächst den Handwerkern das Meisterwerden und beseitigte die Beschränkungen hinsichtlich der Zahl der Gesellen, die der einzelne halten dürfe. Um die Fortschritte der Gewerbe in neuerer Zeit zur Kenntnis weiterer Kreise zu bringen, bildete sich 1863, angeregt von dem schon länger bestehenden Gewerbe-Ausschuß der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit, eine Gewerbegesellschaft, die seitdem in regelmäßigen Versammlungen und Ausstellungen ihre Thätigkeit entfaltet hat. Endlich am 29. September 1866 wurde das Gewerbegesetz erlassen, welches den Grundsatz der Gewerbefreiheit aussprach, die Handwerksämter und Verleihungen (S. 104) aufhob und nur für bestimmte Gewerbe und Berufsarten die notwendige Staatsaufsicht beibehielt. Zur Entschädigung für die Brauerzunft war schon 1864 die Summe von 373320 Reichsmark (jetziger Währung) bewilligt; nun bewilligte man weiter den Bäckern 85800, den Goldschmieden 88146, den Barbieren 13560, den Garbereitern 2400, den Tischlern 36000, den Branntweinbrennern 19080, den Brettsägern 15360, den Trägern 109536, den Weinschrötern 10080 Reichsmark, dazu noch einige kleinere Beträge, im ganzen über 400000 Reichsmark¹. Nun erst verschwanden die engen Goldschmiedsbuden in der offenen Halle des Rathauses, es mehrte sich die Zahl ansehnlicher Kaufläden in den Straßen. Da die Thorsperre (S. 154) inzwischen aufgehört hatte, trat freierer Verkehr ein zwischen der Stadt und den anwachsenden Vorstädten; die Accise an den Thoren bestand noch bis 1874. Um den Nutzen der früheren Handwerksämter, namentlich für die Ausbildung der Lehrlinge, nicht zu verlieren, bildeten sich allmählich für die meisten Handwerke freie Innungen, die niemand zum Beitritt nötigten. Zur öffentlichen Vertretung der Wünsche der Gewerbetreibenden wurde 1867 eine Gewerbekammer eingesetzt, bestehend aus 16 vom Bürgerausschuß erwählten Mitgliedern.

¹ W. Brehmer a. a. O. S. 99.

Auch auf kirchlichem Gebiet war eine neue Gesetzgebung nötig, um die Selbstthätigkeit der Gemeindeglieder für wichtige Aufgaben zu gewinnen. Als kirchliche Vereine bestanden seit 1814 die Bibelgesellschaft, seit 1820 der Missionsverein, der sich 1854 in zwei Vereine trennte, seit 1844 ein Hauptverein des Gustav-Adolf-Vereins. Aber in den Kirchengemeinden hatte die Mitwirkung erwählter Gemeindeglieder, wie sie einst Bugenhagen ordnete, bis auf das geringfügige Gabensammeln der Diaconen während des Gottesdienstes aufgehört. Das geistliche Ministerium, den Übelstand wohl erkennend, überreichte schon im Dezember 1849 dem Senat den Entwurf einer evangelisch-lutherischen Kirchenordnung, worin die Erwählung von Gemeindevetretern vorgeschlagen war¹. Eine Kommission, die über diesen Entwurf und andere Vorschläge beriet, erstattete 1853 Bericht, doch waren noch manche Bedenken zu erledigen. Erst am 12. Dezember 1860 erließ der Senat die Kirchengemeinde-Ordnung für die fünf städtischen Kirchspiele und die vorstädtische S. Lorenz-Gemeinde. Für jede Gemeinde wurde ein Vorstand eingesetzt, bestehend aus den Geistlichen ihrer Kirche und, nach der Größe der Gemeinde, 4 bis 8 auf zwölf Jahre erwählten Gemeindegliedern, außerdem ein Gemeinde-Ausschuß von 12 bis 24 auf sechs Jahre erwählten Gemeindegliedern. Der Vorstand sorgt für die Aufrechterhaltung der kirchlichen Einrichtungen, für die Förderung christlicher Gesinnung und Sitte in der Gemeinde, für Leitung der kirchlichen Armenpflege; in Gemeinschaft mit dem Ausschuß verwaltet er die Kircheneinkünfte und wählt die Geistlichen. Beim Wahlvorschlag hat der Senior mitzuwirken, den der Senat aus den Hauptpastoren zum Vorsteher des geistlichen Ministeriums (S. 54) ernennt; das Bestätigungsrecht bleibt dem Senat. Ähnliche Kirchenordnungen wurden 1862 für Travemünde, 1866 für die Landgemeinden Genin und Schlutup erlassen. Die Pflichten und Befugnisse des Seniors wurden 1871, unter Aufhebung der seit 1796 erledigten Superintendentur, näher bestimmt. Oberste Behörde in Kirchensachen ist der Senat; von ihm sind die Ordnungen der reformirten, der katholischen, der jüdischen Gemeinde in den Jahren 1825, 1841, 1865 bestätigt. Überall sind Männer, die das Vertrauen ihrer Gemeindegossen besitzen, dazu berufen, im Verein mit den Geistlichen das religiöse Leben, die Grundlage bürgerlicher Tüchtigkeit, zu pflegen.

¹ M. Lüb. Blätter 1849, S. 415. J. E. Junf, Pastor an S. Marien, Lebensbeschreibung von M. Junf Bd. 2, S. 226 (1884).

Zur Förderung des Schulwesens wurde 1863 ein Landschulgesetz, 1866 ein alle Schulen betreffendes Unterrichtsgesetz erlassen, um die Grundzüge der inneren und äußeren Einrichtung festzustellen. Die Oberaufsicht verblieb einem aus Senatoren und bürgerlichen Deputirten gebildeten Oberschulkollegium. In der Stadt bestanden 1860 folgende Schulen¹: Das Katharineum mit 310 Schülern in 12 Klassen, die Navigationschule, 2 Mittelschulen für Knaben, 10 Volksschulen, 3 Armenschulen, 10 von Vorsteherschaften, 18 von Einzelnen geleitete Privatschulen. Die Gesamtzahl der Schüler betrug 2773, der Schülerinnen 2312. Nicht alle öffentlichen Schulen hatten eigene Schulhäuser², manche waren in ungeeigneten Räumen untergebracht; daher mußten in den folgenden Jahren, zumal da mit der Bevölkerung die Zahl der Schulen zunahm, bedeutende Neubauten unternommen werden³. Die dazu nötigen Ausgaben wurden als segensstiftend anerkannt und von der Bürgerschaft bewilligt, auch für die Lehrer wurde mehr als früher gesorgt.

Der öffentlichen Pflege der Kunst diente der Neubau eines Stadttheaters und Konzertsaales mit Nebenräumen, 1857—59 ins Werk gesetzt durch die von begüterten Bürgern gebildete Aktiengesellschaft Casino. Dem Stadttheater wurde alsbald eine jährliche Beihilfe aus der Staatskasse bewilligt, anfangs 3600 Mark, später bedeutend erhöht, da die Besoldung von Stadtmusikern 1878 aufhörte⁴. Bald nach der Vollendung des Baues folgte die Festfeier zu Schillers hundertjährigem Geburtstag, die in ganz Deutschland mit Begeisterung begangen wurde. Im Lübecker Theater wurden an drei Abenden nach einander (9. bis 11. November) Festvorstellungen gegeben: Die Karlschüler von Laube, Wallensteins Lager, Don Carlos⁵. Im Katharineum und mehreren anderen Schulen fanden Festreden und Deklamationen statt. Aber auch eine öffentliche Feier gebührte dem volkstümlichen Dichter; am Nachmittag des 10. November bewegte sich ein Festzug durch die vornehmsten Straßen nach dem Platz bei der Jakobikirche (Koberg), wo nach festlichem Gesange Prof. Dettmer auf der mit Schillers Büste geschmückten Tribüne eine

¹ Lübb. Blätter 1861, S. 254.

² Ebd. 1864, S. 241.

³ Die drei ansehnlichen Volksschulhäuser in der Burgstraße, am Domkirchhof und am Lohberg sind 1875—80 erbaut.

⁴ W. Brehmer, Staatshaushalt S. 76 f.

⁵ Bericht in der Lübecker Zeitung von 1859. Das Theater war schon am 3. März 1858 eröffnet mit Webers Freischütz.

Ansprache hielt. Solche Feier hatten frühere Jahrhunderte nicht gekannt. Es knüpfte sich daran die Gründung eines Zweigvereins der deutschen Schillerstiftung in Lübeck; die Teilnahme für Werke deutscher Dichtung wurde dadurch in weiteren Kreisen belebt.

Auch die öffentlichen Kunstsammlungen wurden gefördert. Zu der Sammlung kirchlicher Altertümer kamen andere Lübecker Altertümer hinzu, die als Überreste der Kultur früherer Zeiten wertvoll waren, ferner Erzeugnisse der Fremde, die für die Völkerkunde Bedeutung hatten. Man bildete daraus eine kulturhistorische Sammlung, die 1861—64 im Hause der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit aufgestellt und fortan von einem Ausschuß des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde verwaltet wurde. Um die Kunst des Altertums zur Anschauung zu bringen, gründeten zwei Oberlehrer des Katharineums, Dr. Aug. Baumeister und Dr. Ad. Holm, aus dem Ertrage von Vorlesungen, die sie im Winter 1861—62 hielten, eine Sammlung von Gipsabgüssen antiker Kunstwerke, deren Verwaltung bald demselben Ausschusse, später dem Verein von Kunstfreunden übertragen wurde.

6. Lübeck als Glied des hergestellten Deutschen Reiches.

Je mehr in den deutschen Staaten, nach Überwindung der 1848 und 49 eingetretenen Erschütterungen, die öffentlichen Einrichtungen entsprechend dem Fortschreiten der Bildung und des Verkehrs sich verbesserten, desto unvollkommener erschien der 1851 wieder hergestellte deutsche Bund, welcher sich niemals im Auslande Achtung, im Innern Anhänglichkeit hatte erwerben können. Immer klarer trat es hervor, daß Preußen, der mächtigste deutsche Staat, dazu berufen sei, dem deutschen Vaterlande Macht und Einheit wiederzugeben. Der 1859 gestiftete deutsche Nationalverein, der in Lübeck am 12. Mai 1862 eine seiner größeren Versammlungen in der Katharinenkirche hielt, trug viel dazu bei, diesen Gedanken auszubreiten; aber als 1863 von Österreich der Versuch einer Bundesreform ausging, waren die Meinungen in Deutschland noch sehr geteilt. Es bedurfte erst der preussischen Thaten, um das ersehnte in bestimmter Gestalt ins Leben zu rufen. Der von Preußen und Österreich 1864 gemeinsam unternommene Krieg gegen Dänemark bewirkte in

unerwarteter Weise die Befreiung Schleswig-Holsteins. Lübeck's Bewohner sahen mit Freuden die bisher allzu nahen dänischen Grenzen in die Ferne gerückt. Die Durchmärsche preußischer Truppen, die im Januar und November 1864 bedeutende Einquartierung verursachten, rüttelten die Stadt aus der herkömmlichen Friedensstimmung auf und zeigten ihr den Beginn einer neuen kräftigeren Zeit.

Bald entzündete sich an der Frage, wie Schleswig-Holstein künftig regiert werden solle, der notwendige Entscheidungsfampf zwischen Preußen und Österreich. Da Österreich die deutschen Bundesstaaten zur Kriegsrüstung aufforderte, erklärte Preußen am 14. Juni 1866 den bisherigen Bund für aufgelöst und begann die Bildung eines neuen Bundes. Die Hansestädte, wohl erkennend daß unter Österreichs Führung Deutschlands Einheit mangelhaft bleiben würde wie bisher, waren zum Anschluß bereit. Ihre Truppen wurden daher zur Teilnahme am Mainfeldzug aufgeboten, konnten aber nur die letzten Unternehmungen mitmachen. Das Lübecker Bataillon, welches am 21. Juli die Eisenbahnfahrt nach dem Süden antrat¹, kam nicht mehr ins Gefecht. Weit schneller, als man erwartet hatte, war der Krieg zu Gunsten Preußens entschieden, sein Ergebnis war die Stiftung des Norddeutschen Bundes. Kriegswesen, auswärtige Politik und Verkehrswesen waren fortan den Einzelstaaten entzogen und durch die Bundesgewalt zu leiten. Der Satz der Bundesverfassung „Jeder Norddeutsche ist wehrpflichtig und kann sich in der Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen“ stellte eine Hauptgrundlage alter deutscher Tüchtigkeit wieder her, und wie anders war nun das Heerwesen ausgebildet als in alten Zeiten! Es ermöglichte nicht nur die wohlgeordnete Verteidigung, sondern bewährte sich auch als ein höchst wirksames Erziehungsmittel für alle Stände des Volkes. Und dazu kam die Kriegsflotte zum Schutz des Seehandels und zur Erziehung kühner Auslandsfahrer! „Die Kriegsmarine der Nord- und Ostsee ist eine einheitliche unter preußischem Oberbefehl“, hieß es in der Bundesverfassung, und schon war ein Bestand preußischer Kriegsschiffe vorhanden, der nun die schwarz-weiße Flagge mit der schwarz-weiß-roten vertauschte und bald ansehnlich vermehrt wurde. Die deutschen Handelsschiffe wurden durch Bundesgesetz vom 25. Okt. 1867 angewiesen, eine Handelsflagge mit denselben Farben am Hauptmast zu führen; den Lübecker Schiffen blieb es

¹ Lüb. Blätter 1866, S. 229.

unbenommen, daneben die alte weiß-rote Flagge am Vordermast zu führen¹. Der letzte Handelsvertrag, den die Hansestädte selbständig schlossen², war 1865 der mit Frankreich; fortan vertrat der Bund seine Glieder gegenüber dem Auslande.

Manche Veränderungen traten nun in dem kleinen, aber eigenartigen Staatswesen Lübecks ein, denen man sich gern fügte, da sie es aus der bisherigen Vereinzelung in die größere Gemeinschaft hinüberführten. Das Lübecker Infanterie-Bataillon und die Bürgergarde wurden aufgelöst; ein mit Preußen am 3. Mai 1867 geschlossener Vertrag³ setzte fest, daß fortan ein preußisches Bataillon die Garnison der Stadt bilde. Die Lübecker Wehrpflichtigen, soweit sie nicht zur Flotte oder zur Reiterei und Artillerie ausgehoben werden, sind berechtigt, in diesem Bataillon ihrer Wehrpflicht zu genügen; auch besteht für Lübeck und benachbartes Gebiet ein preußisches Landwehrbataillon. Die bürgerlichen Behörden haben das Recht, die Garnison zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit aufzubieten; dem Senat verbleiben auch frühere Ehrenrechte, namentlich die Ehrenwachen. Ferner wurde die Postverwaltung fortan von Bundesbeamten geübt, die verschiedenen Postämter hörten auf. Dem deutschen Zollverein schloß Lübeck nach Überwindung mancher Bedenken in der Kaufmannschaft⁴ sich 1868 an, während Hamburg und Bremen die Freihafenstellung damals noch vorzogen. Lübeck hatte früher, zwischen der dänischen und mecklenburgischen Zollgrenze liegend, manche Beschränkung seines Verkehrs ertragen müssen; jetzt war die Einheit des umgebenden Zollgebiets hergestellt, und trotz des höheren Einfuhrzolls, der nun im Lübecker Hafen erhoben wurde, steigerte sich bald der Absatz nordischer Produkte, besonders Holz und Getreide, im deutschen Binnenlande, sowie umgekehrt die Ausfuhr nach den Ländern des Nordens. Auch kam es dem Handel zu statten, daß die bisher in den Einzelstaaten bestehende Verschiedenheit von Maß und Gewicht durch Bundesgesetz vom 17. August 1868 aufhörte; alles wird seitdem nach Meter Liter und Gramm bestimmt. Das Niederlassungsrecht steht nach den Bundesgesetzen über Freizügigkeit und Unterstützungswohnsitz allen deutschen Staatsangehörigen in allen Bundesstaaten gleichmäßig zu, jedoch mit Beschränkung hinsicht-

¹ Lübb. Blätter 1868, S. 162.

² Vgl. Treitschke, Deutsche Gesch. 3, 576 f.

³ Sammlung Lübb. Verordnungen, 1867.

⁴ Lübb. Blätter 1867, S. 13, 58, 109, 141, 209.

lich der Verarmten und der Bestraften. Die Erwerbung des Lübecker Bürgerrechts blieb aber auch fernerhin Bedingung zur Teilnahme an den Bürgerschaftswahlen, zum Eintritt in die Kaufmannschaft und die Gewerbekammer, sowie für fest angestellte Beamte. Für den Gewerbebetrieb galt fortan die Bundesgewerbeordnung von 1869, in den Grundsätzen mit der Lübecker Ordnung von 1866 übereinstimmend, jedoch mit weniger Beschränkungen. Für die Rechtspflege wurde 1870 das deutsche Strafgesetzbuch maßgebend. Infolge eines Bundesgesetzes von 1868 wurde die Spielbank in Travemünde geschlossen, die nach Eröffnung des Dampfschiffverkehrs dort entstanden war und eine Zeit lang den Aufschwung des Seebades gefördert, oft aber auch zu Klagen Anlaß gegeben hatte¹.

Während diese Umgestaltungen sich vollzogen, wurde der Stadt der ehrende Besuch König Wilhelms I. von Preußen zu teil. Der König wurde am 12. September 1868 auf dem Bahnhof vom Bürgermeister Dr. Roetz und einer Abordnung des Senats begrüßt, nahm im Hause des Senators Dr. Curtius² Wohnung und durchfuhr Abends die festlich geschmückten und beleuchteten Straßen der Stadt. Am 13. wohnte er dem Gottesdienst in der Marienkirche bei und hielt dann unter Glockengeläut abermals eine Umfahrt. Freudig jubelte ihm die Volksmenge zu; sie bewies dem Schirmherrn der deutschen Einheit in ganz anderer Weise ihre Zuneigung, als am 1. September 1840 dem König Christian VIII. von Dänemark, welchem man damals dankbar sein mußte, daß der Zollvertrag (S. 157) nicht noch ungünstiger ausfiel. Nach einem Festmahl im Casino reiste König Wilhelm mit seinem militärischen Gefolge nach Kiel, um die neuen Anlagen in dem dortigen Kriegshafen zu besichtigen.

Bald kam die Zeit, da der Bau des deutschen Reiches sich vollendete. Als im Juli 1870 Frankreich seinen ungerechten Angriff gegen Preußen richtete, erhob sich ganz Deutschland zur Abwehr. Es begann der gewaltige Krieg, der das, was im Befreiungskrieg von 1813 noch unvollkommen und unvollendet geblieben war, zu glänzender Vollendung führte. Auch Lübecks Bewohner waren bereit zu leisten, was in ihren Kräften stand. Das 76. preussische Infanterie-Regiment, in welchem Hamburgs und Lübecks junge Mannschaft vereinigt war, hatte vollen

¹ Lübb. Blätter 1857, S. 299. 1861, S. 293. 1868, S. 239.

² An der Trave 104, jetzt Hotel Kaiserhof.

Anteil an den Anstrengungen und Erfolgen des Krieges¹. Es stand zuerst in Pöfeldorf bei Hamburg als Teil der 17. Division, welche unter Führung des Großherzogs Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin zur Küstenverteidigung bestimmt war, so lange noch eine Landung französischer Kriegsschiffe in Aussicht stand. Am 27. August wurde die Eisenbahnfahrt nach dem französischen Kriegsschauplatz angetreten. Die 17. Division war zunächst an den Belagerungen von Metz und Toul beteiligt, rückte dann am 10. Oktober in die Einschließungslinie um Paris ein, kämpfte am 17. November bei Dreux, am 2. 3. und 4. Dezember mit großer Anstrengung bei Orleans. Vom 7. bis 10. Dezember folgten beim Vormarsch auf Beaugency weitere Gefechte; das Lübecker Bataillon hatte am 10. seinen Ehrentag, indem es das hartnäckig verteidigte Dorf Villejouan erstürmte und gegen anrückende Übermacht behauptete. Ein abermaliger hartnäckiger Kampf fand am 14. Dezember bei Freteval statt, dann folgten Ruhetage zur Weihnachtszeit in Chartres. Große Anstrengungen erforderten die Tage vom 6. bis 12. Januar 1871 bei Le Mans, aber es gelang trotz Glatteis und Schneetreiben, die französische Loire-Armee zu vernichten. Die 17. Division besetzte dann Alençon und weiter Rouen, die Hauptstadt der Normandie; das Endziel der Märsche war Dieppe, wo sie die französische Meeresküste erreichte. Von hier aus wurde am 16. März der Rückmarsch in die Heimat angetreten. Die deutsche Grenze wurde erst am 31. Mai erreicht, da wegen des in Paris ausgebrochenen Aufstandes längere Zeit Quartiere in der Gegend von Sedan bezogen werden mußten.

Im ganzen deutschen Vaterlande folgte man mit freudigem Staunen dem großartigen Gang dieses Krieges, den Moltkes Feldherrnkunst so meisterhaft leitete, und sandte den tapferen Streitem, was die Heimat ihnen zur Erleichterung bieten konnte. Lübeck blieb dabei nicht zurück, zumal da man in den auch hier eingerichteten Lazareten die schlimmen Wirkungen des Krieges vor Augen sah.

Als am 18. Juni 1871 das Lübecker Füsilier-Bataillon in seinen Garnisonsort zurückkehrte, war ihm ein festlicher Empfang bereitet. Vom Bahnhof ging der Marsch durch reich geschmückte Straßen, die Beckergrube hinauf, nach dem Markte; hier sprach inmitten der versammelten Menge der

¹ Livonius, Chronik des Füsilierbataillons des 2. Hanseatischen Infanterie-Regiments No. 76, verfaßt 1871, im Druck erschienen 1891.

Senior Dr. Eindenberg das Dankgebet; man sang den Choral „Nun danket alle Gott“; dann folgte die Begrüßungsrede des Bürgermeisters Dr. Behn. Den Schluß bildete der von Emanuel Geibel gedichtete Festgesang, der mit den Worten beginnt:

Heil euch im Siegerfranz,
Streiter des Vaterlands;
Gott war mit euch!

Die nationale Freude dieses Tages war nicht, wie 1813 und 14, getragen durch die Erlösung von schwerer Bedrängnis; sie war stolzer und höher, weil das drohende Unheil durch Anstrengung der gesamten Volkskraft siegreich abgewandt und die deutsche Einheit nun verwirklicht war. Darum sang man mit voller Begeisterung den Schluß des Geibelschen Liedes:

Blühe, du deutsches Reich,
wachse der Eiche gleich
markig und hehr!
Friede beglücke dich,
Freiheit erquickte dich,
Herrlichkeit schmücke dich
vom Fels zum Meer!

Wenn man jetzt zurückschaute auf das erste Ausblühen der Stadt unter den großen Staufenkaisern, auf das ehrenreiche Ringen des Hansebundes in der Zeit des verfallenden Reiches, auf die oft traurigen späteren Zeiten, in denen doch die Kraft des Ausharrens sich bewährt hatte und Gottes Schutz nicht von den Deutschen gewichen war, so befestigte sich die Hoffnung auf eine schöne Zukunft. Das Gedächtnis der im Kampfe gefallenen wurde, wie 1814, durch eine Gedenktafel in der Marienkirche geehrt. Zum Andenken an die große Wendung der deutschen Geschichte errichtete man 1873 und 1874 auf zwei Hauptplätzen der Stadt, dem Markt und dem Klingenberg, monumentale Brunnen; der eine ist mit den Standbildern der ersten Gründer und Beschützer der Stadt (Adolf von Schauenburg, Heinrich der Löwe, Friedrich I., Friedrich II.), der andere mit dem Standbilde der Germania geziert.

Dem Dichter Geibel, welcher seit Dezember 1868 seinen Wohnsitz dauernd in der Vaterstadt genommen hatte, war es vergönnt, inmitten der Freunde, die ihn seit langer Zeit schätzten, nicht nur die herrliche

Reihe seiner vaterländischen Gesänge mit der Siegesfeier und der Mahnung zu neuem deutschem Leben abzuschließen, sondern noch manches tiefempfundene Gedicht seinem Volke zu schenken, auch an dem weiteren Aufblühen der Vaterstadt sich zu erfreuen. Als er am 6. April 1884 sein reiches Leben geendet hatte, ehrte man ihn durch eine würdige Trauerfeier in der Marienkirche. Das Erzbild, welches seine Gestalt der Nachwelt überliefert, wurde am 18. Oktober 1889 auf dem dritten größeren Platze der Stadt, wo 1859 die Schillerfeier stattgefunden hatte, enthüllt und der Platz nach ihm benannt.

Die am 14. April 1871 vom deutschen Reichstage in Berlin angenommene Verfassung des deutschen Reiches hielt die im norddeutschen Bunde gelegten Grundlagen fest; an der Spitze Deutschlands aber stand nunmehr König Wilhelm I. von Preußen als Kaiser, und die Kaiserwürde war mit der erblichen preussischen Königswürde untrennbar verbunden. Der alte Ruf „Kaiser und Reich!“ war wieder zur Wahrheit geworden. Die drei Hansestädte, bei der preussischen Regierung seit 1867 durch einen gemeinschaftlichen Gesandten, den aus Lübeck gebürtigen Dr. Fr. Krüger (S. 172), trefflich vertreten, im Bundesrat stimmberechtigt, im Reichstag durch Abgeordnete vertreten, die nach allgemeinem Wahlrecht auf je drei, seit 1888 auf je fünf Jahre erwählt werden, haben unter den Städten Deutschlands eine selbständige Ehrenstellung bewahrt, die ihnen ganz besonders die Pflicht auflegt, treu zum Reiche zu halten. Die Anordnungen der Reichsgesetzgebung sind demnach auch in Lübeck stets durchgeführt und mit den vorhandenen Einrichtungen in Einklang gebracht worden. Die Verfassung des Lübeckischen Freistaats wurde 1875 in neuer Form verkündigt¹, um die Zugehörigkeit Lübecks zum deutschen Reiche fundzuthun und einige Bestimmungen praktischer zu gestalten; im wesentlichen ist die Verfassung von 1848 darin beibehalten.

Wichtige Reichsgesetze, welche im Lübecker Staatswesen Veränderungen hervorriefen, waren zunächst 1873 die Einführung einer gleichmäßigen Reichsmünze, 1875 die Einsetzung der Standesämter zur Beurkundung des Personenstandes und der Eheschließungen, 1879 die neue Gerichtsordnung, verbunden mit Einführung neuer Gesetzbücher für Civilprozeß Konkurs und Strafprozeß. Das Standesamt für Lübeck,

¹ Anhang 15. Vgl. die erläuternde Darstellung von K. Klügmann in Marquardsens Handbuch des öffentlichen Rechts III, 2, 3 (1884).

welches seine Thätigkeit am 1. Januar 1876 begann, wurde an das Stadt- und Landamt angeschlossen, welches 1871 durch Vereinigung der beiden früher getrennten Ämter (S. 171) gebildet war. An die Stelle der seit 1864 bestehenden Gerichte traten ein Amtsgericht und ein Landgericht, letzteres zugleich auch für das zu Oldenburg gehörige Fürstentum Lüneburg¹, mit ihm verbunden das Schwurgericht und das Handelsgericht, während mit dem Amtsgericht das Schöffengericht verbunden ist. Die Führung der Grundbücher, früher vom Obergericht geleitet, wurde einer neuen Verwaltungsbehörde, dem Hypotheken- und Katasteramt übertragen, welchem auch die Vermessung und Schätzung der ländlichen Grundstücke obliegt. Als obere Gerichtsstanz trat an die Stelle des bisherigen Oberappellationsgerichts (S. 154) das Oberlandesgericht zu Hamburg; die höchste Entscheidung hat das Reichsgericht zu Leipzig, ebenfalls 1879 eingesetzt.

Zur gerichtlichen Untersuchung über Seeunfälle der Handelsschiffe ward 1877 ein Seeamt gebildet, ferner zur Entscheidung von Streitigkeiten der Gewerbetreibenden mit ihren Gesellen Arbeitern und Lehrlingen ein Gewerbegericht. Dieses besteht aus je zwölf Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter Vorsitz eines rechtsgelehrten Senators. Sachverständige, deren Gutachten bisweilen erforderlich ist, ernennt die Gewerbekammer, deren Einrichtung² 1877 dahin abgeändert wurde, daß ihre 15 Mitglieder von sämtlichen Gewerbetreibenden, die das Lüneburgische Bürgerrecht besitzen, auf sechs Jahre gewählt werden.

Weniger verändert wurden die aus Senatoren und bürgerlichen Deputirten gebildeten Verwaltungsbehörden. Als solche bestehen noch jetzt: Baudeputation, Finanzdepartement, Steuerbehörde, Oberschulbehörde, Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten (Gasanstalt Wasserkunst Feuerlöschanstalten, seit 1884 auch das Schlachthaus), Central-Armendeputation, Leihhaus, Werk- und Zuchthaus zu S. Annen, Kirchhofs- und Begräbnis-Deputation, Einquartierungskommission, Schätzungskommission für Ermittlung des Nutzungswerts der Grundstücke und Gebäude, Rechnungs-Revisions-Deputation; ferner für öffentliche Wohlthätigkeitsanstalten die Vorsteherchaften des Krankenhauses, der Irrenanstalt, des Johannisflosters, der Brigittenstiftung, des h. Geist-Hospitals. Vom Senat allein

¹ S. o. S. 123 u. 131.

² S. 174.

werden geleitet das Stadt- und Landamt, das Hypothekenamt, das Polizei-Amt; mit letzterem ist seit 1867 das Medizinal-Amt verbunden, welchem die öffentliche Gesundheitspflege zugewiesen ist, wobei ihm die Gutachten und Vorschläge des vom Senat erwählten Medizinalkollegiums zur Richtschnur dienen.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen dem jetzigen deutschen Reich und dem früheren liegt darin, daß das jetzige Reich nicht auf Geldbewilligungen der Einzelstaaten angewiesen ist, sondern seine eigenen bedeutenden Einkünfte hat, namentlich aus den Zöllen, um damit die Kosten für Heer und Flotte zu bestreiten. In den ersten Jahren nach 1871 waren allerdings nicht unbedeutende Beiträge der Einzelstaaten nötig, um das Gleichgewicht im Reichshaushalt herzustellen, doch erreichten sie bei weitem nicht die Höhe der in alten Zeiten oft bewilligten Summen. Lübeck zahlte 1872: 68394 Reichsmark, 1877: 107432 Reichsmark zur Reichskasse¹. Aber seitdem 1879 der Reichskanzler Fürst Bismarck eine Erhöhung der Zölle zum Schutz der nationalen Produktion durchgesetzt hat, werden den Einzelstaaten Anteile davon überwiesen, welche ihre nach Reichstagsbeschluß jährlich gezahlten Beiträge oft übersteigen. Lübeck zahlte 1881: 116070 Mark, erhielt aber 87018 Mark zurück². Bei einer Jahreseinnahme von 2926390 Mark im Jahre 1881 konnte also die Geldkraft des Staatswesens fast ausschließlich den inneren Bedürfnissen zugewandt werden. Noch günstiger gestaltete es sich 1889³; Lübeck zahlte an die Reichskasse 520770 Mark und erhielt 513293 Mark als seinen Anteil an Reichszöllen und Reichstempelabgaben zurück. Die Gesamteinnahme betrug 1889: 3675079 Mark, die Ausgabe 3354294, davon 766460 zur Verzinsung und Minderung der Staatsschuld.

Der günstigen Entwicklung des Lübeckischen Staatshaushalts entsprach die Zunahme der Bevölkerung und des Schiffsverkehrs, die aus folgenden Tabellen hervorgeht⁴:

¹ W. Brehmer, Staatshaushalt S. 54. ² Ebd. S. 7.

³ Abrechnung der Stadtkasse für 1889.

⁴ Lüb. Bl. 1845, S. 389. 1858, S. 113. 1868, S. 13. Im Landgebiet liegen außer dem Städtchen Travemünde 51 Dörfer und etwa ebensoviel Gehöfte. Das gesamte Gebiet Lübecks umfaßt mit Einschluß der Wasserflächen 298,73 qkm = 5¹/₃ Quadratmeilen. Es zerfällt in den Hauptteil, Stadt und Umgebung bis Travemünde, und 9 Enclaven, von denen 3 nördlich in Holstein, 6 südlich in Lauenburg liegen. Vgl. die S. 189 angeführte Landeskunde S. 9 und 346. Der Mitbesitz von Bergedorf ist 1867 aufgegeben, s. Bd. 1, S. 152.

Volkszählung 1815:	Stadt	24143	Einw.,	Vorstädte u. Landgebiet	12321
1845:	=	25339	=	=	16801
1857:	Stadt u. Vorstädte	30717	Einw.,	Landgebiet	12508
1867:	=	=	=	36998	=
1880:	=	=	=	51055	=
1885:	=	=	=	55399	=
1890:	=	=	=	63590	=

Angekommene Schiffe¹:

1878:	1213	Segelschiffe	mit	282454	Kubikmeter	Laderaum
	1033	Dampfschiffe	=	579001	=	=
1882:	1034	Segelschiffe	=	279282	=	=
	1133	Dampfschiffe	=	778119	=	=
1889:	1031	Segelschiffe	=	323646	=	=
	1565	Dampfschiffe	=	1184723	=	=
1891:	927	Segelschiffe	=	260577	=	=
	1582	Dampfschiffe	=	1288435	=	=

Die Liste zeigt, daß die Dampfschiffe an Zahl und Laderaum bedeutend zugenommen, die Segelschiffe namentlich an Zahl abgenommen haben. Von den 1582 Dampfschiffen des Jahres 1891 kamen 406 aus Dänemark, 281 aus Schweden, 115 aus Finnland, 229 aus den russischen Ostseeprovinzen, 52 aus Petersburg, 215 aus Preußen und Pommern, 59 aus Mecklenburg, 151 aus Schleswig-Holstein, 70 aus England, 4 aus Frankreich. Aus denselben Ländern kamen Segelschiffe, die meisten aus Schleswig-Holstein, außerdem 2 aus den Niederlanden, 5 aus Amerika. Zu diesem Seeverkehr tritt noch hinzu die Flußschiffahrt auf der Trave, Stecknitz und Wakenitz; 1889 wurde 242 ankommende Stecknitzschiffe gezählt.

Die Steigerung des Verkehrs forderte Erweiterung des Hafens und abermalige Besserung des Laufs der Trave. In alten Zeiten hatten die damals kleineren Schiffe die Krümmungen des Flusses nicht gescheut und in der Uferstrecke innerhalb der Stadtmauer Raum genug zum Anlegen, Entladen und Befrachten gefunden. Für diejenigen, welche an den Flußufern nicht Platz fanden, lagen in der Mitte des Flusses fünf Prahme, an denen je drei Schiffe anlegen konnten². Der Verkehr am Hafen war durch eine von Pforten durchbrochene Mauer eingengt, von der ein Teil

¹ Nach den vom Steuerbureau veröffentlichten Übersichten, vgl. S. 173.

² W. Brehmer, Mitt. d. V. f. lüb. Gesch. 4, 141.

1732, ein zweiter 1849 einstürzte und nicht wiederhergestellt wurde. Von den vier Türmen, welche diese Mauer zu schützen bestimmt waren, wurden drei in den Jahren 1792, 1814, 1818 abgebrochen¹, aber der sogenannte blaue Turm hemmte noch bis 1853 die allerdings ziemlich breite Einfahrt der Straße, welche den Namen Beckergrube führt. Als damals in Verbindung mit der Anlage der Eisenbahn (S. 170) der Hafendamm eben und breiter gemacht wurde, erwies es sich als notwendig, die Räume zur Lagerung der Waren zu vergrößern. Die Speicher- und Kellerräume in den Häusern am Hafen genügten nicht mehr, fünf Schuppen von ansehnlicher Größe wurden erbaut. Ihre Zahl hat sich seit Lübecks Eintritt in den Zollverein (1868) bis auf 24 vermehrt; sie gehören sämtlich der Kaufmannschaft². Seit 1880 wuchs diese Anlage über die bisherige Hafengrenze unweit des Burgthors hinaus; die Hafenstraße entstand als Verlängerung des Hafens und bot Raum zu neuen Schuppen und Ladeplätzen. Besonders bedurfte man großer Plätze zu Holzlagern, diese wurden auf der Westseite des Hafens gewonnen durch Abtragen der einst mühsam aufgeführten Festungswälle. Der Raum zwischen Burgthor und Holstenthor ist allmählich ganz freigelegt; nur zwischen Holsten- und Mühlenhor werden die Wälle als anmutige Spaziergänge bleiben.

Um die Verbesserung des Laufs der Trave in größerem Maßstabe als früher (S. 170) durchzuführen, nahm der Staat 1875 eine Anleihe von 3141000 Reichsmark auf. In den Jahren 1878—82 wurden sechs größere Durchstiche vollendet, welche den Flußlauf von der Herrenfähre an um 2600 Meter verkürzten (8400 Meter gegen 11000) und von stärkeren Krümmungen befreiten. Überall ist eine Tiefe von 5,20 Metern, eine Breite des Wasserspiegels von 65—75 Metern hergestellt³, so daß ansehnliche Schiffe die Stadt bequem erreichen können.

Die Eisenbahnverbindungen Lübecks sind vervollständigt⁴ durch die Bahn nach Mecklenburg, welche 1868—70 erbaut wurde und Hamburg mit Stettin verbindet, die 1870—73 erbaute Bahn nach Eutin und die am 1. August 1882 eröffnete Bahn nach Travemünde. Dem Verkehr innerhalb der Stadt und in den wachsenden Vorstädten dient die 1881 eröffnete Pferdebahn. Der Zukunft noch anheimgestellt ist die Anlage

¹ W. Brehmer, Mitt. d. V. f. lüb. Gesch. S. 137. ² S. 171.

³ Deekke, Die freie u. Hansestadt Lübeck, 4. Aufl. 1881, S. 85 f.

⁴ Wehrmann, Zeitschr. f. lüb. Gesch. 5, 107 ff.

eines Elb-Trave-Kanals, der für größere Warensendungen aus und nach dem inneren Deutschland von größter Bedeutung ist, aber erhebliche Kosten verursachen wird. Schon im Dezember 1884 hatte ein Ausschuß, der sich dafür in Lübeck und im Herzogtum Sauenburg gebildet hatte, Audienz beim Reichskanzler, der sich wohlwollend zeigte¹; seitdem sind zwei Entwürfe für den Bau aufgestellt, die Verhandlungen aber noch nicht zum Abschluß gekommen.

Das Aussehen der Stadt hat sich durch rege Bauthätigkeit verändert und verschönert. Viele ältere Häuser sind durch Neubauten, oft in ansehnlichem Renaissancestil, ersetzt; doch sind die alten Giebelhäuser noch keineswegs verschwunden, und man ist auf ihre Erhaltung mehr als früher bedacht. Neben der Gasbeleuchtung ist 1887 die elektrische Beleuchtung eingeführt, zum Vorteil sowohl für das Aussehen der Kauf-läden wie für die Behaglichkeit der Versammlungsräume und für die oft dringenden Arbeiten im Hafen. Die Vorstädte sind mit Gartenanlagen geschmückt; besonders gewährt der Lindenplatz vor dem Holstenthor einen freundlichen Anblick. Viel ist zur Ausschmückung der Kirchen geschehen; farbige Bemalung des Innern ist zum Teil im Dom und in der Marienkirche, vollständig in der Jakobikirche ausgeführt, wobei Reste alter Wandmalerei zum Vorschein kamen und geschont wurden. Die Nordvorhalle des Doms, ein Meisterwerk des Übergangsstils aus der Zeit um 1250, ist 1886—90 neu hergestellt. Besonders hat das Rathaus würdige Herstellung erfahren; der große Ratsweinkeller ist 1876 im Bau erneut, 1889 durch Ausmalung verschönert, die Holztäfelung der Kriegsstube ist 1885 hergestellt, die Nordfront ist 1887—89 neu aufgebaut und mit Bildern hervorragender Bürgermeister und Chronisten geziert, die schon von außen dem Beschauer die geschichtliche Bedeutung des Hauses anzeigen. Im Innern ist 1887—91 das Treppenhaus und der Bürgerschaftssaal neu ausgebaut. Andere hervorragende Bauten sind das neue Krankenhaus 1887, in ländlicher Umgebung in der südlichen Vorstadt angelegt, die Turnhalle, am 18. Oktober 1891 eröffnet, und das Schulgebäude des Katharineums, in zwei Abteilungen 1880 und 1891, jedoch nach einheitlichem Plane errichtet, und zwar mit Beibehaltung der dahinter gelegenen alten Klosterräume, die nun zumeist der Stadtbibliothek über-

¹ Lübb. Blätter 1885, S. 24.

wiesen sind¹. Vollendet ist auch das an die Domkirche anstoßende Museum², welches zur Aufnahme der bisher an verschiedenen Orten zerstreuten Sammlungen bestimmt ist. Es wird sechs Abteilungen enthalten: Naturhistorisches Museum, Museum Lübeckischer Kunst- und Kulturgeschichte, Gewerbemuseum, Handelsmuseum, Museum für Völkerkunde, Sammlung von Gemälden Kupferstichen und Gipsabgüssen.

Die Errichtung dieses Museums ist in den letzten Jahren ein Hauptgegenstand der in der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit geübten Fürsorge gewesen. Ein Stammkapital zum Museumsbau wurde bereits 1874 begründet und allmählich durch Beiträge vermehrt; eine bedeutende Förderung gab 1878 das von dem hiesigen Kaufmann Georg Blohm gestiftete Legat von 150000 Mark; die weiteren Kosten wurden 1887 theils von Senat und Bürgerschaft theils aus den Mitteln der Gesellschaft bewilligt. Für Kunst und Wissenschaft ist damit eine neue Stätte geschaffen, von der geistige Anregung in viele Kreise ausgehen wird. In gleichem Sinne haben sich auch die Ausschüsse der Gesellschaft 1882 erweitert. Zunächst schloß sich ihr an der 1872 entstandene Verein von Kunstfreunden, der sich sowohl um Förderung der künstlerischen Bestrebungen überhaupt wie insbesondere um Erforschung und Erhaltung der heimischen Kunstdenkmäler bemüht. Ferner bildete sich unter ihren Mitgliedern eine geographische Gesellschaft, welche die Erforschung fremder Länder mit wissenschaftlicher Teilnahme begleitet, unterstützt durch Berichte und Sendungen auswärts lebender Lübecker, und zugleich die heimische Landeskunde fördert durch Herausgabe eines Werkes, dessen erster Teil 1890 erschien³, angeregt durch die 1882 von dem deutschen Geographentage in Halle ergangene Aufforderung an die wissenschaftlichen Vereine Deutschlands, eine deutsche Landeskunde zu schaffen. Die praktische Thätigkeit der Gesellschaft bewährte sich 1840 durch Gründung der Seemannskasse für hilfsbedürftige

¹ Was 1889 noch bestand (Bd. I, S. 139), hat sich demnach geändert; der Unterricht wird in den neuen Räumen erteilt.

² Der Neubau schließt sich in Stil und Ausführung an die schönen alten Räume des Domkapitels, die bis 1887 als Krankenhaus dienten, nun aber zum Museum hinzugezogen sind.

³ Die freie und Hansestadt Lübeck. Ein Beitrag zur deutschen Landeskunde, herausgegeben von einem Ausschusse der geographischen Gesellschaft in Lübeck.

Seeleute und deren Witwen, 1841 durch Einsetzung eines Ausschusses zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene und sittlich verwahrloste, 1857—83 durch Unterstützung des Kinderhospitals, seit 1875 durch Unterstützung der von evangelischen Diaconissen, 1880—88 auch der von katholischen grauen Schwestern geübten Krankenpflege. Ferner gründete die Gesellschaft 1879 eine Volksbibliothek, um der Verbreitung schlechten Lesestoffes entgegenzuwirken, unterstützte den Gartenbauverein, den Verein für Ferienkolonien, die Frauen-Gewerbeschule, übernahm 1884 die für wandernde Handwerksgehlen 1873 gegründete Herberge zur Heimat als Institut der Gesellschaft und richtete 1887 in Gemeinschaft mit der Handelskammer eine Handelsschule ein, um dem schon seit längerer Zeit bestehenden kaufmännischen Fortbildungsunterricht festere Gestalt zu geben. Die Turnanstalt als Institut der Gesellschaft hörte 1890 auf, da eine kräftige Pflege der Leibesübungen durch die 1855 gegründete Lübecker Turnerschaft und den 1876 gestifteten Turnverein Gut Heil, sowie durch allgemeine Einführung des Turnens in den Schulen gesichert war. Das Lehrerseminar, welches von seiner Gründung 1807 bis Michaelis 1889 245 Zöglinge ausgebildet hat, wurde mit Beginn des Jahres 1891 zu einer dreiklassigen Anstalt erweitert.

Von anderen nützlichen Vereinen, die außerhalb der Gesellschaft bestehen, seien hier genannt der kaufmännische Verein Concordia, schon 1823 gegründet, der Vorschuß- und Sparverein seit 1862, der Kriegerverein von 1870 und der Kampfgenossenverein, die beiden Lehrervereine, der 1866 gegründete technische Verein, die Volksküche seit 1882, der gemeinnützige Bauverein 1891. Zur Pflege des Gesanges bildeten sich seit 1842 mehrere Männer-Gesangvereine; der ältere Gesangverein, welcher 1874 den Namen Singakademie annahm, hielt die öffentliche Aufführung großer Musikwerke als seine Hauptaufgabe fest.

Zur weiteren Förderung des Schulwesens wurde 1885 ein neues Unterrichtsgesetz verkündet. Die Zahl der städtischen Volksschulen stieg auf 18, die der Mittelschulen auf 3. Eine höhere Bürgerschule wurde 1872 gegründet, sie zählte 1891 210 Schüler in 10 Klassen mit 14 Lehrern. Das Katharineum erweiterte sich durch Vergrößerung der Vorschule, Teilung überfüllter Klassen und Ausbildung der seit 1834 bestehenden drei Realklassen zu einem vollständigen Real-Gymnasium. Es zählte

1855:	336	Schüler	in	11	Klassen	mit	17	Lehrern,
1870:	464	=	=	14	=	=	22	=
1880:	542	=	=	18	=	=	27	=
1890:	617	=	=	25	=	=	39	=

Auch hier zeigt sich ein rasches Wachsen auf bewährter Grundlage, entsprechend dem Erstarken des bürgerlichen Wohlstandes und der zunehmenden Wertschätzung geistiger Bildung.

Die Reichsgesetzgebung hat in letzter Zeit, angeregt durch die kaiserliche Botschaft Wilhelms I. vom 17. November 1881, besonders die Fürsorge für das Wohl der Arbeiter sich angelegen sein lassen. Die Reichsgesetze über Kranken- Unfall- und Altersversicherung der Arbeiter haben auch in Lübeck viel Gutes zu wirken begonnen. Vor Zeiten war bei geringerer Volkszahl die bürgerliche Thätigkeit durch manche Schranken eingeengt, und denen, die wirtschaftlich nicht emporkommen konnten, halfen schließlich die zahlreich vorhandenen milden Stiftungen das Leben fristen: die neue Zeit erleichtert jedem einzelnen die Ausbildung und das Eintreten in weitgeöffnete Berufsthätigkeit, sie bringt ausgedehnten Verkehr und zuströmende Arbeitskräfte, aber auch die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß der Gegensatz von arm und reich nicht zu unheilvollem Zwiespalt führe. Eine gemeinsame Versicherungs-Anstalt für die drei Hansestädte ist als Einrichtung des Reiches 1891 in Lübeck begründet.

So war Lübeck seit 1871, gleich vielen anderen deutschen Städten, unter dem Schutz des Reiches in jeder Beziehung aufgeblüht, als es sich am 1. April 1891 des ehrenden Besuches Kaiser Wilhelms II. erfreuen konnte. Begleitet von seinem Bruder Prinz Heinrich und mehreren seiner Minister und Generale, unter welchen der greise Feldmarschall v. Moltke die allgemeinste Aufmerksamkeit auf sich zog, hielt der Kaiser seinen Einzug in die festlich geschmückte Stadt, bald darauf eine Umfahrt und zeigte sich am Abend von einem Fenster des Rathauses, wo der Senat und die angesehensten Männer der Stadt um ihn versammelt waren, der Volksmenge auf dem Marktplatz, die ihm freudig zujubelte.

Stärker, als bei den Kaiserbesuchen und Hansetagen im Mittelalter, giebt sich jetzt, zumal bei festlichen Gelegenheiten, das Nationalgefühl kund. Auch der geringste weiß, daß sein bürgerliches Leben von der großen

Gemeinschaft des Reiches geschützt und geleitet wird, daß nicht mehr die Willkür von Fürsten und Herren den Landfrieden stört, daß Deutschlands Ansehen bei den fremden Staaten feststeht, sein ausländischer Handel besseren Schutz genießt als in hansischer Zeit. Daß einst mit unvollkommenen Mitteln Bedeutendes geleistet wurde, war die Folge bürgerlicher Tüchtigkeit und Thatkraft, die vor Schwierigkeiten nicht leicht zurückschreckte. Dann kamen schwächere Zeiten, in denen vieles verloren ging. Nun aber ist es für alle Angehörige unseres Freistaats, der im Wechsel der Jahrhunderte seine eigentümliche Lebenskraft bewährt hat, die Aufgabe der Zukunft, die durch Deutschlands Erhebung gewonnenen Güter zu wahren und zu pflegen; dazu gehört vor allem die Erhaltung deutscher Frömmigkeit Sittlichkeit und Treue.

Anhang.

Arkunden und zeitgenössische Berichte.



1. Kaiser Friedrich I. setzt die Grenzen des Stadtgebiets fest
und verleiht der Stadt Vorrechte und Freiheiten.

1188 Sept. 19.

§. II. 1, 7. Vgl. Bd. I, S. 28 u. 24 f.

C. In nomine sancte et individue Trinitatis. Fredericus, divina favente clementia Romanorum Imperator Augustus. Dignitatis nostre ratio deposcit, ut, quociens ortam inter fideles nostros discordiam intelligimus, nostra eam mediatione precidamus, ne, qui unius parent voluntati, eos contingat per dissensionum fomenta distrahi. Cum igitur fideles nostri, comes Adolfus de Scowenburch et comes Bernardus de Racesburch, causam agerent adversus burgenses nostros de Lubeke super terminis et usu finium suorum, nos partes in presentia nostra constitutas diligenter audivimus et intellecta litis materia pro bono pacis inter eos fideliter conservando predictos comites reverentia veritatis et rata pacti conventionem induximus, quod uterque ius, quod ipse petebat, in manu nostra resignavit, et nos illud consensu eorum predictae civitatis habitatoribus tradidimus sine aliqua deinceps perturbatione possidendum.

Sunt igitur hi termini usibus eiusdem civitatis nostre auctoritatis dono assignati: a civitate versus orientem usque ad flumen Stubinize, et Stubinize supra usque in Radagost; a civitate contra meridiem usque ad stagnum Racesburgense, et stagnum supra usque ad Racesburch; a civitate contra occidentem usque ad flumen Cikinize, et Cikinize supra usque ad stagnum Mulne. Intra hos terminos habebunt omnes civitatem nostram Lubeke inhabitantes, cuiuscunque fuerint conditionis, omnimodum usum viis et inviis, cultis et incultis,

aquis et piscibus, silvis et pascuis, sive navibus sive plaustis opus sit ad exportandum. Hec a comite Bernardo de Rasesburch nobis resignata civibus nostris donavimus. Similiter comes Adolfus in manu nostra resignavit et nos ipsis civibus nostris tradidimus usus et commoditates terminorum subscriptorum: a civitate sursum usque ad villam Odislo, ita quod in utraque parte fluvii Travene ad duo miliaria usum habeant nemoris, tam in lignis quam in pratis et pascuis, excepto nemore quod est assignatum cenobio beate Marie. Insuper licebit ipsis civibus et eorum piscatoribus piscari per omnia a supradicta villa Odislo usque in mare, preter septa comitis Adolphi, sicut tempore ducis Heinrici facere consueverunt. Habebunt etiam omnimodum usum silvarum Dartzchowe et Cliuz et Brotne, ut tam igni necessaria quam navibus sive domibus aut aliis edificiis civitatis sue utilia ligna in eis succidant absque dolo, ne videlicet idoneas et utiles sibi naves passim et sine necessitate vendant et alias fabricent, vel ligna deferant aliis vendenda nationibus. Preterea pascent porcos suos, pecora quoque seu iumenta per totam terram comitis Adolphi, ita tamen quod porci seu pecora possint ipso die redire a pastu in marchiam, unde mane exierunt.

Insuper oportunitatibus eorum acquiescentes omnia iura, que primus loci fundator, Henricus quondam dux Saxonie, eis concessit et privilegio suo firmavit, nos etiam ipsis concessimus: patronatum videlicet parrochialis ecclesie beate Marie, ut mortuo sacerdote cives quem voluerint vice patroni sibi sacerdotem eligant et episcopo representent; ad hec, ut cum mercibus suis libere eant et redeant per totum ducatum Saxonie absque hansa et absque theloneo^a preter Ertheneburg, ubi V denarios de plaustro solvent; hoc addentes, quot plaustra illuc transduxerint, pro quibus theloneum supradictum dederint, si infra annum et diem redierint, tot plaustra libere sine theloneo reducent. Et quicumque ipsorum super causa quacunque conveniatur, per omnis imperii nostri fines et per ducatum coram loci illius iudice se expurgabit absque captione secundum iura iam dicte civitatis. Preterea omnia civitatis decreta (Kore) consules iudicabunt; quicquid inde receperint, duas partes civitati,

^a Ohne Abgabe u. Zoll, f. Bd. 1, S. 78 u. 25.

tertiam iudici exhibebunt. Pro pace alicui confirmanda lucrum, quod inde provenit, medium solvatur civibus, reliquum iudici. Si quis autem questus emergerit per causam actoris, tertiam partem iudex, tertiam actor^b et tertiam civitas habebit. Insuper quicquid lucrum provenit de iudicio, civitati debetur medietas et alia iudici. Et si quispiam mortuus ibi fuerit et forte heredem non habuerit, omnem hereditatem et supellectilem ipsius annum et diem integraliter in domo, in qua moritur, reservandam censuimus, nisi forte aliquis ei proximus intra tempus denominatum adveniat, qui hec iure civitatis obtineat. Si vero intra tempus istud nullus proximorum suorum venerit, quecunque hereditavit regie potestati solvantur.

Rutheni Gothi Normanni et ceterae gentes orientales absque theloneo et absque hansa ad civitatem sepius dictam veniant et libere recedant. Item mercatores cuiuscunque regni, cuiuscunque civitatis huc veniant, vendant et emant libere, tantum theloneum debitum solvant de fertone IV denarios, de mille marcis non amplius. Si quis vero transfretare voluerit, quotcunque var^c habuerit, de quolibet det XV denarios, et si nullum habuerit et comedit proprium panem, det V denarios, et quotcunque var habuerit, pro quibus theloneum dederit, si redierit infra annum et diem, de tot liber erit.

Argentum quoque in eadem civitate si quis cambire^d voluerit, in quocunque loco se ei oportunitas obtulerit, libere cambiat, si non id ante domum monete fuerit. Consules autem hanc de nostra donatione prerogativam habeant, ut tociens in anno monetam examinent, quociens velint, et si monetarius offenderit, emendet, et quicquid de emendatione provenerit, medium civibus, reliquum regie potestati cedat.

Insuper confirmamus eis speciali dono, ut nulla persona, alta vel humilis, civitatem prefatam intra vel extra in terminis suis edificiis seu munitionibus preoccupet, sed si quis marchiam suam quocunque modo obstruxerit in terra vel in aqua, auctoritate nostra freti evellant et marchiam suam expediant.^e Quicunque etiam spatia civitatis per occupationem edificiorum usurpaverit, si pulsatus fuerit, LX solidos componet. Cives vero iam dicte civitatis nullam expeditionem ibunt, sed civitatem suam defensabunt. Item si aliquis

^b Kläger.

^c Ladung.

^d wechseln.

^e ihr Gebiet frei machen.

de ipsa civitate alicubi pulsatus^f fuerit de sua libertate, ubicunque pulsetur, ibi sola manu libertatem suam obtineat. Si quisquam extraneorum superveniens aliquem civium de sua libertate pulsaverit, civis vicinior est ad obtinendum suam libertatem sola manu, quam extraneus ad ipsum convincendum. Si vero quispiam de terra ipsorum aliquem de libertate pulsaverit, et pulsatus probare poterit, quod anno et die in civitate sine pulsatione substiterit, pulsatus evadit.

Et quoniam predictorum civium nostrorum ius in nullo diminui per nos volumus, sed in omnibus, prout oportunum esse viderimus, augmentare, nostra auctoritate superaddentes concedimus eis, ut usque ad locum, ad quem in inundatione ascendit fluvius qui Travenne dicitur, eadem qua et intra civitatem fruuntur per omnia iusticia et libertate. Usque ad terminos pontis etiam eadem, qua et in civitate, ut diximus, eos uti volumus iusticia et libertate. His omnibus dilectis burgensibus nostris concessis et collatis singulari quadam gracia ipsis adhuc concedimus, ut quicquid intra civitatem sui iuris in posterum emendare valuerint, sine tamen preiudicio nostri iudicis, emendare non obmittant.

Ut igitur hoc nostre concessionis privilegium ipsius nostre civitatis incolis ratum et inconcussum in perpetuum permaneat, hanc eis cartam nostre ymaginis inpressione roboratam donari mandavimus, imperiali statuentes auctoritate, ut nulla omnino persona, alta vel humilis, ecclesiastica vel secularis, hoc nostre maiestatis beneficium corrumpere audeat, vel ei quolibet modo contraire. Quod qui facere presumpserit, quingentas auri libras pro pena componat, mediam partem fisco nostro, reliquam vero incolis ipsius civitatis persolvendam.

Huius rei testes sunt: Conradus Moguntinus archiepiscopus, Wichmannus Magdeburgensis archiepiscopus, Hartwicus Bremensis archiepiscopus, Adelhogus Hildeshemensis episcopus, Bertoldus Nuwenburgensis episcopus, Martinus Misnensis episcopus, Bernhardus dux Saxonie, Otto marchio Misnensis, marchio Dedo, Conradus prepositus Goslariensis, Bernhardus burcgravius Magdeburgensis, Gevehardus frater eius, comes Sigebodo de Scartvelt, comes Burchardus de Waltingerode, Hugo de Warda, Tiemo de Coldiz, Hermannus advocatus

^f in Anspruch genommen.

de Lubeke, Godefridus advocatus de Staden, Giselbertus de Warendorp, Waldericus Sosatienensis, Bernherus de Ertheneburch, Wizo, Eyko, Egenolfus, Godefridus de Suttorp, Syfridus Struve, Lubertus, Berngerus, Esico de Bardewik et alii quam plures.

Signum domini Frederici Romanorum
Augusti invictissimi.

L. S.

Ego Johannes imperialis aule cancellarius in vice Conradi Maguntinae sedis archiepiscopi, Germanie archicancellarii, recognovi. Acta sunt hec anno dominice Incarnationis MCLXXXVIII, indictione VII, regnante domino Frederico Romanorum Imperatore Augusto, anno regni eius XXXVII, imperii vero XXXV. Datum apud castrum Litznich XIII. Kl. Octobris, feliciter. Amen.

2. Kaiser Friedrich II. erteilt der Stadt Lübeck die Reichsfreiheit, 1226.

§. II. 1, 35. Vgl. Bd. 1, S. 42 f.

C. In nomine sancte et individue Trinitatis. Fridericus secundus, divina favente clementia Romanorum Imperator semper Augustus, Jerusalem et Sicilie rex. Quociens Imperialis excellentia maiestatis in subditos et fideles suos manus sue liberalitatis extendit et eos tamquam bene meritos condigne retributionis muneribus recompensat, tociens eos in constantia fidei pure corroborat et tam ipsorum quam aliorum fidelium ad eius obsequia fortius obligat voluntates. Quapropter notum fieri volumus universis Imperii fidelibus, tam presentibus quam futuris, quod nos habentes pro oculis fidem puram et devotionem sinceram, quam universi burgenses Lubicenses, fideles nostri, erga nostram habere celsitudinem laudabiliter dignoscuntur, diligentius etiam advertentes preclara satis et accepta servicia, que nobis et Imperio fideliter semper exhibere curarunt et que inantea poterunt de bono in

melius exhibere, volentes ipsos tamquam bene meritos liberali munificentia prevenire, concedimus firmiter statuentes, ut predicta civitas Lubicensis libera semper sit, videlicet specialis civitas et locus Imperii et ad dominium Imperiale specialiter pertinens, nullo umquam tempore ab ipso speciali dominio separanda; statuentes etiam ut, quandocumque ad regimen civitatis eiusdem aliquis rector ab Imperio statuetur, nulla ad hoc officium statuatur persona, nisi fuerit de convicinis locis et conterminis civitatis ipsius; ita quod castellum, quod Travenemunde dicitur, ab eodem rectore similiter gubernetur.

Preterea terminos civitatis ipsius sub nostro felici tempore dilatare et ampliare volentes concedimus et adicimus terminis eiusdem, ut teneat ipsa civitas ammodo a rivo Padeluche usque in Travenam, et sursum a rivo Padeluche secundum terminos ibi distinctos usque in rivum Crempelstorpe, et ab eodem rivo Crempelstorpe usque ad siccum allodium, et ab eodem usque in Travenam. Concedimus etiam burgensibus supradictis, ut a nullo eorum aput Odislo theloneum exigatur. Concedimus insuper eis, ut in ipsa civitate monetam sub caractere nostri nominis facere et cudere debeant, que tempore vite nostre et Henrici Romanorum regis, illustris karissimi filii nostri, similiter perdurabit, et ob hoc singulis annis sexaginta marchas argenti nostre Curie exhibebunt. Adveniente autem novo in posterum successore, sub eodem censu et iure moneta ipsa renovabitur vite sue tempore duratura; et sic de singulis in singulos successores nostros de moneta ipsa statuimus, ut predictum est, observari. Statuimus insuper et concedimus eis, ut nec nos nec aliquis Imperatorum successorum nostrorum ab eis obsides exigat, set de fidelitate servanda Imperio solo iuramento eorum stetur et fides adhibeatur.

Omnes insuper negociatores fideles, venientes ad civitatem ipsam sive per terram sive per aquam pro negotiationibus suis, salve semper veniant et secure recedant, dummodo solvant ius debitum, quod tenentur. Insuper burgenses Lubicenses predictos, euntes quandoque in Angliam, ab illo pravo abusu et exactionis onere, quod Colonienses et Telenses et eorum socii contra ipsos invenisse dicuntur, omnino absolvimus, illum penitus delentes abusum: set illo iure et conditione utantur, quibus Colonienses et Telenses et eorum socii uti noscuntur.

Concedimus autem eis insulam, sitam contra castrum Travene-munde, que Priwolc nominatur, iure civitatis de cetero possidendam, quod wicbeledē dicitur. Volumus insuper et firmiter observari precipimus, ut nulla persona, alta vel humilis, ecclesiastica vel secularis, presumat ullo tempore munitionem edificare vel castrum iuxta flumen Travene, ab ipsa civitate superius usque ortum ipsius fluminis et ab ipsa civitate inferius usque ad mare, et ex utraque parte usque ad miliaria duo, districtius inhibentes, ut nullus extraneus advocatus^a intra terminos civitatis eiusdem advocatiam regere vel iustitiam exercere presumat.

Et quoniam burgensibus predictis ab omnibus pravis et indebitis exactionibus de cetero volumus precavere, firmiter prohibemus; ne per totum ducatum Saxonie illa exactio, que ungelt dicitur, tollatur seu exigatur ab eis. Nullus preterea princeps dominus seu nobilis adiacentium provinciarum impedire presumat, quominus necessaria undecumque ad civitatem Lubicensem ducantur, sive de Hamenburc sive de Raceburc sive de Witenburc sive de Zwerin sive etiam de tota terra Buruwini^b et eius filii, et per easdem terras et in ipsis terris quilibet burgensis Lubicensis, tam dives quam pauper, absque impedimento emat et vendat. Preterea firmiter inhibemus, ne aliqua persona, magna vel parva, secularis vel ecclesiastica, persone alicui conductum prebeat in civitatem predictam, quin ipsa cuilibet impetenti^c eam in iure debeat respondere.

Volumus insuper et districte precipimus, ut quandocumque et ubicumque per Imperium predicti burgenses naufragium de cetero passi fuerint, quicquid de rebus suis tunc a tanto periculo eripere poterunt, eis penitus dimittatur, omni impedimento et contradictione cessantibus. Concedimus insuper eis fundum extra Travene-munde, iuxta portum, ubi signum eiusdem portus habetur, dantes eis potestatem, ut fundo ipso libere utantur ad utilitatem et profectum predictae civitatis Lubicensis.

De abundantiori quoque gracia nostra concedimus et confirmamus eis in perpetuum eorum iura et omnes bonos usus et bonas

^a Vogt, f. Bd. 1, S. 43, 24.

^b Burwin, Fürst von Mecklenburg, Enkel Niklots, Sohn des Bd. 1, S. 21 u. 22 erwähnten Pribislav.

^c Der sie zur Rede stellt.

consuetudines, quibus tempore Imperatoris Friderici, avi nostri felicitis memorie, usque nunc usi fuisse noscuntur, statuantes et presentis privilegii auctoritate firmiter iniungentes, ut nulla omnino persona, parva vel magna, ecclesiastica vel secularis, iamdictos burgenses Lubicenses, fideles nostros, de suprascriptis omnibus ausu temerario impedire seu perturbare presumat. Quod qui presumpserit, in sue temeritatis vindictam indignationem nostram et penam quingentarum librarum auri puri se noverit incursum, medietatem Camere nostre et aliam medietatem passis iniuriam persolvendam.

Ut autem hec omnia rata semper et illibata permaneant, presens privilegium fieri et bulla aurea, typario nostre maiestatis impressa, iussimus communiri.

Huius autem rei testes sunt Albertus Magdeburgensis, . . . Mediolanensis et Lando Riginus archiepiscopi, . . . Curensis et abbas sancti Galli, . . . Cicensis, . . . Basiliensis, . . . Wormaciensis, . . . Hyldehemensis, Jacobus Taurinensis, Maynardinus Ymolensis et A. Brixienensis episcopi, . . . abbas Morbacensis, . . . abbas Augenenensis. H. magister domus sancte Marie Theotonicorum in Jerusalem, L. lantgravius Thuringie, Albertus dux Saxonie, Raynaldus dux Spoleti, comes Syfridus de Vienna et alii quam plures.

Signum domini Friderici secundi, Dei gracia invictissimi Romanorum Imperatoris semper Augusti, Jerusalem et Sicilie regis.

L. S.

Acta sunt hec anno dominice incarnationis millesimo ducentesimo vicesimo sexto, mense Junii, quaterdecime indictionis, imperante domino nostro Friderico secundo, Dei gracia invictissimo Romanorum Imperatore semper Augusto, Jerusalem et Sicilie rege, anno Romani Imperii eius sexto, regni Jerusalem primo et regni Sicilie vicesimo nono, feliciter. Amen. Datum apud Burgum sancti Domini, anno mense et indictione prescriptis.

3. Papst Honorius III. empfiehlt die Kreuzfahrer,
welche nach Livland und Preußen ziehen wollen, dem Schutze
der Stadt Lübeck, 1226.

§. II. 1, 36. Vgl. Bd. I, S. 47.

Honorius episcopus, servus servorum Dei, dilectis filiis civibus Lubicensibus salutem et apostolicam benedictionem. Etsi omnes cruce signati generaliter sub Apostolice Sedis protectione consistent, specialiter tamen cruce signatos, quos ad portum Lubicensem undecumque venire contigerit, sive in terre Sancte subsidium, sive contra paganos Livonie ac Pruscie profecturos, sub nostra et Apostolice Sedis protectione recepimus cum omnibus bonis suis, et specialiter que ad portum ipsum deferent vel deducant. Ideoque universitati vestre per apostolica scripta firmiter iniungendo mandamus, quatinus eos divino et nostro intuitu habentes propensius commendatos, personas et res ipsorum conservare studeatis illesas, non offendentes eos in personis aut rebus, nec offendi in terra vel districtu vestro ab aliis permittentes, nec impediendes aut impedi sinentes, quominus per portum ipsum secure transeant cum omnibus bonis suis. Quin immo pro reverentia Jhesu Christi, cuius se obsequio manciparunt, eam humanitatem exhibeatis eisdem, quod eterne mercedis, quam pro huiusmodi labore promereri desiderant, merito esse participes debeatis, scientes nos venerabilibus fratribus nostris . . . Zverinensi . . . Raceburgensi et . . . Lubicensi episcopis per nostras litteras mandavisse, ut, si qui eosdem cruce signatos contra protectionis et mandati nostri tenorem temere molestare presumpserint, ipsi eos a presumptione huiusmodi, monitione premissa, per censuram ecclesiasticam, appellatione remota, cognita veritate compescant.

Datum Laterani, IV. Kal. Decembris, pontificatus nostri anno undecimo.

4. Papst Innocenz IV. bestätigt der Stadt Lübeck
das von dem Kaiser erteilte Privilegium, nicht vom Reiche
veräußert, noch zu Lehn oder Pfand gegeben werden zu dürfen.

1254, Januar 20.

§. II. 1, 208. Vgl. Bd. 1, S. 54.

Innocentius episcopus, servus servorum Dei, dilectis filiis Consilio et Communi Lubicensi, ecclesie Romane devotis, salutem et apostolicam benedictionem. Consuevit Sedes Apostolica precibus descendere devotorum eorumque votis favorem benivolum impertiri. Cum igitur, sicut fuit ex parte vestra expositum coram nobis, clare memorie Romanorum Imperatores, qui fuerunt pro tempore, in ecclesiae devotione manentes, vobis per sua duxerint privilegia concedendum, ut ab Imperio, cui estis immediate subiecti, alienari vel infeudari seu pignori obligari a nemine valeatis, prout in huiusmodi privilegiis plenius dicitur contineri, Nos, vestris devotis precibus inclinati, quod ab eisdem Imperatoribus super hoc provide factum est ratum habentes et gratum, illud auctoritate Apostolica confirmamus et presentis scripti patrocinio communimus. Nulli ergo omnino hominum liceat hanc paginam nostre confirmationis infringere vel ei ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attemptare presumpserit, indignationem omnipotentis Dei et beatorum Petri et Pauli apostolorum eius se noverit incursurum.

Datum Laterani, XIII. Id. Februarii, pontificatus nostri anno undecimo.

5. Bündnis zwischen Lübeck und Hamburg
über Sicherung der Wege zwischen Trave und Elbe. 1241.

§. II. 1, 95. Vgl. Bd. 1, S. 76.

Advocatus, Consilium et Commune Lubicensis civitatis omnibus presentis pagine inspectoribus in perpetuum. In hoc vera et sincera amicorum probatur dilectio, ut sicut amicus de amici letatur prosperitate, ita in adversis suo gravamine compati debeat atque damno. Noverit itaque presens etas et futura recolat posteritas, quod nos cum

dilectis amicis nostris burgensibus de Hamborgh in hunc modum concordavimus, ut, si forte predones aut alii mali homines se contra nostros aut eorum burgenses erexerint a loco illo, ubi flumen quod Travene dicitur mare incidit, usque Hammenborg et sic per totam Albeam usque in mare, et nostros vel eorum burgenses hostiliter invaserint, quicquid sumptus vel expense ad hos predones delendos et extirpandos accesserit, nos cum ipsis et ipsi versa vice nobiscum pariter debeant sustinere. Ceterum si forte aliquis manens extra civitatem fastuose aliquem burgensem de Hamborg vel de Lubeke incusatum occiderit vulneraverit baculaverit vel qualicunque modo, quod absit, male tractaverit, quicquid ad hoc recuperandum et vindicandum expense accesserit, nos cum ipsis et ipsi nobiscum pariter sustinemus, hac conditione adiecta, ut quicquid eorum burgensibus circa eorum civitatem et nostris burgensibus circa nostram civitatem contigerit, ipsi cum suis et nos cum nostris concivibus in communi expensa vindicemus. Amplius si aliqui eorum burgenses prope nostram civitatem Lubeke, aut nostri burgenses prope civitatem Hammenborg male tractati fuerint, nos eorum actorem^a sive actores promovebimus ad huius facti vindictam requirendam et persequendam, et ipsi nostrum actorem sive actores in communi expensa pariter promovebunt. Et ut hoc rationabile factum stabiliter observetur, presentem paginam sigilli nostri munimine communivimus. Datum apud Lubeke, anno gratie MCC quadragésimo primo.

6. Einladung zum Hansestage 1302 (geführt.)

§. II. 1, 731 = H. R. 1, 79. Vgl. Bd. 1, S. 85.

Honestis viris, dominis consulibus civitatis Osnaburgensis consules Lubicenses honoris et obsequii quantum possunt. Scripserunt nobis mercatores aliqui, Brugis in Flandria constituti, quod ibi multas iniurias patiantur contra id quod ibidem consuetum exstitit ab antiquo. Dicunt enim, si mercator aliquis aut eius nuntius seu famulus decedit ibidem, quod ad manus regis Francie tolli debeat medietas bonorum cuicunque pertinentium, que inventa fuerint in potestate taliter

^a Kläger.

decedentis. . . . Insuper continentur querimonie, quod per modum iniuriarum ibidem instaurentur multe alie novitates. Ut igitur obstetur principiis, super premissis, sicut in Westfaliam sic et in Saxoniam Slaviam Marchiam Poloniam Gotlandiam Rigam et ad alia loca congrua similes litteras transmittemus. Videtur enim utile civitatibus nobis adiacentibus et etiam nobis, quod vos et omnium dictarum terrarum civitates in proximo festo Pentecostes in civitatem nostram, que est quasi in medio sita, suos bonos nuntios cum pleno mandato transmittant, ut, si forte decretum fuerit ut mercatio alibi depouatur, vel si sumptus pro iniuriis retractandis aut libertatibus obtinendis fieri debuerint, possint consensum plenarium adhibere. Nec qui ad dictum terminum venire contempserint, habeant pro ingrato, si venientes, non venientibus exclusis, pro se valeant aliquid ordinare. Hec omnia declarare dignemini civitatibus et oppidis circa vos constitutis, quorum cives frequentare Flandriam consueverunt; super quibus voluntatem vestram nobis ut potueritis citius dignemini remandare.

**7. Kaiser Ludwig der Baier verleiht der Stadt Lübeck
das Recht, neben Silbermünzen auch Goldmünzen zu prägen, 1340.**

§. II. 2, 716. Vgl. Bd. I, S. 102.

Nos Ludovicus Dei gratia Romanorum Imperator semper augustus. Notum esse volumus universis sacri Romani imperii fidelibus presentibus et futuris, quod nos prudentibus viris, magistris civium advocatis consulibus totique communitati civitatis Lubicensis, fidelibus nostris dilectis, de nostre maiestatis imperialis augustali clementia concedimus et tenore presentium perpetuo indulgemus, quod ipsi valeant nummos et denarios aureos et argenteos in civitate Lubicensi fabricare et licite monetare, sicut ipsis videbitur, quod eis et eorum communitati utilius fuerit et melius oportunum, ita sane quod unus aureus Lubicensis non sit gravior pondere et valore, quam florenus aureus de Florencia, argenteus vero valorem sex hallensium^a bonorum et dativorum non excedat. Insuper adicimus, quod census annuus, nobis et imperio a

^a Heller, zuerst in Schwäbisch-Hall geprägt.

prescripta civitate Lubicensi debitus hactenus et solutus, in simili vel in alio equivalenti mutuo, videlicet auro vel argento, in progressu temporis nobis nostrisque in Romano imperio successoribus absque omni nostro damno et sine qualibet diminutione census predicti plenarie exsolvatur. In cuius rei testimonium presentes litteras conscribi, bulla nostra aurea signoque nostro consueto iussimus communiri. Datum Monaci XXVIII. die mensis Novembris, anno Domini millesimo trecentesimo quadragésimo, regni nostri anno vicesimo sexto, imperii vero tertio decimo.

**8. Kaiser Karl IV. verleiht dem Lübecker Rat
die volle Gerichtsbarkeit in Sachen des Landfriedens, 1374.**

§. II. 4, 222. Vgl. Bd. 1, S. 125.

Wir Karl, von Gotes gnaden Romischer Keiser, zu allen zeiten merer des reichs und Kunig zu Beheim. Embieten den burgermeistern der stat zu Lubeck, unsern und des heiligen reichs lieben getrewen, unser genad und alles gut. Lieben getrewen, umb sunderliche trewe frumkeit vernunft und redlicheit, die wir czu aller stund an euch, dem rate und den burgern gemeinlich der stat zu Lubick genzlich erfunden haben, und sunderlich das ir uns und dem heiligen reiche czu eren und gemeynem nucze der lande getrewlich zu fride geneyget seit, bose untetige lewte czu vertilgen und frume lewte in irem wesen czu behalten: dorumb mit wolbedachtem mute, rate unser und des reichs fursten, edelen und lieben getrewen, mit rechter wissen und crafft dicz briefes seczen und machen wir euch vorgenannte burgermeister, die yczunt sein oder alle jar czukomende seyn, unser und des heiligen Romischen reichs in den nachgeschribenen sachen vicarien, verweser und pfleger und geben euch gancze macht und gewalt, diewile wir oder unser nachkomen an dem reiche, Romische Keiser und Kunige, des nicht widerrufen mit unsern brieven, das ir selber oder wem ir dis bevelhet von unsern wegen, und gleicherweis als wir selber, sullet und moget ane widerrede und hindernisse allermeniclichs alle schedliche bose lewte, es sein morder, brenner, lant und wasser rawber, dieb dibinne und alle ander misseteter, sie sein von euch oder andern

vervestent oder unvervestent, in aller fursten, greven, freyen herren, ritter, knechte, stete gemeinschefften, landen, gebieten, gerichten und begriffen suchen uffhalten angreifen vahn slahen, ob des not wirdet, uber sie richten oder anders mit yn tun, nach dem als sie mit irer ubeltat haben verwircket, wie ir des czu rate wirdet. Und domit sullet ir die vorgenannten burgermeister, und wem ir das empfelhet, nicht getan haben noch gebrochen wider keinen fursten, graven, freyen herren, ritter, knecht, stat oder gemeinschaft, yn des oder der lande, gebieten, gerichten oder begriffen ir solche ubelteter suchet vahet angreiffet uffhaltet slahet, uber sie richtet oder anders mit yn tut, sunder ir der rat, die burger, die gemeinde und stat zu Lubick mit den dienern sullet dorumb ledig und unbeschuldigt sein und verleiben gleicherweis und in aller der masse, als ob wir selber soliche misseteter und ubeltetigen lewte suchten vingen slugen oder anders mit yn teten, wie wir des czu rate wurden. Und gebieten dorumb allen fursten, geistlichen und werntlichen, greven, freyen herren, rittern, knechten, steten, amptluten, gemeinden und allen andern unsern und des heiligen reichs getrewen und undertanen, das sie die vorgenannten von Lubick wider diese gegenwurtige unser seczunge, machunge und brieve nicht hindern yrren oder besweren in keine weis, sunder sie dobey von unsern und des reichs wegen beschutzen beschirmen und behalten, und wer dawider tete, der sal in unser und des reichs ungenaden swerlich vervallen sein, als offte und dicke er das tut, und darczu eyner pene funfzig pfunt lotiges goldes, die halbe in unser keiserliche camer und das ander halbteil den vorgenannten unsern lieben getrewen von Lubick, die also wider unser gegenwurtige brieve ubervaren werdent, an alle mynnerunge und abslag sullen gefallen. Mit urkunt dicz brieves versiegelt mit unser kaiserlichen majestat ingesiegel, der geben ist czum Berlin, nach Christus geburte dreyczenhundert jar darnach in dem vierundsibenczigsten jare, in dem nehsten donerstag vor dem Palmen tag, unser reiche in dem achtundzwenczigsten und des Keisertums in dem newnczenden jare.

Per dominum de Kolditz, magistrum camere, Conradus de Gysenheim.

9. Briefe der florentinischen und katalonischen Kaufleute
zu Brügge an die in Lübeck versammelten Vertreter der
Hansestädte, 1457.

H. R. II, 4, 491. 494. Vgl. Bd. 1, S. 177.

Honorabilibus dominis consulibus civitatis Lübicensis ac
aliarum civitatum hanze Theutonice aut eorum deputatis
in dicta civitate congregatis seu de proximo congregandis,
amicis nostris sincere dilectis.

Non diu est, honorabiles domini amici sincere dilecti, nec honestos
viros aldermannos vestre hanze Theutonice jam in Trajecto residentes
latet, nos intuitu intercursus communis mercandisie, que jam dudum
tempore vestre presencie in hac villa prosperabatur et floruit, nostras
epistolas eis transmisisse, eos affectuosissime rogantes pariter et re-
quirentes, ne tantus fructus, tam honesta communicatio mercato-
rum et tanta diversorum fraternitas animorum in eternum in hoc loco
periret, ut ipsi huius ville deputatos illos viros honestissimos favora-
biliter tractarent et eorum presentationes gratanter acciperent, his
etiam susceptis et acceptatis ad hunc locum, in quo communis
omnium nacionum mercancia, licet non tam vivaciter ut solebat
propter vestram absentiam, frequentatur, quantocius redirent, eis
omnem assistenciam et favorem pariter et rectoribus hujus ville in
laboribus et sumptibus in his que adhuc desunt promittentes et hoc
pluribus rationibus in eorum litteris comprehensis. Et quia, honora-
biles domini amici sincere dilecti, dicti deputati ad vos in gloriosa
civitate Lubicensi congregatos presencialiter accedunt, domina-
ciones vestras quanta prece possumus exoramus, ut reditum vestrum
in hoc oppido accelerare velitis, hoc indubitanter et revera scientes,
si quid vobis in vestris petitionibus deerit, quibus jam Brugenses
annuerunt, ceteraque membra parcium Flandrie non condescendant,
nos omnem operam vobiscum una cum Brugensibus et ceteris nacionibus
datuos, ut eos ad finem vestrum et Brugensium mediis omnibus pro-
ducamus, nec in hoc laboribus aut expensis parcere desideramus.
Honorabiles domini amici sincere dilecti, valete feliciter et longeve.
Ex Brugis, die 8 mensis Marcii.

Consul et ceteri mercatores nacionis Florencie,
Brugis residentes, in omnibus vestri.

Spectabilibus viris dominis consulibus civitatis Lubicensis et aliarum civitatum hanze Theutonice aut deputatis ipsorum in dicta civitate Lubicensi congregatis seu de proximo congregandis, amicis nostris carissimis.

Spectabiles viri, amici singulares. Post plurimas recommendationes etc. Nuper aldermannis hanze vestre Theutonice in Trajecto residentibus litteras nostras clausas transmisimus, quarum copia presentibus est inclusa, et quia, spectabiles viri amici singulares, ut concipimus, iidem legati, qui tunc ex parte Brugensium ad aldermannos predictos destinati fuerunt, jam de mandato eorundem penes vos in Lubeca vobiscum tractandi ac concludendi causa proficiscuntur, hinc est quod spectabilitates vestras quanto affectuosius possumus rogamus, quatinus vivum communis mercancie statum, qui per mercatorum vestrorum absenciam in dies diminuitur, pre oculis habentes eundemque relevantes ad ea, que per dictos legatos ex parte dictorum Brugensium solum vobis pollicenda sunt, condescendere ac in eisdem consentire velint eedem spectabilitates vestre, scientes quod in his, que per alia hujus patrie membra confirmanda seu consencienda remanserunt, nos dictis vestris mercatoribus hic reversis omnem assistenciam eisdem ad ea obtinenda summo studio fieri procurabimus, nec in hoc laboribus parcemus aut expensis. Spectabiles viri amici singulares, valete feliciter. Scriptum Brugis, die 8 mensis Marcii.

Consul ceterique mercatores nacionis Cathalonie, nunc Brugis residentes, in omnibus vestri.

10. Schreiben des Altermanns und der deutschen Kaufleute zu London an den Lübecker Rat, 1496.

H. R. III, 3, 573. Vgl. Bd. I, S. 189.

Unsen othmodigen denst. Erwerdige wise unde vorsenige heren. So wy juwen wysheiden nu unlanges in deme mante november geschreven hebben, wu dat wy unser gebreke halven etlike breve van unsen heren van Collen unde den Suderzeeschen steden an des Koninges gnaden unde synen parlamente gehat hebben unde

gepresenteiret, up welck breve wy to diversen tyden ene schriftlike antworde begeret hebben van syner gnaden an juwe wysheide to vorschrivende, worvan wy aldus lange gene entlike antworde hebben erlangen mogen, dan nu in deme mante januarus hebbe wy dorch etlike van unsen frunden vorstan, wu dat des Koninges gnade gansliken gesynnet sy de dageforde to holdende, gelyck syne gnade ock muntliken sommigen^a van unses rades medegesellen to kennende gegeven hefft. De dan ensodant begerden dorch syne gnade an juwe wysheide to vorschriuen. Warup he gene entlike antworde geven wolde; dan he wolde sick der sake halven mit synem rade bespreken, unde ok weren de sendebaden des heren hertogen Philippus van Burgundien nu up komende wege. Wert sake, dat se mit eme tot enen guden ende qwemen, so wolde he de dageforde to Antworpen gehalten hebben; were aver sake, dat deme so nyet en geschege, so were wol syne meyninge, to Calys off to Lunden. Erwerdige unde wise heren, so syn nu dese vorgeschreven sendebaden gekomen, unde wy vorhopen uns, dat nu alle dinge tusschen beiden landen tot ener guden conclusien komen sollen, dat wy ock ene schriftlike antworde an juwe wysheide van des Koninges gnade irlangen sollen. Wes uns hyrvan wedderfart, willen wy juwen wysheiden mit deme alderersten benalen.^b De wy Gode almechtich gesunt unde wolfarende bevelen tot langen saligen tyden. Geschreven under unseme segell uth Lunden in Engellant int jar unses heren 1496 den 28. dach des mantes januarii.

Alderman unde gemeyne copman van der Dutzschen anze to Lunden in Engellant residerende.

11. Schreiben der wendischen Städte an den Rat zu Riga 1496, Sept. 24.

H. R. III, 3, 703. Vgl. Bd. I, S. 192.

Erszame, vorsichtige, wise heren unde besunderen guden frunde. De ersame radt to Revell, juwe unde unse frunde, hebben kortes

^a einigen.

^b mittheilen.

vorleden^a an uns, den radt to Lubeck, van wegenn eres gefangenen radessendebaden, ime namen unde van wegen der gemenen anzestedere an den grothfurstē to Muskouwe uthgeferdiget, unde des bedruckeden gefangenen copmans der erberorden^b anze, to Nouw-garden residerende unde vencklick entholden, geschreven, under anderen in erem breve berorende, dat de hochwerdige here mester to Lyffflande nu averst kortes na assumptionis Marie^c schirstvorgangen upper unde mercklike bodeschup an den erberorden grothfurstē geschicket hebbe, umme mit deme alderflitigsten to bearbeidende, dat de gedachte sendebade und gefangen copman mit eren guderen der vencknisse entslagen, qwitt unde losz werden mogen; unde oft men dusdans nicht konde irlangen, so dat desulven sendebade unde copman der vencknisse nicht erlosset mochte werden, alszdenne sick to beflitigende, der twiste unde unwillen halven, uth welcken sodanne swarheit unde bedruck is erwecket, eyne fruntliken dach to lechliker^d stede unde beqwemer tiit, dar eyne iderman veylich^e sin mochte, to vorramende^f unde erwerbende. Wente denne de erszame radt van Revell etliker orsake unde tosprake halvenn, so de genante grothfurste, alse wy erfaren, to ene, jodoch villichte myn dan^g mit rechte, ansettel, by eme neyn grot gehore hebben sollen, so dat durch se wenich vruchtbars beschaffet moge werdenn, oft denne^h sodanne vorberorte dach enen vortganck gewunne unde to lechliker stede unde beqwemer tiit, dar gii unde de van Revell ungeverlich veylich und unbefart weszenn mochten, is unse andechtige instendige unde flitige begere, gy deme gemenen besten, den armen wemodigen gefangenen sendebaden unde copluden, den van Revell, juw unde uns allen to gude unde wolfart, juwe mercklike radessendebaden van unses bevels wegenn darby schickenn, van juwer unde unser wegenn juw in den saken mit deme besten bekummeren unde beflitigen willen, dat sodanne twist in der gude und fruntscup henne gelecht unde gesleten, so dat de erberorde gefangene mit eren guderen qwiit und losz mochten werden; so wy derhalven den van Revell unse andacht unde meninge under lengeren hebben entdeckt, dat juw ane

^a vor furzem. ^b vorher berührten. ^c 15. August. ^d wohlgelegener.
^e sicher. ^f verabreden. ^g minder als. ^h falls dann.

twivel blivet unvorborgen. Juw hyrinne mit alleme flite gutwillich to bewisende und desser moye nicht willen laten vordreten, des und alles guden vorseen wy uns to juw ungetwivelt, unde synt dat umme juwe ersamheide, Gode deme heren vrolich und gesunt bevalen, to vorschuldende willich. Schreven under der stadt Lubeke secrete am sonavende negest na Mathei apostoli anno etc. 96.

Borgermestere unde radmanne der Wendeschenn stedere, nemptlich Lubeck Hamborch Rostock Stralesszundt Wysmar unde Luneborch.

12. Berichte über die Seeschlachten bei Bornholm und Hela, 1511.

Vgl. Bd. 2, S. 6.

a. Reimar Kock über die Schlacht bei Bornholm.

Idt hatten de van Lubeck ehre schepe mit geschutte, und wess sonst thor wehr denede, sehr wol besorget. Idt weren ock up yder schip twe börger tho hovetlude vorordnet. De Lubsche Maria settede lick tho des Königes Engel, welck ein grodt nye krawel^a undt des Königes ammeral wass. Disse groteden sick under einander mit bussenloden, dat de Engel muste den weck nemen. De Maria folgede dem Engel undt dede em grote nodt. De andern Lubschen schepe fyreden ock nicht, arbeideden den dach sehr wol jegen den Denen, wowol der Denen vele mehr weren. Ick bin van einen loffwerdigen man, welck ein hovetman up einen kleinen schepe, so Antonius genandt, bericht, dat dre grote schepe an den Antonium geentert undt de Denen noch nicht winnen mosten, sondern ehre twe mit schanden darvan musten. Dat drudde averst, welck dem bischop van Ripen thohörede, hebben de Lubschen, so up den Antonius weren, mit gewalt ingenamen undt mit vor de Trave darna gebracht. Wen hir einer wer avergekamen, hedde hirvan ein grote herlicke historia konnen schreven. Disse stridt warede beth in de duster nacht, undt hebben de Denschen vele volckes vorlahren. Dit yss geschehen up S. Laurentius avendt undt hebben de van Lubeck den dach ein herlicke victoriam gehatt.

^a Karawele, eine in Spanien zuerst übliche Art von Schiffen, wie sie Columbus hatte.

b. **Bonrus über die Schlachten bei Bornholm und Hela.**

Indeme des Königes schepe den Wismarschen unde den Sundischen solcken schaden gedan hebben, sint de van Lübeck mit söstein schepen rede geworden unde affgelopen van der Traven up sunte Annen dach unde hebben der Sundeschen schepe vorwachtet under Jasmundt aver achte dage. Averst dewile se nicht gekamen, sint de Lübeschen van dar gelopen na Bornholm unde hebben dar by hundert ossen, twehundert schape unde dre last botteren geschattet^a van dem lande. Unde dewile se dar ock achte dage legen unnde der Sundeschen vorwachten, sint söventein schepe des Königes an se gekamen up sünte Laurentius avent, und hebben undereinander eine slachtinge gehalten beth yn de nacht. Unde hebben de van Lübeck de averhandt beholden, unde ys ein van des Königes schepen genamen, dar denn by söstich man unde etlike edellüde up gefangen synt. Unde de anderen schepe des Königes hebben alle de flucht genamen unde sint yn der nacht van einander gekamen. Averst van beyder syden sint vele doden gebleven. Idt hefft ein radt tho Lübeck jarlikes am dage Laurentii eine misse singen laten yn Marien Kercken, thom teken der dancksegginge gegen Godt vor desse victorien wedder de Denschen.

Dewile denn up desse sulven tidt de Hollander ock der Lübeschen vyende weren, sint de Lübeschen schepe van Bornholm na Heile gelopen, dar se sick denn der Hollender vormoden, unde hebben dar twischen Resehövede unde Heile gefunden by drüddehalf hundert hollandesche schepe, darunder denn veer schepe thom krige gerüstet weren, de anderen tho beleiden. Idt hebben de van Lübeck manck desse hollandeschen schepe gelopen unde alle up de flucht gebracht, etlike darvan genamen unde besettet, etlike ock affgebrandt, wente de Hollander hebben vast alle schepe sulven vorlopen. Unde ys dith geschehen am mandage na Laurentii.

Des Königes schepe sint wedder under Bornholm gekamen unde sint indeme de dre Sundeschen schepe dar ock gekamen, der meninge ydt legen de Lübeschen schepe dar. Derhalven sint de twe Sundeschen schepe van des Königes volcke angenamen, unde dat

^a geschätzt, erhoben.

drüdde, dar de heren up weren, ys darvan gekamen. Under dersulven tidt quemen de veer schepe van orloge^b dar ock tho, de van den Hollanderen gelopen weren, und brachten den Denen de tydinge, dat de Lübeschen under Heile de Hollander aver gewonnen hadden unde vele der schepe genamen. Derhalven hebben sick de Deneschen vör-gesettet, allen roff unde priß den Lübeschen wedder tho nemen, scholden se ock dat levent darby laten, wente se weren nu by twe unde twintich schepe starck. Unde sint also samptlick na Resehövede gelopen am avende Assumptionis Marie, unde alsobalde de Lübeschen vormerckeden de thokumpfft der Denen, sint se mit elffen schepen rede geworden unde den Denen tho möte gelopen unde hebben den gantzen dag sick mit des Königes volcke geslagen beth yn de nacht. Unde hebben endtliken des Königes schepe de flucht genamen und van ein gelopen. De van Lübeck averst hebben de averhandt beholden unde synt mit achtein priß-schepen unde grotem rove wedder vor de Traven gekamen.

**13. Reimar Roks Bericht über die Seeschlacht bei Gotland
am 31. Mai 1564,**

aus G. v. Hövelns Chronik.

Vgl. Bd. 2, S. 69.

Des morgens fro sin de Schweden vor dem winde wedder jegen de Denschen und Lubeschen schepe gekamen, even do de sunne upginck, den 31. May, de frokost to ethen mit den Denen und Lubeschen, und hoffen starck an tho scheten, wente de schwedesche ammeral Jacob Bagge hedde sick hoch vormeten, mit den Lubschen meidach tho holden. De densche ammeral hedde sick den voravent spade mit dem lubschen ammeral verbunden und ene ordeninge gemaket, dat de densche ammeral, de Fortuna genant, und de lubesche ammeral, de Engel genommet, den schwedeschen Makeloes wolden enteren und anfallen, und so den gantzen dach nicht, we vorhen, mit dem scheten thobringen. Idt wurt ock vorordenet, we de andern

^b Kriegsschiffe.

denschen und lubeschen schepe up de schwedeschen schepe na der ordeninge scholden thodragen laten; averst dat spill lep vele anders, also dat de ordeninge nicht konde gehalten werden. Wente de Schweden hoven an tho scheten, und de Denen und Lubschen summeden^a sick ock nicht, und was ein gruwlick specktakel. Und wowoll de Denschen und Lubeschen gerne geentert hedden, wolden doch de Schweden nicht an den dantz, sunder ledent alle up ere grot geschutte. Averst de leve Gott gaff gnade, dat de wint umbginck, und de Denen und Lubeschen den loff kregen.

Do summede sick de Lubsche ammeral nicht, sunder leth dragen tho dem Makeloes henan, wowol de lubsche ammeral alse eine schutte^b jegen den schwedeschen Magheloos geachtet. Dem Lubeschen ammeral folgede alsobalde ein ander lubesch schipper, Henningk Crage genandt, und lede mit sinem schepe dem schwedeschen Magheloos vor sin rohrghat und schot em langes dat schip, dat sick dat volck bi dem geschutte nicht dorften vinden laten; den erer in de dreehundert in dussem schepe wurden geschaten. De lubesche ammeral leth also balde fur warpen in des Schweden schip. In dem sumeden de lubeschen boeslude und krigeslude nicht, villen aver bort tho den Schweden in, erworgeden alles, wat thor wehr stunt, und leten dat lubsche fenlin im achterschepe up dem Makeloos flegen. Jacob Bagge averst und sin lutenandt, de ridder, wurden der Lubschen gefangen. Averst dewile fuhr in den Makeloos was geschaten, ginck dat fuhr so hefftich an, dat dar kein redder was, wente dar weren 149 gegaten stucke ane de ifseren stucke, alle geladen; ock was in der kruthkamer etlike last pulver. Derwegen de Lubschen Gott danckeden, dat se van dem Mageloos unbeschadiget affquemen, wente idt gaff ein gruwlick specktakell, do dat geschutte thohope affginck. We dat fur in de kruthkamer quam, ginck dat schip nicht allene in stucken, sonder warp ock dat krudt dat geschutte in de hogede, dat sick ein jeder daraver entsettede. Also ginck dith schip tho grunde und quemen 100 Schweden von dussem schepen in de Lubeschen schepe; de anderen vorbranden all oder vorsopen.

Up dussem schepe weren aver 200000 daler, 2000 Ungersche

^a fäumten.

^b fleines Schiff.

gulden, ane golden keden de grot weren, und vele ander sulverwerckes. Ock was duth schip mit 100 last osemundes^c geballastet. Duth gelt und isseren wolde Jacob Bagge tho Rostock hebben gebracht, wente he wuste nicht anders, den dat de 4 hovetlude, welck de Lubeschen in der pinken^d hedden gekregen (darvan baven geschreven) weren tho Rostock und hedden vele krigeslude und wes sus tho der rustinge horet bi hupen bi sick. Welck he wolde hebben in Schweden mit den andern schepen gesandt, averst mit dem Magheloes wolde he sick hebben in den Oersundt gelecht, dem Konig van Dennemark tho trotze. Wen dat were gescheen, hedde idt moie gemaket, wente ick weeth ken schlot in Dennemark, welck me nicht so leff scholde gestormet hebben, als den Magheloes.

14. Rescript Kaiser Leopolds I. an den Rat zu Lübeck, 1670.

Becker, Gesch. Lübecks III. Beilage. Vgl. Bd. 2, S. 103.

Von der Römisch-Kaiserl. Majestät unserm allergnädigsten Herrn, Bürgermeister und Rath Dero und des Heil. Römischen Reichs Stadt Lübeck hiemit in Gnaden anzuzeigen. Dieselbe erinnern sich gnädigst, was für ein Kaiserl. Decretum Sie, auf die gegen den am 9. Januar nächstverwichenen 1669sten Jahres publicirten Kayserl. Kommissionsrecess eingebrachten Klagen, bey den Collegien daselbst den 21. Juni erstgedachten 1669sten Jahrs haben ergehen lassen, darin allerseits streitenden Theilen die Bedeutung geschehen, aus was Ursachen der beyden Collegien, Cirful und Kaufmanns daselbst, Ansuchen, wie dasselbe auf die Rathswahl und Regimentsform gerichtet, derzeit nicht resolviret, noch der Stadt völlige Beruhigung erreicht werden können, wofern die Differentien mit den Landbegüterten nicht auch abgethan wären. Nachdem aber solches jüngsthin zu ferneren gütlichen Tractaten verwiesen worden, und obgedachte beyde Collegia sehr inständig um Resolution ihrer Beschwerden angerufen, und allerhöchstgedachte Kayserl. Majestät ihr Begehren vor billig erachtet, auch Dero Kaiserl. Hülff Rechtens, auf Maß und Weise wie folget, länger nicht haben versagen können: als erklären und ändern Dieselbe gedachten

^c Eisen.

^d Kleines Schiff.

Receß wegen der Rathswahl und dessen Ersetzung hiemit, und wollen daß inskünftige, so oft sich ein oder andere Rathsstelle eröffnen würde, gedachter Magistrat, ungehindert einiger Restriction auf den numerum ternarium bey beyden klagenden Collegien, oder gewisser graduum consanguinitatis et affinitatis Beobachtung, sich der von Alters hergekommenen, den Rechten und Concordatis gemäßen, freyen Wahl bedienen möge und solle. Dem der Rath also nachkommen wird, als zu welchem, wie auch der gesamten Bürgerschaft, mehr allerhöchstgedachte Kayserl. Majestät ferner sich gnädigst versehen, sie werden die Erörterung der übrigen gravaminum in schuldigem Gehorsam, Ruhe und Gedult erwarten und die jüngst verordnete gütliche Handlung selbst befördern, damit alle übrige Irrung, entweder in Güte oder durch rechtlichen Schluß, förderamist erörtert werden möge. Gestalt denn allerhöchstgedachte Ihro Kayserl. Majestät sie zu dem allen mit Ernst und bey Vermeidung anderweitigen Einsehens nochmalen ermahnet haben wollen.

Sign. Wien unter Ihro Kayserl. Majestät hier vordrucktem Secret-Insiegel den 23. October Anno 1670.

Leopold Wilhelm, Graf zu Königsegg.

15. Verfassung der freien und Hansestadt Lübeck

nach dem Beschlusse des Senates und der Bürgerschaft vom 5. April 1875.

(Auszug der wichtigsten Bestimmungen. Die gefürzten Artikel sind mit † bezeichnet.)

Vgl. Bd. 2, S. 183 u. 171.

I. Allgemeine Bestimmungen.

1. Der Lübeckische Freistaat bildet unter der Benennung „die freie und Hansestadt Lübeck“ einen selbständigen Staat des Deutschen Reiches.
2. Angehörige des Lübeckischen Freistaates sind diejenigen, deren Lübeckische Staatsangehörigkeit nach Maßgabe der Reichsgesetzgebung begründet ist.
3. Bürger des Lübeckischen Freistaates sind diejenigen Lübeckischen Staatsangehörigen, welche den Staatsbürgereid geleistet und das erworbene Bürgerrecht nicht wieder verloren haben.

4. Die Staatsgewalt steht dem Senate und der Bürgerschaft gemeinschaftlich zu. Für die Ausübung derselben sind die Bestimmungen dieser Verfassung maßgebend.

II. Der Senat.

5. Der Senat besteht aus 14 Mitgliedern. Von denselben müssen stets 8 dem Gelehrtenstande angehören und unter diesen wenigstens 6 Rechtsgelehrte sein. Die übrigen 6 Mitglieder dürfen dem Gelehrtenstande nicht angehören; unter ihnen müssen wenigstens 5 Kaufleute sich befinden.
6. Wählbar zum Senatsmitgliede ist jeder zum Mitgliede der Bürgerschaft wählbare Bürger des Lübeckischen Freistaats, wenn er das 30. Lebensjahr vollendet hat. Ausgeschlossen von der Wahl ist derjenige, dessen Vater Sohn Vollbruder Halbbruder Stiefvater Stieffohn Schwiegervater Schwiegersohn oder offener Handelsgesellschafter bereits Mitglied des Senates ist.
- † 7. Wenn ein Senatsmitglied zu erwählen ist, so wählt die Bürgerschaft aus ihrer Mitte eine gleiche Anzahl von Wahlbürgern, als Senatoren zur Wahl erschienen sind. Durch das Los werden drei aus je 2 Senatoren und 2 Wahlbürgern bestehende Wahlkammern gebildet. Haben sämtliche Wahlkammern dieselbe Person in Vorschlag gebracht, so erklärt der im Senat den Vorsitz führende Bürgermeister diese sofort als zum Mitgliede des Senats erwählt. Sind aber zwei oder drei verschiedene Personen vorgeschlagen, so ist durch die Wahlversammlung einer der Vorgeschlagenen nach unbedingter Stimmenmehrheit, durch geheime Abstimmung mittelst Stimmzettel, zu wählen.
- † 8. Jede im Senat erledigte Stelle muß innerhalb 4 Wochen wieder besetzt werden.
9. Eine Verpflichtung zur Annahme der Wahl zum Mitgliede des Senats findet nicht statt. Auch steht der Austritt aus dem Senate jederzeit frei.
- † 11. Die Mitglieder des Senates bekleiden ihr Amt lebenslänglich. Wann und in welcher Weise eine Versetzung von Senatsmitgliedern in den Ruhestand stattfindet, sowie in welchen Fällen ein Mitglied

zum Austreten aus dem Senat verpflichtet ist, ist durch die betreffenden Gesetze bestimmt.

† 14. Der Vorsitzende des Senates wird von diesem für die Dauer von 2 Jahren aus seiner Mitte erwählt und führt den Titel Bürgermeister.

18. Dem Senate allein ist die Leitung sämtlicher Staatsangelegenheiten anvertraut, soweit nicht die nachfolgenden Bestimmungen eine Mitwirkung oder Zustimmung der Bürgerschaft in ihrer Gesamtheit oder des Bürgerausschusses ausdrücklich vorschreiben.

III. Die Bürgerschaft.

19. Die Bürgerschaft besteht aus 120 Mitgliedern (Vertretern). Sie übt ihre Thätigkeit theils in ihrer Gesamtheit, theils durch einen Ausschuß aus.

20. Zur Teilnahme an der Wahl der Vertreter sind, vorbehaltlich der Bestimmungen des Art. 21, alle Bürger des Lübeckischen Freistaats berechtigt, welche in demselben ihren regelmäßigen Wohnsitz haben.

21. Von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen sind:

a) diejenigen welche unter Kuratel stehen,

b) diejenigen über deren Vermögen Konkurs gerichtlich eröffnet worden ist, bis sie von allen Ansprüchen ihrer Gläubiger befreit sind,

c) diejenigen welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen oder im letzten Kalenderjahre bezogen haben,

d) diejenigen welchen die bürgerlichen Ehrenrechte rechtskräftig aberkannt sind, für die Dauer des Verlustes dieser Rechte.

† 23. Die Wahlen der Vertreter werden in 10 Wahlbezirken vorgenommen (4 städtische, 6 ländliche).

† 27. Die Mitglieder der Bürgerschaft werden auf 6 Jahre erwählt. Alle zwei Jahre treten diejenigen aus, welche 6 Jahre zuvor erwählt sind. Die austretenden können sofort wiedergewählt werden.

37. Die Bürgerschaft tritt auf Berufung durch den Wortsführer zusammen. Fest bestimmte Tage sind der dritte Montag in den Monaten März Juli September und December. Außerdem muß die Bürgerschaft

berufen werden, so oft der Senat es für erforderlich erachtet oder der Bürgerschaft es begehrt, oder wenn mindestens 30 Mitglieder bei dem Wortführer unter Darlegung des Zweckes schriftlich darauf antragen.

41. In den Versammlungen der Bürgerschaft sind Kommissare des Senats gegenwärtig und an der Beratung teilzunehmen berechtigt. Die Anwesenheit derselben ist jedoch nicht erforderlich, wenn es sich um Wahlen oder Gegenstände handelt, über welche die Bürgerschaft ohne Mitwirkung des Senats entscheiden kann.

42. Die Versammlungen der Bürgerschaft sind in der Regel öffentlich; der Ausschluß der Öffentlichkeit tritt ein, wenn der Senat oder die Bürgerschaft es begehrt.

50. Die Mitgenehmigung der Bürgerschaft ist erforderlich:

- a) zu jeder Abänderung der Staatsverfassung;
- b) zu jedem Erwerb und jeder Veräußerung von Hoheitsrechten;
- c) zur Erlassung, authentischen Auslegung, Änderung oder Aufhebung von Gesetzen, sowie von Verordnungen in Handelsachen. Polizeiliche Verfügungen und lediglich die Handhabung bestehender Gesetze betreffende Verordnungen werden dagegen vom Senat allein beschlossen, doch ist bei Verkündigung der letzteren stets das Gesetz zu bezeichnen, um dessen Handhabung es sich handelt;
- d) zur Einführung, Aufhebung und Veränderung direkter oder indirekter Steuern und Abgaben aller Art;
- e) zur Gestattung der Ausübung öffentlichen Gottesdienstes seitens solcher Religionsgesellschaften, welchen dieselbe bisher noch nicht zugestanden ist;
- f) zur Erteilung von Privilegien;
- g) zu Verfügungen, bei welchen die Vorsteherchaften von Privatstiftungen nach den bestehenden Gesetzen der Genehmigung des Senats und der Bürgerschaft bedürfen;
- h) zur Entscheidung über die Anwendbarkeit des Expropriationsgesetzes auf die Ausführung einer Anlage;
- i) zum Abschluß von Staatsverträgen, welche den Handel, die Schifffahrt oder einen derjenigen Gegenstände betreffen, welche der Mitgenehmigung der Bürgerschaft unterliegen.

- † 51. Der Bürgerschaft steht ferner eine Mitwirkung zu bei der Verwaltung des Staatsvermögens sowie des Vermögens der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden und der öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten.

Das Staatsbudget sowie das allgemeine Budget der öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten muß alljährlich der Bürgerschaft zur Genehmigung vorgelegt werden. Ohne Zustimmung der Bürgerschaft darf weder eine neue Staatsanleihe gemacht, noch der zur Tilgung der Staatsschulden festgesetzte Plan geändert werden.

- † 52. Sollte bei Gelegenheit eines vom Staate abzuschließenden Vertrages oder bei einer anderen außerordentlichen Veranlassung der Senat und die Bürgerschaft der übereinstimmenden Ansicht sein, daß der Gegenstand aus Rücksicht auf notwendige Geheimhaltung sich so wenig zur Verhandlung mit dem Bürgerausschusse als mit der Bürgerschaft eigne, so ist eine Geheimkommission zu ernennen.

- † 53. Der Bürgerausschuß besteht aus 30 Mitgliedern, welche von der Bürgerschaft aus ihrer Mitte auf zwei Jahre erwählt werden. Der Wortführer der Bürgerschaft und dessen Stellvertreter sind nicht wählbar; alle übrigen Mitglieder der Bürgerschaft sind der Wahlfolge zu leisten verpflichtet.

58. Der Bürgerausschuß versammelt sich regelmäßig, wiewohl mit Ausnahme des Augustmonats, alle 14 Tage auf dem Rathause zur Zeit der Versammlungen des Senats. Bei besonderer Veranlassung kann der Senat denselben auch zu einer anderen Zeit durch den Wortführer zusammenberufen lassen. Außerdem kann der Wortführer selbst eine Versammlung des Bürgerausschusses ansetzen, so oft ihm dieselbe notwendig erscheint; verpflichtet ist er dazu, sobald 6 Mitglieder des Bürgerausschusses es begehren und den Zweck der Berufung in einem schriftlichen Antrage darlegen.

- † 69. Der Bürgerausschuß übt die der Bürgerschaft zustehenden Befugnisse aus, wenn es sich handelt

- a) um Geldbewilligungen, welche die Summe von 6000 Reichsmark einmaliger oder 300 Reichsmark jährlicher Ausgabe nicht überschreiten,

- b) um Verwendung der bereits im Staatsbudget ausgesetzten Summen, soweit nicht die einzelnen Behörden zur Verwendung dieser Summen berechtigt sind,
- c) um Erwerb oder Veräußerung von Grundstücken, bis zum Wert von 12000 Reichsmark,
- d) um Änderungen in der Verwaltung oder in der Benutzung des Eigentums des Staates, der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden, der öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten und der Privatstiftungen, wenn ein Wert von nicht mehr als 12000 Reichsmark in Frage steht.
- e) um Verfügungen über Denkmäler der Kunst oder des Altertums,
- f) um Entscheidungen, welche durch Beschluß des Senats und der Bürgerschaft dem Bürgerausschuß übertragen sind.

Wenn der Bürgerausschuß einen Antrag des Senats ablehnt, so ist es dem Senat unbenommen, denselben Antrag an die Bürgerschaft zu richten.

- 70. Über alle zur Verhandlung mit der Bürgerschaft gehörenden Anträge hat der Senat die Ansicht des Bürgerausschusses einzuziehen, bevor er seine Anträge an die Bürgerschaft gelangen läßt.
- 71. Der Bürgerausschuß hat die Befugnis, Anträge und Vorschläge, sei es in Folge ihm von der Bürgerschaft überwiesener Anregen, sei es aus eigenem Antrieb, an den Senat zu richten.
- 72. Der Bürgerausschuß ernennt die Mitglieder der Geheim-Kommissionen, die bürgerchaftlichen Teilnehmer an gemeinsamen Kommissionen des Senats und der Bürgerschaft, sowie die bürgerlichen Deputirten bei denjenigen Verwaltungsbehörden, für welche der Bürgerschaft oder dem Bürgerausschuß das Ernennungsrecht eingeräumt ist. Zu jeder Wahl eines bürgerlichen Deputirten bei den übrigen Verwaltungsbehörden dagegen hat der Bürgerausschuß dem Senat zwei Bürger vorzuschlagen, welche ihm dazu am meisten geeignet erscheinen.

IV. Verfahren bei beharrlicher Meinungsverschiedenheit zwischen dem Senat und der Bürgerschaft.

† 74. Bei Meinungsverschiedenheit über die Auslegung bestehender Gesetze, insbesondere wenn Bestimmungen der Verfassung streitig sind, entscheidet das Ober-Appellationsgericht der freien Hansestädte^a.

† 75—85. Bei Meinungsverschiedenheit darüber, was das Staatswohl erfordere, wird, wenn Senat und Bürgerschaft der übereinstimmenden Ansicht sind, daß eine Beschlußnahme ohne wesentlichen Nachteil für das Gemeinwesen keinen Aufschub leide, eine Entscheidungskommission von 7 Mitgliedern des Senats und 7 Mitgliedern der Bürgerschaft gebildet. Ihre Verhandlungen sind geheim. Ihr Ausspruch gilt dann als Rat- und Bürgerschluß.

^a An dessen Stelle ist 1879 das Oberlandesgericht zu Hamburg getreten; vgl. o. S. 184. Übrigens ist solche gerichtliche Entscheidung bisher noch nicht nötig geworden.

Neuere Münzen Lübecks,

beschrieben von Carl Curtius.

(Hierzu Taf. II und III).

17. Thaler vom Jahre 1502 (Taf. II 17).

Hauptseite. Moneta nova Lubicensis 1702 (1502). Der Doppeladler.

Rückseite. Sanct(us) Johannes Baptist(a). St. Johannes der Täufer mit dem Lämmchen auf dem Buche im linken Arm, in einer ovalen Einfassung und von einem aus Ringlein gebildeten Bogen umgeben; zu seinen Füßen das Stadtwappen, ein von weiß und rot geteilter Schild. *Gewicht.* 29,4 Gramm. Vgl. Schnobel, S. 97, 1. Madai, vollständiges Thaler-Cabinet Th. I № 2263 („ein haupttrarer Thaler“). J. und A. Erbstein, die Ritter von Schultheß-Rechberg'sche Münz- und Medaillen-Sammlung, Dresden 1869 II № 7051 (halber Thaler mit derselben Prägung).

Die Thaler oder Speciesthaler (Thaler in specie), welche ihren Namen von dem Bergwerk Joachimsthal in Böhmen haben, sind die ersten silbernen Großstücke, mit denen die Münzprägung der neueren Zeit beginnt. Zuerst in Tyrol geprägt und seit dem Anfang des 16. Jahrhunderts durch ganz Deutschland verbreitet, wurden sie auf dem Reichstag zu Augsburg im J. 1566 zur gesetzlichen Reichsilbermünze erhoben. Sie wogen 2 Lot und bestanden aus 14lötigem Silber, so daß auf die Mark kölnischen Gewichts, welche zu 16 Lot (= 234 Gramm) gerechnet die Gewichtseinheit für die deutschen Münzen bildet, 14 Lot Feinsilber und 2 Lot Zusatz gingen. Es wurden aus der feinen kölnischen Mark 9 Thaler, aus der gemischten Mark 8 Thaler ausgebracht. Neben den ganzen Thalern gab es halbe, Viertel- oder Ortsthaler, Achtel- oder halbe Ortsthaler. In Lübeck prägte man Thaler zuerst vereinzelt in den Jahren 1502, 1528 und 1537, später regelmäßiger nebst den Teilstücken bis zum Jahre 1776. Sie zeigen als Reichsmünze auf der Hauptseite meist den zweiköpfigen Reichsadler, unter Karl V. bisweilen dessen Brustbild, seit dem Jahre 1568 den Reichsadler mit dem Reichsapfel und darin als Wertangabe eine Zahl, und in der Umschrift den Namen des regierenden Kaisers, auf der Rückseite fast immer Johannes den Täufer als Schutzheiligen von Lübeck nebst dem Stadtwappen, weshalb sie auch Johannesthaler genannt wurden. Der Wert und das Gewicht des Speciesthalers blieb ziemlich unverändert, aber da die in Lübeck von dem Markfuß abhängige Scheidemünze sich mit diesem immer mehr verringerte, galt der Thaler zuerst 24 Schillinge, seit dem Jahre 1573 32, später 48, zuletzt vom Jahre 1727 an (vgl. zu № 36) bis zur Einführung der deutschen Reichsgoldwährung im J. 1873 sogar 60 Schillinge

oder 45 Silbergroschen (= 1 1/2 Thaler Conventionsmünze). Vgl. f. D. Behn, Anfangsgründe der Münzwissenschaft. 2. Ausg. Lübeck 1789, S. 175 ff. Langermann, Hamburgisches Münz- und Medaillen-Vergnügen, Hamburg 1753, S. 431. Gaedechens, Hamburgische Münzen und Medaillen. Abth. 2, S. 209. 236 ff. Halke, Einleitung in das Studium der Numismatik. Berlin 1882, S. 123 f.

18. **Drittelmarkstück** vom Jahre 1502 (Taf. II 19).

Hs. (nicht mit abgebildet) Moneta nova Lubicensis 1702 (1502). Der Doppeladler in einem ovalen Schilde, welches auf einem Kreuze liegt. *Rs.* Ternarius marce Lubicensis. Die Wappenschilde von Hamburg, Lüneburg und Wismar ins Dreieck gestellt, in dessen Mitte der Lübeckische Stadtschild. *Gew.* 7,25 Gramm. Abgebildet in Langermann's Hamburgischem Münz- und Medaillen-Vergnügen S. 385 № 1. Vgl. Schnobel S. 63, 7. Jac. v. Melle, Gründl. Nachricht von Lübeck. 3. Aufl. S. 491. Madai, Thaler-Cabinet zu № 5951. Die hierauf bezüglichen Münzverordnungen s. zu № 22.

19. **Doppelschilling** vom Jahre 1502 (Taf. II 22).

Hs. Moneta nova Lubicensis 1702 (1502). Der Doppeladler in einem ovalen Schilde. *Rs.* Maria optim(am) part(em) eleg(it). Maria Magdalena mit einem Salbgefäß in der rechten Hand. *Gew.* 3,50 Gr. Vgl. Schnobel S. 53, 1. v. Melle, Gründl. Nachr. S. 486 und Abhandlung von den Lübeckischen Münzen in Dreyer's Sammlung vermischter Abhandlungen zur Erläuterung der teutschen Rechte und Alterthümer Th. 2 (Rostock und Wismar 1756) S. 966.

20. **Schilling** vom Jahre 1502 (Taf. II 20).

Hs. Numus alborum Lubicen(sium). Der Doppeladler mit dem Stadtwappen auf der Brust. *Rs.* Crux fugat omne malum. Ausgeschweiftes Kreuz, in dessen vier Winkeln die Jahreszahl 1702 (1502). Mit nummus alborum wird gleichwie mit dem Worte Witten eine Silbermünze wegen ihrer helleren Farbe im Gegensatz zu den dunkleren Gold- und Kupfermünzen bezeichnet. *Gew.* 2,75 Gr. Vgl. Schnobel S. 49, 2. v. Melle, Nachr. S. 484.

21. **Dreifling** vom Jahre 1502 (Taf. II 21).

Hs. Moneta Lubicen(sis). Das Stadtwappen. 1702 (1502). *Rs.* Ave crux spes unica. Ausgeschweiftes Kreuz. *Gew.* 1,1 Gr. Vgl. Schnobel S. 34, 6. v. Melle, Nachr. S. 476.

22. **Markstück** vom Jahre 1506 (Taf. II 18).

Hs. Moneta nova Lubicensis 1506. Der Doppeladler. *Rs.* Status marce Lubicensis 1506. Die Schilde von Hamburg, Lüneburg und Wismar ins Dreieck gestellt, mit dem kleinen Lübeckischen Stadtschild in der Mitte; zwischen jedem Schild ein Herz und eine Bogenverzierung. *Gew.* 19,33 Gr. Vgl. Köhler's historische Münzbelustigung Bd. XI Stück 27, S. 209. Schnobel S. 69, 2. v. Melle, Nachricht S. 492. Gaedechens S. 271. Langermann, Hamburg. Münz- und Medaillen-Vergnügen S. 386 f.

Im Mittelalter war die Mark lediglich eine Rechnungsmünze. Sie wurde zwar, wie auch später, zu 16 Schillingen und der Schilling zu 12 Pfennigen gerechnet, aber nur die Teilstücke vom Pfennig bis zum Doppelschilling wurden wirklich ausgeprägt (vgl. n. 1 ff. 11 ff. 15). Während deshalb größere Zahlungen anfangs in ungeprägtem Silber zugewogen, später seit dem Privileg Kaiser Ludwigs des Baiern in Goldgulden (n. 9)

geleistet wurden, vereinigten sich in den Jahren 1502 und 1506 die vier wendischen Städte Lübeck, Hamburg, Lüneburg und Wismar dahin, in dem heimischen Marktfuße größere Silberstücke auszuprägen und damit von der Goldwährung zur Silberwährung überzugehen. Man begann im Jahre 1502 zunächst Drittelmarkstücke (*ternarius marce Lubicensis* vgl. № 18), dann seit 1506 in allen vier Städten ganze Markstücke aus 15lötigem Silber zu schlagen. Die ersteren sollten 5 Schilling 4 Pfennige oder 16 Witten, und sechs Stück so viel als ein Lübeckischer Goldgulden (*Dukat*) wert sein; von den ganzen Markstücken gingen zwei auf einen Lübeckischen Goldgulden und dreizehn Stück auf die feine kölnische Mark. Ihr Gepräge war auf der Hauptseite das Wappen der prägenden Stadt, auf der Rückseite das der übrigen drei Städte mit der Umschrift *status marce Lubicensis*. Diese neue nach Lübeckischem Fuße geprägte Staatsmark sollte an Stelle des gegenüber dem kleinen Silbergelde im Werte schwankenden Goldguldens als Einheit für alle Geldberechnungen dienen. Die Stücke wogen c. $1\frac{3}{8}$ Lot oder 20 Gramm und betrugen ungefähr 2 Mark 9 β 10 $\mathfrak{d}$ nach dem seit 1727 in Lübeck eingeführten leichteren Fuße oder 3,15 Mark nach der heutigen deutschen Reichswährung (vgl. zu № 35 und Behn, Anfangsgründe der Münzwissenschaft S. 164). In dem hierauf bezüglichen Münzvergleich der vier wendischen Städte vom Jahre 1506 heißt es: So iss verramet, dat men in düssen Steden schall und will ordineren einen Mark Penning, darvan de wegende Mark schall holden 15 Loth fines Sülvers, und dat Stück davon schall wegen 5 Quentin und ein Orth, und geit alsdenn de Marck fines ut der Munte mit aller Unkost vör 13 Mark Lübisich. Düsser Ordinantien schall und will men ock macken einen halven Marck Penning und ock ein Verding, und darto na Nothdorft Schedegeld, so vele des in einer isslicken Stadt to donde und van nöden iss. Und welck Mann den andern hiernamahls schall edder will betalen, de sülve schall na vermöge der sülven Ordinantie to betalende verpflichtet sin. (Abgedruckt bei Langermann a. a. O. S. 406 f. Vgl. das Fragment einer Lübeckischen Münz-Chronik in den Lüb. Anzeigen vom 1. Mai 1771 Stück 18, J. C. H. Dreyer, Einl. 3. Kenntniß der von Lübeck ergangenen Verordnungen S. 183 und Gaedechens a. a. O. S. 181 ff.) Nach dieser Münzordnung wurden in allen 4 Städten neben den ganzen Markstücken auch halbe und viertel Mark (*semis* und *quadrans marce Lub.*) geprägt, und zwar zu Lübeck nicht bloß 1506 sondern auch mit wenig verändertem Feingehalt (15—14lötig) bis zum Jahre 1549. Von letzterem Jahre an bis 1728 wurden in Lübeck keine Markstücke gemünzt, während das Kleingeld vom Dreiling bis zum Doppelschilling allmählich immer mehr im Gehalte sank. Als größere Silberstücke dienten in diesem Zeitraum die im Wert unveränderlichen Reichsmünzen (vgl. zu № 17 und 29).

23. **Silbergulden** vom Jahre 1528 (Taf. II 23).

Rs. Carolus quintus Romanorum imperat(or). Das Brustbild des jugendlichen Kaisers Karls V. von der linken Seite, ohne Bart, mit offenem Munde, im Mantel, mit breitem Hut und dem goldenen Vliese an der Schnur auf der Brust. *Rs.* (nicht abgebildet) *Imperialis civitatis Lubicensis insigne*. 1528. Der Doppeladler mit dem Stadtwappen auf der Brust. In der Umschrift auf beiden Seiten der Münze vier kleine Lilien. *Gew.* 22,25 Gr. Silbergulden im Wert von ungefähr $\frac{3}{4}$ Speciesthaler sind in Lübeck nur im Jahre 1528 ausgemünzt worden. Vgl. Schnobel

S. 75, 1. v. Melle, Nachricht S. 493, Abhandlung S. 978. Madai, Thaler-Cabinet I № 2266.

24. **Brömbſen-Thaler** (Speciesthaler) vom Jahre 1537 (Taf. II 27). *Hs.* Imp(erator) Carolus V. Cesaru(m) nulli secu(n)dus. Brustbild Kaiſer Karls V. von der rechten Seite, im Mantel, mit Spitzbart, Barett auf dem Haupt und dem goldenen Vließe an der Schnur auf der Brust. *Rs.* Moneta Cesareae civitatis (Bremſe) Lubecae 15—37 (Blättchen). Ein knieender geharniſchter Mann, von der linken Seite, hält mit der rechten Hand das erhobene Schwert, welches die Jahreszahl in der Umschrift teilt, mit der linken vor ſich einen Schild mit dem Doppeladler. *Gew.* 28,87 Gr. Abgebildet in Köhler's hiſtoriſcher Münzbeluſtigung T. XVIII S. 145 № 1), J. H. v. Seelen, selecta nummaria. Lubecae 1735. Tab. V. Vgl. Schnobel S. 100, 1. v. Melle, gründl. Nachricht S. 501 f. Madai, Thaler-Cabinet I. № 2265. J. und A. Erbſtein a. a. O. № 7052.

Der hier beſchriebene Thaler, der ſog. dritte Brömbſen-Thaler, iſt vielleicht das merkwürdigſte Stück, welches in Lübeck geprägt wurde. Die Bremſe in der Umschrift der Rückſeite iſt das Zeichen des Lübeckiſchen Bürgermeiſters Nicolaus von Brömbſen (1522—43). Derſelbe wurde, nachdem er in Folge der Unruhen unter Jürgen Wullenwever's Regiment Lübeck verlaſſen hatte (1531—35) zu Brüssel von Karl V. am 14. Auguſt 1531 zum Ritter geſchlagen und bald darauf zum kaiſerlichen Hofrat ernannt. Ferner wurde vom Kaiſer durch eine am 12. Juni 1532 zu Regensburg ausgeſtellte Urkunde der Adel des Brömbſen'schen Geſchlechts erneuert und deſſen Wappen mit einem ſchwarzen gedoppelten Adler vermehrt. (Vgl. den Text S. 41. 50. Waitz, Lübeck unter Jürgen Wullenwever Bd. 3 S. 85. Becker, umſtändl. Geſchichte der Stadt Lübeck Bd. 2 S. 42. 116 und die kaiſerlichen Urkunden bei v. Seelen a. a. O. S. 57 und in dem Verzeichniß von denen Adeliſchen Familien der Zirkel-Geſellſchaft in Lübeck 1689 S. 105 ff.). Bald nach ſeiner Rückkehr in ſeine Vaterſtadt und ſeine Bürgermeiſterwürde ließ Nicol. v. Brömbſen im Jahre 1537 mehrere unter ſich etwas verſchiedene Specieſthalere ſchlagen, welche zur Erinnerung an jene kaiſerlichen Auszeichnungen einen knieenden Ritter als Schildträger mit dem ihm verliehenen Adelswappen (dem Doppeladler) und die Bremſe als ein von ſeinem Namen entlehntes Abzeichen zeigen. Vielleicht war dies die Veranlaſſung zu dem fortan in der Lübeckiſchen Münze herrſchenden Gebrauch, der ſich in keiner anderen Reichsſtadt findet, daß die größeren Geldſtücke bis zum Doppelschilling auf der Rückſeite das Wappen oder Abzeichen des älteſten Bürgermeiſters, bisweilen auch der beiden älteſten Bürgermeiſter als Herren der Münze aufweiſen. Endlich erblicken wir in der Umschrift auf der Rückſeite unſeres Brömbſen-Thalers ein Blatt als Abzeichen des Münzmeiſters Jürgen Bockholt, wie denn die Lübeckiſchen Münzmeiſter in der folgenden Zeit (zuerſt ſchon auf dem Doppelschilling von 1522) ihr Zeichen auf den Münzen ausprägen pflegten. Vgl. das vollſtändige Verzeichnis der Lübeckiſchen Münzmeiſter mit ihren Abzeichen bei v. Melle, Abhandlung S. 1003 ff. Gründliche Nachricht S. 526 ff.

25. **Sechſſling** vom Jahre 1550 (Taf. II 24).

Hs. Moneta Lubicens(is) 1550. (Kopf eines Tieres, das Münzmeiſterzeichen von Joachim Tiele.) Der Doppeladler. *Rs.* Cr(u)x f(ugat) o(mn)e mal(um). Die Wappenschilder von Hamburg (Neſſelblatt), Lüneburg (ſpringender Löwe)

und Wismar (gespaltener Schild, rechts halber Stierkopf, links viermal geteilt) zu einem Dreieck vereinigt, worin ein Kreuz. Gew. 1,08 Gr. Vgl. Schnobel S. 44, 1. v. Melle, Nachricht S. 481 und über das Münzmeisterzeichen zu № 24. Ähnliche Sechslinge wurden zu Hamburg im Jahre 1512 ausgeprägt (Gaedeckens II S. 308).

26. **Kupferne Scherfe** vom Jahre 1570 (Tafel II 26).

Hs. Das Stadtwappen, darüber 1570. *Rs.* In zwei Zeilen: Sch—arf. Gew. 0,94 Gr. Scherfe (Scherflein, auch semunciae genannt) heißt die kleinste Scheidemünze. Es sind dies fast die einzigen Kupfermünzen, welche in Lübeck wie auch in Hamburg ausgeprägt wurden. Sie fallen in die Zeit von 1542—70. Vgl. Schnobel S. 32, 4. v. Melle, Nachricht S. 475. Gaedeckens II S. 324.

27. **Hohlpfennig** aus schlechtem Silber vom Jahre 1574 (Taf. II 25).

Hs. Zwei neben einander gestellte Schilde, der eine mit dem Reichsapfel, der andere mit dem Stadtwappen, darüber N. S. P. (Nye Stadt Penning), darunter 74 (1574). Dieser Pfennig und ein ähnlicher vom Jahre 1582 sind die letzten Hohlmünzen Lübecks. Später bilden die zweiseitig geprägten Dreilinge die kleinste Scheidemünze. Gew. 0,35. Vgl. Schnobel S. 33, 7. v. Melle, Nachricht S. 475.

28. **Goldgulden** vom Jahre 1598 (Taf. III 31).

Hs. Moneta nova aurea Lubec(ensis). (Blume als Münzmeisterzeichen von Claes Roethusen.) In einer reich verzierten bogenförmigen Einfassung das Stadtwappen, darin der Reichsapfel; zu beiden Seiten des Stadtschildes die Jahreszahl 9—8 (1598). *Rs.* Civitatis (Bremse) imperiali(s). Gefrönter Doppeladler mit dem Stadtschild auf der Brust. Die Bremse in der Umschrift ist das Abzeichen des Bürgermeisters Diderich von Brömbjen (1588 bis 1600). Vgl. zu № 24. Gew. 3,20. Vgl. Schnobel S. 151 ff. v. Melle, Abhandlung S. 986. Nachricht S. 508.

Während die Lübeckischen Goldgulden des 14. und 15. Jahrhunderts (auch Florene, Lübische oder Ungrische Gulden genannt, vgl. zu № 9) nach dem schweren florentinischen Fuße geprägt sind, wurden seit dem Jahre 1589 in Lübeck leichtere Goldgulden gemünzt, deren Wert und Feingehalt fast $\frac{1}{3}$ weniger beträgt. Sie schließen sich der zuerst von den Rheinischen Kurfürsten eingeführten und bald von den meisten Münzständen Deutschlands angenommenen leichteren Goldwährung an. Nach einer Verordnung des Kaisers Ferdinand vom Jahre 1559 sollten diese sog. Rheinischen Goldgulden, welche meist auf der Hauptseite den Reichsapfel zeigen, $18\frac{6}{12}$ Karat feines Gold, $3\frac{8}{12}$ Karat Silber und $1\frac{10}{12}$ Karat Kupfer enthalten. Von ihnen gingen 93 Stück auf die feine kölnische Mark (zu 24 Karat) und 72 Stück auf die gemischte Mark. Ihr Wert ist nach dem damaligen Gelde 2 Mark, nach der heutigen deutschen Reichswährung etwa 6,80 Mark. Im 17. Jahrhundert wurden diese Goldgulden allmählich wieder von den schwereren Dukaten verdrängt. Der letzte Lübeckische Goldgulden stammt vom Jahre 1675. Vgl. Halke, Einleitung in das Studium der Numismatik S. 122. Gaedeckens a. a. O. II S. 230 ff. Schmieder, Handwörterbuch der gesamten Münzkunde S. 201 ff. und unten zu № 32.

29. **Ortsthaler** (Viertel-Speciethaler) vom Jahre 1606 (Taf. II 28).

Hs. Rudol(phus) II. D(ei) g(ratia) imp(erator) se(mper) Augus(tus). Gefrönter Doppeladler mit Schein und mit dem Reichsapfel auf der Brust,

worin 8 als Wertangabe. *Rs.* Mone(ta) nova — Lubece(nsis) 606 (1606). Dazwischen Schild mit drei Hügeln, das Wappen des Bürgermeisters Gott-
hard von Höveln (1589—1609), und eine Lilie als Münzmeisterzeichen von
Statius Wessel. St. Johannes der Täufer mit einem Schein um das
Haupt und einem Buch in der linken Hand, auf dem das Lamm Gottes
mit der Siegesfahne steht; vor ihm der Stadtschild. *Gew.* 6,95 Gr. Vgl.
Schnobel S. 84, 3.

Die Orts- oder Viertelthaler (Ort bedeutet in der Münzsprache ein
Viertel) waren Reichsmünzen wie die Speciesthaler und trugen daher auch
den Namen des Kaisers und dasselbe Gepräge wie jene. Die Wertangabe
8 (Schillinge) im Reichsapfel zeigt, daß der ganze Thaler damals zu 32
Schillingen gerechnet ward. Vgl. zu № 17 und 24.

30. **Dütchen** vom Jahre 1623 (Taf. III 35).

Hs. Civi—tatis—imper—ialis. Sonne als Münzmeisterzeichen von Hinrich von
der Klähren. Auf einem durch die Umschrift gehenden Kreuz der Doppel-
adler mit dem Stadtwappen auf der Brust. *Rs.* Lubechs Stadt Geldt.
Im Felde: 16 Reichsdaler 1623. *Gew.* 3,15 Gr.

Der Name „Dütchen“ wird entweder von der Holländischen Stadt
Doffum oder von dem Holländischen Wort Duyt (Deut) abgeleitet. Geprägt
wurden diese Stücke in Holland, Preußen, Dänemark und in Lübeck von
1623—83. Da sie hier 3 Schillinge galten und 16 Stück auf einen
Speciesthaler gingen, hatte dieser damals bereits den Wert von 48
Schillingen. Vgl. Schnobel S. 58, 11. Schmieder, Handwörterbuch S. 141 f.

31. **Ein halber Portugalöser** vom Jahre 1628 (Taf. III 30).

Hs. Serva nos, Domi—ne, ne pereamus. Dazwischen ein halbes Rad, das
Abzeichen des Bürgermeisters Lorenz Möller (1612—34). Der gekrönte
Kaiser mit dem Scepter in der rechten und dem Reichsapfel in der linken
Hand sitzt auf einem reichverzierten Thron; darüber ein von zwei Löwen
gehaltener Schild mit einer Sonne, vielleicht dem Zeichen des Münzmeisters
H. von der Klähren. Unter dem Throne zu den Füßen des Kaisers steht
links an(n)o und rechts 1627. *Rs.* (nicht abgebildet) Ex auro solido
lib(era) imper(ialis) civitas Lub(ecensis) f(ieri) f(ecit). 1628. Gefrönter
Doppeladler mit Schein um die Köpfe, zwischen denen ein Kreuz, und
mit dem Stadtwappen auf der Brust. *Gew.* 17,70. Vgl. Schnobel
S. 164, 1. v. Melle, gründl. Nachricht S. 511. Köhler's vollständiges
Dufaten-Cabinet № 2957.

Portugalöser sind große Goldstücke im Wert von 10 Dufaten, welche
zuerst in Portugal um das Jahr 1500, später aber auch in anderen Län-
dern meist als Medaillen bei besonderen Gelegenheiten geschlagen wurden.
Aus der Lübeckischen Münze gingen nur wenige ganze und halbe Portu-
galöser (letzte gleich 5 Dufaten) hervor. Die hier beschriebene Medaille
bezieht sich vielleicht, wie man aus der Umschrift serva nos, Domine, ne
pereamus schließen möchte, auf die Gefahren, denen Lübeck und sein Gebiet
in den Jahren 1626—28 durch die besiegten Truppen Ernst's von Mans-
feld und Christian's IV. von Dänemark, sowie durch Wallenstein's Zug nach
Holstein und seine Unternehmung gegen die Hansestadt Stralsund ausgesetzt
war. Vgl. den Text S. 89 ff.

32. **Dufaten** vom Jahre 1638 (Taf. III 29).

Hs. Mone(ta) nova aurea Lub(ecensis). Sonne (zu № 30). Stehender ge-
harnischter Kaiser mit der Krone auf dem Haupt und dem Schwert an der

Seite, in der rechten Hand das Scepter, in der linken den Reichsapfel haltend. *Rs.* Civitatis 16—38 imperial(is). Zwischen der Jahreszahl eine Eichel, das Abzeichen des Bürgermeisters Hinrich Köhler (1624—41). Gefrönter Doppeladler mit dem Stadtschild auf der Brust. *Gew.* 3,44 Gr. Der hier abgebildete Dufaten ist bei Schnobel und v. Melle nicht verzeichnet.

Neben den leichteren Goldgulden nach Rheinischem Fuß (№ 28) wurden seit dem 16. Jahrhundert von vielen Münzständen Deutschlands wieder die schweren Dufaten geprägt, die an Gehalt den alten Lübeckischen oder Ungarischen Goldgulden nach florentinischem Vorbild (№ 9) gleichen. Durch die Münzverordnungen vom Jahre 1559 wurden die Dufaten ebenfalls Reichsmünzen. Auf die feine kölnische Mark gingen 95 Rheinische Goldgulden aber 67—68 Dufaten, so daß die letzteren fast ganz reines Gold ($23\frac{8}{12}$ Karat) und nur $\frac{4}{12}$ Karat Zusatz enthielten. Der Gehalt der Dufaten blieb auch in den folgenden Jahrhunderten ziemlich unverändert. Sie sollen 3,49 Gramm wiegen und haben nach jetzigem Gelde einen Wert von 9,60 Mark. In Lübeck beginnt die Dufatenprägung der neueren Zeit mit dem Jahre 1604 und dauert bis zum Jahre 1801 (№ 40). Neben den ganzen Stücken erscheinen in einzelnen Jahren auch doppelte, halbe und viertel Dufaten. Als Reichsmünze zeigen sie meist die Gestalt des geharnischten Kaisers oder dessen Brustbild.

33. Sechssling vom Jahre 1675 (Taf. III 39).

Hs. Civitat(is) imperi(alis). Gefrönter Doppeladler. *Rs.* Mon(eta) no(va) 96 Lub(ecensis) 75 (1675). Geharnischter Arm mit Schwert, das Zeichen des Münzmeisters Hans Ridder. Das Stadtwappen auf einem ausgeschweiften Kreuz. Die Wertzahl 96 bedeutet, daß der Speciesthaler zu 96 Sechsslingen, mithin zu 48 Schillingen und zu 192 Dreilingen gerechnet wurde. *Gew.* 0,67 Gr. Vgl. Schnobel S. 47, 7.

34. Große silberne Medaille vom Jahre 1710 (Taf. III 32).

Hs. Die Bildnisse der vier Bürgermeister, jedes in einer besonderen Einfassung mit beigefügtem Namen, nämlich (Johann) Westcken (1703—14), (Sebastian) Gercken (1706—10), (Thomas von) Wickede (1708—16), (Adolf Matthaeus) Rodde (1708—29), in deren Mitte *cons. Lubec. (consules Lubecenses)*. Oben und unten sind je zwei Palmzweige; zwischen den unteren Palmzweigen und dem Rande der Münze steht links 1710, rechts J. F. Hilcken f(ecit), der Name des Stempelschneiders. *Rs.* Ansicht der Stadt Lübeck von Osten gesehen. Darüber: Es müsse Friede seyn inwendig deinen Mauren und Glück in deinen Pallästen und der Name יהוה (Jehova), von dem die Stadt bestrahlt wird; darunter: Lubeck. *Gew.* 29,70 Gr. Abgebildet und besprochen bei J. H. v. Seelen, *selecta nummaria* Tab. VI p. 70 ff. Vgl. Schnobel S. 136, 2. v. Melle, *Abhandlung* S. 999. *Nachricht* S. 521.

Die hier mitgeteilte Schaumünze gehört zu den sog. Konsularmedaillen, welche auf der Hauptseite die Bildnisse von einem oder mehreren Bürgermeistern, auf der Rückseite deren Wappen oder eine Ansicht der Stadt zeigen. Sie sind in der Zeit von 1636—1732 mehrfach geprägt worden und können als die schönsten Erzeugnisse der Lübeckischen Stempelschneiderei gelten. Vgl. Schnobel S. 128 ff.

35. Markstück vom Jahre 1728 (Taf. III 36).

Hs. Civitatis. J. J. J. (Anfangsbuchstaben vom Namen des Münzmeisters

Johann Justus Jaster, daneben gekreuzte Zainhafen) imper(ialis) Lubec(ensis). Gefrönter Doppeladler mit der Wertangabe 16 (Schillinge) auf der Brust. Rs. Courant Geldt. Anno 1728. Das Stadtwappen, darüber von zwei Palmzweigen umrahmt 16 Schilling. Gew. 9,15 Gr. Vgl. Schnobel S. 73, 4. v. Melle, Nachricht S. 493.

Die Mark von 1728 ist das erstere größere Geldstück, welches nach dem neuen Lübeckischen Courantfuß oder dem 34-Markfuß gemünzt ist, mit dessen Entstehung und Einführung es folgende Bewandnis hat. Schon im 17. Jahrhundert war von manchen Reichsständen und namentlich durch das verderbliche Treiben der sog. Kipper und Wipper viel schlechtes Kleingeld verbreitet worden, welches nicht den gesetzlichen Feingehalt besaß und zur Folge hatte, daß die größeren Geldstücke im Werte nominell immer mehr stiegen. Um ihre Geldverhältnisse neu zu ordnen, hatten daher Kurbrandenburg, Kursachsen und Braunschweig-Lüneburg im Jahre 1667 den Sinaischen Münzfuß (10½ Thaler auf die feine Mark, also 7 Thaler = 6 Speciesthaler) und dann im Jahre 1690 den leichteren Leipziger Münzfuß (12 Thaler auf die feine Mark, also 4 Thaler = 3 Species-thaler) eingeführt. Da aber den Städten Lübeck und Hamburg der Leipziger Münzfuß, welcher später auch vom Reiche angenommen ward, zu leicht erschien, so vereinbarten sie bald darauf mit ihren Nachbarstaaten Holstein, Dänemark und Sachsen-Lauenburg einen neuen Münzfuß, nach welchem die feine Mark in allen gröberen Geldsorten zu 11⅓ Thaler oder 34 Mark Courant ausgebracht werden sollte. Allein trotz dieser Vereinbarung ließen die Regierungen von Dänemark und Holstein seit dem Jahre 1710 zu leichte Zwei- und Vierschillingsstücke prägen. Diese verbreiteten sich auch in Lübeck und Hamburg und bewogen die Münzen der beiden Städte, dem verderblichen Beispiel Dänemarks zu folgen. Weil aber hierdurch der Handel der Städte alsbald sehr geschädigt ward, so wurden zu Hamburg im Jahre 1726 und zu Lübeck durch eine Verordnung vom 17. Nov. 1727 die minderwertigen Dänischen, Hamburgischen und Lübeckischen 2 und 4 Schillinge im Werte herabgesetzt. Zugleich beschloß man, daß nach dem 34-Markfuße neues Stadt- oder Courantgeld in 1, 2, 4, 8 Schillingen sowie in 1- und 2-Markstücken ausgeprägt werden solle, welches fortan allein an allen öffentlichen Kassen in Zahlung zu nehmen sei. Endlich veröffentlichte der Lübeckische Rat am 1. Nov. 1728 eine amtliche Gewichtstabelle, welche das Gewicht und den Feingehalt des neuen Courantgeldes zur allgemeinen Kenntnis brachte. (Vgl. Behn, Anfangsgründe der Münzwissenschaft S. 186 ff. J. H. Pohlmann, Münzzustände der Stadt Lübeck. Lübeck 1846 S. 21 ff. und die Verordnungen bei J. H. Pohlmann S. 76 ff. und in Dreyers Einleitung zur Kenntnis der von E. Hochw. Rat der Reichsstadt Lübeck ergangenen Verordnungen S. 195 ff.). Demnach prägte man zu Lübeck sogleich in den Jahren 1727—28 eine große Menge des neuen Geldes in den genannten Stücken zum vollen Werte, daneben einmal im Jahre 1752 auch Dreimarkstücke oder Courantthaler und wiederholt Speciesthaler bis zum Jahre 1776 (vgl. zu № 17). Da aber die Schillinge, Sechslinge und Dreilinge einen etwas geringeren Silbergehalt haben durften, so wurden sie später als Scheidemünze von allen größeren Zahlungen ausgeschlossen. Die Beschaffenheit sämtlicher Lübeckischen Münzen vom Jahre 1727 an ergibt sich aus der folgenden Tabelle, die in Behn's Anfangsgründen der Münzwissenschaft (S. 203) mitgeteilt wird:

Geldstücke.	Silbergehalt.	Die feine Mark			Auf die gemischte Mark:		Auf die feine Mark:	
Speciesthaler .	14 ² / ₉ Lot	zu	34	Mark Courant	8	Stück	9	Stück
Courantthaler .	12 =	=	34	=	8 ¹ / ₂	=	11 ¹ / ₃	=
2-Markstück . .	12 =	=	34	=	12 ³ / ₄	=	17	=
1-Markstück . .	12 =	=	34	=	25 ¹ / ₂	=	34	=
8-Schillingsstück	10 =	=	34	=	42 ¹ / ₂	=	68	=
4-Schillingsstück	9 =	=	34	=	76 ¹ / ₂	=	136	=
Doppelschilling .	7 =	=	34	=	119	=	272	=
Schilling . . .	6 =	=	36	=	216	=	576	=
Sechsling . . .	4 =	=	38	=	304	=	1216	=
Dreiling . . .	3 =	=	42	=	504	=	2688	=

Nachdem von diesem neuen Geld eine hinreichende Menge vorhanden war, sah sich bald darauf auch Dänemark genötigt, seine Münze zu verbessern und gleichwertiges Courantgeld auszumünzen, welches deshalb auch wieder in den beiden Hansestädten gleich dem heimischen Geld angenommen ward. Dagegen wurde vor gefälschten Stücken mit den Jahreszahlen 1728—32, welche auch in der Folgezeit wieder auftauchten, durch eine Notifikation des Lübeckischen Rates gewarnt. (Dreyer S. 196). Der neue Münzfuß vom Jahre 1727 fand auch die Zustimmung des Kaisers, wie dessen Antwort auf einen Bericht des Lübeckischen Rates vom 20. Oktober 1759 zeigt (vgl. den Text S. 116 und Schnobel S. 25 f.), und blieb unverändert in Kraft, bis die Stadt Lübeck im Jahre 1801 die eigene Münzthätigkeit einstellte. In der folgenden Zeit bediente man sich hier des Hamburgischen und Holsteinischen Courantgeldes, welches erst mit der Einführung der jetzigen Reichs-Goldwährung in Lübeck am 1. Januar 1875 verschwand.

Von den Münzen, welche nach dem Lübeckischen 34-Markfuß geprägt wurden, sind hier außer der Mark von 1728 (№ 35) noch das Vierschillingsstück von 1758 (№ 37), der Dreiling von 1762 (№ 38) und der Schilling von 1789 (№ 39) abgebildet und beschrieben.

36. **Kleine silberne Medaille** vom Jahre 1730 auf das Jubelfest der Augsburgischen Konfession (Taf. III 33).

Hs. Imperial(is) civit(at)is Lubecensis 1730. Gefrönter Doppeladler mit dem Stadtschild, darunter das Wappen (gespaltener Schild, links zwei Sparren, rechts halber Adler und herabhängende Hopfenranke) des Bürgermeisters Hinrich Balemann (1724—50). *Rs.* Confess(ion)is evang(elicæ) in com(itiis) Aug(ustanis) exhibitæ. Die evangelische Religion in Frauengestalt, welche in der rechten Hand ein Kreuz hält und in der linken ein aufgeschlagenes Buch, worin V(erbum) D(omini) M(anet) I(n) AE(ternum). Neben der weiblichen Figur zu beiden Seiten: sac(ra) — saecu — lar(ia) — sec(unda). 25 — Jun., und darunter J. J. — J. (Johann Justus Jaster. Vgl. zu № 35) und gekreuzte Zainhaken. Gew. 3,64 Gr.

Diese Medaille im Werte von ¹/₈ Speciesthaler ist mit dem Stempel des Jubeldukaten von 1730 geprägt. Vgl. Schnobel S. 140, 4. 165, 4. Köhler, Dukaten-Cabinet № 2965. Ein ähnliches Gepräge zeigen die Speciesthaler desselben Jahres. Schnobel S. 140, 5. Madai, Thaler-Cabinet II № 5008.

37. **Vierschillingsstück** vom Jahre 1758 (Taf. III 37).

Hs. (Nicht abgebildet). Civitatis J. J. J. (Zainhaken. Vgl. zu № 35) imperialis. Gefrönter Doppeladler mit der Wertangabe 4 auf der Brust. *Rs.* Courant

J. J. J. (Zainhafen) Geldt 1758. Das Stadtwappen, darüber zwischen zwei Palmzweigen 4 Schilling. Gew. 5,06. Vgl. Schnobel S. 63, 6. v. Melle, Nachricht S. 490.

38. **Dreiling** vom Jahre 1762 (Taf. III 34).

Hs. Gefrönter Doppeladler mit Stadtwappen ohne Umschrift. *Rs.* Zwischen zwei Lorbeerzweigen in fünf Reihen: I. Dreiling 1762. D. P. Z. (Diderich Philipp Zachau Münzmeister). Gew. 0,49. Vgl. Schnobel S. 41, 1. v. Melle, Nachricht S. 479.

39. **Schilling** vom Jahre 1789 (Taf. III 40).

Hs. Gefrönter Doppeladler mit Stadtwappen ohne Umschrift. *Rs.* In fünf Reihen I Schilling Lübisches 1789. H. D. F. (Hermann Daniel Friederichsen, Münzmeister). Der letzte in Lübeck geprägte Schilling. Gew. 1,21 Gr. Vgl. Schnobel S. 51, 12.

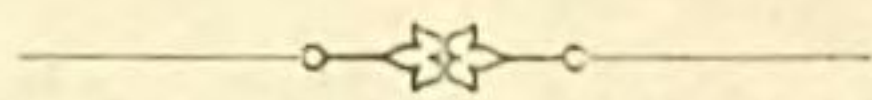
40. **Dukaten** vom Jahre 1801 (Taf. III 38).

Hs. (Nicht abgebildet). Franciscus II. Rom(anorum) imp(erator) semp(er) August(us). Gefrönter Doppeladler mit dem Stadtwappen auf der Brust, darunter H. D. F. (zu № 39). *Rs.* In einer viereckigen Einfassung unter einer Guirlande steht in vier Reihen Mon(eta) aur(ea) Lubecens(is) ad legem imperii, darunter das Wappen (Sparren mit drei Blumen) des Bürgermeisters Hermann Georg Büneckau (1778—1805), und zu beiden Seiten des Wappens die Jahreszahl 18—01. Gew. 3,48. Die Worte ad legem imperii bedeuten, daß bei dieser Münze die Reichsverordnungen über den Gehalt der Dukaten befolgt sind (zu № 32). Der Dukaten vom Jahre 1801 ist das letzte Stück, welches aus der Lübeckischen Münze hervorgegangen ist.

41. **Silberne Medaille** auf die Hanseatische Legion vom Jahre 1814 (Taf. III 41).

Hs. Gott war mit uns. Drei ovale Schilde mit den Wappen von Lübeck (Doppeladler), Bremen (Schlüssel) und Hamburg (Burg) neben einander an einen abgebrochenen Eichenstamm mit herabhängenden Zweigen gelehnt. Unter dem mittleren Lübeckischen Schild steht in kleiner Schrift der Name des Stempelschneiders Loos. *Rs.* In der Umschrift oben: Hanseatische Legion, unten: Lübeck. Bremen. Hamburg. Im Felde: Dem Vaterländischen Kampfe 1813. 1814. zum Andenken, darunter das Hanseatenkreuz. Über die Hanseatische Legion und ihre Thätigkeit im deutschen Freiheitskriege vgl. den Text S. 144 ff. Gew. 15,10.

Obwohl diese Medaille nicht in Lübeck sondern bei Loos in Berlin geprägt worden ist, hat sie hier einen Platz gefunden als ein numismatisches Denkmal der Ehre Lübecks im Bunde mit den beiden anderen Hansestädten.



Register.

- Adolf I. von Schauenburg 12. Adolf II. 14—22. Adolf III. 27—34. Adolf IV. 37 f. 49 f. Adolf VII. 138. Adolf VIII. 161. 164. 166. 172. 185. 208.
 Adolf Friedrich, Fürstbischof v. Lübeck, König v. Schweden 2, 115.
 Adolf v. Nassau, deutscher König 59 f. 84.
 Albert v. Bardewik 4. 65. 87. 90.
 Albert, Herzog von Braunschweig 55. 57. 73.
 Albert, Herzog v. Sachsen 38 f. 57. 77.
 Albrecht I., deutscher König 60, 84.
 Albrecht II., Herzog v. Mecklenburg 107. 115. 121.
 Albrecht III., Herzog v. Mecklenburg und König v. Schweden 115—122. 132. 143 f.
 Albrecht VII., Herzog v. Mecklenburg 2, 15. 27. 34. 37—39. 43.
 Alexander v. Soltwedel 44. 52. 54.
 Alt-Lübeck 11—15. 51.
 Amsterdam 116. 124. 127. 2, 59 f. 117.
 Anklam 58. 62. 154. 2, 83. 87.
 Antwerpen 160. 168. 188 f. 2, 58 f. 66 f. 97.
 v. Arnim 2, 147.
 Artlenburg 18. 25. 28. 2, 82.
 Augsburg 22. 43. 139. 2, 58. Reichstage daselbst 2, 22 f. 50. 52. 55. 61. 64.
 Bardewik 18. 29.
 Basel 187. 203. 2, 12. 127.
 Bergedorf 138. 151. 199. 2, 45. 81 f. 88. 123.
 Bergen 71. 79. 82. 106. 118. 123. 174 f. 190. 2, 17. 44. 65. 97. Spiele daselbst 1, 175.
 Berlin 104. 109. 125. 154. 158. 180—182. 2, 112. 123. 137. 143.
 Bernadotte 2, 134—138. 145. 148 f.
 Berthold v. Henneberg 101 f. 187.
 v. Bismarck, Reichskanzler 2, 185. 188.
 Bistum Lübeck 19. 43. 58. 95—97. 134. 138. 199. 202. 2, 22. 29. 56 f. 94. 113—115. 123. 131.
 Blücher 2, 133—135.
 Bonnus 5. 2, 26. 33. 44. 214.
 Bornholm 2, 4—6. 12. 16. 20. 70. 76.
 Bornhöved 38. 44.
 Brandenburg, Askanische Markgrafen 14. 16. 22. 30. 35. 41. 47. 53 f. 57. 68. 98. Bairische Markgrafen 101—105. Luxemburger 125. 154. Hohenzollern 151. 167. 180. 186. 193. 2, 5. 56. 105.
 Braunschweig, Herzogtum 28—30. 38 f. 41 f. 55—57. 97. 142. 185 f. 2, 26. 34. 46.
 —, Stadt 21 f. 27. 34. 40. 70. 79. 83. 130. 140. 154. 157. 160. 181. 183. 186. 2, 66. 83. 90 f. in Fehde mit den Herzögen 1, 195. 2, 50. 52. 84. 86. 98.
 Bremen, Erzbistum 7. 10. 16. 37. 39. 2, 46. 56. 87. f. 93 f.

- Bremen, Stadt 31. 40. 69. 72. 76 f. 82. 108. 112. 130. 133. 154. 157. 166. 181. 186. 2, 42. 50. 66. 83. 87. 90 bis 92; freie Reichsstadt 94. 98; 140. 148 f. 156.
- Breslau 154. 158. 181. 186.
- Brokes, Heinr. 2. 85 f.
- Brömse, Heinr. 200; Nifol. 2, 10. 22. 26. 41 f. 47. 50.
- Brömsebro 2, 93 f.
- Brügge 75. 79. 81. 107—110. 128—130. 133. 153. 157. 168. 176—179. 188. 204. 2, 58.
- Brüssel 160. 2, 10. 27. 41.
- Bugenhagen 2, 24—26.
- Burgund 125. 129. 166. 187. 189. 2, 8. 46.
- Chafot 2, 122—124.
- Christian I. König v. Dänemark 170—174. 186. 208 f. Christian II. 2, 8—13. 17 f. 30 f. 34—37. 43. Christian III. 31. 35—40. 43—47. Christian IV. 84. 86—89. 91. 93. Christian V. 97. 101. 104 f. Christian VIII. 180.
- Christoph II. König v. Dänemark 100. Christoph III. 165 f. 168—170.
- Christoph Graf v. Oldenburg 2, 34—40. 43. 50.
- Curtius, C. G. 2, 126. 145. E. u. G. 2, 163. Th. 2, 158. 172. 180.
- Dänemark 6—13. 21. 27. 33—39. 99—104. 111. 131. 158—166. 168—174. 2, 1—18. 33—45. 68—72. 84—94. 113—115. 123. 145—151. 157—159. 177 f.; Handel dorthin 20. 34. 40. 53. 67. 72. 133. 148. 169. 174. 2, 44. 65. 94. 137. 169. 172. 186; Schutzherrschaft über Lübeck 1, 33 f. 99 f.; im Bunde mit Lübeck 1, 121. 127. 160. 165. 168 f. 208. 2, 15—17. 68—72; in Feindschaft mit Lübeck 1, 49. 52. 112—122. 160—164. 2, 2—13. 34—44. 84. 89. 101. 105. 123. 130. 145—151. 157 f.
- Danzig 41. 48. 72. 83. 85. 110. 116. 132. 157; Handel mit England 153. 167. 178 f. 189; 196. 204; im Bunde mit Lübeck 68. 170 f. 2, 11—13; 42. 44. 63. 66. 83. 89 f. 117. 158.
- Detmar 4. 26. 37. 44. 52. 58 f. 82. 104. 106. 114. 134. 141. 143.
- Deutsches Reich 1. 8. 11. 27. 33. 54. 56. 98. 102. 139. 166 f. 187. 196. 2, 18. 49. 54 f. 58. 88—95. 99. 107. 113. 117. 129 f. 180—185. 191.
- Deutscher Bund 2, 150, 155. 158. 177.
- Deutscher Orden 31. 33. 45—48. 56. 68. 110. 112. 133. 153. 171 f.
- Dithmarschen 9. 12. 14. 30. 33. 39 f. 159. 209. 2, 2. 10. 36. 65.
- Dorpat 107. 123. 154. 157. 176. 181. 191. 2, 63—65.
- Dortmund 61. 69. 71. 74. 77. 81. 83. 108—110. 127. 154. 157. 2, 42.
- Doway, Joh. v., 81. 84. 87.
- Elbing 46. 62. 68. 83. 108—110. 116. 124. 127. 132. 157. 2, 62.
- Emden 2, 52. 61 f.
- England 54. 73. 105. 124. 128. 153. 167 f. 189; in Streit mit der Hanse 177—179. 2, 60—62; 97. 132. 137. 172.
- Erich IV. König v. Dänemark 47. 50. Erich V. 58. 69. Erich VI. Menved 99. Erich VII. 148. 159—165. 170.
- Erich XIV. König v. Schweden 2, 68. 71.
- Erich III. Herzog v. Sauenburg 138. 142. Erich IV. 143. 146.
- Estland 36. 39. 46 f. 99. 104. 2, 65.
- Eutin 17. 62. 95. 97. 2, 22. 35. 38. 56. 114. f. 123. 125. 187.
- Fehmarn 100. 208. 2, 17. 70.
- Femgerichte 182.
- Ferdinand I., deutscher Kaiser 2, 64.
- Ferdinand II. 88. 92. Ferdinand III. 98.
- Flandern 15. 73. 85. 129. 160. 166. 187. Handel dorthin 75, 80 f. 85 f. 108—110. 123. 130. 167. 177. 2, 58.
- Flensburg 159. 161—163. 208. 2, 12.
- Frankfurt a. M. 43. 186. 2, 53. 165. 168 f., a. d. Oder 154. 182.
- Frankreich, Handel dorthin 76. 85. 177. 188. 2, 96. 117. 179. Kriege 2, 104—107. 113. 117. 128 f. 132—148. 180 f.

Franz, Herzog v. Sauenburg 2, 81 f.
 Fredenhagen, Th. 2, 107. 110.
 Friedrich I., deutscher Kaiser 21 f. 27—31.
 61 f. Friedrich II. 35. 39. 45. 49.
 Friedrich III. 167. 171. 209.
 Friedrich I. König v. Dänemark 209.
 2, 2. 9. 13—17. 19. 29—31. Fried-
 rich II. 56. 65. 68. 71. Friedrich IV.
 115. Friedrich V. 123.
 Friedrich I., Kurfürst v. Brandenburg
 151. Friedrich II. 180.
 Friedrich Wilhelm, Kurfürst v. Branden-
 burg 2, 98. 105. 109.
 Friedrich II., König v. Preußen 2, 122
 —124.
 Friedrich August, Fürstbischof v. Lübeck
 2, 123.
 Friesland 133. 152. 2, 61.
 Fühnen 131. 2, 5. 13. 36—39.
 Fürstentum Lübeck 138. 2, 56 f. 113—115.
 123. 131.

 Geibel, Joh. 2, 143. 145.
 —, Em. 2, 163. 165. 182.
 Gerhard, Graf v. Holstein 98—100. 131.
 Germanisten-Versammlung in Lübeck
 2, 163 f.
 Glogin, D. 2, 94. 102 f.
 Goslar 28. 43. 52. 79. 81. 83. 157.
 160. 181. 183. 186. 2, 50. 63.
 Gotland 20. 24. 69. 73. 85. 107. 111.
 114. 131. 133. 152. 157. 165. 169 f.
 2, 4. 15. f. 69 f. 94. 105.
 Göttingen 154. 181. 183.
 Greifswald 58. 62. 79. 83. 99. 105.
 112. 116. 123. 127. 132. 148. 152.
 154. 157. 181. 2, 83. 87. 90. 97.
 Gustav Wasa, König v. Schweden 2, 9
 —17. 19. 37. 45.
 Gustav Adolf, König v. Schweden 2, 86.
 Güstrow 62. 2, 90.
 —, Tideman 66. 107.

 Haakon V., König v. Norwegen 106.
 Haakon VI. 112—121.
 Halberstadt 30. 81. 184. 2, 56.
 Halle 81. 83. 2, 103.
 Hamburg 7. 9. 30. 34. 58. 71. 126. 138.
 166. 178. 2, 32. 42. 61. 65 f. 83.
 87 f. 90—95. 98. 124. 129 f. 132.

135—149. 154. bekämpft den Seeraub
 1, 133 f. 2, 17. Verfassung 1, 146.
 150. 2, 20. 154. wird freie Reichs-
 stadt 1, 209. 2, 87. 94. in Feindschaft
 mit Dänemark 1, 112. 159 f. 2, 10.
 87. 93. 98. 130. im Bunde mit Lübeck
 1, 55. 62. 73. 76. 92. 101. 103. 106.
 112. 123. 130. 142. 147. 151 f. 154.
 157. 160. 181. 186. 208. 2, 92. 95.
 149. 157 f.
 Hannover, Kurfürstentum 42. 2, 107.
 122. 130. 133. Königreich 2, 158. 173.
 —, Stadt 79. 83. 154. 157. 160.
 Hansebund 59. 74. 78. 86. 105. 154—158.
 180. 2, 66—68. 92. 98.
 Hansestädte 83. 109. 116. 119. 154.
 157. 181 f. 2, 66. 73. 83. 87. liv-
 ländische 1, 85. 107. 109. 123. 154.
 161. 168. 191. 2, 63. märkische 1, 85.
 109. 125. 181 f. niederländische 82.
 116. 124. 133. 154. 160. pommersche
 154. 161. 283. preussische 1, 107.
 111 f. 116. 130. 133. 153. 161 f.
 168. 171. 177. 182. 2, 15. 29. säch-
 sische 1, 85. 107. 109. 154. 160. 186.
 2, 66. 83. süderseeische 1, 124. 154.
 181. 2, 42. wendische 1, 68. 79. 99.
 102 f. 105—117. 123. 159 f. 168.
 190. 2, 9. 65. 68. 83. westfälische
 1, 79. 82 f. 85. 109. 181. 186. 2, 83.
 Hanse-tage in Lübeck 85. 108 f. 123.
 129. 140. 154—158. 167. 176. 178.
 180—182. 196. 2, 9. 40—42. 59.
 63. 66 f. 83. 90. 92. 98. in Bremen
 1, 189. 195. in Hamburg 130. 2, 42.
 in Köln 1, 116. in Lüneburg 147.
 155. 157. 2, 40. in Stralsund 1, 113.
 119 f. 124. 169.
 Hanstische Kontore 107. 123. 156. 174
 bis 176. 196. 2, 59. 62 f.
 Hanstische Syndici 2, 59 f. 66 f. 85.
 Hanseatische Legion 2, 144—150.
 Heinrich I., deutscher König 8. Hein-
 rich IV., Kaiser 11. Heinrich VI. 29.
 Heinrich VIII., König v. England 2,
 32. 46.
 Heinrich der Löwe 14—30.
 Heinrich v. Schwerin 36—38. v. Mecklen-
 burg 48. 99—101. 2, 41. v. Holstein
 159 f. v. Braunschweig 2, 46—52.

Helmold 4. 7—22.
 Helsingborg 106. 113. 119. 168. 2, 36. 39.
 Helsingör 161. 164. 168. 2, 5. 36. 40.
 Hildesheim 79. 83. 157. 160. 186.
 2, 83. 91.
 Holländer 142 f. 160. 165. 168—170.
 2, 5. 29—32.
 Holstein 9. 11—16. 27—30. 51. 55—
 59. 98—104. 113. 117. 121. 142.
 159—163. 208 f. 2, 35. Vgl. Schles-
 wig-Holstein.
 Holstein-Gottorp 209. 2, 57. 81. 113—
 115. 122 f.
 v. Höveln, G. 2, 41; 51. 59. 79. 81;
 101—103.

 Joachim I., Kurfürst v. Brandenburg
 2, 3. 5.
 Johann, König v. Dänemark 189. 194.
 209. 2, 1—4.
 —, König v. Schweden 2, 71.
 —, Graf v. Hoya 2, 35. 39.
 Italien, Handel dorthin 75. 188. 203 f.
 2, 96. 117.
 Jwan III., Zar von Rußland 191.
 Jwan IV. 2, 63 f.

 Kalmar 82. 107. 113. Union 122.
 Kampen 72. 82. 106. 110. 112. 116.
 124. 127. 133. 154. 181. 2, 42.
 Karl d. Gr. 6. Karl IV., deutscher
 Kaiser 104. 115. 118—121. 125.
 Karl V. 2, 10. 19. 22. 27. 29. 32.
 42. 49—51. 55. 63.
 Karl Knudsen, König v. Schweden 170
 —173. Karl IX. 2, 73. 78. 80.
 Karl X. 98. Karl XI. 99. Karl XII.
 113 f.
 Kastorp, Heinr. 179. 201.
 Kiel 58. 62. 83. 112. 123. 127. 154.
 157. 181. 208 f. 2, 90. 149. 180.
 Kolberg 62. 112. 123. 154. 157. 181.
 2, 83.
 Köln 40. 51 f. 73 f. 81. 83. 109. 111.
 116. 124. 130. 154. 157. 178. 189.
 196. 2, 42. 66. 83. 90. 98.
 Königsberg 47. 110. 2, 6. 158.
 Kopenhagen 52. 118. 162. 2, 8. 12 f.
 17. 33. 36. 39. 43. 46. 99. 117. 157.

173. Hanfische Verhandlungen daselbst
 1, 132. 148. 169. 189. 2, 15. 29—31.
 Korner, H. 5. 44. 49. 114.
 Krafau, 114. 154.
 Kranz, Alb. 5. 189.

 Landfriede 55. 58 f. 79. 101—104. 125.
 142. 180—187. 196. 207. 2, 67.
 81 f. 95.
 Lauenburg 28. 34. 39. 2, 173.
 —, Herzogtum 41. 57—60. 98 f. 102.
 104. 138. 142—146. 151 f. 208.
 2, 81 f. 89. 105—107. 121. 133. 151.
 Livland 32. 36. 47. 56. 68 f. 80. 107.
 175. 191 f. 2, 63—65. 186.
 London 72. 124. 128 f. 168. 2, 66. 97.
 Lübeck, Anbau der Stadt 15. 87. 197 f.
 Ägidienkirche 95. 198. 2, 22. 76.
 Annenfloster 2, 25. 80. 160. Armen-
 pflege 1, 201. 2, 80. 127. 159 f. Be-
 festigung 88. 198. 2, 74. 132. 146.
 156. Belagerungen 27. 103. 2, 37 f.
 Bergenfahrer 135. 175. 177. 199.
 2, 32. 97. 102. Bischöfe f. Bistum
 Lübeck. Burg, Burgfloster 16. 19. 23.
 44. 113. 134. 200. 2, 25. 75. Burg-
 thor 88. 124. 126. 198. 2, 74. 134.
 Bursprache 65. 2, 120. Bürgerausschuß
 145. 2, 20—23. 26. 27 f. 79. 166.
 Bürgergarde 2, 74. 85. 118. 121. 123.
 140. 155. Bürgerliche Deputirte 2, 80 f.
 120. 154 f. 184. Bürgerliche Kollegien
 77. 85. 2, 100. 102. 119. 137. 151 f.
 159. Bürgerliche Unruhen 140—142.
 144—149. 2, 20—23. 78—81. 167.
 Bürgermeister 90. 113. 117. 126. 137.
 145. 152. 179. 2, 26 f. 50. 101. 119.
 165. 168. Bürgerschaft 92. 145. 2, 20
 —24. 68. 74. 85. 110. 165—167.
 Clemensfaland 201. 2, 131. 160.
 Dampfschiffahrt 2, 157. 173. 186.
 Domkapitel 93—97. 184—186. 2, 19.
 22. 29. 47. 50. 56 f. 123. 131 f.
 Domkirche 19. 23. 94. 134. 199. 202.
 2, 111. 188. Ereignisse daselbst 23.
 55. 96. 126. 2, 22. Eisenbahnen 2,
 158. 172 f. 187. Garnison 2, 140.
 150. 165 f. 179. Gebiet 29. 43. 51.
 90 f. 137 f. 208. 2, 81 f. 101. 121 f.
 131 f. 185. H. Geist-Hospital 93.

137. 2. 80. 131. 160. Gerichtswesen
24. 51. 91 f. 125. 141. 207. 2, 107 f.
119. 139 f. 154. 170. 183 f. Ge-
schütze 2, 69. 111. 121. Gesellschaft
zur Beförderung gemeinnütziger Thätig-
keit 2, 127. 160. 189 f. Gewand-
schneider 89. 135. 2, 102. 159. Ge-
werbeordnung 2, 159. 174. 180. 184.
Goldschmiede 89. 135. 2, 76. 174.
Hafen 20. 47. 67. 89. 2, 81. 117.
132. 186 f. Handelskammer 2, 171.
190. Handwerksämter 89. 135. 141.
2, 28. 77. 85. 110. 117 f. 153. 159.
174. Holstenthor 198 f. 2, 74. 118.
134. Jakobikirche 95. 200. 2, 45.
111. 188. Johanniskloster 23. 93. 137.
160. 2, 25. 131. 160. Jüdische Ge-
meinde 2, 110. 140. 153. 168. 175.
St. Jürgen-Hospital 2, 80. 160.
Kaiserliche Privilegien 28 f.
42 f. 49. 56. 60. 102. 125. 146—
150. 2, 4. 42. 55. Katharinenkloster
und -kirche 44. 95. 134. 136 f. 139.
2, 111. 161. 177. Katharineum 2, 24.
33. 108. 128. 163. 176. 188. 190. Katho-
lische Gemeinde 2, 109. 175. Kauf-
mannschaft 135. 203. 2, 78. 171. 187.
Kirchenordnung 2, 24 f. 28. 53 f.
175. Krankenhaus 2, 111. 169. 188.
Kunst und Wissenschaft 94. 199. 204
bis 207. 2, 75—77. 111 f. 124—127.
161 f. 176 f. 188 f. Marienkirche 23.
25. 87. 94 f. 134. 199. 201. 2, 75.
110 f. 161 f. 188. Ereignisse daselbst
149. 2, 21—24. 32. 86. 147. 150.
183. Mühlenthor 127. 149. 2, 74.
133 f. 144. 149. Münzwesen 19.
43. 64. 77. 102. 203. 211 f. 2, 50.
115—117. 225. Olavsburg 136. 202.
2, 28. Patrizier 135—137. 202. 2, 78.
Petrikirche 23 f. 134. 198. 2, 76. Poli-
tische Machtstellung 105. 117.
120. 125. 158 f. 179. 196. 210. 2, 16.
36. 49. 68. 72. 98. 119. 150. 182.
Postwesen 2, 95. 159. 170. 179. Rat
24—26. 66. 90 f. 135. 139. 149. 2, 27.
41. 77. 119. 139. 149. 151. Rathaus
23. 87. 89. 139. 198. 2, 76. 156. 188.
Ratswahl 25 f. 145. 2, 27 f. 101.
152. 165. Ratsweinfeller 91. 145.

2, 82. 142. 188. Reformirte Gemeinde
2, 86. 109. 175. Reichsteuer 57 f.
98. 105. 115. 120. 146. 158. 208.
2, 55. fernere Zahlungen zur Reichs-
kasse 2, 54 f. 93. 95. 105. 113 f. 117.
185. Schiffsverkehr 16. 18. 43.
67—76. 105 f. 131. 2, 104. 107. 117.
137. 141. 145. 157. 173. 186. Schonen-
fahrer 135. 2, 96. 102. 117. 135.
Schulwesen 93. 96 f. 202. 2, 25. 80.
128. 139. 161. 176. 190. Schutzherren
55—60. 98. 103. 107. 116. 207.
Seefriege 49 f. 112—120. 159—
166. 178. 2, 1—7. 11—18. 29—32.
35—43. 68—73. Senat 2, 151. 165
bis 167. *171. Sklavenkasse 2, 96.
Spanienfahrer 2, 59 f. Stadtbibliothek
2, 108. 161. 188. Stadtkasse und
Staatsschuld 90. 2, 100. 104—107.
137. 142. 155. 172 f. 185. Straßen
87 f. 2, 118. 153. 156 f. 188. Theater
2, 124. 126. 147. 176. Thor-
sperrre 2, 153. 174. Turnanstalt 2,
161. 188. 190. Vereine 2, 161. 175.
190. Verfassung 24—26. 92. 139.
149. 2, 23. 27 f. 41. 78—81. 101—
103. 139. 151. 165—168. 171. 183. 218.
Vikarien 93. 200. Vogt 24. 28. 43.
51. 59. 64. 90—92. 97. 2, 74. 120.
Volksfest 2, 169. Volkszahl 138.
2, 141. 186. Waisenhaus 2, 78. 160.
Wasserleitung 88. 2, 170. Wette 91.
2, 119. 154. 161. Zirkelgesellschaft
136. 149. 202. 2, 28. 78. 152.
Älbiges Recht 60—67. 2, 55. 154.
fahrrecht 2, 120.
Lüneburg 10. 16. 27. 83. 143. 154—
157. 181; Prälatenkrieg 184—186;
194. 2, 5. 40. 42. 45. 51—53. 65
83. 87. 90. 144.
Lüneburg-Celle, Herzogtum 41. 184. 2,
88. 105 f.

Magdeburg, Erzbistum 9. 15. 186. 195.
2, 56.

— Stadt 51 f. 61. 65. 81. 83. 130. 140.
154. 157. 180 f. 2, 18. 50 f. 83. 87.
90—92. 98.

Magnus, König v. Schweden u. Nor-
wegen 103. 106 f. 111—115.

Malmö 119. 2, 7. 12. 15—17. 33. 43. 173.

Mansfeld, Graf v. 2, 50 f. 89.

Margareta, Königin v. Dänemark 121 f. 127. 131—133. 159.

Mary Meyer 2, 31—35. 38. 40. 43.

Maximilian I. deutscher Kaiser 187 f. 2, 4.

Mecklenburg 11. 21 f. 39 f. 99 f. 115 bis 121. 131—133. 193—195. 2, 34. 43. 90—92. 114. 131. im Bunde mit Lübeck 55. 58 f. 67. 77. 102. 104. 146. 2, 37—39. 122. 167. im Streit mit Lübeck 143 f. 187. 2, 2 f. 82.

v. Melle, Jaf. 5. 2, 97.

Minden 79. 154. 157.

Möln 37. 62. 138. 146. 152. 2, 3. 53. 81. 105. 122. 148.

Moltke, H. v. 2, 135. 181. 191.

Moskau 191 f. 2, 63. 65. 72 f. 142.

Münster 70. 74. 76. 79. 81. 130. 157. 181. 183. 2, 40. f. 83. 94.

Narwa 191. 2, 65. 68. 71 f.

Newa 32. 84. 105. 107. 191. 2, 72.

Niederlande 75. 116. 166. 187. 2, 5. 8. 10. 15. 43. 58—61. 85—88. 94. 111.

Niflot 13—16. 21. 33.

Norddeutscher Bund 2, 178.

Norwegen 10. 112—114. 118. 121 f. 2, 1. 29 f. 114. Handel dorthin 56. 71. 81 f. 106. 124. 133. 157. 169. 2, 17. 45. 65. 97.

Novgorod 32. 69—71. 80. 83 f. 105. 107. 123. 127. 130. 175 f. 191. 2, 63. 72 f.

Nürnberg 28. 43. 52. 56. 139. 167; Verkehr mit Lübeck 110. 204; 2, 11. 18. 29. 53. 127.

Odense, Vertrag 2, 65.

Oeland 111. 113—115. 2, 5.

Oldenburg in Holstein 9 f. 14—19. 21.

Oldenburg, Herzogtum 123. 131. 156. 170. 210. 2, 123. 131. Großherzogtum 2, 156. 158.

Oldesloe 19. 29. 43. 51. 55. 62. 138. 142. 2, 4. 19.

Osnabrück 79. 83. 85. 157. 181. 2, 83. 87. 94.

Otto I., deutscher Kaiser 8. Otto IV. 33—35.

Overbeck, Chr. Ad. 2, 126. Jr. 2, 126. 162.

Päpste: Honorius III. 36. 44. Innocenz III. 35. 44 f. Gregor IX. 46. 49. Innocenz IV. 50. 53 f. Alexander IV. 54. Urban V. 115. Nikolaus V. 184. Pius II. 185. 197.

Peter d. Gr., Zar 2, 114 f. Peter III. 115. 122 f.

Petersburg 2, 117. 157. 173.

Pleskow (Pskow) 117. 119. 2, 72 f.

Pleskow, Jakob 117. 127—129; Jordan 136. 144—152. 155. 157.

Plettenberg, Wolter v. 192. 2, 63.

Plön 11. 14. 33. 62. 100 f. 2, 37.

Plönnies, Herm. 2, 12. 26. 41.

Polen 9. 11. 45—48. 161. 167. 171 f. 2, 65. 73. 91. 98.

Pommern 15 f. 22. 27. 33. 35. 39—41. 45. 57. 67 f. 104. 114. 151. 187. 2, 37. 53. 89. 92.

Pommerellen 41. 47. 68.

Portugal, Handel dorthin 2, 58—62. 96. 110.

Prag 105. 115. 120. 125 f.; friede dafelbst 2, 93.

Preußen, f. deutscher Orden u. Hansestädte.

—, Königreich 2, 122 f. 129 f. 132—136. 143. 177—180.

Pribislav 13—18. 21.

Quartiere der Hanse 2, 66.

Rantau, Joh., 2, 13. 35. 38 f. 45.

Rapetfulver, Heinr. 152. 157. 165. 206.

Ratzeburg, Bistum 10. 16. 19. 21. 58. 193. 2, 10. 15. 56.

—, Grafschaft 14. 24. 27. 29. 33. f. 37. Reformation 2, 18—27. 52 f.

Reichskammergericht 196. 2, 40. 81 f. 87. 105. 122.

Reimar Kock 5. 127. 141. 2, 7—9. 15. 18 f. 213. 215.

Reval 36. 47. 62. 69. 83. 105. 107. 109. 112. 123. 132. 157. 176. 181. 191. 2, 63. 173.

Riga 32. 36. 47. 68 f. 80. 82—85. 105.

107. 109. 123. 154. 157. 176. 181.
191. 2, 42. 63. 117. 157. 173.
Rode, Matthäus 2, 130. 136. 138.
Rostock 37. 40. 55. 57. 62. 99. 105. 109
— 116. 123. 130—133. 146—150.
154. 163. 166; Domfehde 193—195;
2, 5 f. 11. 13. 29. 45. 65. 83. 87.
90 f. 97.
Rudolf v. Habsburg 56—61. 81. Rudolf II.
2, 55. 61
Rügen 12. 22. 39. 52 f. 67. 100 f. 2, 90.
Rumohr, K. f. v. 2, 161 f.
Rußland 32. 191. 2, 63—65. 130. 142
— 144. Handel dorthin 2, 63. 114.
131. 157. 186; f. Narwa, Nawa,
Novgorod, Smolensf.

Sachsen, Herzogtum 8. 10—28. 41. 43.
49. 57. 67. 105. 146. 167. vgl. Lau-
enburg.
—, Kurfürstentum 2, 1. 36 f.
Sachsenwald 151. 2, 81. 106.
Salzwedel 70. 77. 109. 154. 157. 181.
Schleswig, Herzogtum 8. 10. 33. 56. 58.
100—104. 121. 131.
—, Stadt 39. 67. 159. 161.
Schleswig-Holstein 56. 131. 148. 158—
166. 172 f. 208—210. 2, 8—11. 18.
29. 57. 115 f. 123. 150 f. 158. 178. 186.
Schmalkaldischer Bund 2, 26. 34. 37.
42. 49 f.
Schonen 67. 72. 86. 103. 105. 111—
122. 148. 174. 190. 2, 4. 32. 44. 65.
99. 114.
Schottland, Handel dorthin 74. 105. 176.
Schweden 7. 84. 103. 111—122. 170—
174. 2, 1—17. 35. 68—73. 98 f. 113
— 115. 133. 135. 145; im Bunde
mit Lübeck 112. 173. 190. 2, 2; feind-
lich gegen Lübeck 2, 16 f. 45. 68 f.
Handel dorthin 20. 71. 79. 190. 2, 2.
13 f. 45. 66. 73. 115. 173. 186.
Schwerin 21 f. 24. 33. 36. 58. 62. 77.
102. 2, 56. 82. 147.
Seeräuber 80. 131—134. 152. 154. 169.
2, 17. 96.
Segeberg 13 f. 32. 38. 62. 103. 138.
209. 2, 9. 88. 123.
Sigismund, deutscher Kaiser 147. 150.
159. 163. 166. König v. Polen 2, 73.

Smolensf 69—71. 2, 72.
Soest 40. 61 f. 69. 71. 77. 79. 81. 108.
157; Soester fohde 181. 183.
Spanien, Handel dorthin 109. 176. 2, 58
— 62. 89. 96.
Stade 14. 27 f. 30. 36. 40. 83. 154.
157. 181. 2, 19. 62.
Stallhof 74. 178 f. 2, 32. 62. 66. 83.
97 f.
Steknißkanal 142. 146. 2, 106. 157. 186.
Sten Sture 173. 190. 2, 1 f. 9. Svante
Sture 2, 2. 7.
Stendal 81. 109. 154. 157. 181 f.
Stettin 16. 58. 72. 112. 123. 148. 154 f.
181; friede 2, 71; 83. 97. 117. 158.
Stockholm 71. 107. 115. 123. 132 f.
173. 2, 2. 4. 7—13. 71. 157. 173.
Stralsund 52 f. 58. 62. 72. 83. 99 f.
105. 112—120; friede 119; 123 f.
127. 132. 137. 144. 148. 152. 154.
163. 168. 181. 2, 5 f. 11. 13. 18. 29.
65. 72. 83. 87. 90. 92. 97. 145.
Straßburg 139. 2, 42. 53.
Sundjoll 161. 164 f. 169—171. 189 f.
2, 36. 65. 71. 84 f. 94. 171.

Thorn 48. 81. 108. 110. 116. 127. 132.
155. 171 f. 181. 2, 83.
Travemünde 29. 43. 49—56. 92. 99.
101. 164. 2, 4 f. 11. 35. 69. 89.
114 f. 123. 133. 141. 146; Seebad
2, 127. 180.
Türkenkriege 2, 29. 31. 54. 99.
Türkensteuer 2, 51. 54.

Union, skandinavische 122. 170 f. 2, 1. 16.
Utrecht 75. 177; friede 179.

Vicelin 12 f. 16 f.
Villers, Ch. 2, 126. 135.
Vitalienbrüder 132. 155.

Waldemar I., König v. Dänemark 20 f.
27. Waldemar II. 34—40. 49 f. III.
100. IV. 101—105. 111—121.
—, Markgraf v. Brandenburg 98—100.
Wallenstein 2, 89—93.
Warendorp, Brun 90. 118 f.
Wenden 1. 6—22. 77.

Wendische Städte, s. Hansestädte.

Westfalen 15. 25. 32. 47. 61. 82. 85.
107.

Westhof, Heinr. 130. 136. 145. 155. 157.

v. Wicfede, Herm. 189; Thomas 2, 13
—16. 19.

Wien 185. 2, 95. 101. 103. 116. 150.

Wilhelm I., König von Preußen und
deutscher Kaiser 2, 180. 183.

Wilhelm II., König von Preußen und
deutscher Kaiser 2, 191.

Winrich v. Kniprode 116. 119. 129.

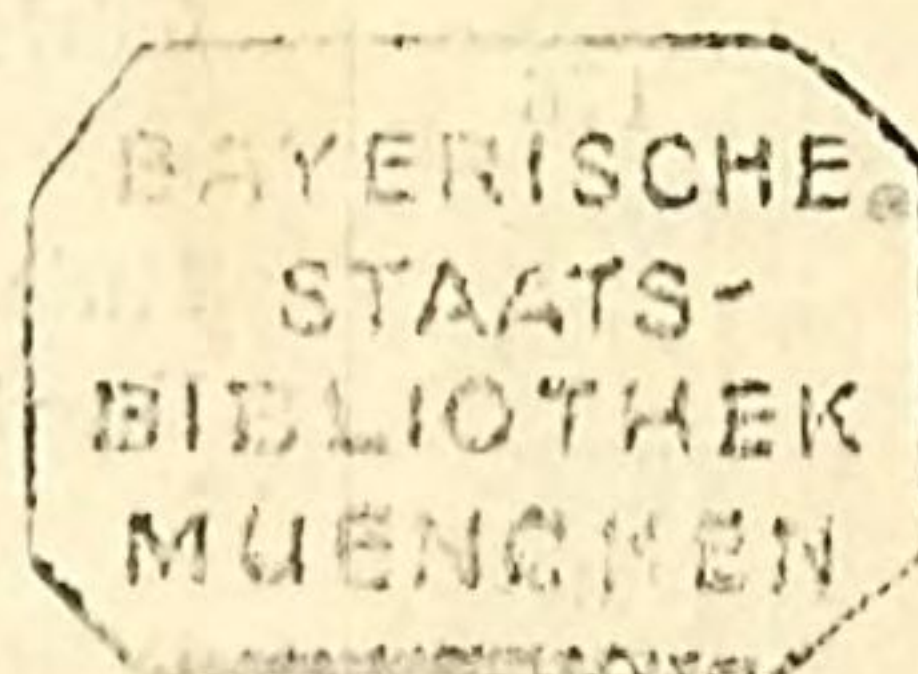
Wisby 20. 32. 69—71. 80—84. 105 f.
107 f. 111. 117. 123. 127. 133. 181.
2, 70.

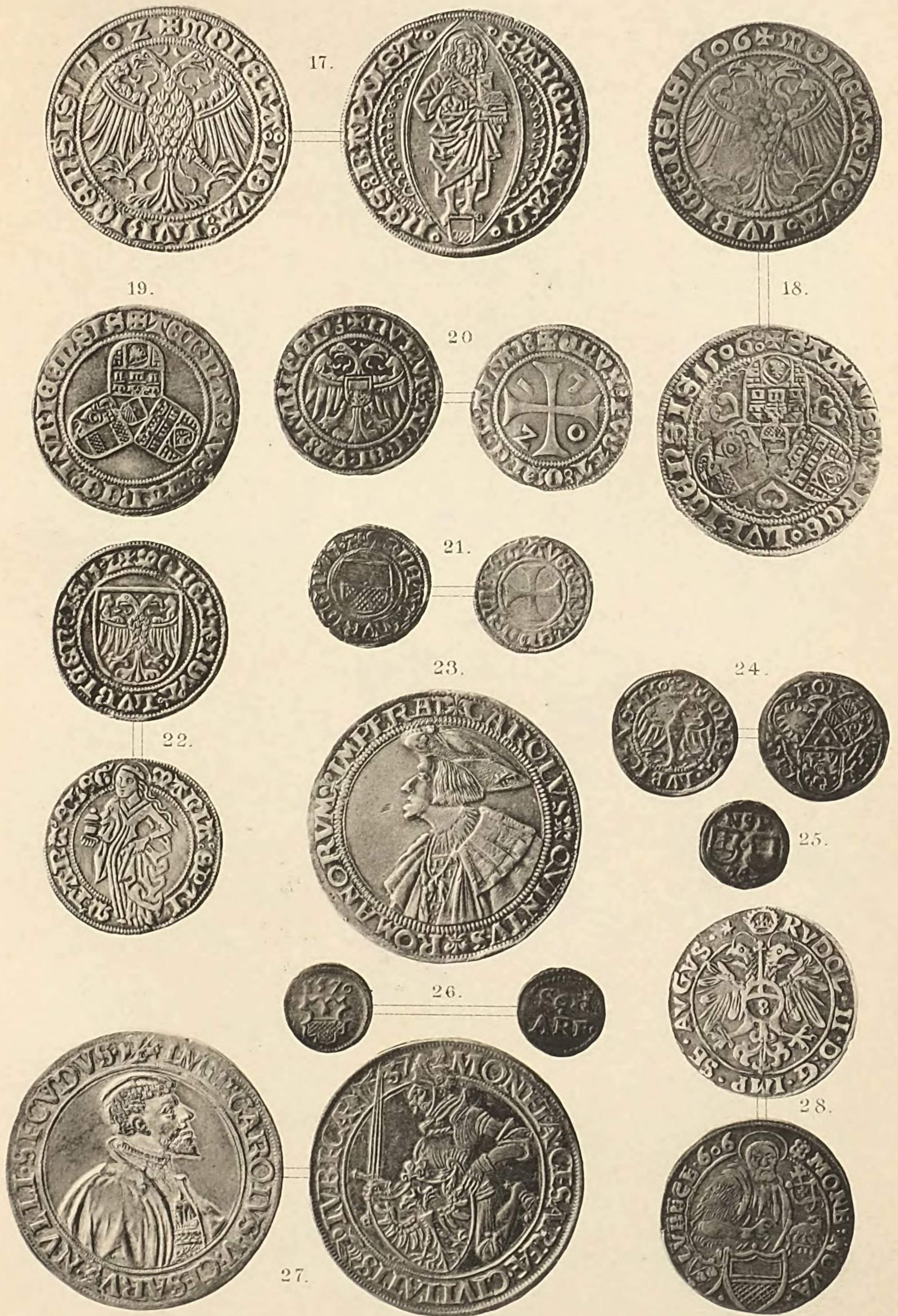
Wismar 55. 62. 72. 80. 83. 99. 105.
112 f. 123. 129—133. 137. 146. 148.
150. 163. 166. 175. 194. 2, 5 f. 11.
29. 45. 65. 87. 90. 97. 105.

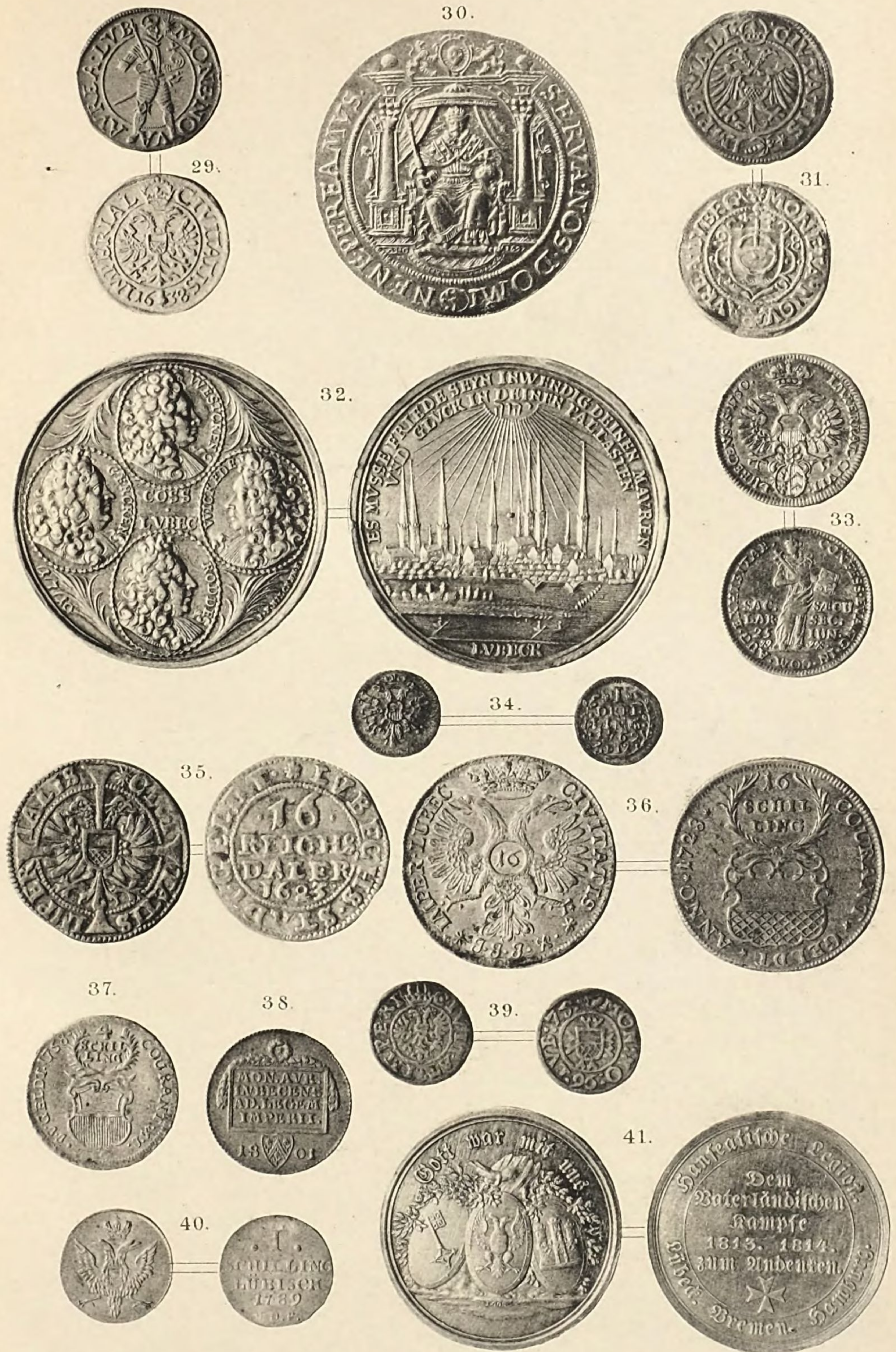
Wittenborg, Joh. 113.

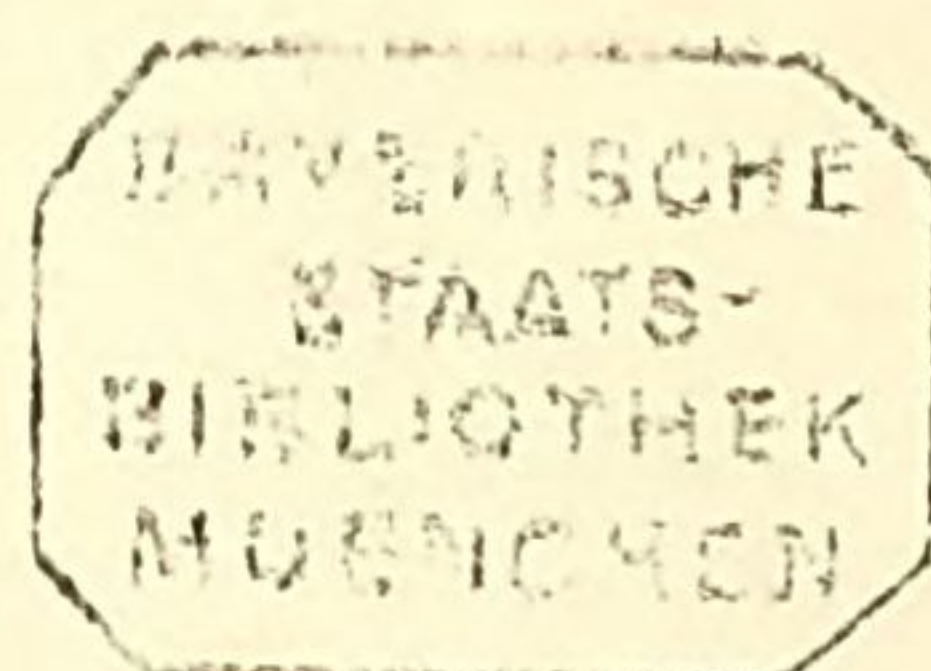
Wordingborg, Friede 164.

Wullenwever 2, 27—49.









Verlag von Edmund Schmiersahl in Lübeck.

Urkundenbuch der Stadt Lübeck.

Herausgegeben von dem Verein für Lübeckische Geschichte und Alterthumsfunde.

I. Theil	1843.	M 24,—	II. Theil	1858.	M 48,—
III.	= 1871.	= 36,60	IV.	= 1873.	= 36,—
V.	= 1877.	= 33,—	VI.	= 1881.	= 34,—
VII.	= 1885.	= 36,—	VIII.	= 1889.	= 36,—

Bei gleichzeitigem Bezuge sämtlicher Bände tritt ein ermäßigter Preis von *M* 120 ein.

Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Alterthumsfunde.

Band I.	1860.	M 4,50	Band II.	1867.	M 4,50
= III.	1876.	= 9,—	= IV.	1884.	= 9,—
= V.	1888.	= 9,—	= VI.	1892.	= 9,—

Milde, E. J., Lübecker A. B. C.

26 Blatt Architecturbilder aus dem alten Lübeck. Radirt von E. Bollmann.

2. Aufl. 4^o. 1873, in Carton *M* 7,50, eleg. gebd. mit Goldschnitt *M* 10,20.

Siegel des Mittelalters aus den Archiven der Stadt Lübeck.

Herausgegeben von dem Verein für Lübeckische Geschichte und Alterthumsfunde.

10 Hefte 1856/79. *M* 20.

Verlag von Lübbe & Hartmann in Lübeck.

Die freie und Hansestadt Lübeck.

Ein Beitrag zur deutschen Landeskunde, herausgegeben von einem Ausschusse
der geographischen Gesellschaft in Lübeck.

Mit 5 Karten in 6 Blättern u. einer graphischen Uebersichtstafel in besonderer Mappe.

1890. Preis *M* 12, geb. *M* 12,60.

Lübische Geschichten u. Sagen, gesammelt v. Prof. Dr. Ernst Deecke.

Dritte vermehrte Auflage.

1890. Broschirt *M* 2; einfach gebunden *M* 2,60; mit Goldschnitt *M* 3,25.

Musikgeschichte der Stadt Lübeck

nebst einem Anhang: Geschichte der Musik im Fürstenthum Lübeck,

von Carl Stiehl, Großherzogl. Oldenburg. Professor der Musik.

1891. Broschirt *M* 2, elegant gebunden *M* 2,60.

Hoffmann, Max

Geschichte der freien und Hansestadt Lübeck

Bd.: 2

Lübeck (1892)

Germ.sp. 212 no-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11609936-7